

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Rechts außen in der Mitte der Gesellschaft.“

Rechtsextreme Einstellungen jenseits des Hufeisenmodells mit Blick auf
die ostdeutschen Bundesländer seit der deutschen Vereinigung

verfasst von / submitted by

Lara Rebecca Möller, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2016 / Vienna 2016

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Dr. Dieter Segert

Danksagung

Die vorliegende Thematik ist mir ein großes persönliches Anliegen und erst durch die Mithilfe einiger Personen ist diese Masterarbeit entstanden.

Zunächst möchte ich mich bei meinem Betreuer Dieter Segert bedanken. Er hat die thematische Relevanz erkannt und sich bereit erklärt, dieses sehr komplexe Forschungsthema zu betreuen. Dies hat einen hohen Zeitaufwand und viel Geduld erfordert. In diesem Prozess hat er sich stets sehr viel Zeit für mich genommen und mir bei Unsicherheiten geholfen. Durch diese Hilfe habe ich viel dazugelernt, sodass ich die letzten Monate als wichtigste Phase meines Studiums bezeichnen würde. Ohne diese Betreuung wäre es nicht möglich gewesen, diese umfangreiche und notwendige Auseinandersetzung umzusetzen.

Des Weiteren möchte ich mich bei Ulrich Brand bedanken, der mich zu Beginn der Konzepterstellung im Rahmen unserer STEOP- Zusammenarbeit für die verstärkte thematische Auseinandersetzung ermutigt hat und mich in meinen eigenen Interessen motiviert hat.

Außerdem möchte ich mich bei meinen Eltern für ihre Unterstützung während meines Studiums danken. Meinem Vater möchte ich für seine kontinuierliche finanzielle Unterstützung auf meinem bisherigen Weg danken. Nach wie vor hängt ein erfolgreiches Studium nicht nur von Fähigkeiten und fachlichem Interesse ab, sondern ist zu großen Teilen von finanziellen Mitteln abhängig. Nach wie vor existiert dabei keine Chancengleichheit, wodurch viele engagierte Studierende eine erschwerte Ausgangssituation haben.

Mein Dank gilt außerdem meinem Freund Dominik, der mir privat in den letzten sechs Jahren eine sehr große Stütze war und der ein wichtiger Bestandteil meines Alltags ist.

Zudem möchte ich mich bei meinen Freund_innen und Kolleg_innen Barbara, Alexandra, Florian, Roman und Martin P. bedanken, die jeweils Teile dieser Arbeit Korrekturgelesen haben und mir durch ihre konstruktive und ausführliche Rückmeldung eine sehr große Hilfe waren. Martin T. möchte ich für das zusätzliche Korrekturlesen der gesamten Arbeit danken. Andreas möchte ich für seine fachliche Expertise auf dem Gebiet der Rechtsextremismusforschung danken.

Diese genannten Personen haben einen großen Beitrag für die Umsetzung dieser Masterarbeit geleistet – ich danke euch vielmals dafür.

Eidesstattliche Erklärung

Hiermit versichere ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt habe. Alle Ausführungen, die anderen veröffentlichten Schriften wörtlich oder sinngemäß entnommen wurden, habe ich kenntlich gemacht.

Die Arbeit hat in gleicher oder ähnlicher Fassung noch keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegen.

Wien, den 21.11. 2016



Ort, Datum

Unterschrift

Inhalt

Teil I. Einleitung und Erläuterung des Forschungsdesigns.....	1
1. Relevanz der Forschungsthematik	5
1.1 Wissenschaftlicher Forschungsstand.....	11
2. Forschungsleitende Fragestellungen und Hypothesen	15
2.1 Forschungsleitende Fragestellungen.....	15
2.2 Hypothesen	15
3. Methodische Vorgehensweise.....	16
4. Theoretischer Ansatz: die Problematik des Hufeisens. Kritik am Extremismus-Modell des deutschen Verfassungsschutzes.....	17
4.1 Die sogenannte „Mitte“ der Gesellschaft	24
4.1.1 Die „extreme Zivilgesellschaft“	25
4.1.2 Der „Extremismus der Mitte“	26
Teil II. Rechtsextremismus: das Zusammenspiel von kollektivierendem Ungleichheitsdenken	29
5. Begünstigende Faktoren für rechtsextreme Einstellungen.....	30
6. Bestandteile/ Dimensionen rechtsextremer Denkweisen	43
6.1 Modernisierte Formen von Diskriminierung: Das Beispiel des kulturellen Rassismus. 48	
6.2 Diskriminierung im Alltag und rechtsextremes Einstellungspotenzial als gesamtgesellschaftliches Phänomen.....	52
7. Mögliche Erscheinungsformen des Rechtsextremismus.....	55
7.1 Die Unterscheidung zwischen Neonazismus und Rechtsextremismus	58
7.2 Neu-rechte Strategien im rechtsextremen Kontext.....	58
7.3 Rechtspopulismus.....	62
7.3.1 Die Alternative für Deutschland	64
Teil III. Die ostdeutschen Bundesländer als Untersuchungsgegenstand.....	69
8. Rechtsextremismus in der DDR: rechtsgerichteter Oppositionismus und antisozialistischer Protest.....	71
9. Der Zeitraum nach der deutschen Vereinigung: Der Wechsel vom Sozialismus zur Demokratie.....	74
10. Guter Westen, böser Osten? Rechtsextremismus als bundesweites Phänomen.....	84
11. Der Zeitraum seit der Jahrtausendwende	90
11.1 Die „Mitte-Studien“ der Universität Leipzig.....	91
11.1.1 Die Studie aus dem Jahr 2006: Vom Rand zur Mitte	94
11.1.2 Die Studie aus dem Jahr 2014.....	95

11.1.3 Die Studie aus dem Jahr 2016.....	98
11.1.4 Rechtsextremismus innerhalb der gesellschaftlichen Mitte.....	103
11.2 „Deutsche Zustände“: Das „entsicherte Jahrzehnt“	108
11.2.1 Das Syndrom Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.....	109
11.2.2 Die Ergebnisse der Studie im zeitlichen Verlauf zwischen 2002 bis 2012	113
11.2.3 „Deutsche Zustände“ Folge 7: Komplizierte Vereinigungsprozesse.....	115
11.3 WZB-Untersuchung zu PEGIDA: Protestforschung am Limit	121
11.3.1 Die Ergebnisse der Studie.....	125
Teil IV Conclusio und Ausblick.....	130
12. Quellenverzeichnis:.....	148
12.1 Literaturquellen	148
12.2 Internetquellen	159
12.3 Abkürzungsverzeichnis	163
12.4 Abbildungsverzeichnis	163
Abstract Deutsch	164
Abstract English	165

Teil I.

Einleitung und Erläuterung des Forschungsdesigns

Die vorliegende Masterarbeit setzt sich mit der Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in den ostdeutschen Bundesländern seit der deutschen Vereinigung auseinander. Das Forschungsinteresse liegt darin, die Existenz von rechtsextremen Einstellungen in der sogenannten „Mitte“ der Gesellschaft, also im Sinne der Gesamtgesellschaft, aufzuzeigen. Dadurch soll herausgearbeitet werden, dass diese rechtsextremen Einstellungen nicht, wie im Extremismus-Modell, auch Hufeisenmodell genannt beschrieben, an gesellschaftlichen Rändern existieren, sondern gesamtgesellschaftlich verbreitet ist. Rechtsextreme Einstellungen liegen bestimmten Dimensionen von Rechtsextremismus auf der Einstellungsebene zugrunde. Diesen Zusammenhang kann das Hufeisenmodell nicht ausreichend erfassen, wodurch rechtsextreme Einstellungen durch dieses Modell nicht in ihrem gesamten Ausmaß aufgezeigt werden. In diesem Kontext soll der zweite Aspekt des Forschungsinteresses aufzeigen, dass die ostdeutschen Bundesländer hinsichtlich der weitläufigen Verbreitung von rechtsextremen Einstellungen kein Spezifikum sind. Es soll veranschaulicht werden, dass spezifische Dimensionen rechtsextremer Einstellung bei ostdeutschen befragten Personen nachgewiesen wurden. Andere Dimensionen sind wiederum verstärkt unter westdeutschen Befragten gemessen worden. Es werden nicht alle Aspekte des ostdeutschen Rechtsextremismus mit dessen unterschiedlichen inhaltlichen wie organisatorischen Erscheinungsformen bis hin zum Neonazismus behandelt, sodass diese Arbeit sich auf eine Partei, die „Alternative für Deutschland“ und auf eine Protestbewegung, PEGIDA, beschränkt.

Nachfolgend wird nun die Struktur der vorliegenden Arbeit erläutert. Diese Arbeit unterteilt sich in vier Teile.

Der erste Teil beginnt mit der Relevanz der vorliegenden Forschungsthematik. Daran anschließend wird der wissenschaftliche Forschungsstand kurz vorgestellt. Im weiteren Verlauf werden die forschungsleitenden Fragestellungen und Hypothesen sowie die methodologische Vorgehensweise erläutert. Abschließend wird der theoretische Ansatz beschrieben. Dieser umfasst eine kritische Auseinandersetzung mit dem Extremismus-Modell

des deutschen Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung, innerhalb dieser Arbeit fortan Hufeisenmodell genannt. Die Annahme ist dabei, dass dieses Modell die ideologischen Bestandteile nicht vollständig erfasst und somit Phänomene wie Rechtsextremismus und Rassismus im Alltag aber auch deren modernisierte Formen nicht ausreichend aufzeigen kann. Aus diesem Grund ist es aus politikwissenschaftlicher Sicht nur bedingt anwendbar. Die Problematik liegt bereits im Rahmen der Bezeichnungen *Rechts*, womit also eine Positionierung jenseits der Mitte vorgegeben wird, welche in diesem Kontext also als „normal“ oder „gemäßigt“ erscheint. *Extrem* wird als etwas umfasst, das ebenfalls von der Norm abweicht und mit der Vorstellung von gemäßigten Einstellungen nicht zu vereinbaren ist. Dadurch wird der Zustand ignoriert, dass die sogenannte gesellschaftliche „Mitte“ maßgeblich rechtsextreme Inhalte erzeugt und mitbestimmt, wodurch also letztlich eine Wechselwirkung stattfindet. In diesem Ansatz werden abschließend Konzepte zur „Mitte“ der Gesellschaft vorgestellt.

Im Gegensatz zum Hufeisenmodell begreift der dieser Arbeit zugrundeliegende Ansatz Rechtsextremismus nicht in Bezug auf dessen Gefährdungspotenzial für die freiheitliche demokratische Grundordnung, sondern begegnet Rechtsextremismus auf einer inhaltlichen Ebene, im Sinne von rechtsextremen Einstellungen. Um das vorgestellte Forschungsinteresse behandeln zu können, werden ausgewählte Forschungserkenntnisse vorgestellt, die Rechtsextremismus auf der inhaltlichen Ebene untersuchen und die Existenz von rechtsextremen Einstellungen in der ostdeutschen Gesellschaft erfassen.

Im zweiten Teil werden begünstigende Faktoren, die rechtsextreme Einstellungsmuster hervorrufen oder verstärken können, vorgestellt. Um nachvollziehen zu können, warum sich spezifische rechtsextreme Einstellungsmuster herausbilden können und somit bestimmte Dimensionen innerhalb einer Gesellschaft stärker ausgeprägt sind, werden die begünstigenden Faktoren und Entwicklungsbedingungen für rechtsextreme Einstellungen in dieser Arbeit vorgestellt. Diese beziehen sich auf gesamtgesellschaftliche oder individuelle Ursachen und damit verbunden auf soziale und psychische Faktoren. Somit sind diese begünstigenden Faktoren auf einer Mikro- und auf einer Makroebene relevant. Für diesen Abschnitt werden Annahmen zu Sozialisationserfahrungen sowie Annahmen bezüglich Desintegrationserfahrungen vorgestellt, um die unterschiedlichen Ebenen der begünstigenden Faktoren zu veranschaulichen. Dieser Abschnitt beruht zu einem Großteil auf sozialpsychologischen Erkenntnissen, die wichtige Beiträge über individuelle Ursachen

hervorgebracht haben. Der methodische Zugang konzentriert sich an dieser Stelle also auf das Individuum.

Daran anschließend werden ebenfalls im ersten Teil der Arbeit die Bestandteile, also die inhaltlichen Dimensionen rechtsextremer Denkweisen vorgestellt, dabei werden auch Beispiele für modernisierte Formen rechtsextremer Denkweise genannt. Innerhalb dieser beiden Bereiche werden theoretische Annahmen unterschiedlicher Forscher_innen integriert. Dabei variieren die verwendeten Dimensionen rechtsextremer Einstellungen bei unterschiedlichen Forscher_innen jeweils, wodurch in die Untersuchungen mehr oder weniger Dimensionen integriert werden. Die Dimensionen und Bestandteile der rechtsextremen Ideologie schließen sich häufig an mehrheitliche politische Meinungen an und beginnen bereits auf einer Ebene, die viele nicht als „extrem“ einstufen würden.

Um diesen Teil abzuschließen, werden mögliche Erscheinungsformen von rechtsextremen Inhalten vorgestellt. Dies dient dazu, um den Zusammenhang zwischen der Einstellungsebene als Basis und der nachgeordneten Verhaltensebene nachzuvollziehen. Die unterschiedlichen Strategien dieser Erscheinungsformen haben einen großen Einfluss in der Gesellschaft. Auf Grund ihres Stellenwertes in der Gesellschaft und der Verbindung zu rechtsextremen Verhalten zeigt sich, dass rechtsextreme Einstellungen auf einer breiten Ebene in der Gesellschaft existieren.

Im dritten Teil der Arbeit werden Untersuchungen zu rechtsextremen Einstellungen innerhalb der ostdeutschen Bevölkerung vorgestellt. Die Auswahl der in der vorliegenden Masterarbeit verwendeten Studien stellt einen kleinen Ausschnitt des zur Verfügung stehenden Untersuchungen dar und widerspricht größtenteils dem Ansatz des Hufeisenmodells, da die inhaltlichen Dimensionen rechtsextremer Einstellung im Vordergrund stehen.

Der erste Teilbereich beschreibt den Zeitverlauf seit der deutschen Vereinigung anhand ausgewählter empirischer Erkenntnisse. Zu Beginn wird der Umgang mit Rechtsextremismus während der Deutschen Demokratischen Republik (fortan DDR) thematisiert. Dieser Abschnitt dient dazu, einen Einblick in die wissenschaftliche Auseinandersetzung ab den späten 1980er Jahren beziehungsweise ab den frühen 1990er Jahren mit rechtsextremen Einstellungen bis zur Phase der 2000er Jahre zu ermöglichen. Somit werden frühere wissenschaftliche Erkenntnisse hinsichtlich rechtsextremer Einstellungen in den ostdeutschen Bundesländern exemplarisch vorgestellt, um dadurch einen Überblick über diese Phase zu erhalten. Hierbei findet die Auseinandersetzung neben der Mikroebene im Sinne der Analyse

von Einstellungsmustern auch auf der Makroebene statt, also im Bereich der staatlichen und politischen Auseinandersetzung mit rechtsextremen Einstellungen. Relevant sind im Zuge des Systemwechsels zudem Faktoren, die rechtsextreme Einstellungen hervorrufen und verstärken können. So sind für diesen Abschnitt Erfahrungen auf der Makroebene, im Sinne von sozialen, politischen und wirtschaftlichen Umbrüchen und Desintegrationserfahrungen relevant. Diese führten vermehrt zu verschlechterten Lebensbedingungen der ostdeutschen Bürger_innen im vereinigten Deutschland. Somit wurden wiederum Ängste und Probleme auf der Mikroebene sichtbar. Diese können ursächlich für die Wahlerfolge von rechtsextremen Parteien und den Anstieg von gewaltbereiter subkultureller Entwicklungen sein.

Im weiteren Verlauf liegt der zweite Schwerpunkt auf den Forschungserkenntnissen seit den frühen 2000er Jahren. Bei den dabei ausgewählten Studien liegt der Fokus auf der „Mitte“-Studie der Universität Leipzig¹ und des Weiteren auf der Langzeituntersuchung zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit „Deutsche Zustände“² sowie der Untersuchung des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung zu PEGIDA³. Im Rahmen dieser Studien werden neben politikwissenschaftlichen und soziologischen vermehrt sozialpsychologische und psychoanalytische Konzepte wie zum Beispiel in Bezug auf Oliver Decker, sowie mit Wilhelm Heitmeyer Konzepte aus der Gewalt- und Konfliktforschung integriert. Dies zeigt auf, dass die Forschung zu Rechtsextremismus interdisziplinär ist, um dieses weite Feld aus unterschiedlichen fachlichen Zugängen erklären und untersuchen zu können. Bei den vorgestellten Studien handelt es sich um relativ populäre Untersuchungen, die sich meiner Meinung nach gut für die vorliegende Arbeit eignen, jedoch durchaus in der Vergangenheit mit Kritik konfrontiert wurden. Dieser Umstand ist plausibel, da in diesem interdisziplinär geprägten Forschungsbereich kein Ansatz von anders positionierter Kritik losgelöst ist. Die Studien wurden ausgewählt, da sie die Einstellungsebene von Rechtsextremismus untersuchten und erst dadurch erklärt werden kann, warum rechtspopulistische Parteien vermehrt gewählt werden oder eine Bewegung wie PEGIDA hohe Teilnehmer_innenzahlen hat, während die dabei involvierten Personen sich nicht als rechtsextrem bezeichnen würden.

Der vierte und letzte Teil umfasst die Conclusio und den Ausblick. Dabei werden im Conclusio abschließend die Erkenntnisse in ihrer Gesamtheit bewertet und die Spezifika der

¹ Die Laufzeit der Studie fand zwischen 2002 und 2016 statt. In der vorliegenden Arbeit wurden exemplarisch für die Studien Decker et al. (2006/ 2012/ 2014 und 2016) verwendet

² Die Laufzeit der Studie fand zwischen 2002 und 2012 statt. Vorliegend wurden exemplarisch Folge 7 (Heitmeyer et al., 2009) und Folge 10 (Heitmeyer et al., 2012) verwendet

³ Die Untersuchung wurde einmalig 2015 durchgeführt (Rucht et al., 2015)

ostdeutschen Befragten vorgestellt. Die Dimensionen rechtsextremer Einstellungen, bei denen die Zustimmungswerte innerhalb der vorgestellten Studien höher lagen, bilden mit Blick auf die Erklärungsfaktoren einen Zusammenhang zwischen der Erfahrung ostdeutscher Personen und der Ausprägung spezifischer Bestandteile rechtsextremer Einstellungen. Dadurch wird ersichtlich, warum aufgrund von politischem und sozialen Wandel nach der deutschen Vereinigung, konkreten Ängsten im Rahmen dieser Transformation und dem generellen Verhältnis zwischen dem ost- und westdeutschen Landesteilen bestimmte rechtsextreme Einstellungen verstärkt in den ostdeutschen Bundesländern erfasst werden. Die Erkenntnisse zeigen auf, dass rechtsextreme Einstellungen bezüglich der Zustimmungswerte zu rechtsextremen Aussagen bereits jenseits eines geschlossenen rechtsextremen Weltbildes problematisch werden können. Aus diesem Grund profitieren rechte Strukturen auch von Formen des Rechtsextremismus, die häufig nicht als solche problematisiert werden, da sie sich nicht unbedingt innerhalb eines sichtbaren Verhaltens äußern und rechtsextremen Aussagen nur teilweise zustimmen. Doch bereits diese latente Ebene ist Bestandteil rechtsextremer Einstellungen und führt zu verbreiteten Zustimmungen zu rechtsextremer Aussagen. Dadurch werden rechtsextreme Inhalte zunehmend in der Gesellschaft akzeptiert und kommuniziert.

Im Ausblick werden abschließend relevante Handlungsbereiche in einem groben Überblick genannt, um so eine mögliche Vorgehensweise für die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Einstellungen in der Gesellschaft zu formulieren.

1. Relevanz der Forschungsthematik

Nachfolgend möchte ich auf drei Relevanzbereiche der vorliegenden Forschungsthematik benennen: die wissenschaftliche, die institutionelle sowie die politische beziehungsweise gesellschaftliche Relevanz. Diese basieren jeweils auf spezifischen existierenden Problemlagen innerhalb der Bereiche. Aufgrund dieser Problemlagen und der aktuellen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen ist es notwendig, Rechtsextremismus auf der Einstellungsebene, in einem gesamtgesellschaftlichen Kontext der alle Bevölkerungsgruppen umfasst sowie in einem bundesweiten Bezug zu untersuchen.

Rassismus und Fremdenfeindlichkeit begegnen uns nicht nur in der Vergangenheit oder im Rahmen von Neonazismus und Militanz, sondern ebenso im Alltag und in vielen Köpfen

unserer Gesellschaft. Der Begriff *Rechtsextremismus* hat sich im Laufe der Zeit unter dem Einfluss der Totalitarismustheorie und dem Verständnis im Rahmen des Hufeisenmodells zu einer Vorstellung entwickelt, die auf ein Phänomen hindeutet, das sich am Rande der Gesellschaft innerhalb einer Szene bestehend aus Extremisten und Extremistinnen abspielt. In diesem Verständnis richtet sich Rechtsextremismus dabei explizit gegen die Demokratie und den Verfassungsstaat. Rechtsextremismus äußert sich jedoch nicht nur anhand von Verhaltensweisen kleiner organisierter sowie gewaltbereiter Gruppen, sondern auch im Alltagsverhalten und Denken vieler Menschen aus der gesellschaftlichen „Mitte“. Also äußert sich die Basis der rechtsextremen Ideologie, nämlich rechtsextreme Einstellungen innerhalb der gesamten Gesellschaft und ist der Demokratie gegenüber dabei überwiegend positiv eingestellt.

Die wissenschaftliche Relevanz zeigt sich zunächst in einer kritischen Auseinandersetzung mit der Deutungsmacht des Hufeisenmodells. Dieses hat den wissenschaftlichen und in der Folge auch den institutionellen Diskurs über Rechtsextremismus maßgeblich bestimmt. Die Einschätzung von Rechtsextremismus im Sinne des Hufeisenmodells konzentriert sich dabei größtenteils auf die auffallende Verhaltensebene. Jedoch bildet die Ebene der Inhalte und Dimensionen rechtsextremer Einstellungen die Basis dieser Ideologie und somit ihrer Strategien, Verhaltensweisen und Einflussmöglichkeiten. Diese Ebene ist vielschichtiger und ist dennoch viel subtiler. Wichtig ist, dass diese Einstellungsebene der Verhaltensebene vorgelagert ist und deshalb das primäre Forschungsinteresse darstellen sollte. Nach dem Kalten Krieg hatte die Totalitarismustheorie einen großen wissenschaftlichen Einfluss, der auch die institutionelle Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus beeinflusste, sodass das resultierende Hufeisenmodell hinsichtlich Anwendung und Deutungsmacht hohe Relevanz erhielt. Im Verlauf der letzten Jahre hat sich die Forschung lange Zeit vor allem auf Jugendgewalt und Neonazismus konzentriert anstatt auf die Auseinandersetzung mit der Gesamtproblematik. Der Fokus auf jugendliche, meist männliche Personen, die in Form von gewaltbereiten Gruppierungen auffielen, kann unter anderem darauf zurückgeführt werden, dass diese Personen häufig keine Erfahrung mit sprachlichen Codes oder Strategien von modernisierten Formen von Rechtsextremismus hatten. Dementsprechend äußerte sich ihr Verhalten häufig in einem Rahmen mit strafrechtlichen Konsequenzen (Vgl. Schiedel, 2007, S. 13). Der Fokus auf diesen Teilbereich ignoriert aber die grundlegende rechtsextreme Ideologie in ihrer Gesamtheit und deren Inhalte auf Einstellungsebene und verfehlt deshalb das gesamtgesellschaftliche Gefährdungspotenzial.

Die Wissenschaft verwendet im Rahmen der thematischen Auseinandersetzung außerdem unterschiedliche Begrifflichkeiten. Diese Heterogenität äußert sich unter anderem darin, dass die verwendeten Begriffe wie zum Beispiel „Rechtsextremismus“, „Rechtsradikalismus“, „Rassismus“, „Fremdenfeindlichkeit“ oder „Autoritarismus“ im öffentlichen wie auch im wissenschaftlichen Kontext häufig synonym verwendet werden (Vgl. Decker et al., 2006, S. 11). Es herrschen unterschiedliche Ansichten darüber, welche Inhalte und Dimensionen letztlich Extremismus zugeschrieben werden, außerdem existiert innerhalb der Forschung keine Einheitlichkeit hinsichtlich der verwendeten Fragestellungen oder entwickelten Skalen. Zu beachten ist außerdem, dass im methodischen Bereich unterschiedliche Messverfahren und Datenauswertungen praktiziert werden, wodurch eine rechtsextreme Einstellung unterschiedlich gemessen und beurteilt wird (Vgl. Neu/ Pokorny, 2015, S. 4). Des Weiteren erfolgt auch die Benennung der gesellschaftlichen „Mitte“ aus unterschiedlichen Perspektiven: so kann sie nach Lipset zum Beispiel im sozioökonomischen Sinne der „Mittelschicht“ entsprechen wobei die Grenzziehung und die Zuteilung zu dieser auch häufig subjektiv und nicht immer eindeutig verläuft oder aber im Sinne einer politischen Mitte (Vgl. ebd.).

Seit dem Jahr 1974 wird der Begriff „Rechtsextremismus“ vom deutschen Verfassungsschutz verwendet, der Ausgangspunkt ist dabei hinsichtlich Extremismen von „Links“ und „Rechts“ die Annahme einer „gleichermaßen große Bedrohung der Gesellschaft“ (Decker et al., 2006, S. 11). Diese also nicht ganz unkritisch zu betrachtende Bezeichnung des „Rechtsextremismus“ als Begriff wurde und wird auch heute noch trotz seiner Verwendung in den Verfassungsschutzberichten dennoch allgemein in der Wissenschaft sowie innerhalb dieser Arbeit verwendet. Der Grund dieser Begriffsverwendung ist vorliegend der, dass dabei nicht die gesellschaftliche Verortung oder die Handlungs- und Verhaltensebene als „rechtsextrem“ umfasst wird. Der Begriff wird hingegen dafür verwendet, um die ihm zugrundeliegende Ideologie, die in ihrem Kern und hinsichtlich ihrer ursprünglichen Bedeutung „extrem“ also letztlich enorm und ungesund ist, zu beschreiben. Insgesamt kommt der Wissenschaft eine wesentliche Aufgabe zu. Wie später noch im Kontext des Hufeisenmodells gesehen werden kann, kann sie ihre Erkenntnisse auf die institutionelle Praxis übertragen. Sie zeichnen ein Bild über die gesellschaftliche Realität und können somit auf gesellschaftliche Veränderungen eingehen, deren Relevanz zu einem gewissen Maß bestimmen und auf Problemlagen hinweisen.

Die institutionelle Relevanz zeigt sich zunächst in der Herausforderung durch den Einfluss des Hufeisenmodells. Die wissenschaftliche Bedeutung breitet sich also auf den institutionellen Bereich aus. Der deutsche Verfassungsschutz stuft demnach Bestrebungen als „extremistisch“ ein, „die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziel haben.“ (Verfassungsschutzbericht 2008 zitiert nach ALB, 2010, S.8). Extremismus wird von den beiden prominentesten Vertretern des Hufeisenmodells, Uwe Backes und Eckhard Jesse, in diesem Zusammenhang wissenschaftlich als ein „Sammelbegriff“ verwendet. Dieser umfasst Einstellungen und Handlungen, die sich gegen den Verfassungsstaat und dessen Werte wie Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus, Schutz von Privatsphäre und Gewaltenteilung richten (Vgl. Backe/ Jesse, 1993, S. 45). Dabei werden Tendenzen gleichgesetzt, die sowohl inhaltlich als auch hinsichtlich ihres jeweiligen Gefährdungspotenzials nicht miteinander verglichen oder sogar gleichgesetzt werden können. Sie verhalten sich teilweise sogar sehr gegensätzlich zueinander. Extremismus als Sammelbegriff wird auf einen gesellschaftlichen Rand reduziert. Die gesellschaftliche „Mitte“ und extreme Ränder werden als Antithese zueinander beschrieben. Der ursprüngliche Einfluss der gesellschaftlichen Mehrheit oder Mitte auf rechtsextreme Spektren wird ignoriert, ebenso deren Zustimmungspotenzial zu rechtsextremen Aussagen. Diese alarmierende Wechselwirkung wird nicht analysiert und problematisiert, wobei gerade hier die Kernproblematik liegt. Diese Auseinandersetzung wird in Kapitel 5 näher vorgestellt. Eine weitere institutionelle Herausforderung liegt darin, dass hinsichtlich Rechtsextremismus nach Richard Stöss „keine allgemein anerkannte Definition“ (Stöss, 2010, S. 10) existiert. Rechtsextremismus kann hinsichtlich seines tatsächlichen Gefahrenpotenzials also im institutionellen Rahmen nicht ausreichend erfasst werden. Vor allem hinsichtlich der inhaltlichen Dimensionen ist dies kaum möglich. In der Bundesrepublik Deutschland verfügt das Grundgesetz über Vorschriften, welche die Demokratie gegen verfassungsfeindliche Bestrebungen schützen sollen. Da dies größtenteils auf der institutionellen Ebene praktiziert wird, obliegt diese Aufgabe den Verfassungsgerichten auf Bundes- sowie auf Landesebene, den Innenministerien, der Polizei und den Verfassungsschutzämtern. Eine Kritik an den Werten der Verfassung sowie ihrer Grundsätze muss jedoch nicht zwangsläufig als eine Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung eingestuft werden, sondern erst Handlungen, die deren Beseitigung zum Ziel haben (Vgl. Stöss, 2010, S. 10ff.).

Auch auf der institutionellen Ebene ist die Problematisierung von rechtsextremen Einstellungen äußerst relevant. Erst so können politische Problemlagen, unzureichende Partizipationsmöglichkeiten und gesellschaftliche Fehlentwicklungen häufig erkannt und entsprechend behandelt werden. Um aktuellen Tendenzen und Problemlagen konstruktiv begegnen zu können, muss dabei die gesamte Gesellschaft Gegenstand des Interesses sein. Politische Unzufriedenheit und fehlende Teilhabemöglichkeiten sind wichtige Faktoren, die rechtsextreme Einstellungen und die Abwertung von schwachen sozialen Gruppen fördern können. Doch letztlich dürfen rechtsextreme Inhalte und Strategien nicht die Möglichkeit haben, als politische Alternative in Zeiten der Verunsicherung und des Unmuts zu funktionieren. Aus diesem Grund muss sich diese Relevanzebene mit den Gründen auseinandersetzen, wann und warum rechtsextremen Aussagen vermehrt zugestimmt wird.

Auf der gesellschaftlichen Relevanzebene können rechtsextreme Einstellungen einen Konnex zwischen einem sogenannten extremistischen Rand und der mehrheitlichen Gesellschaft oder der sogenannten gesellschaftlichen Mitte bilden. Heribert Schiedel begreift in diesem Sinne Rechtsextremismus nicht als ein Phänomen, das auf Randgruppen reduziert werden kann, sondern als die „militante Steigerung gesellschaftlicher Normalität“ (Schiedel, 2007, S. 13). Die Begrenzung der Problematik auf gesellschaftliche Ränder dient letztlich der gesamtgesellschaftlichen Selbstentlastung (Vgl. ebd.). Die kritische Auseinandersetzung hinsichtlich der Abwertung von bestimmten schwachen sozialen Gruppen wurde beziehungsweise wird auch aktuell in der Bundesrepublik häufig vermieden. In diesem Kontext werden Formen von Rassismus und Diskriminierung häufig nicht erkannt oder grundlegend unterschätzt. (Brinkmann, 2015, S. 36f.). Dies zeigt, wie wichtig die Untersuchung rechtsextremer Einstellungen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene ist. Dadurch kann erfasst werden, inwiefern einzelne Dimensionen dieser Einstellungen und damit verbunden die Abwertung spezifischer schwacher sozialer Gruppen verstärkt auftreten.

Obwohl in der Bundesrepublik Deutschland demokratisches Denken weit verbreitet ist, hat rechtspopulistisches oder rechtsextremes Gedankengut einen relevanten Einfluss. Rechtsextreme Agitation agiert in Zeiten von allgemeiner Verunsicherung mit vielfältigem Aktionismus, der zum Beispiel Bürger_inneninitiativen, soziale Hilfestellung, Beratungen im Rahmen von Hartz IV, das Engagement im sportlichen Bereich oder die Betreuung von Hausaufgaben umfasst. Für komplexe Problemstellungen werden als einfach verkörperte Lösungen vorgestellt. Die Schuld wird in den meisten Fällen in der Politik und bei schwachen sozialen Gruppen gesucht. Soziale und wirtschaftliche Problemlagen führten gemeinsam mit

unterschiedlichen Faktoren zu Wahlerfolgen von rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien. Diese nutzten diese Rahmenbedingungen für ihre Programmatik (Vgl. Brinkmann, 2015, S. 22ff.). Obwohl es in den letzten Jahren auch Phasen der Entspannung gab, so ist die allgemeine Bereitschaft zu Diskriminierung im Alltag gegenüber schwachen sozialen Gruppen weiterhin präsent. Bedenkt man eine fortwährende Prekarisierung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, so werden auch Ressentiments wachsen (Vgl. ebd., S. 27). Aktuell wird häufig von einer „Flüchtlingskrise“ gesprochen, die eine Vielzahl von Ängsten aber auch Ressentiments befördert. Diese Entwicklungen brachten unter anderem eine wachsende Wähler_innenschaft für die rechtspopulistische Alternative für Deutschland (kurz AfD) und führten letztlich dazu, dass der Konnex zwischen rechtsextremistisch geprägter Agitation und den Sorgen und Ängsten der gesellschaftlichen Mitte in Form von Wut und Abwertung immer spürbarer wird. Gleichzeitig wird die gegenseitige Beeinflussung von der gesellschaftlichen „Mitte“ einerseits und dem extrem rechten Spektrum andererseits häufig verschleiert. Dadurch werden der gegenseitige Zusammenhang sowie die Wechselwirkung nicht sichtbar. Doch gerade dieser Zusammenhang sollte von der Wissenschaft wie auch von der Politik nicht ignoriert, sondern aufgezeigt werden. Dadurch kann letztlich die Problematik auf gesellschaftlicher Ebene benannt werden. In der Folge können so Faktoren, die das Einstellungsmuster fördern, erkannt werden und Problemlagen entsprechend behandelt werden. Letztlich stellt Rechtsextremismus, dem rechtsextreme Einstellungen und Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen zugrunde liegen und der sich in der Folge innerhalb eines spezifischen Verhaltens womöglich gewalttätig äußert, eine kontinuierliche Herausforderung dar. Diese Herausforderung erscheint dabei mal mehr und manchmal weniger erkennbar und gerade dieser Umstand macht diese Ideologie, nicht nur in Zeiten der Krise, sehr gefährlich.

Der Umstand, dass die drei ausgewählten Relevanzbereiche zusammenhängen zeigt auf, dass es sich um ein sehr komplexes und vielschichtiges Phänomen handelt, das auch innerhalb dieser einzelnen Bereiche entsprechend behandelt werden muss. Dies muss im Sinne der Auseinandersetzung und Problematisierung von dem Einfluss rechtsextremer Einstellungen auf die Gesellschaft erfolgen. Ebenso ist die Wahrnehmung notwendig, dass rechtsextreme Inhalte auch letztlich innerhalb der Mehrheitsgesellschaft hervorgebracht werden und diese als Orientierungspunkt für die extreme Rechte zu betrachten ist. Dieses Wechselspiel bringt eine zunehmende Legitimation und Akzeptanz rechtsextremer Inhalte hervor, die immer öfter

modernisiert verpackt und subtiler kommuniziert werden. Dabei bleiben die Inhalte gleichermaßen diskriminierend, abwertend und gefährlich.

1.1 Wissenschaftlicher Forschungsstand

Nachfolgend wird ein grober Überblick über die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit rechtsextremen Einstellungen beschrieben. Zu Beginn werden Untersuchungen zu Faktoren, die diese Einstellungen fördern können vorgestellt. Daran anschließend werden einige Forschungen seit den 1980er Jahren genannt, dabei zeigt sich der Fokus auf die Jugend als Untersuchungsgegenstand. Abschließend werden ausgewählte Studien ab den frühen 2000er Jahren genannt. Dies zeigt, dass in den letzten Jahren vermehrt rechtsextreme Einstellungen auf einer breiteren gesellschaftlichen Ebene untersucht wurden.

Eine Pionierstudie, an der sich eine Vielzahl späterer Studien orientierte, entstand in der Nachkriegszeit des Zweiten Weltkriegs in den U.S.A. Diese Studie befasste sich zwar mit der US-amerikanischen Bevölkerung, ist für diese Masterarbeit jedoch sehr interessant, da die Verankerung der sogenannten „Autoritären Persönlichkeit“ in breiten Teilen der Gesellschaft untersucht wurde. In den 1950er Jahren untersuchten Adorno et al. im Rahmen von „*The Authoritarian Personality*“, antidemokratische Einstellungen innerhalb der Bevölkerung, wobei als Untersuchungspole zum einen demokratische Einstellungen und zum anderen autoritäre Orientierungsweisen als Bezugsrahmen verwendet wurden. Die Untersuchung führte zu der Erkenntnis, dass die Anhänger_innenschaft von demokratischen Parteien ebenso wie bei jenen von faschistischen Parteien antidemokratische Einstellungen vertraten (Adorno et al. 1950). Dieses Konzept der sogenannten „Autoritären Persönlichkeit“ beeinflusste unter anderen auch Annahmen hinsichtlich des Stellenwerts der frühen Sozialisation. Hierbei erscheint die spezifische Persönlichkeitsstruktur, die im Rahmen der Sozialisation erlangt wurde, als ursächlich für die Neigung zu Vorurteilen und antidemokratischen Einstellungen. Im Rahmen von sozialen Krisen kommt es aufgrund von psychisch bedingter Anspannung zu Aggressionen gegenüber gesellschaftlichen Minderheiten. Gleichzeitig steigt die Unterwerfungsbereitschaft unter Autoritäten (Vgl. Decker et al., 2006, S. 14f.).

Im Kontext mit Sozialisationsannahmen wird mittlerweile allgemeiner von Rechtsextremismusforschung gesprochen, die sich wiederum in unterschiedliche Ebenen zum Beispiel im Hinblick auf die Einbindung von Autoritarismus, differieren. Hinzu kommt, dass die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus neben den sozialpsychologischen Modellen

vordergründig von sozialwissenschaftlichen Überlegungen geprägt war. Als Beispiel für eine auslösende Ursache für rechtsextreme Denkmuster kann ein bedrohter sozialer Status bzw. eine soziale Deklassierung genannt werden (Vgl. Decker et al., 2006, S. 15f.). In diesem Kontext erscheint die Desintegrationstheorie (Heitmeyer, 1994) interessant, wonach Verlustängste etc. zu einer Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (Heitmeyer, 2002) führen können. Durch den Fokus auf Statusunsicherheit werden jedoch die Bedingungen für rechtsextreme Sichtweisen nicht berücksichtigt. Neben den genannten Ansätzen gibt es darüber hinaus noch eine Vielzahl weiterer Denkschulen, Theorien sowie Untersuchungen im Bereich der Rechtsextremismusforschung. So dominierten gerade in den letzten Jahren Vergleiche zwischen Ost und West, was bezüglich der vorliegenden Thematik besonders relevant ist. Dabei spricht Decker von einer Art Renaissance der Sozialisationsannahmen, beziehungsweise Annahmen im Bereich der systemabhängigen Sozialisation (Vgl. Decker et al., 2006, S. 17ff.)

In Deutschland etablierte sich erst zu Beginn der 1980er Jahre eine Form der Rechtsextremismusforschung, die als empirisch-analytisch und kontinuierlich verlaufend bezeichnet werden kann. Zuvor waren rechtsextreme Erscheinungen als „Nachkriegsrechtsextremismus“ eingestuft worden (Vgl. Neureiter, 1996, S. 6). Christoph Butterwegge beschreibt die Situation damit, dass bis in die Jahre 1989 und 1990 Rechtsextremismus also als sogenanntes „Restphänomen“ des Dritten Reichs und dessen Generationen behandelt wurde (Vgl. Butterwegge, 2000, S. 6). Richard Stöss beschrieb es im Jahr 1989 als „bezeichnend für die Bewältigung der nationalsozialistischen Vergangenheit“ (Stöss, 1989, S. 45), dass die erste umfassende Untersuchung hinsichtlich rechtsextremer Einstellungen in der Bundesrepublik im Rahmen der *SINUS-Studie* erst 35 Jahre nach Kriegsende innerhalb der damaligen Bundesrepublik durchgeführt wurde (Vgl. ebd.).

Während in der DDR kaum Untersuchungen zu rechtsextremen Einstellungen durchgeführt wurden, da diese nicht in das Bild des antifaschistischen Selbstverständnisses passten, wurde nach der deutschen Vereinigung und damit verbundene Anstieg rechtsextremer Gewalt eine ganze Reihe von Studien und Untersuchungen durchgeführt. Diese werden nachfolgend anhang Schroeder (2004) aufgezählt. Während die bereits erwähnte *SINUS-Studie* 1979/1980 als eine Art „Pionierstudie“ zu diesem Zeitpunkt galt und den westdeutschen Landesteil hinsichtlich eines „rechtsextremen Weltbilds“ in der Bevölkerung untersuchte, wurde unter anderem nach der Vereinigung die „*Autoritarismus-Studie*“ in Berlin eine der ersten gesamtdeutschen Studien, die vom Konzept politischer Kultur sowie Faktoren wie

Autoritarismus oder Entfremdung ausging, durchgeführt. Als weitere wichtige Studien sind die „*Jugendsurveys des Deutschen Jugendinstituts*“ in München aus den Jahren 1992 und 1997 zu nennen sowie 1998 die „*Greifswalder Schülerstudie*“, die auf Grundlage einer Täter_innen-Opfer Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen Schüler_innen unter anderem hinsichtlich rechtsextremer und fremdenfeindlicher Einstellungen befragte, die „*Shell Jugendstudien*“ in den Jahren 2000 und 2002, die ein hohes Maß an Fremdenfeindlichkeit erfassten oder die „*Schülerstudie in Sachsen-Anhalt*“ im Zeitraum zwischen 1998 und 2002, welche die Einstellungen hinsichtlich Gewalt und Migrant_innen erfragte. Außerdem wurden unter anderem das Forschungsprojekt „*Soziale Konstruktion des politischen Extremismus in Thüringen*“ durchgeführt sowie im Mai und Juni 1998 „*Umfragen des Otto-Stammer-Instituts*“. Weitere nennenswerte Untersuchungen fanden im Rahmen des „*Thüringen Monitors 2000*“ im Auftrag der thüringischen Landesregierung unter Durchführung der Universität Jena zu den Bereichen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sowie der „*Sozialpsychologischen Studie in Thüringen*“, der „*USUMA Repräsentativbefragung*“ 2002, die rechtsextreme Einstellungsmuster anhand von sechs Komponenten untersuchte, statt (Schroeder, 2004, S. 157-188). Viele dieser Studien zeigen auf, dass das wissenschaftliche Forschungsinteresse lange Zeit auf der Einstellungsebene bei Jugendlichen lag, die somit häufig mit Rechtsextremismus assoziiert wurden.

In den darauffolgenden Jahren wurden vermehrt Untersuchungen zu rechtsextremen Einstellungen mit einem gesamtgesellschaftlichen Bezug durchgeführt. Untersuchungen wurden und werden auch aktuell teilweise von politischen Stiftungen gefördert. Neben den bereits genannten Langezeituntersuchungen und Studien veröffentlichte so die Friedrich-Ebert-Stiftung im Rahmen des Projekts „Gegen Rechtsextremismus“⁴ einige Studien für die vorliegende Thematik interessant sind. Die Mitte- Studie der Universität Leipzig wurde zwischen 2006 und 2012⁵ im Rahmen dieses Projekts veröffentlicht. Auch Studien einiger Forscher_innen der Langzeituntersuchung Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit gehören im Rahmen dieses Projekts zu den veröffentlichten Beiträgen⁶. Die „Mitte-Studie“ 2016 (Decker et al., 2016) wurde von der Heinrich-Böll-Stiftung sowie der Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt. Auch in Bezug auf PEGIDA wurden in jüngster Zeit einige Studien durchgeführt⁷.

⁴ http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/inhalte/studien_Gutachten.php

⁵ Decker et al. (2006/ 2008/ 2010/ 2012)

⁶ Unter anderem Zick et. al (2011/ 2014/ 2016)

⁷ Patzelt/ Klose (2016); Vorländer et al. (2016); Vorländer et al. (2015)

Aufgrund dieser aufgekommenen Quantität und Diversität handelt es sich bei den vorliegend behandelten und im Verlauf der Masterarbeit vorgestellten Studien lediglich um einen kleinen exemplarischen, wenn auch relevanten Ausschnitt des insgesamt verfügbaren Materials. Die im Verlauf der Masterarbeit vorgestellten Studien zählen dabei aktuell zu den populäreren Untersuchungen, so existiert besonders in Bezug auf die „Mitte-Studie“ der Universität Leipzig viel öffentliche Diskussion. Die Langzeitstudie „Deutsche Zustände“ ist im Kontext Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit eine der bekanntesten Studien auf diesem Gebiet und die WZB-Untersuchung zu PEGIDA wurde ebenfalls aufgrund ihrer Aktualität auch im Ausland vorgestellt und diskutiert. Bei den beiden erstgenannten Studien handelt es sich um Langzeituntersuchungen, so dass Entwicklungen und Trends aufgezeigt werden. Die WZB-Untersuchung befasst sich mit PEGIDA hinsichtlich vorhandener fremdenfeindlicher Einstellungen. Deshalb werden Pegidist_innen nicht auf die Rolle der besorgten Bürger_innen reduziert, sondern PEGIDA hinsichtlich des zugrundeliegenden Gefährdungspotenzials bewertet. Ich habe mich auf diese drei Untersuchungen konzentriert, da sie rechtsextreme Einstellungen sehr reflektiert untersuchen und letztlich auch problematisieren und in ihren Ergebnissen auf deren Existenz innerhalb unserer Gesellschaft hinweisen.

2. Forschungsleitende Fragestellungen und Hypothesen

2.1 Forschungsleitende Fragestellungen

Die vorliegende Masterarbeit behandelt zwei grundsätzliche Fragestellungen. Einerseits sollen rechtsextreme Einstellungen in der Gesamtbevölkerung auf Grundlage der theoretischen Verortung rechtsextremer Einstellungen sowie der Erkenntnisse im Rahmen der vorgestellten Studien untersucht werden.

Inwiefern sind rechtsextreme Einstellungen in der gesellschaftlichen Mitte vorhanden und können somit als gesamtgesellschaftliches Phänomen verortet werden?

Des Weiteren richtet sich der Fokus auf die ostdeutschen Bundesländer und den Einfluss von sozialem und politischem Wandel im Rahmen von begünstigenden Faktoren rechtsextremer Einstellungen sowie auf dominierende Dimensionen dieser Einstellungen. In diesem Kontext werden zudem Merkmale und Entwicklungen von ausgewählten Bereichen des ostdeutschen Rechtsextremismus dargestellt.

Welche Spezifika weisen die ostdeutschen Bundesländer seit der gesamtdeutschen Vereinigung bezüglich rechtsextremer Einstellungen auf und inwiefern sind diese mit dem Systemwechsel verbunden?

2.2 Hypothesen

Diesen Fragestellungen liegen folgende Hypothesen zugrunde. Die erste Hypothese bezieht sich auf die Annahme, dass rechtsextreme Einstellungen gesamtgesellschaftlich verbreitet sind, ohne dabei als rechtsextrem reflektiert zu werden. Dies basiert auf dem Umstand, dass diese Einstellungen innerhalb der Gesellschaft entstehen und sich auch an ihren Inhalten orientieren. Graubereiche beziehungsweise Synthesen zwischen dem rechtsextremen Spektrum und der Bevölkerung können von den Verfassungsschutzbehörden im Sinne des theoretischen Hufeisens nicht erfasst werden.

Rechtsextreme Einstellungen sind hinsichtlich der diesen zugrundeliegenden inhaltlichen Dimensionen gesamtgesellschaftlich verbreitet. Dadurch wird angenommen, dass das Hufeisenmodell nicht geeignet ist, das Problem adäquat zu erfassen.

Die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen findet bundesweit statt und ist nicht auf den ostdeutschen Landesteil zu reduzieren. Dabei lassen sich innerhalb der verschiedenen inhaltlichen Dimensionen spezifische Unterschiede feststellen.

Rechtsextreme Einstellungen finden sich bundesweit, nicht nur in Ostdeutschland. Es wird aber angenommen, dass sich Ost- und Westdeutsche Bevölkerung hinsichtlich bestimmter Dimensionen und deren jeweiliger Intensität unterscheiden.

3. Methodische Vorgehensweise

In dieser Untersuchung wurden ausgewählte sozialwissenschaftliche empirische Studien sowie theoretische Literaturquellen inhaltlich analysiert. Die Auswahl der Fallstudien sowie der theoretischen Quellen basiert auf einer Literaturrecherche. Im theoretischen Teil der Arbeit wurde Rechtsextremismus dazu theoretisch hinsichtlich seiner Dimensionen sowie Faktoren, die ein rechtsextremes Einstellungsmuster begünstigen, vorgestellt. Hinzu kam die Auseinandersetzung mit ausgewählten Erscheinungsformen. Die theoretische Grundlage bildete die Kritik am Hufeisenmodell, da dieses rechtsextremes Einstellungspotenzial in der Mehrheitsgesellschaft nicht ausreichend erfassen kann. Um Entwicklungen seit dem Systemwechsel innerhalb der ostdeutschen Bundesländer aufzuzeigen, wurden unterschiedliche empirische und theoretische Erkenntnisse integriert. Ein Großteil dieser Arbeit widmet sich den exemplarisch ausgewählten empirischen Studien. In Bezug auf die Auswahl geeigneter Studien wurden die Kategorien *gesellschaftliche „Mitte“* im Sinne der Gesamt- beziehungsweise Mehrheitsgesellschaft, *rechtsextreme Einstellungen* und deren *inhaltliche Dimensionen*, *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* und die dieser zugrundeliegenden *Elemente* berücksichtigt. Als Beispiel für zivilgesellschaftlichen Protest im Kontext rechtsextremer Einstellung wurde eine Untersuchung zu *PEGIDA* vorgestellt. Innerhalb der verwendeten Studien lag der Schwerpunkt der Untersuchungen in der Erfassung von Rechtsextremismus hinsichtlich seiner Einstellungsebene, die sich in unterschiedliche Dimensionen unterteilt. Diese wurden gewählt, um anhand ihrer Erkenntnisse rechtsextreme Einstellungen innerhalb der sogenannten gesellschaftlichen und politischen Mitte beziehungsweise der Mehrheitsgesellschaft erfassen zu können. Zu beachten ist dabei, dass es sich um eine exemplarische Auswahl handelt, wodurch natürlich keine Repräsentativität oder Vollständigkeit erreicht werden kann.

4. Theoretischer Ansatz: die Problematik des Hufeisens. Kritik am Extremismus-Modell des deutschen Verfassungsschutzes

„Der Rechtsextremismus nistet sich nicht an den Rändern der Gesellschaften ein – rechtsaußen oder gar jenseits der rechten Eckfahne – er entsteht „in der Mitte der Gesellschaft“. Sozialdarwinistische und soziale Gegebenheiten naturalisierende Ideologeme werden wieder sehr breit akzeptiert. Diese stellen aber den ideologischen Eckpfeiler rechtsextremer Weltsicht ganz allgemein dar“ (Jäger/Jäger, 1992, S. 2).

Dieses Zitat erscheint provokant, formuliert aber in überspitzter Form die Basis für die Kritik am Hufeisenmodell. Rechtsextremismus entsteht somit auf einer Mikroebene, im Sinne der Inhalte und Einstellungsmuster und letztlich in der Gesellschaft selbst. Rechtsextreme Einstellungen entwickeln sich also nicht in einem luftleeren Raum und Rechtsextremismus in seiner Gesamtheit lässt sich nicht auf Handlungen und Bestrebungen gegen die Freiheitliche Demokratische Grundordnung begrenzen.

Dieses Kapitel beginnt mit einer Einführung zur Totalitarismustheorie, die als Vorläufer des Hufeisenmodells bezeichnet werden kann. Dies wird mit einem Einblick in die wissenschaftliche Vergangenheit sowie der wissenschaftlichen Gegenwart verknüpft. Anschließend wird die institutionelle Verankerung des Modells beschrieben, um den Einfluss seiner wissenschaftlichen Anwendung auf die institutionelle Praxis erklären zu können. Darauf folgt die grundlegende kritische Auseinandersetzung mit dem Modell und damit verbunden einige abschließende Anmerkungen zur wissenschaftlichen Praxis innerhalb der Rechtsextremismusforschung.

Der Ursprung des Hufeisenmodells liegt in der sogenannten Totalitarismustheorie. Im Zusammenhang mit der Entstehung des Modells ist die im Zuge des Systemkonflikts während des Kalten Krieges häufig verwendete Totalitarismustheorie im theoriegeschichtlichen Kontext besonders relevant, da unter anderem der scheinbare antitotalitäre Charakter innerhalb von demokratischen Gesellschaften im Vordergrund steht und zudem behauptete Divergenzen zwischen totalitären und demokratischen Regimen in den Fokus gelegt werden. Die Attraktivität dieser Theorie ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass sie der postnationalsozialistischen deutschen Gesellschaft zumindest tendenziell innerhalb der Relativierung des Nationalsozialismus diene, da dessen Verbrechen mit jenen der

Sowjetunion beziehungsweise Auschwitz mit dem Gulag verglichen wurden (Vgl. Falter, 2011, S. 86/ Nolte, 1987; zitiert nach Falter, 2011, S. 92). Die Totalitarismustheorie existiert nicht erst seit dem Kalten Krieg, sondern wurde schon in den 1920er und 1930er Jahren angewendet. Mit ihrem Fokus auf „Extremismus an der Macht“ bot sie die Möglichkeit, Hitlers „Machtergreifung“ und die Mitschuld der dabei involvierten gesellschaftlichen und politischen Eliten zu relativieren. Während des Kalten Krieges wurde sie außerdem gegen die demokratische Linke genutzt, indem dieser vorgeworfen wurde, dass Marxismus Herrschaften wie jene des Stalinismus oder des Nationalsozialismus errichten wolle. Die Theorie wurde somit im Rahmen einer Mobilisierung gegen Kommunismus und Marxismus (Vgl. Butterwegge, 2000, S. 6ff.). Die vorliegende Arbeit bezieht im thematischen Kontext keine Stellung zum sowjetischen Staatssozialismus, da dieser Bereich nicht relevant für die vorliegenden Inhalte ist. Wichtig zu betonen ist, dass die Totalitarismustheorie in den 1950er und 1960er Jahren „zur dominierenden Deutungsvariante des sowjetischen Sozialismus“ (Segert, 1993, S. 4) verwendet wurde. Dies geschah durch das Aufzeigen von einigen Gemeinsamkeiten zum Nationalsozialismus in Deutschland, um so „negative Emotionen zu mobilisieren“ (Ebd.).

In der wissenschaftlichen Vergangenheit wurde der Gegenstand des sogenannten politischen Extremismus erst ab den 1970er Jahren diskutiert, da zuvor der Begriff des Radikalismus gebräuchlich war (Vgl. Oppenhäuser, 2011, S. 36ff.). Zugleich bleibt festzuhalten, dass sich zum einen die rechtsextreme Praxis ebenso im Zeitverlauf verändert wie auch die Klassifikationen dessen, was als rechtsextrem benannt wird (Kohlstruck/ Klärner, 2006, S. 14; zitiert nach Oppenhäuser, 2011, S. 35). Oppenhäuser spricht dabei im Kontext des Extremismus-Begriffs von einem „politischen Normalitätsdispositiv“. Für die Etablierung der Begrifflichkeit spielten unter anderem das Bundesinnenministerium, das Bundesamt sowie die Landesämter für Verfassungsschutz, die Bundeszentrale für politische Bildung sowie politische Stiftungen wie die Konrad-Adenauer-Stiftung, eine entscheidende Rolle (Vgl. Oppenhäuser, 2011, S. 43).

In der wissenschaftlichen Gegenwart kann das Extremismusverständnis im Sinne des Hufeisenmodells bei Eckard Jesse verdeutlicht werden. Jesse zählt neben Uwe Backes zu dem exponiertesten Vertreter des Hufeisenmodells und spricht allgemein von sogenanntem „politischem Extremismus“, welcher sich sowohl auf Rechts- als auch auf Linksextremismus bezieht und den demokratischen Verfassungsstaat zumindest ablehnt oder dessen Beseitigung anstrebt. Rechtsextremismus versteht er als fanatischen Nationalismus (Vgl. Jesse, 2002, S.

1). Dabei stellt Nationalismus nur eine von mehreren rechtsextremen Dimensionen dar. Jesse beschreibt Extremismus im Kontext seiner Vorstellung von „Extremismusforschung“ als Antithese des demokratischen Verfassungsstaates und assoziiert Extremismus demnach mit antidemokratischen Kräften, ein weiterer Fokus wird hinsichtlich der Untersuchung struktureller Unterschiede zwischen Rechts- und Linksextremismus gesetzt- in diesem Kontext wird auf das Hufeisen-Modell verwiesen. Gleichzeitig beschreibt er meiner Einschätzung nach hingegen treffend, dass Extremismus sich in vielen Varianten und zudem innerhalb fließender Übergänge äußert, außerdem würden Extremist_innen sich nicht selbst als solche bezeichnen (Vgl. Jesse, 2015, S. 1). In diesem Kontext stellt sich die Frage, ob man von *einer* einheitlichen Extremismusforschung sprechen kann, da dieses Feld sehr heterogen und interdisziplinär geprägt ist und Jesse selbst allgemeine Gültigkeit für das Modell beansprucht und dadurch andere existierende Ansätze weitestgehend verdrängt werden. Die beiden genannten Vertreter des Modells versuchen seit Jahren diesem Modell über dessen Verankerung im deutschen Verfassungsschutz und politischen Strukturen und Akteur_innen hinaus Bedeutung und Relevanz zu verschaffen (Vgl. Butterwegge, 2000, S. 7).

Die institutionelle Verankerung des Modells zeigt sich dadurch, dass die Behörden Wagner und Borstel zufolge das rechtsextreme Bedrohungspotenzial in Ost- wie auch in Westdeutschland als überschaubar ein schätzen, sodass lediglich Vereine und Parteien mit einigen Tausend Mitgliedern, mit einem scheinbar geringen Rückhalt innerhalb der gesellschaftlichen „Mitte“ und von daher als isoliert beschrieben, miteinbezogen werden. Demokratie wird in dieser Denkweise als demokratischer Verfassungsstaat gedacht und nicht als ein normativer Begriff. In einer normativen Perspektive existiert Demokratie nur mit ethischen Grundstandards, Menschenrechten wie Würde und Freiheit, faire Behandlungen und gleiche Teilhabechancen. Diese Perspektive beinhaltet von daher auch ein anderes Bedrohungspotenzial. Die rechtsextreme Ideologie und ihr Bedrohungspotenzial stehen zwar häufig nicht im politischen Fokus, entwickeln sich jedoch im Rahmen unterschiedlicher Bewegungen und integrieren sich dabei stetig in den Alltagsverstand. Dies inkludiert ein breites Spektrum an Verschwörungstheorien, neu konstruierte Formen von Antisemitismus, der nun subtiler vermittelt wird sowie Initiativen, die eine grundsätzliche politische Unzufriedenheit fühlen. Des Weiteren etablieren sich Lifestyle-Szenen, welche sich in Form von einem modischen und hippen Erscheinungsbild sowie einer dargestellten Intellektualität der Öffentlichkeit präsentieren und von einem „Kampf der Kulturen“, „Überfremdung“ sowie der Bedrohung durch „den Islam“ sprechen. Während einige Jahre lang Stagnation in der

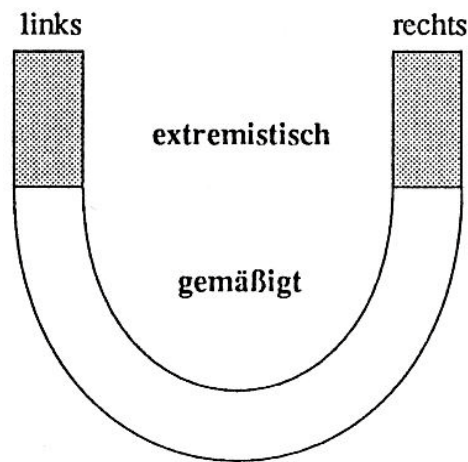
Szene herrschte, wuchs der Aktionismus in den letzten Jahren erneut (Vgl. Wagner/ Borstel, 2009, S. 284ff.).

Das im Rahmen dieses Modells vertretene Verständnis von Demokratie ist sehr institutionenzentriert sowie verfassungsbezogen. (Vgl. ebd., S. 91). Uwe Backes zufolge werden innerhalb der Extremismusforschung strukturelle Merkmale, die extremistisches Denken vom demokratischen Verfassungsstaat unterscheiden, untersucht (Backes, 1989, S. 104; zitiert nach Falter, 2011, S. 86). Problematisch ist hierbei, dass die entsprechenden Elemente isoliert auf einer deskriptiven Ebene untersucht werden. Dies betrifft für Falter die überbetonten Grenzen zwischen den sogenannten „Extremismen“ und der Gesamtgesellschaft, welche in diesem Kontext somit nur „deskriptiv“ sowie „isoliert“ analysiert werden. Dies führt dazu, dass gesamtgesellschaftliche Tendenzen ebenso wie die Entstehungszusammenhänge von Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus ignoriert werden. Diese unpräzise Darstellung führte zur Definitionsmacht, welche die Extremismustheorie im politischen und öffentlichen Kontext besitzt, obwohl deren Abstraktheit der gesellschaftlichen Realität keineswegs gerecht wird und gleichzeitig wie bereits angedeutet die Gefahr besteht, dass postnationalsozialistische Gesellschaften es nutzen, um einerseits die eigene historische Vergangenheit zu relativieren und gleichzeitig Vorwürfe hinsichtlich gegenwärtigem Rassismus und Antisemitismus abzuwehren. Dies führt schließlich nicht selten zumindest zu einer impliziten Relativierung von Rechtsextremismus (Vgl. Falter, 2011, S. 91f.).

Die Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates wird bei der Anwendung dieses Modells also als zentrales Merkmal für die Bestimmung von Extremismus verwendet. Dabei werden aber die gesellschaftlichen Ursachen, die diesem Gegenstand eigentlich zugrunde liegen jedoch ignoriert. Dabei wird die Tatsache, dass Extremismus eine Problematik ist, welche „mitten in der Gesellschaft wurzelt“ also letztlich nicht benannt (Vgl. Butterwegge, 2000, S. 7). Die Totalitarismustheorie und in der Folge das Hufeisenmodell präsentieren keine Lösungsvorschläge hinsichtlich der konstruktiven Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Stattdessen wird auf einen „starken Staat“ (Ebd., S. 10) im Zusammenhang der „wehrhaften Demokratie“ (Ebd.) gesetzt: dadurch wird versucht, Extremist_innen aus politischen Machtpositionen herauszuhalten, jedoch wird dadurch deren Aktivität und Praxis in der Gesellschaft nicht verhindert (Vgl. ebd.).

Die Kritik am Hufeisenmodell wird anhand der folgenden Graphik ausgeführt:

Abbildung 1: Hufeisenmodell



(Backes, 1989, S. 252)

Das Extremismusverständnis des Verfassungsschutzes sieht die demokratische gesellschaftliche „Mitte“ in einem hufeisenförmigen Modell als von den extremistischen Rändern gefährdet. Zudem werden für Bötticher und Mareš linke und rechte Analogien, die inhaltlich betrachtet nicht miteinander vergleichbar sind, nebeneinandergestellt: es wird also von einer Art „Wesensverwandtschaft“ unterschiedlicher Ideologien ausgegangen. Linke und antifaschistische Denkweisen werden in dieser Logik mit nazistischen Denk- und Handlungsmustern gleichgesetzt. Dieses Modell wird zwar als objektiv präsentiert, basiert aber auf einer stark normativ ausgerichteten und letztlich sehr unreflektierten Annahme und verharmlost Ideologien der Ungleichwertigkeit wie zum Beispiel Rassismus und Antisemitismus. Der „Extremismus der Mitte“ wird mit diesem Modell nicht erfasst, da die gesellschaftliche Mitte als positiv konnotiert wird (Vgl. Bötticher/ Mareš, 2012, S. 83ff.). Dem Modell wird vorgeworfen, dass es mit binären Einteilungen arbeitet, die gesellschaftliche Minderheiten verstärkt als extremistisch kategorisieren und in diesem Zusammenhang zwischen diesen Minderheiten, den extremistischen gesellschaftlichen Rändern sowie der Mitte keinerlei Graustufen näher differenziert und untersucht (Vgl. ebd., S. 86).

Auffällig ist zudem, dass die jeweiligen Enden von *Linksextremismus* und *Rechtsextremismus* nur eine relativ geringe Entfernung zueinander aufweisen, während ihre Entfernung zur sogenannten „gesellschaftlichen Mitte“ wiederum verhältnismäßig groß ist. Rechtsextremismus wird also nicht auf der inhaltlichen Ebene hinsichtlich der Präsenz von

Rassismus und Antisemitismus untersucht und geht somit einher mit einer Form von Entlastung der „gesellschaftlichen Mitte“ (Vgl. Schiedel, 2007, S. 23f.).

Wie bereits zu Beginn dieser Arbeit angesprochen wurde, existiert keine einheitliche Begriffsverwendung, um den gesamten rechtsextremen Wirkungsbereich zu unterteilen und zu definieren. Kühnl verwendet den Begriff der sogenannten *extremen Rechten*, um zu unterstreichen, dass hierbei die *extreme* Ausformung des *Rechten* gemeint ist. Die Begriffsverwendung lässt überdies den Schluss zu, dass sowohl diese *extreme* als auch die *gemäßigte Rechte* über Gemeinsamkeiten verfügen (Vgl. Kühnl, 1996, S. 142). Da der Übergang zwischen Demokratie hin zu Extremismus häufig fließend verläuft etablierte sich im amtlichen Kontext der Begriff *Radikalismus*, der die „Grenzzonen zwischen den Extremismen und dem demokratischen, durch die freiheitliche demokratische Grundordnung geschützten Bereich“ (Stöss, 2010, S. 15) markieren soll. Dieser Bereich würde dann somit noch als verfassungskonform bewertet werden. Obwohl das Modell nicht dazu dient, die gesellschaftliche Realität abzubilden, sondern lediglich die Grenzen zwischen den demokratischen Grundprinzipien und Demokratiefeindlichkeit zeichnet, geht die politikwissenschaftliche Analyse im Kontext des Rechtsextremismus über die Erfassung des Bedrohungspotenzials gegenüber der Verfassung hinaus. Insgesamt ist die Kategorisierung in ein eindimensionales Links-Rechts-Schema Stöss zufolge aus einer sozialwissenschaftlichen Perspektive heraus zu hinterfragen, da sie zum einen stark vereinfachend wirkt und in der politischen Realität unterschiedliche Vorstellungen, Werturteile und Verortungsansätze in der Bevölkerung hinsichtlich der Zuteilung in Links oder Rechts existieren. Dadurch reicht das Modell nicht aus, um politische Verhältnisse darzustellen, da zudem für die Bestimmung der Positionierung von Parteien, Organisationen oder auch Personen in einem zweidimensionalen Modell insgesamt vier extreme Positionen zu berücksichtigen wären, welche sich aus einer ökonomisch- sozialen beziehungsweise sozialistisch-kapitalistisch und einer politischen, im Sinne von demokratisch oder autoritär, zusammensetzen. Dadurch befindet sich unter diesen Dimensionen somit für Stöss auch ein demokratischer Extremismus (Vgl. ebd., S. 15ff.).

Die Gefahr besteht zudem im Missbrauch der Verwendung der Formulierungen „extrem“ und als dessen Steigerung „extremistisch, in einem als „kompromisslos“ und „polarisierend“ beschriebenen Sinne. Diesem Wert wird die gesellschaftliche Mitte als scheinbar normalisiert und als ausgleichender und „gemäßigter“ Pol beschrieben. Dies führt schon zur wesentlichen Kritik an diesem Konzept: Zum einen, dass Extremismus und Demokratie in einem „dichotomen“ Verhältnis zueinanderstehen, dass beide Bereiche eine „antithetische

Beziehung“ führen und dass es sich somit bei Extremismen um eine Form der Antidemokratie handelt, welche nicht mit Demokratie vereinbar sind, sondern deren Gegenteil darstellen (Vgl. Stöss, 2015, S. 1). Dieses Schwarz-Weiß-Denken führt jedoch nicht zu Erkenntnissen, da es Personen gibt, „die mehr oder weniger demokratisch bzw. mehr oder weniger (...) extremistisch eingestellt“ (Ebd., S.2) sind und sich nicht unbedingt in Gegnerschaft zur Demokratie stehen. Beim Rechtsextremismus handelt es sich aber um ein Phänomen, welches sich gerade aus der gesellschaftlichen Mitte heraus entwickelt (Vgl. ebd.). Alternativ wird auf die Verwendung von *Extremismus* als Arbeitsbegriff verzichtet, indem man Dimensionen wie Rassismus als eine Art Denk- beziehungsweise Handlungsmuster begreift und dieses in einem gesamtgesellschaftlichen Kontext untersucht. Durch diese Entkoppelung vom Hufeisenmodell besteht aber auch eine Tendenz der fehlenden Skandalisierung von unterschiedlichen Phänomenen (Vgl. Dölemeyer/ Mehrer, 2011, S. 17f.).

In Bezug auf die wissenschaftliche Praxis im Bereich der Rechtsextremismusforschung argumentiert Jesse, dass die Items innerhalb einer Analyse nicht zu „weich“ formuliert sein sollen, so dass ein hoher Teil der Bevölkerung somit als „extremistisch“ gelten würde, weist jedoch in diesem Kontext ebenso darauf hin, dass „nicht bereits die Methode ein bestimmtes Ergebnis präjudizieren“ sollte (Jesse, 2015, S. 1). Jedoch sollte der Anspruch gerade darin liegen, die Zustimmungspotenziale zu rechtsextremen Aussagen auch auf einer niedrigen Ebene zu erfassen, um Übergänge und Graubereiche aufzuzeigen. Darauf darf innerhalb der kritischen Rechtsextremismusforschung nicht verzichtet werden, zudem sollte das Erkenntnisinteresse nicht dadurch reduziert werden, dass womöglich große Bevölkerungsteile durch die Ergebnisse als tendenziell zustimmend auf rechtsextreme Aussagen und Einstellungen reagieren. Eckhard Jesse vertritt einen Ansatz, welcher die Ideologie hinsichtlich ihrer Gefährdung für den Verfassungsstaat und nicht auf Ebene ihrer unterschiedlichen inhaltlichen Elemente und ihrem breitenwirksamen Anknüpfungspotenzial versteht und somit anders argumentiert als der Großteil der im Rahmen der vorliegenden Arbeit vorgestellten Ansätze und Studien.

Der Ansatz von Jesse, welcher sich gegen die Verortung von rechtsextremen Einstellungen auf der (womöglich latenten) Ebene des breiten politischen Meinungsbildes und im Sinne eines gesamtgesellschaftlichen Phänomens wendet, könnte darauf hindeuten, dass dadurch gewissermaßen eine „Aushöhlung“ seines Gefahrenpotenzials erfolgt. Dieses könnte im Zeitverlauf verharmlost werden, da Alltagsrechtsextremismus zur Normalität umfunktioniert und deproblematisiert wird oder Jesse zufolge Extremismus „entgrenzt“ werde (Jesse, 2015,

S. 1). Dies ist natürlich nicht die Intention der in der vorliegenden Arbeit rezipierten Wissenschaftler_innen, welche Rechtsextremismus auf der Einstellungsebene untersuchen und somit von einer gesellschaftlichen Mitwirkung ausgehen. Vielmehr soll die Sensibilität in Bezug auf das Gefährdungspotenzial rechtsextremer Ideologie gesteigert und deren Auswirkungen auf die Gesamtgesellschaft unterstrichen werden. Des Weiteren sollen modernisierte und subtil formulierte Formen dieser Ideologie besser erfasst werden können, auch wenn diese sich verfassungs- und demokratiekonform oder liberal präsentieren. Die Annahme ist dabei jene, dass der rechtsextreme Diskurs auch in der sogenannten gesellschaftlichen „Mitte“ existiert. Von dieser Dynamik sind auch traditionelle Parteien betroffen, so dass ursprünglich rechte Agitation und Programmatik nicht mehr als solche kommuniziert wird, wodurch rechtsextreme Diskurse zunehmend mehrheitstauglich und harmlos erscheinen. Im Zuge der verstärkten Fluchtbewegung nach Europa wurden Debatten und Proteste ausgelöst, die rechtsextreme Inhalte inkludierten, wobei diese nicht als solche erkannt wurden. Rechte Einstellungsmuster lassen sich nicht auf eine bestimmte Einkommensgruppe reduzieren und können auch nicht immer durch höhere Bildung begrenzt werden. Sie ist im gesamtgesellschaftlichen Kontext und somit in Bezug auf alle Bevölkerungsgruppen zu betrachten.

4.1 Die sogenannte „Mitte“ der Gesellschaft

Um die Kritik am Hufeisenmodell besser verdeutlichen zu können, muss man sich mit der Rolle der gesellschaftlichen „Mitte“ im Kontext von Rechtsextremismus auseinandersetzen. Deshalb werden in diesem Abschnitt Überlegungen zu dieser gesellschaftlichen Mitte vorgestellt, um zu unterstreichen, dass es sich bei dieser um keinen ideologiefreien und neutralen Raum handelt, sondern rechtsextreme Einstellungen sich bereits in ihr entwickeln und Ziel rechtsextremer Agitation sind. Die Mehrheit der Gesellschaft besteht nicht aus organisierten und eventuell gewaltbereiten „Extremist_innen“ am Rande der Gesellschaft, welche den demokratischen Verfassungsstaat und dessen Grundordnung ablehnt. Da die meisten Gesellschaftsmitglieder diese Werte befürworten und auch Demokratie positiv gegenüberstehen, müssen rechtsextreme Einstellungen also grundlegend auf der Ebene der Zustimmungswerte zu rechtsextremen Aussagen untersucht werden.

Der empirische Mittebegriff eignet sich für die vorliegende Arbeit, um den Konnex zwischen dieser breiten Bevölkerungsmasse und der Befürwortung von Extremismen begrifflich zu

erfassen. Dieses Verständnis umfasst die *Mitte* gewissermaßen *als* die *Bevölkerungsmehrheit* und bezieht sich auf die Frage des Durchschnitts (Vgl. Bötticher/ Mareš, 2012, 10-13). Im Vergleich zum Modell des Verfassungsschutzes wird hinsichtlich des Extremismus der Mitte überwiegend empirisch-deduktiv vorgegangen, Zielsetzung ist dabei die Erfassung der sozialen Wirklichkeit (Vgl. ebd., S. 92).

In diesem Sinne begreife auch ich im Rahmen der vorliegenden Arbeit diese „Mitte“ im empirischen Sinne der Mehrheitsbevölkerung, um rechtsextreme Einstellungen beziehungsweise deren Anknüpfungspotenzial auf einer breitenwirksamen Basis darzustellen.

4.1.1 Die „extreme Zivilgesellschaft“

In der Logik des Verfassungsschutzes mitsamt dem thematisierten Modell wird die gesellschaftliche Mitte idealisiert. Ein Ansatz welcher diesem Verständnis entgegentritt, ist der Ansatz der sogenannten „extremen Zivilgesellschaft“. Dieser Ansatz setzt sich mit dem Verhältnis von extremistischen Szenen und jenen, welche Kontakte zu diesen haben aber nicht zu deren Szene gehören, auseinander. Dadurch soll die zivile Verankerung von extremen Potenziale erfasst werden (Vgl. Bötticher/ Mareš, 2012, S. 132). Basis ist ein Extremismusverständnis, das nicht dem verfassungspolitischen entspricht, sondern jenes von „Extremismus als politisch intendierte Ideologie“ (Wagner, 2002, S. 13). Die extremistische Szene beziehungsweise Subkultur wird in Bezug auf ihr Verhältnis zur Gesamtgesellschaft untersucht (vgl. ebd., S. 14). Interessant ist dabei die Strategie der Rechtsextremist_innen „den Sinn, die Wahrnehmung im Alltag zu verschieben, (...) Deutungsmuster zu etablieren und menschenfeindliche Positionen als akzeptabel vorzustellen“ (Borstel et.al., 2008, S. 3). Im Fokus der Untersuchungen steht jene Seite der Zivilgesellschaft, die sich passiv verhält und den Extremismus toleriert, zum Beispiel im Kontext von rechter Gewalt gegen Flüchtlingsunterkünfte in den frühen 1990er Jahren (Vgl. Bötticher/ Mareš, 2012, S.134).

Andere Ansätze, wie von Seymour Lipset entwickelt, sehen die Mitte im Sinne einer „breiten Masse“ in Bezug auf die Bevölkerung und gehen in diesem Zusammenhang nicht von einem Ideal aus, sondern befürworten die Idee eines sogenannten „Extremismus der Mitte“. Im Vergleich zum verfassungspolitischen Verständnis idealisiert ein marxistisches Verständnis die Mitte nicht, sondern assoziiert sie mit latentem Faschismus. Zu betonen ist deshalb auch an dieser Stelle, dass gerade die „politische Mitte“ mitunter die Thematik und Strategien von Rechtsextremismus bestimmt. Dessen militante Ausformung zieht häufig seine Legitimation

aus der sogenannten „politischen Mitte“ (Vgl. Purtscheller, 1994, S. 10f.). Somit bestimmt also diese „Mitte“ die Rahmenbedingungen und die gesellschaftliche Entwicklung, in welche Rechtsextremismus mitunter eingebettet ist.

4.1.2 Der „Extremismus der Mitte“

Durch sein Mittelschichttheorem begrenzte Lipset den Faschismus nicht auf das Jahr 1945, Faschismus stellte für ihn viel mehr „die extremistische Bewegung der Mitte“ (Kunow, 2010, S. 36) dar. Um die unterschiedlichen Bewegungen zu kategorisieren, teilte er sie in unterschiedliche Schichten mit spezifischen politischen Einstellungen ein, welche dann jeweils über eine eigene Ideologie verfügte. Im Falle der Mittelschicht entspricht der Faschismus ihrer spezifischen Form des Extremismus. Sein theoretisches Modell widerspricht der Annahme, dass sich Extremismus nur an einem gesellschaftlich rechten oder linken Rand befindet, sondern verortet dieses Phänomen ebenso innerhalb der gesellschaftlichen Mitte. In diesem Kontext muss außerdem berücksichtigt werden, dass sich Lipset mit diesen Überlegungen zur damaligen Zeit zu Beginn des Kalten Krieges gegen die Totalitarismustheorie mitsamt ihrem inkludierten Antikommunismus, welche gewissermaßen den Vorläufer der Extremismustheorie darstellt, richtete. Lipset beschrieb den Faschismus als einen antiparlamentarischen Populismus sowie als die Bewegung der Mittelschicht (Vgl. ebd., S. 36f.)

Kritik an Lipsets Modell existierte unter anderem seitens orthodoxer Marxist_innen, welche den Faschismus in Deutschland nicht als eine Mittelstandsbewegung, sondern im Kontext der alten Eliten sowie des Kapitals, verstanden. Kritik wurde zudem in dem Sinne formuliert, dass Bestandteile des Faschismus wie Antisemitismus, Rassismus oder Autoritarismus in allen Bevölkerungsschichten existent seien. Zu beachten ist außerdem, dass Lipset die gesellschaftliche Mitte nicht im Sinne von politischer Selbstverortung, sondern im Sinne der ökonomischen Mittelschicht formulierte (Vgl. Kunow, 2010, S. 38f.). Im Rahmen der vorliegenden Masterarbeit wird die gesellschaftliche Mitte im Sinne der bereits erwähnten Bevölkerungsmehrheit verstanden sowie hinsichtlich des politischen Standpunktes anstatt im Sinne eines sozioökonomischen Milieus.

Abbildung 2: Struktur von Lipsets (1967) Konzept des Extremismus der Mitte

Basis-Symbolik	<i>links, unten</i>	<i>Mitte</i>	<i>rechts, oben</i>
Soziale Klassen	Ärmere Schichten	Mittelklassen	(Oberschicht)
	Handarbeiter, Kleinbauern	Freiberufler, kl. Angestellte	Industrielle, Großbauern
Politische Ideologien	(normale) Linke	(normale) Mitte	(normale) Rechte
	Sozialismus	Demokratie	Konservatismus
	(extremistische) Linke	(extremistische) Mitte	(extremistische) Rechte
	Kommunismus	Faschismus, Poujadismus, McCarthyismus	(Quasi-) Monarchismus, Gaullismus

(Oppenhäuser, 2011, S. 51)

Lipset zufolge finden extremistische Gruppen hinsichtlich der ideologischen Basis Anschluss zu den „moderaten Gruppen“, somit steht die These im Raum, dass demokratische Bewegungen über ein extremistisches Pendant verfügen. So stellt der klassische Faschismus nach Lipset eine „extremistische Spiegelung der moderaten Liberalen“ (Lipset, 1963, S. 129) dar, in beiden Fällen wird die Wähler_innenschaft aus der Mittelschicht gezogen (Vgl. ebd.).

Er argumentiert, dass es in „jeder größeren sozialen Schicht sowohl demokratische als auch extremistische politische Tendenzen“ (Lipset, 1967, S. 449) gibt. So würden „die extremistischen Bewegungen der Linken, der Rechten und der Mitte (Kommunismus und Peronismus, traditioneller Autoritarismus und Faschismus)“ (...) „der Reihe nach in der Arbeiter-, der Ober- und der Mittelklasse“ wurzeln (Ebd.). Dabei bezeichnet er die „Politik der Mitte“ als „die am meisten vernachlässigte Art des politischen Extremismus“ (Ebd., S. 450). Er sieht die demokratische Mitte jedoch vordergründig in einem sozioökonomischen Kontext, im Sinne der sogenannten „Mittelklasse“.

Der sogenannte „Extremismus der Mitte“ wurde seiner Meinung nach von „klassischen faschistischen Bewegungen vertreten“ (Ebd., S. 451). Er charakterisiert Rechtsextremist_innen als konservativ, da sie den Status Quo auf wirtschaftlicher sowie kultureller Ebene beibehalten beziehungsweise wiederherstellen wollten. Den klassischen Faschismus an sich bezeichnete er als antiliberal, wies aber auf die Gemeinsamkeiten zwischen faschistischen Bewegungen und dem Liberalismus hin. Zu diesen zählt Lipset zufolge die gemeinsame Opposition gegenüber spezifischen Formen des Traditionalismus,

den Staatssozialismus, Gewerkschaften sowie die Großindustrie. Während zwar die Mittelklasse hinsichtlich ihrer Bedeutung tendenziell abnahm, existierten die von ihr verkörperten Ressentiments gegenüber bestimmten gesellschaftlichen sowie ökonomischen Entwicklungen (Vgl. ebd.ff.). Lipset beschreibt Kleinunternehmer_innen, welche auf dem Land oder in kleinen Ortschaften lebten als „die autoritärsten Individuen der mittleren Schichten“ (Ebd., S. 456). Er stuft selbständige Kleinunternehmer_innen innerhalb der Mittelklasse also als potenziell gefährdeter hinsichtlich extremistischer Ansichten als „white collar“- Arbeiter_innen, leitende Angestellte oder Personen, welche in freien Berufen tätig waren. Ursächlich für diese Einteilung waren für Lipset die Faktoren der „mangelnden Intellektualität“, eine Abschottung gegenüber heterogenen Gruppierungen und Wertvorstellungen sowie schließlich „ein hoher Grad an Unsicherheit“ (Ebd.).

Lipsets Arbeit zum „Extremismus der Mitte“ wird auch heute neben anderen Klassikern wie der Untersuchung zur „Autoritären Persönlichkeit“ häufig im Kontext von Einstellungsmustern in der Bevölkerung rezipiert. Für diese Arbeit sind seine Überlegungen trotz der sozioökonomischen Perspektive interessant, unter anderem da die Politik der Mitte als die am meisten vernachlässigte Form des Extremismus bezeichnet wird und die Verbindung des Faschismus zur beziehungsweise auch dessen Orientierung an der „Mitte“ aufgezeigt werden. Dieses Phänomen ist nach wie vor sehr präsent und muss deshalb auch entsprechend ernst behandelt werden. Da durch den Einfluss des Hufeisenmodells in der Forschung und im institutionellen Bereich auf der übergeordneten Makroebene vorherrschend war, ist es wichtig, sich in der Forschung verstärkt mit individuellen Einstellungen auseinanderzusetzen. Erst die Beschäftigung mit der Mikroebene im Sinne rechtsextremer Einstellungen bei Individuen und den Gründen, warum Personen rechtsextremen Aussagen zustimmen erklärt uns, warum diese Einstellungen gesamtgesellschaftlich verbreitet sind.

Teil II.

Rechtsextremismus: das Zusammenspiel von kollektivierendem Ungleichheitsdenken

Dieser zweite Teil stellt die vorliegenden theoretischen Grundlagen anhand von drei Teilbereichen vor. Nach einem kurzen Überblick über die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, werden im ersten Teilbereich Faktoren, die rechtsextreme Einstellungen begünstigen, vorstellgestellt. Dieser Teil beruht größtenteils auf sozialpsychologischen Erkenntnissen. Gerade die Erklärungsfaktoren sind in der Auseinandersetzung mit rechtsextremer Einstellung notwendig, denn erst diese begünstigenden Faktoren fördern dieses Einstellungsmuster. Durch die Vielzahl dieser Faktoren wird nachvollziehbar, warum in bestimmten Situationen vermehrt rechtsextremen Aussagen zugestimmt wird und warum rechtsextreme Einstellungen in unserer Gesellschaft verankert sind.

Der zweite Teilbereich beschäftigt sich mit den Bestandteilen rechtsextremer Einstellungen. Diese Auseinandersetzung ist sehr wichtig, um die Vielschichtigkeit von rechtsextremer Einstellung zu erfassen. Außerdem werden die Dimensionen, also die Bestandteile rechtsextremer Einstellung im späteren Teil der Arbeit relevant, da Studien zu rechtsextremen Einstellungen häufig Zustimmungswerte zu rechtsextremen Aussagen erfassen. Diese Aussagen liegen wiederum einzelnen Dimensionen rechtsextremer Einstellungen zugrunde. Deshalb sind die einzelnen Dimensionen relevant, da sie die einzelnen Bestandteile dieses Einstellungsmusters bilden und erst durch deren Analyse Aussagen über rechtsextreme Einstellungsmuster getroffen werden können. Am Ende wird kultureller Rassismus kurz vorgestellt, um aufzuzeigen, wie sich rechtsextreme Inhalte im Laufe der Zeit modernisieren. Dies ist so aktuell in Form von antimuslimischen Rassismus und Islamfeindlichkeit besonders relevant. Abschließend werden Diskriminierungen im Alltag vorgestellt, um so das Einstellungsbild als gesamtgesellschaftliche Herausforderung hervorzuheben.

Der dritte Teilbereich stellt ausgewählte rechtsextreme Erscheinungsformen vor. Diese resultieren aus der Einstellungsebene. Durch die Ausführungen kann aufgezeigt werden, dass aktuelles Protest- und Wahlverhalten im Kern rechtsextreme Einstellungen beinhaltet. Zudem zeigt sich, wie vielfältig und anpassungsfähig die Ideologie auftreten kann.

Der nun folgende Abschnitt dient einem groben Überblick über Rechtsextremismus, um seine einzelnen Bereiche besser nachvollziehen zu können.

Rechtsextremes Einstellungspotenzial äußert sich in Form von unterschiedlichen kognitiven, affektiven sowie verhaltensbezogenen Bestandteilen, ein rechtsextremes Einstellungsmuster äußert sich dann, wenn alle diese Aspekte gemeinsam auftreten. Verschiedene Einstellungsmuster formen wiederum ein rechtsextremes Weltbild, wobei hierbei bislang kein Konsens über die Gesamtheit der entsprechenden Bestandteile herrscht (Vgl. Decker et al., 2006, S. 13). Rechtsextremismus hat verschiedene Erscheinungsformen, wobei im Bereich des Rechtsextremismus häufig die ideologisch-kulturelle Komponente in den Hintergrund der Diskussion gerückt wird. Rechtsextreme Ideologien und die Auseinandersetzung mit diesen umfasst also mehr als die Debatte um ein Verbot der NPD oder militante Äußerungsformen in Untergrundgruppierungen oder neonazistischen Jugendszenen (Vgl. Wagner, 2002, S.1). Rechtsextremismus ist vielmehr in allen Bereichen unserer Gesellschaft ideologisch und strukturell verankert. Seine Ideologie dehnt sich im Alltag dort aus „wo demokratische Diskurse, Strukturen und Aktivitäten schwach ausgebildet sind“ (Ebd., S.1).

Diese Auseinandersetzung mit Faktoren, die rechtsextreme Einstellungen begünstigen sowie mit den Bestandteilen oder Dimensionen rechtsextremer Einstellungen ist somit für die vorliegende Arbeit grundlegend. Zum einen können dadurch rechtsextreme Einstellungen mitsamt ihren jeweiligen inhaltlichen Dimensionen und deren Rolle in der Mehrheitsbevölkerung verstanden werden. Zudem versteht man, warum zum Beispiel in Krisenzeiten bestimmte Einstellungen verstärkt werden.

5. Begünstigende Faktoren für rechtsextreme Einstellungen

Der folgende Abschnitt stellt unterschiedliche Faktoren vor, welche rechtsextreme Einstellungen begünstigen können. Somit handelt es sich bei diesen Faktoren also um mögliche Ursachen für eine rechtsextreme Einstellung. Diese Faktoren werden je nach Forscher/in unterschiedlich zusammengesetzt. Somit gibt es unterschiedliche Erklärungsfaktoren dafür, warum jemand anfälliger für diese Ideologie ist (Vgl. Stöss, 2010, S. 47). Nachfolgend wird deshalb eine Auswahl unterschiedlicher etablierter Konzepte vorgestellt. Zuerst wird der Bereich der sogenannten **Sozialisationserfahrungen** vorgestellt. Zunächst werden Faktoren nach Richard Stöss (Stöss, 2010) aufgezählt und dabei der Faktor

des sogenannten Autoritären Charakters (Adorno, 1950) als Pionierleistung auf dem Gebiet der Sozialisation hervorgehoben. Darauf folgt die Unterscheidung von Erklärungsfaktoren entweder auf einer individuellen Ebene oder auf einer gesamtgesellschaftlichen Ebene nach Stöss (2010). Daran anschließend werden die Erklärungsfaktoren rechtsextremer Einstellung, die bei der „Mitte-Studie“ 2006 (Decker et al., 2006) untersucht wurden, vorgestellt. Im nächsten Schritt werden das **Desintegrationskonzept** (Heitmeyer, 1994/ Mansel/ Kaletta, 2009) sowie die **Desintegrationsthese** (Falter, 1983/ Heitmeyer, 2002) im Rahmen von Desintegrationserfahrungen vorgestellt. Während diese genannten Zugänge allgemein als Erklärungsfaktoren für rechtsextreme Einstellungen gelten, bezieht sich der letzte ausgewählte Zugang auf die Situation der ostdeutschen Bundesländer. So werden in Bezug auf die vorliegende Thematik mögliche **Ursachen hinsichtlich des ostdeutschen Rechtsextremismus** nach Maaz (1993) genannt.

Sozialisationserfahrungen

Begonnen wird mit dem Bereich der **Sozialisationserfahrungen**, um rechtsextreme Einstellungen zu erklären. Nach wie vor nimmt dieser Zugang Decker zufolge hinsichtlich der Ursachen für rechtsextreme Einstellungen in der Rechtsextremismusforschung einen wichtigen Stellenwert ein, diese sind Bestandteil des Konzepts der Autoritären Persönlichkeit. Dieser Bereich galt lange Zeit als Forschungsparadigma, mittlerweile spricht man in der Regel allgemein von *Rechtsextremismusforschung*, welche sich in unterschiedliche Ebenen aufteilt, welche wiederum je nach der inkludierten Theorie unterschiedliche Konzepte beinhalten. Zu diesen zählt dann zum Beispiel Autoritarismus, der als Konstrukt in den letzten Jahren in den Fokus der Forschung rückte. Die *Persönlichkeitsstruktur*, welche im *Prozess der Sozialisation* erworben wurde, ist demnach für die Neigung zu Vorurteilen sowie dem Vertreten einer antidemokratischen Position verantwortlich. Da die betroffenen Personen der Hypothese zufolge nicht in der Lage sind, mit persönlichen Krisen oder Stresssituationen umzugehen, neigen sie in Krisenzeiten zu innerpsychischen Spannungen. Diese können sich in der Folge in der Unterwerfung unter eine Autorität oder Aggressivität gegenüber Minderheiten äußern (Vgl. Decker et al., 2006, S. 14f.).

Nach Stöss (2010) zählen insgesamt acht Erklärungsfaktoren die einer rechtsextremen Einstellung zugrunde liegen, vor. Zu diesen zählt er:

- *Unzufriedenheit mit dem sozialen Status* die ein Gefühl von sozialer Benachteiligung hervorrufen kann
- *Relative Deprivation* in Form des subjektiven Gefühls, dass es zwischen der eigenen Person und einer anderen Gruppe zu ungleichzeitigen Entwicklungen kommt. Dadurch entsteht das Gefühl der Benachteiligung der eigenen Personen im Vergleich zu Anderen
- *Privilegienverlust* im Kontext von Transformationsprozessionen sowie sozialem Wandel *Flexibilisierung* zum Beispiel des Arbeitsmarktes und damit verbunden der Arbeitsverhältnisse
- *politische Unzufriedenheit* und dem Gefühl, dass die Politik nichts an der eigenen Situation verändert
- *Individualisierung* und das dadurch entstehende Gefühl alleine auf sich gestellt zu sein
- *Antidemokratische Diskurse* welche in der medialen Öffentlichkeit oder im politischen Kontext öffentlich geführt werden
- *Der Autoritäre Charakter* (nach Adorno, 1950)

(Vgl. Stöss, 2010, S. 47-52).

Der folgende Abschnitt stellt den letztgenannten Faktor des *Autoritären Charakters* etwas näher vor. Dieses Konzept von Adorno (1950) ist noch heutzutage für viele Sozialwissenschaftler_innen innerhalb der Auseinandersetzung mit antidemokratischen Haltungen in der Gesellschaft relevant.

Der Autoritäre Charakter

Adornos Überlegungen zu „*The Authoritarian Personality*“ beschäftigten sich schon früh mit der Erfassung antidemokratische Haltungen innerhalb der Bevölkerung. (Vgl. Decker et al., 2006, S. 14). Der Bezugsrahmen der damaligen Untersuchung war die US-amerikanische Bevölkerung. Die Ergebnisse zeigten, dass antidemokratische Einstellungen unabhängig von verbal geäußelter politischer Einstellung oder der Zugehörigkeit zu einer Partei existieren können. Dabei wurde generell zwischen einer autoritären, also antidemokratischen Orientierung und einer demokratischen Orientierung getrennt. Daraus ergab sich im Rahmen der Untersuchungen die Feststellung, dass antidemokratische Einstellungen innerhalb der Wähler_innenschaft faschistischer, aber auch demokratischer Parteien gleichermaßen

vorhanden waren (Vgl. ebd.). Dieser Umstand wird im weiteren Verlauf der Masterarbeit an mehreren Stellen zusätzlich bestätigt. Das Konzept des Autoritarismus unterscheidet sich von rechtsextremer Einstellung, da es eine Persönlichkeitsstruktur abbildet, die als ursächlich für antidemokratische Denkinhalte bezeichnet wird. Die Betroffenen waren aggressiv gegenüber Schwächeren oder sozialen Minderheiten eingestellt und gleichzeitig auf Stärkere und Mächtigere fixiert. Dieses Konzept beruht auf Annahmen, die innerhalb der Rechtsextremismusforschung mittlerweile etabliert sind. Dazu gehört die Bedeutung von frühen Sozialisationserfahrungen. Im Rahmen dieses Ansatzes werden Persönlichkeitsstrukturen, die bereits früh erworben werden dafür verantwortlich gemacht werden, dass Personen antidemokratische Einstellungen übernehmen oder Vorurteile vertreten (Vgl. ebd, S. 14f.). In diesem Kontext steht die psychoanalytische Annahme, dass im Rahmen eines autoritären Charakters bestimmte autoritäre Erziehungsmethoden in der frühkindlichen Phase autoritäre politische Einstellungen zur Folge haben (Vgl. Hess, 1996, S. 133).

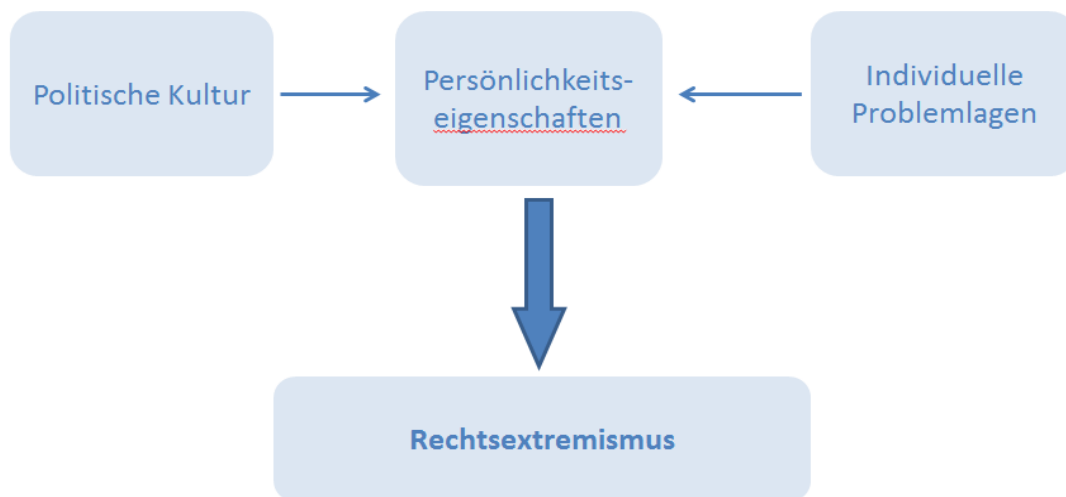
Sozialisationsbedingungen bestimmen die Charakterentwicklung eines Menschen. Prägend sind neben dem Erziehungsverhalten außerdem ökonomische, soziale und kulturelle Faktoren. Durch Sozialisationsbedingungen, die stark autoritär geprägt sind, wird das Entstehen eines faschistischen Charakters gefördert. Dieser Charakter wird als ein sogenanntes Syndrom bezeichnet, das sich aus den oben beschriebenen Variablen zusammensetzt (Vgl. Adorno, 1950, S. 2ff). Im weiteren Verlauf dieses Kapitels werden zusätzliche sozialisationstheoretische Ansätze im Kontext der begünstigenden Faktoren vorgestellt.

Richard Stöss (Stöss, 2010) unterscheidet bei den Erklärungsfaktoren für rechtsextreme Einstellungen zwischen zwei Ebenen. So wird bei Ursachen, die eine rechtsextreme Einstellung hervorrufen können, zwischen der *individuellen* Ebene, also der Mikroebene im Sinne von Merkmalen innerhalb der spezifischen Persönlichkeit und des jeweiligen Charakters sowie *gesamtgesellschaftlichen* Faktoren auf der Makroebene differenziert. Diese gesamtgesellschaftlichen Faktoren lassen sich wiederum in *situative* Faktoren unterteilen, die durch soziale, politische oder ökonomische Umbrüche ausgelöst werden. Der zweite Bestandteil gesamtgesellschaftlicher Faktoren sind *längerfristig wirksame* Faktoren, die größtenteils die Nachwirkungen des NS-Regimes, Modernisierungsprozesse, Folgen von sozialem Wandel und Ähnliches umfassen. Diese Makroebene wirkt sich auf die politische Kultur und somit auf die Stimmungen und die Orientierungen in der Gesellschaft aus. Fragt man sich nach dem Erfolg von Rechtsextremismus, so müssen also immer mehrere Faktoren auf der individuellen Ebene (also der Mikroebene) und auf der gesamtgesellschaftlichen

Ebene (der Makroebene) berücksichtigt werden. Somit also mehrere Faktoren miteinander verbunden. Rechtsextreme Einstellungen erfüllen für das Individuum spezielle Funktionen wie zum Beispiel jene der Identitätsbildung im Rahmen einer Art Problembewältigung. Denn werden subjektiv Probleme oder Missstände empfunden, so versucht man den möglicherweise aufkommenden Unmut durch Zuwendung zu anderen Kanälen zu behandeln. Dies kann dann in Form von Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen erfolgen. Die genannten Faktoren auf individueller sowie gesamtgesellschaftlicher Ebene haben letztlich einen erheblichen Einfluss auf die Nachfrage nach rechtsextremen Angeboten (Vgl. Stöss, 2010, S. 217f.).

Die nachfolgende Graphik basiert auf den vorangegangenen Ausführungen von Stöss (2010):

Abbildung 3: Erklärungsfaktoren für rechtsextreme Einstellungen



(Stöss, Richard, 2010, S. 53)

Will man also verstehen, durch welche Faktoren rechtsextreme Einstellungen entstehen oder verstärkt werden können, muss man mehrere Erklärungsebenen gemeinsam betrachten. So können zum einen Persönlichkeitseigenschaften, welche durch Sozialisationserfahrungen in den Lebensphasen geprägt werden durch Erfahrungen auf einer gesamtgesellschaftlichen Ebene (Makroebene) und damit verbunden durch die vorherrschende politische Kultur in der Gesellschaft, beeinflusst werden. Diese Ebene kann auch durch Prozesse, wie dem sozialen und politischen Wandel geprägt werden. Zusätzlich können individuelle Faktoren (Mikroebene) und damit verbunden subjektive Ängste und Empfindungen auf die jeweilige Persönlichkeit einwirken. Dadurch wird die individuelle Persönlichkeit also von gesamtgesellschaftlichen, aber auch von persönlichen Ereignissen geprägt.

Somit zeigt sich also, dass sowohl die Mikro- als auch die Makroebene Einfluss auf gesellschaftliche Einstellungsmuster hat. Dies zeigt uns, dass also politische und gesellschaftliche Veränderungen, zum Beispiel durch Transformationsprozesse und vielschichtige Veränderungen Auswirkungen haben können. Sie können so auf eine Person einwirken, dass je nachdem wie stabil deren Persönlichkeit ist, aufkommende Ängste und Krisen rechtsextreme und autoritäre Einstellungen hervorrufen oder verstärken können. Je nachdem wie gefestigt eine Person ist und wie sie mit Krisen umgeht, können diese Einstellungen als Ventil für diesen Zustand gefördert werden.

Um die möglichen Einflüsse auf die individuelle Persönlichkeit noch näher zu erklären, werden nachfolgend Ansätze für mögliche Ursachen für rechtsextreme Einstellungen im Rahmen der „Mitte-Studie“ der Universität Leipzig vorgestellt. Der nachfolgende Schwerpunkt bezieht sich dabei im Rahmen von Erklärungsfaktoren auf die Ebene der Persönlichkeitseigenschaften. Diese Langzeitstudie wird generell umfangreich in der vorliegenden Arbeit behandelt und liefert für dieses Kapitel relevante sozialpsychologische Erklärungen. Die folgenden Untersuchungen zu Erklärungsfaktoren rechtsextremer Einstellungen beruhen auf der Durchführung der Studie im Jahr 2006 (Decker et al., 2006).

Zu den *sozialen* (diese beziehen sich in diesem Fall auf wirtschaftliche, soziale und politische Deprivation) beziehungsweise *psychischen* Faktoren, welche rechtsextreme Einstellungen beeinflussen können, zählen nach Decker et al. die Bereiche *Persönlichkeit, Selbstwert, Lebenszufriedenheit, Erziehungsverhalten*, unterschiedliche Konzepte hinsichtlich *Deprivation, Resilienz, Depression* und *Angst*. Im Rahmen der „Mitte-Studie“ wurden bei der Durchführung im Jahr 2006 mögliche Einflussfaktoren auf rechtsextreme Einstellungen untersucht und bewertet (Decker et al., 2006). Die Ergebnisse zeigten, dass befragte Personen mit einer erhöhten Deprivation im *sozialen, politischen, wirtschaftlichen* sowie *individuellen* Bereich eine ausgeprägte rechtsextreme Einstellung haben und wenig Sinn in einem aktiven politischen Engagement sehen, da sie für sich keine Einflussmöglichkeiten auf die Regierungstätigkeiten erkennen. Neben dieser politischen Deprivation schätzten die befragten Personen ihre eigene wirtschaftliche Lage negativ ein. Innerhalb der untersuchten Gruppe mit rechtsextremer Einstellung befinden sich mit einem Anteil von 41,8 Prozent im Unterschied zu befragten Nicht-Rechtsextremist_innen auffallend viele Pensionist_innen sowie Personen im Vorruhestand. Außerdem waren mit 38,4 Prozent auffallend viele der befragten Personen erwerbstätig. Dies unterstreicht den Faktor, dass die wirtschaftliche Deprivation häufig subjektiv empfunden wird und dass Deprivation mit der jeweiligen Bewertung der eigenen

Lage zusammenhängt, womöglich würde die Situation also aus einer objektiven Sicht anders bewertet werden. Zudem sind die Analysen für die vorliegende Arbeit relevant, da sie bestätigen, dass sich die Gruppe der Menschen mit rechtsextremer Einstellung aus allen gesellschaftlichen Schichten zusammensetzt (Vgl. ebd., S. 113ff.).

Nachfolgend werden die ausgewählten ***Einflussfaktoren auf eine rechtsextreme Einstellung*** hinsichtlich der Analyseergebnisse der „***Mitte-Studie“ 2006*** (Decker et al., 2006) vorgestellt.

Deprivation

Deprivation als *Verlusterfahrung von etwas Vertrautem* beschrieben. Es wird ein Zusammenhang zwischen einer tatsächlichen beziehungsweise drohenden Deprivationserfahrung und einem rechtsextremen Einstellungsmuster vermutet (Vgl. Decker et al., 2006, S. 86). Im Rahmen der „Mitte-Studien“ der Universität Leipzig aus dem Jahr 2006 wurde die politische Deprivation mit Aussagen wie „Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“ oder „Ich halte es für sinnlos, mich politisch zu engagieren“ (Ebd.) festgestellt. Soziale Deprivation wurde anhand von Aussagen wie „In meiner unmittelbaren Umgebung fühle ich mich nicht wohl und sicher“ belegt. Beide Bereiche konnten mit einer vierstufigen Skala von „trifft überhaupt nicht zu“ bis „trifft völlig zu“ von den Befragten beantwortet werden. Im Bereich der wirtschaftlichen Deprivation konnte die „eigene wirtschaftliche Lage heute“ (Ebd., S. 87) anhand einer fünfstufigen Selbsteinschätzung beantwortet werden. Der Studie zufolge kann eine hohe wirtschaftliche, soziale oder politische Deprivation mit einer hohen rechtsextremen Einstellung sowie mit latenten Einstellungsmustern zusammenhängen. Dabei muss jedoch nicht zwangsläufig aufgrund von Deprivationserfahrungen eine rechtsextreme Einstellung entstehen. Die soziale, politische und wirtschaftliche Deprivation wurde mithilfe von Fragen von Rippl und Baier (2005) analysiert, für den Bereich der Desintegration wurden Fragestellungen von Brähler und Decker (2005) verwendet (Vgl. ebd., S. 86ff.).

Lebenszufriedenheit

Bei dieser möglichen Einflusskategorie wurde im Rahmen der oben bereits erwähnten Studie der Fragebogen zur Lebenszufriedenheit von Henrich und Herschbach (2000) angewandt und die Bereiche Freund_innen und Bekannte; Familienleben und Kinder; Partnerschaft und Sexualität; die Wohnsituation; Gesundheit; Einkommen und finanzielle Sicherheit; Beruf und Arbeit; Freizeitgestaltung Hobbys sowie die globale Lebenszufriedenheit abgefragt. Die

Befragung ergab, dass die geringe Lebenssicherheit in den Bereichen Familie, Freund_innen, Partner_innen und Beruf sowie der Bereich der globalen Lebenszufriedenheit mit rechtsextremer Einstellung korrelieren kann. Der größte Zusammenhang wurde hinsichtlich der Lebenszufriedenheit mit dem Partner beziehungsweise der Partnerin festgestellt. Dies zeigte sich auch auf der latenten Ebene unterhalb jenes Bereiches, welcher als Grenzwert von manifester rechtsextremer Einstellung definiert wurde. Mit einer sinkenden Lebenszufriedenheit stieg über die gesamte Stichprobe hinweg das Zustimmungsverhalten gegenüber rechtsextremen Aussagen an. Gleichzeitig stellte sich die Lebensqualität jener befragten Personen mit einem gefestigten rechtsextremen Weltbild höher als jenes der übrigen Befragten heraus. Decker et al. Vermuten, dass hier eine mögliche Entlastung vorliegen könnte, welche aufgrund dieser Ideologie ausgelöst wird. Dies kann daran liegen, dass durch die Befürwortung rechtsextremer Inhalte die Schuld bei anderen gesucht wird und dadurch also eine Selbstentlastung erfolgt (Vgl. Decker et al., 2006, S. 95ff.).

Erziehungsverhalten

In diesem Bereich wurde innerhalb der Studie der Fragebogen zum *Erinnerten Elterlichen Erziehungsverhalten* nach Schumacher, Eisemann und Brähler (1999) verwendet. Dabei wurden Erfahrungswerte hinsichtlich Ablehnung und Strafe; emotionaler Wärme; Kontrolle und Behütung erfasst. Auf einer sechsstufigen Skala wurden Zusammenhänge zwischen den Erfahrungswerten mit den Elternteilen und rechtsextremer Einstellung nachgewiesen: so führten hohe Ablehnung und ein hohes Maß an Bestrafung durch die Eltern sowie die Überforderung der Mutter mit der Erziehung Decker zufolge zu einer erhöhten rechtsextremen Einstellung. Befragte Personen mit der Erfahrung von emotionaler Wärme durch beide lehnten rechtsextreme Aussagen in der Regel eher ab. Personen, bei denen laut der Befragung das rechtsextreme Weltbild stärker ausgeprägt war als bei anderen, berichteten von Ablehnung und Bestrafung seitens des Vaters, jene ohne dieses Weltbild erinnerten sich hingegen in der Regel an Wärme durch den Vater. Es besteht somit ein Zusammenhang zwischen einem autoritären Erziehungsstil, welcher durch den Vater praktiziert wurde und einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild, also der überdurchschnittlich hohen Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen (Vgl. Decker et al., 2006, S. 98ff.). Negative Aspekte innerhalb des Erziehungsverhalten durch die Mutter wie Ablehnung und Bestrafung ergaben in der Statistik sogar noch höhere Werte in Bezug auf die Befragten mit einer rechtsextremen Einstellung (Vgl. ebd., S. 101).

Persönlichkeit

In diesem Bereich wurden die Skalen *Soziale Resonanz*, *Dominanz*, *Kontrolle*, *Grundstimmung* sowie *Durchlässigkeit* untersucht. Es stellte sich heraus, dass außer der Dominanz eine Korrelation zwischen diesen Faktoren und rechtsextremer Einstellung besteht. Die Analyse zeigte, dass befragte Personen mit einer rechtsextremen Einstellung etwas dominanter sind als jene Personen ohne dieses Einstellungsmuster und dass sie zudem insgesamt verschlossener und misstrauischer sind (Vgl. Decker et al., 2006, S. 103ff.).

Depression

Um den Bereich der *Depressivität* messen zu können, lag der Fokus der Studie auf der Erfragung des Interesses beziehungsweise der Freude an eigenen Tätigkeiten sowie nach Niedergeschlagenheit, Schwermut und Hoffnungslosigkeit in den letzten zwei Wochen gefragt (Decker et al., 2006, S. 107). Dabei reichte die Skala mit Orientierung an Löwe, Kroenke und Gräfe (2005) von „überhaupt nicht“ bis „beinahe jeden Tag“ (Decker et al., 2006, S. 107.). Die Befragung ergab, dass eine hohe depressive Grundstimmung mit einer hohen rechtsextremen Einstellung zusammenhängen kann. Auch wenn die Depressivität aus klinischer Sicht nicht stark ausgeprägt ist, so ist die Depressivität in der Regel bei Menschen mit rechtsextremer Einstellung höher als bei Menschen, bei welchen keine Zustimmungen zu rechtsextremen Aussagen festgestellt werden (Vgl. ebd., S. 108).

Angst

Für die Erhebung von *Angstsymptomen* wie unter anderem übermäßige Sorgen; Anspannung oder Nervosität wurden sieben Fragestellung erfragt, welche auf einer vierstufigen nach Spitzer, Kroenke, Williams und Löwe (2006) gemessen wurden. Die Skala umfasste die Bereiche „überhaupt nicht“ bis „beinahe jeden Tag“ (Decker et al., 2006, S. 109). Dies ergab, dass Menschen mit zunehmender rechtsextremer Einstellung auch eine zunehmende Ängstlichkeit aufweisen. Hierbei verhält es sich ähnlich wie im Bereich der Depressivität: obwohl die Angst aus einer klinischen Perspektive nicht stark ausgeprägt ist und sich stattdessen auf ein Weltbild und eine grundsätzliche Stimmung bezieht, so weisen Menschen mit einer gefestigten rechtsextremen Einstellung ein höheres Maß an Ängstlichkeit auf (Vgl. ebd, S. 109f.).

Resilienz

Dieser Faktor versteht sich im Sinne einer Fähigkeit, mit Krisen im Leben umzugehen. In der Studie wurde mit Orientierung an Schuhmacher, Leppert, Gunzelmann, Strauß und Brähler (2005) die psychische Widerstandsfähigkeit gemessen. In diesem Bereich hängt rechtsextreme Einstellung mit einer stark ausgeprägten psychischen Widerstandsfähigkeit zusammen. Befragte Personen, welche ein konstantes rechtsextremes Weltbild aufwiesen zeigten hinsichtlich ihrer Resilienz keinen Unterschied zu restlichen Befragten und begegneten Krisen und Herausforderungen somit ähnlich stabil (Vgl. Decker et al., 2006, S. 111f.).

Selbstwert

Anhand einer sechsstufigen Fragenskala nach Ferring und Filipp (1996) wurde der Selbstwert der befragten Personen gemessen. Die Skala reicht hinsichtlich der Zustimmungswerte von „trifft gar nicht zu“ bis „trifft voll und ganz zu“ (Decker et al., 2006, S. 112). In diesem Bereich wiesen ähnlich wie zuvor bei der Resilienz befragte Personen mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild im Vergleich mit Befragten ohne ein rechtsextremes Weltbild keine auffälligen Unterschiede hinsichtlich des erlebten Selbstwertgefühls auf (Vgl. ebd., S. 112f.).

Desintegrationserfahrungen

Ein weiterer etablierter Ansatz neben Sozialisationsannahmen ist jener der **Desintegrationstheorie** (Heitmeyer, 1994), welcher nachfolgend kurz vorgestellt wird. *Soziale Desintegration* setzt sich danach aus Faktoren wie dem Erfahrungswert einer instabilen sozialen Bindung, dem wahrgenommenen Verlust oder der Gefährdung der eigenen Existenz in materieller Hinsicht sowie dem politischen Ohnmachtsgefühl zusammen. Diese Erfahrungen rufen in der Folge Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Sinne der Abwertung gesellschaftlicher Minderheiten hervor, welche ebenfalls im Rahmen der vorliegenden Arbeit näher vorgestellt wird (Vgl. Decker et al., 2006, S. 17). Eine wahrgenommene Desintegrationserfahrung sowie der Verlust von Anerkennung kann ein entscheidender Nährboden für die Ideologie der Ungleichwertigkeit sein, da die betreffende Person sich womöglich nicht mehr als vollwertiges Mitglied der Gesellschaft fühlt und das Zusammenleben von sozialen Gruppen in der Gesellschaft somit gefährdet wird (Vgl. Mansel/Kaletta, 2009, S. 74). Durch eine Art Unterversorgung wichtiger Güter bei gesellschaftlichen

Mitgliedern entsteht Frustration und Konkurrenz zwischen sozialen Gruppen. Dies führt in der Folge zu Abwertungen und Diskriminierungen von sozialen Gruppen, also zu Gruppenbezogener Menschendfeindlichkeit. Das Gefühl der Benachteiligung steht also in Verbindung mit rechtsextremen Einstellungen (Vgl. BpB, Arbeitsmaterial M 03.07).

Innerhalb des Desintegrationskonzepts lassen sich drei Dimensionen von Integration beziehungsweise Desintegration unterscheiden:

Individuell-funktionale Systemintegration bezieht sich auf den Zugang und die Teilhabemöglichkeiten an Teilsystemen, welche für die Gesellschaft relevant sind. Zu diesen zählt das Bildungssystem, Sicherungssysteme oder der Arbeitsmarkt. Diese Teilsysteme bilden die Voraussetzung für die Teilhabe an der Kultur sowie am Konsum innerhalb eines Gesellschaftssystems. Außerdem wird durch diese Teilhabe die Wertschätzung der eigenen Person durch Andere und die Grundlage für Lebenszufriedenheit geschaffen (Vgl. Mansel/ Kaletta, 2009, S. 75f.).

Kommunikativ-interaktive Sozialintegration umfasst die Chancen der Teilnahme an politischen und öffentlichen Entscheidungen sowie die Akzeptanz von gesellschaftlichen Grundnormen wie zum Beispiel Gerechtigkeit und Solidarität. Auch hierbei spielt Anerkennung eine entscheidende Rolle. Das zeigt sich einerseits in der Hinsicht, ob sich die betreffende Person als Staatsbürger_in ernst genommen fühlt, da ihre Interessen öffentlich vertreten werden. Andererseits zeigt es sich darin, ob die betreffende Person davon überzeugt ist, dass ihr Interesse bei politischen Entscheidungen Gehör findet (Vgl. Mansel/ Kaletta, 2009, S. 75f.).

Kulturell-expressive Sozialintegration bezieht sich auf den gemeinschaftlichen Lebensbereich und Erfahrungswerte innerhalb des privaten Lebens. Außerdem zählen Faktoren wie soziale Unterstützung und erfahrene emotionale Nähe im persönlichen Umfeld sowie Erfahrungswerte hinsichtlich der Stabilität und Verlässlichkeit von sozialen Beziehungen dazu. Emotionale Anerkennung basiert dabei unter anderem auf Zugehörigkeits- und Geborgenheitsgefühlen sowie auf der Wahrnehmung von Respekt (Mansel/ Kaletta, 2009, S. 75f.).

Das jeweilige Selbstwertgefühl wird im Falle von Desintegration und einem Mangel an Anerkennung destabilisiert und die spezifischen Individuationsmöglichkeiten werden

eingeschränkt, wodurch die Abwertung von schwächeren sozialen Gruppen wahrscheinlicher wird (Vgl. ebd.).

Des Weiteren kann in diesem Kontext die sogenannte *Deprivationsthese* (Falter, 1983/ Heitmeyer, 2002) erwähnt werden. Als Ursachen von rechtsextremen Einstellungen werden Faktoren wie mangelnde Integrationsfähigkeit der Gesellschaft sowie soziale Ausgrenzung benannt (Vgl. Decker et al., 2006, S. 17). Die Fähigkeit, mit Krisensituationen umzugehen wird dabei von der Psychologie mit dem bereits vorgestellten Begriff der *Resilienz* umfasst (Vgl. Rippl/ Baier, 2005). Die These basiert auf der Annahme, dass Verunsicherung aufgrund des Verlustes von traditionellen Werten durch Veränderungsprozesse Rechtsextremismus verstärkt. Rechtsextreme Akteur_innen versprechen diese erwünschten feste Strukturen und Sicherheit. Dadurch kommt es in der Folge zu erhöhter Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen (Vgl. BpB, Arbeitsmaterial M 03.07).

Erklärungskonzept für rechtsextreme Einstellungen in den ostdeutschen Bundesländern

Maaz (1993) nennt aus psychotherapeutischer Perspektive im Kontext rechtsextremer Einstellungen in den ostdeutschen Bundesländern speziell drei Bereiche, welche ursächlich für diese Einstellungsmuster sein können:

Psychische Folgen der autoritär-repressiven Verhältnisse zu DDR-Zeiten

Faktoren wie Abhängigkeit und Unterwerfung bereiteten die Betroffenen bereits im Kindesalter häufig unbewusst auf den späteren politischen Einfluss vor, dieser Vorgang vollzog sich unabhängig von der politischen Überzeugung der Eltern. Durch Gefühlsunterdrückungen, die Erwartung eines angepassten Verhaltens oder die Verweigerung von Bedürfnissen können Syndrome des Mangels zu Irrationalität wie Nationalismus oder Rassismus führen (Vgl. Maaz, 1993, S. 177f.).

Psychosoziale Auswirkungen der Wende in der DDR und der deutschen Vereinigung

Durch die Vereinigung wurden mitunter Gefühle wie Enttäuschung sowie Orientierungsverluste hervorgerufen, zudem fielen bisherige gesellschaftliche Werte weg. Mit Faktoren wie Eigeninitiative oder Eigenständigkeit wurden Eigenschaften erwartet, welche im bisherigen System kaum Relevanz hatten. Die Vereinigung wurde bei vielen mit Benachteiligung, psychischer Belastung und Verunsicherung assoziiert. Die Erfahrungen früherer Lebensrealitäten verursachten latente Aggressivität, welche durch die Bedrohung der sozialen Verhältnisse manifest erschien (Vgl. Maaz, 1993, S. 178f.).

Situative Anlässe

Zustände der Anspannung können dazu führen, dass „geringfügige Anlässe“ zu Situationen des Abreagierens genutzt werden. Dieser Vorgang äußert sich zum Beispiel in Projektionen auf konstruierte Feinbilder. So kann in Asylsuchenden die eigene Situation der Unsicherheit wiedererkannt werden, sie werden zur Bedrohung gesteigert, wobei dann schließlich Ängste und Aggressionen an ihnen abreagiert werden. (Vgl. Maaz, 1993, S. 179).

Die unterschiedlichen Zugänge zeigen uns, dass die Erklärungsmöglichkeiten für die Entwicklung rechtsextremer Einstellungen und damit verbunden das Zustimmungsverhalten zu rechtsextremen Aussagen sehr vielschichtig sind. Diese Vielschichtigkeit äußert sich dabei auch durch eine starke interdisziplinäre Beschäftigung damit, wobei sozialpsychologische Erkenntnisse hier eine wichtige Rolle spielen.

Zusammenfassend lässt sich also feststellen, dass Erklärungen, warum rechtsextreme Einstellungen in der Gesellschaft vorhanden sind, auf unterschiedlichen Ebenen gesucht werden. Zwischen Makroebene und Mikroebene ist dabei ein Zusammenhang feststellbar: so beeinflussen soziale, ökonomische und politische Faktoren im Rahmen der Sozialisationserfahrung die Persönlichkeitsstruktur eines Menschen. Auf diese Struktur wirken zum Beispiel Einstellungsmuster und Wertvorstellungen einer Gesellschaft im Sinne der politischen Kultur ein. Gleichzeitig wird die betreffende Person von persönlichen, individuellen Problemen beeinflusst. Je nachdem wie gefestigt die jeweilige Persönlichkeitsstruktur auf diese Einflüsse reagiert kann diese Sozialisation auf Makro- und Mikroebene rechtsextreme Einstellungsmuster fördern. Der Desintegrationstheorie zufolge kann gesellschaftliche Unterversorgung und die individuell wahrgenommene Benachteiligung zu Abwertung schwacher sozialer Gruppen führen. Im Rahmen der Deprivationsthese lösen gesellschaftliche Veränderungen und wegfallende gewohnte Strukturen sich auf persönliche Frustration und Ängste aus. Diese Unzufriedenheit und die Suche nach neuen festen Strukturen kann die Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen zur Folge haben. Der Ansatz von Maaz zeigt, dass die Politikführung in der DDR eine starke Politik und einen starken Staat, also feste Strukturen und Sicherheit vorgab. Durch den plötzlichen Wegfall dieses Systems entstand ein Gefühl der Ohnmacht. Die gewohnten gesellschaftlichen Werte wurden durch gegensätzliche Werte und Erwartungen ersetzt. Die durch die deutsche Vereinigung empfundene Benachteiligung führte so teilweise zu aggressiven Gefühlen, welche gegenüber anderen sozialen Gruppen geäußert wurden. Somit bieten uns die Begünstigenden Faktoren

und Erklärungen zu rechtsextremen Einstellungen wichtige Erkenntnisse dafür, warum Transformationsprozesse rechtsextreme Einstellungen fördern kann.

6. Bestandteile/ Dimensionen rechtsextremer Denkweisen

Der nachfolgende zweite Teilbereich stellt Bestandteile von Rechtsextremismus (auch Dimensionen genannt) vor. Rechtsextreme Einstellung setzt sich aus unterschiedlichen Dimensionen zusammen. Diese Dimensionen werden in Studien zu rechtsextremer Einstellungen in der Regel anhand mehrerer Fragen pro Dimension erfragt, um dadurch die Zustimmungsraten zu rechtsextremen Einstellungen in der jeweiligen Dimension zu erfassen. Einzelne Zustimmungen an sich weisen noch nicht auf eine rechtsextreme Einstellung hin, dies erfolgt bei der Zustimmung in mehreren Dimensionen. Diese Vielschichtigkeit rechtsextremer Einstellung zeigt uns somit, dass es sich bei diesem Einstellungsmuster um ein breites Feld an Aussagen und Denkweisen handelt. Aus diesem Grund muss man rechtsextreme Einstellung also hinsichtlich ihrer einzelnen Bestandteile begreifen. Diese Bestandteile müssen jeweils ernst genommen werden und auch öffentlich kritisch diskutiert werden, um deren diskriminierende Inhalte zu problematisieren. Außerdem können rechtsextreme Einstellungen und Denkweisen durch ihre Vielschichtigkeit nicht auf einzelne Landesteile oder Bevölkerungsgruppen reduziert werden, sondern müssen entsprechend gesamtgesellschaftlich thematisiert werden.

Am Ende dieses Teils zu den Bestandteilen beziehungsweise Dimensionen rechtsextremer Einstellung wird auf Rassismus in einer modernisierten Form eingegangen. Modernisiert bedeutet in diesem Zusammenhang, dass rassistische Diskriminierung nicht mehr auf „biologische“ Unterschiede abzielt, sondern nun auf „kulturellen Unterschieden“ basiert. Da diese Form von Diskriminierung insbesondere im Rahmen von Islamfeindlichkeit in den letzten Jahren immer häufiger vertreten wird, wird sie aus diesem Grund auch näher vorgestellt. In diesem Zusammenhang wird abschließend Rassismus im Alltag und rechtsextremes Einstellungspotenzial als gesamtgesellschaftliches Phänomen thematisiert. Somit wird die Relevanz dieses Kapitels für die vorliegenden Hypothesen hervorgehoben.

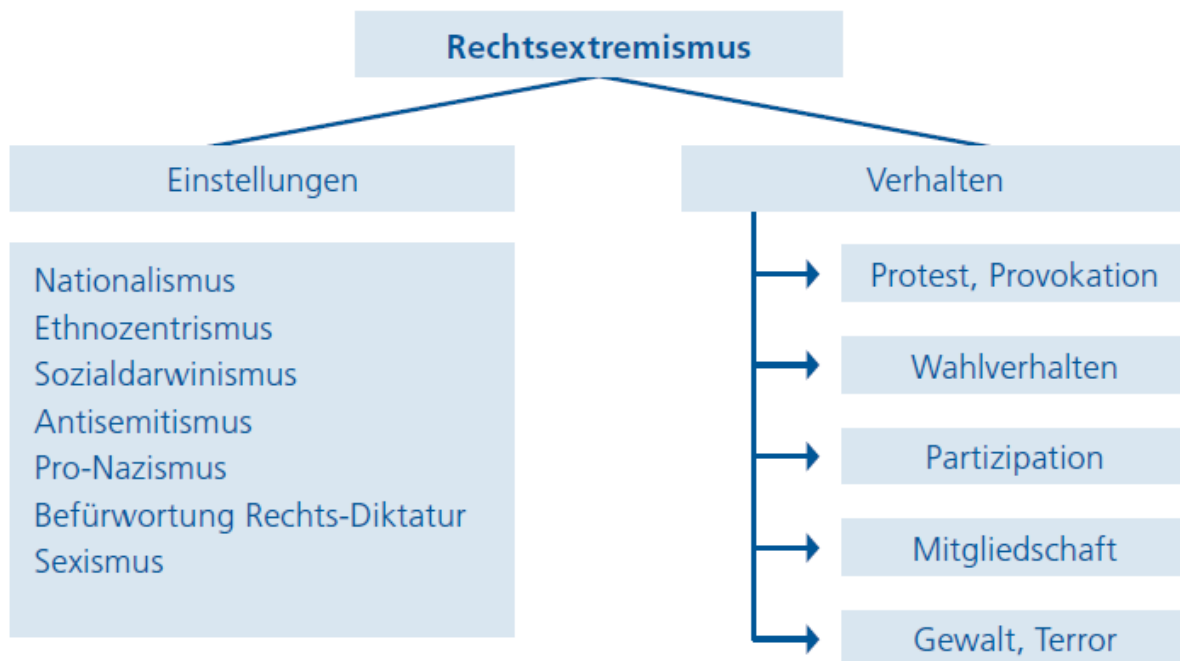
Rechtsextremismus umfasst also unterschiedliche Anschauungen, Einstellungsmuster und auch Verhaltensweisen (Vgl. Schiedel, 2007, S. 24). Vorliegend wird Rechtsextremismus deshalb als Sammelbegriff verwendet. Bestandteile beziehungsweise Dimensionen

rechtsextremer Denkweisen sind für Stöss im Mindesten Autoritarismus, Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Pronazismus, diese Bestandteile können erweitert werden. Sind diese fünf grundlegenden Bestandteile konzentriert, so ist ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild existent, rechtsextreme Einstellungen sind also in einem hohen Maß vorhanden. Um die Bedeutung der Einstellungsebene hervorzuheben, ist es wichtig zu betonen, dass die rechtsextremen Einstellungsmuster dem spezifischen Verhalten außerdem vorgelagert sind (Vgl. Stöss, 2010, S. 168). Diese Einstellungen werden auch als ein sogenannter latenter Rechtsextremismus bezeichnet, welcher dann als manifest beschrieben wird, wenn er sich im Rahmen von spezifischen Verhaltensweisen äußert. In der Praxis wird dieses Verhalten nicht nur im Rahmen von politischen Wahlen umgesetzt, sondern auch innerhalb eines Protest-, Bewegungs- und Subkulturverhaltens, welches insbesondere für die ostdeutschen Bundesländer charakteristisch ist (Vgl. ebd., S. 169).

Um also rechtsextremes Verhalten erklären zu können, muss man sich erst mit der Einstellungsebene befassen, welche ursächlich für das Verhalten ist. Somit zeigt sich auch an dieser Stelle, dass der Fokus des Hufeisenmodells auf das Verhalten verkürzt ist. Dies liegt daran, dass nur jene Personen erfasst werden, welche sich im Rahmen einer Verhaltensweise bemerkbar machen, während die Ebene der Personen, welche die grundlegenden Einstellungsmuster teilen, breiter ist. Aus diesem Grund gelingt es dem Modell also nicht, Erklärungen rechtsextreme Verhaltensweisen zu liefern. Durch die institutionelle Relevanz dieses Modells verwundert es auch nicht, dass deshalb selten qualifizierte politische Lösungsvorschläge formuliert werden können.

Um die Überlegungen von Stöss (2010) besser verstehen zu können, werden die Bestandteile von Rechtsextremismus von Richard Stöss nachfolgend graphisch dargestellt:

Abbildung 4: Bestandteile von Rechtsextremismus



(Stöss, 2010, S. 21)

Die Graphik zeigt auf, dass das Einstellungsmuster sehr vielschichtig ist. Zudem wird dieses Muster je nach Forscher/in teilweise noch erweitert. Rechtsextremismus teilt sich somit in die Ebene der Einstellungen und daran anschließend in die Ebene des Verhaltens auf. Sowohl die Einstellungsebene als auch die Verhaltensebene setzt sich aus verschiedenen Bestandteilen zusammen. Zwischen den unterschiedlichen Verhaltensweisen sind die Grenzen fließend. Äußert sich eine Person durch eine Verhaltensweise, stimmt sie auch unterschiedlichen Einstellungsdimensionen zu. Eine entsprechende Verhaltensweise muss jedoch nicht automatisch auf das dem Verhalten vorgelagerte Einstellungsmuster folgen (Vgl. Stöss, 2010, S. 21ff.).

Wie bereits erwähnt wurde, fügen einige Forscher_innen den oben gezeigten Bestandteilen von Richard Stöss noch weitere Bestandteile hinzu. Insbesondere auf der Ebene der Einstellungen werden dabei häufig Ergänzungen vorgenommen.

Heribert Schiedel führt nach der Definition von Willibald Holzer (1994) in Bezug auf die Einstellungsebene noch die folgenden Bereiche hinzu (Schiedel, 2007, S. 25):

- *Antiegalitarismus* und *Biologismus* im Sinne der Ablehnung des Gleichheitsprinzips und der Vorstellung von einer „natürlichen“ sozialen Ungleichheit- hier besteht die Verbindung zum Sozialdarwinismus
- *Antiliberalismus* und *Antipluralismus* im Sinne der Propagierung einer zumeist homogenen sogenannten „Volksgemeinschaft“
- *Antiindividualismus* im Sinne der Unterwerfung unter den „Volkskörper“
- Den *Glauben an den Verfall* (des „Volkes“)
- *Kultureller Rassismus* (zum Beispiel *antimuslimischer Rassismus*) / *Kulturrelativismus*/ „*Ethnopluralismus*“
- *Kultureller Antiamerikanismus* und *Antiimperialismus*
- *Personalisiertes Denken* und die Neigung zu Verschwörungstheorien
- Eine *dichotome Denkweise* bezüglich der Reduktion der Komplexität des sozialen Lebens
- *Nationalisierende Geschichtsbetrachtung* bis hin zu „Revisionismus“ in Bezug auf die Relativierung oder Leugnung des Holocaust
- *Gewaltakzeptanz* beziehungsweise Bereitschaft zur *Gewaltanwendung*

Hervorzuheben ist auch an dieser Stelle, dass einige der genannten Dimensionen für sich allein noch nicht rechtsextrem sein müssen, sie können für Schiedel auch als „diskursive Verknüpfungen mit der politischen Mitte“ (Ebd.) betrachtet werden.

In der „Mitte-Studie“ der Universität Leipzig wurde rechtsextreme Einstellung durch die Befragung der Zustimmungsrates unterschiedlicher Dimensionen untersucht. Zu diesen Dimensionen zählen nach Decker et al. (2014):

- Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur
- Chauvinismus
- Ausländerfeindlichkeit (Fremdenfeindlichkeit)
- Antisemitismus
- Islamophobie
- Ablehnung von Asylsuchenden
- Antiziganismus

Die drei letzten Dimensionen (Islamophobie, Ablehnung von Asylsuchenden und Antiziganismus) wurden 2014 in die Befragung aufgenommen. (Decker et al., 2014). Im Rahmen der verwendeten Quellen werden vorliegend Ausländerfeindlichkeit und Fremdenfeindlichkeit synonym verwendet.

Das Langzeitprojekt Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nennt unterschiedliche Bestandteile, die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Sinne der Abwertung von sozialen Gruppen ausmacht. Dazu gehören nach Küpper (o.J.):

- Fremdenfeindlichkeit
- Rassismus
- Antisemitismus
- Islamfeindlichkeit
- Sexismus
- die Abwertung von homosexuellen
- Abwertung von Menschen mit Behinderung
- Abwertung von obdachlosen Menschen
- Abwertung von langzeitarbeitslosen Menschen
- Demonstration von Etabliertenprivilegien (Vgl. Küpper, o.J., S. 2ff.).

Bei den Erhebungen 2011 wurden die oberen 10 Bestandteile noch um die beiden Bestandteile

- Abwertung von Asylbewerber_innen und
- Abwertung von Sinti und Roma

erweitert (O.V., 2011, S. 2).

Diese Ausführungen weisen auf das breite Spektrum hin, aus welchem diskriminierende Einstellungsmuster bestehen. Auffallend ist, dass in die Untersuchungen in den letzten Jahren spezielle soziale Gruppen wie Asylbewerber_innen und Sinti und Roma miteinbezogen wurden. Ebenso der Anstieg von Islamophobie führte dazu, dass sich die Befragungen an diesen Entwicklungen orientierten.

Im Kontext der vorliegenden Masterarbeit wird kultureller Rassismus als modernisierte Form von biologistischem Rassismus nachfolgend näher vorgestellt, da dieser hinsichtlich der

Programmatik von PEGIDA und CO relevant ist und es sich um Dimensionen handelt innerhalb die Abwertungen besonders gegenüber „dem“ Islam geäußert werden und die in den letzten Jahren im Kontext rechtsextremer Einstellungen vermehrt relevant geworden sind. Die Studien in Kapitel 11 stellen so unter anderem eine Zunahme von Islamfeindschaft fest. Aus diesem Grund wird nachfolgend kultureller Rassismus vorgestellt, um einen Eindruck über gezielte modernisierte rechtsextreme Inhalte aus aktuellen Anlass zu erhalten.

6.1 Modernisierte Formen von Diskriminierung: Das Beispiel des kulturellen Rassismus

Rassismus zielt im Allgemeinen auf die Diskriminierung oder Unterdrückung von anderen Gruppen und Personen und baut auf Unterschieden zur eigenen Gruppe auf. Die eigene Zugehörigkeit sowie das eigene Selbstwertgefühl wird dabei aufgewertet und stabilisiert, während die „Anderen“ gleichzeitig durch Praxen wie Diffamierung sowie Ausgrenzung abgewertet werden. Dieses übersteigerte positive Selbstbild dient schließlich dem Bewertungsrahmen von den „Anderen“. Dieser Prozess führt zur Beanspruchung von Privilegien wirtschaftlicher oder politischer Natur seitens jener, welche Rassismus praktizieren und über die Benennung von Sündenböcken (Vgl. Brinkmann, 2015, S. 19ff.).

Die historische Entwicklung der rassistischen Praxis zeigt einige Veränderungen im zeitlichen Verlauf. Rassismus wird nicht mehr nur auf „biologische“ Unterschiede bezogen, also Unterschiede welche scheinbar äußerlich sichtbar sind. Robert Miles begrenzt deshalb rassistische Parameter nicht auf die Hautfarbe. Im Kontext mit dem Ausmaß von Rassismus und in die politische Auseinandersetzung bezüglich der Begrifflichkeit mischte sich auch die Neue Rechte. Nicht nur die Objekte von Rassismen werden entmenslicht und brutalisiert. Rassismus ist für alle problematisch, die in gesellschaftlichen Kontexten leben, in denen er sich äußert. (Vgl. Miles, 1991, S. 13f., 17f.) Die Darstellung des sogenannten Anderen ist mit Darstellungsformen verbunden, welche im Kontext der Selbstwahrnehmung die anderen nach wirklichen oder zugeschriebenen Eigenschaften einteilt, wodurch eine Dialektik zwischen der eigenen Zugehörigkeit und dem sogenannten Anderen entsteht. Die Eigenschaften die dem Anderen zugeschrieben werden, verhalten sich dabei gegensätzlich die die das eigene Selbst beschreiben. (Vgl. ebd., S. 19) Der „Gegensatz“ zwischen schwarz und weiß in Bezug auf die Hautfarbe wurde mit Bedeutungen wie „gut und böse“, „makellos und teuflisch“ usw. aufgeladen (Vgl. ebd., S. 26).

Durch den Bedeutungszuwachs der Wissenschaft ab dem Ende des 18. Jahrhunderts wurde die „Rassen“-Idee auch auf gesellschaftliche Bereiche ausgeweitet. Mithin zufolge wurden neben biologistischen Aspekten auch hierarchische Beziehungen zwischen den „Rassen“ konstruiert und scheinbar nachgewiesen. Das Andere galt somit als eine biologische Einheit, deren Fähigkeiten und Errungenschaften durch natürliche und unveränderliche Bedingungen festgeschrieben wurden. Obwohl sich dieses „Rassen“-Konzept wissenschaftlich zwar als inkorrekt erwies, wurde es teilweise seitens der Wissenschaft dennoch aufgegriffen bzw. vertreten. So wurde durch die Weiterentwicklung der Evolutionstheorie eine Idee unterschiedlicher biologischer „Rassen“ anerkannt. In einer sozialdarwinistischen Logik wurde ein Kampf ums Überleben beschrieben, der auf Kosten der schwächeren und unzivilisierteren „Rassen“ geführt wurde (Vgl. Miles, 1991, S. 43, 50)

Obwohl Kattmann zufolge heutzutage biologistisch argumentierter Rassismus im Sinne von genetisch-biologischen Mustern also vermehrt in den Hintergrund gerückt sind, werden weiterhin Kategorien sowie Urteile konstruiert. In dieser Logik werden Menschen in unterschiedliche Gruppen eingeteilt und voneinander abgegrenzt. In diesem Kontext werden klare, an Kontrasten orientierte Grenzen gezogen. Die Kategorisierungen waren häufig mit politischen Nutzen verbunden: zunächst wurden äußerliche Merkmale mit spezifischen „Wesensmerkmalen“ verknüpft, wodurch die Abwertung bestimmter Menschen und Gruppierungen legitimiert versucht wurde. Dieses Konzept der „Rasse“ legitimierte im historisch-politischen Kontext dadurch Phasen der Sklaverei, Kolonialisierung und der europäischen Expansion (Vgl. Kattmann, 2015, S.1).

Verbinden wir diese Entwicklungen nun mit modernisiertem Rassismus. Im Rahmen einer modernisierten Form rassistischer Denkweisen die Weiterentwicklung von biologistischem Rassismus also häufiger anhand der kulturellen Kategorisierung argumentiert. Deshalb werden scheinbare „kulturelle Unterschiede“ als „unüberwindbare Gegensätze“ zwischen sozialen Gruppen formuliert. Als Feindbilder werden dabei häufig scheinbar schwache Gruppierungen ausgewählt (Vgl. Kattmann, 2015, S. 2f.). Diese Entwicklung äußert sich in Europa immer öfter in Form von antimuslimischen Rassismus und dem Wunsch nach homogenisierten Gemeinschaften aus. Beide Vorstellungen äußern sich in der Angst vor „Fremden“. Durch den Einfluss von autoritärem Populismus kommt es zu einer gesellschaftlich produzierten Angst, die bis in die Alltagswelt der Gesellschaft reicht (Vgl. Schiedel, 2007, S. 12). Die ursprüngliche sogenannte Biologisierung des Sozialen entwickelte sich zu einer Ethnisierung oder Kulturalisierung. Diese beiden Bereiche sehen die

Zugehörigkeit zu einer spezifischen „Ethnie“ oder „Kultur“ als Erklärungsansatz für Denk- und Handlungsweisen (Vgl. ebd., S. 35).

Rassismus äußert sich innerhalb vieler Praxisformen wie der Anwendung von Gewalt; Ausbeutung oder Intoleranz. Deshalb beschreibt Étienne Balibar Rassismus auch als ein totales soziales Phänomen. Dabei werden Stimmungen und Gefühle zu Stereotypen organisiert (Vgl. Balibar, 1998, S. 23ff.). Zudem spricht er in Bezug auf die aktuellen rassistischen Äußerungsformen von einem „Rassismus ohne Rassen“. Bei dieser Form von Rassismus stehen nicht biologistische Annahmen wie die biologische Vererbung im Vordergrund, sondern die Unaufhebbarkeit von kulturellen Differenzen. Dadurch wird Behauptung geäußert, dass die unterschiedlichen kulturell bedingten Lebensweisen und Traditionen untereinander nicht vereinbar seien und dass sogenannte Grenzverwischungen Konfliktpotenzial beinhalten. In diesem Zusammenhang spricht Balibar von differenzialistischen Rassismus. Scheinbar individualistisch ausgelegte Kulturen, die also tendenziell einen politischen sowie einen sozialen Individualismus eher fördern, gelten als überlegen. Auch wenn bei Neo-Rassismus nicht mehr explizit die Rede von „Rassen“ ist, so werden auch hier Ursachen und Auswirkungen auf die Kultur gefunden, die biologischer Natur sind (Vgl. ebd., S. 28, 34f.).

Auf der Ebene des politischen Verhaltens zeigt sich in diesem Zusammenhang, dass organisierter Nationalismus ein Bestandteil bestimmter politischer Bewegungen ist. Nationalismus geht dabei häufig einher mit Rassismus. Nationalismus ist deshalb eine wichtige Voraussetzung für die Entstehung von Rassismus. Dadurch zeigt sich, dass es sich bei Rassismen nicht zwangsläufig um die Existenz biologischer „Rassen“ handelt, sondern dass es sich bei Rassismus um ein historisches sowie um ein kulturelles Produkt handelt (Vgl. Balibar, 1998, S. 49).

In Bezug auf die aktuelle Situation in der deutschen Gesellschaft zeigt sich für Cakir, dass mittlerweile verstärkt von scheinbar unvereinbaren Lebensweisen unterschiedlicher Kulturen die Rede ist. Dies führt zur Konstruktion unterschiedlicher Menschengruppen, die untereinander nicht vereinbar sind. So werden zum Beispiel die eigene Gruppe (in Form der abendländisch-europäischen Kultur) und die „fremde“ Gruppe (zum Beispiel im Sinne „des“ Islams) als grundsätzlich verschieden beschrieben (Vgl. Cakir, 2016, S. 156). Dadurch kommt es zur Ethnisierung des Islam, wonach Individuen dem Islam aufgrund ihres Aussehens, ihres Kleidungsstils oder anderen sichtbaren Merkmalen automatisch dem Islam zugewiesen

werden. Cakir spricht hier von einem Antiislamische Ethnizismus. Dieser ist eine Form von differenzialistischem Rassismus, also einem Rassismus, der auf scheinbare kulturelle Differenzen hinweist. Diese Form von Rassismus wird häufig von PEGIDA artikuliert (Vgl. ebd., 156f.). Migrant_innen die sich bereits in der Mitte der Gesellschaft befinden werden nicht selten an den gesellschaftlichen Rand gebunden, da viele den „Fremden“ im Inneren der Gesellschaft als bedrohlicher empfinden als einen äußeren Feind. Ein Feind im Äußeren wird als überschaubarer empfunden, da er durch eine territoriale Grenzziehung beherrscht werden kann. Islam wird dabei im Kontext von öffentlichen Konflikten um Anerkennung gedacht, antiislamische Feindbilder und Abwertungen werden als Exklusionspraxis betrieben. Dies geschieht deshalb, weil für viele Personen der eigene Status des Staatsbürgers beziehungsweise der Staatsbürgerin nicht mehr ausreicht. Dieser Umstand ist eine Erklärung dafür, warum islamfeindliche Einstellungsmuster sich mittlerweile auch in der gesellschaftlichen Mitte etabliert haben (Vgl. ebd., S. 158f.).

Es zeigt sich also, dass Bestandteile von rechtsextremer Ideologie sich im Zeitverlauf verändern und den gesellschaftlichen Entwicklungen anpassen. Die Modernisierung von Rassismus ist meiner Ansicht nach ein gutes Beispiel dafür, dass die Gesellschaft rechtsextreme Inhalte mitbestimmt und sie artikuliert. So setzten sich Bewegungen wie PEGIDA letztlich aus der Zivilgesellschaft zusammen und bestimmen so auch die Inhalte von fremdenfeindlichen Diskursen. Modernisierte Formen von rechtsextremen Inhalten, die sich zum Beispiel auf Rassismus oder auch auf Antisemitismus beziehen, dürfen nicht als weniger gefährlich eingestuft werden. Gerade da sie unverfänglicher und gemäßigter formuliert werden, erhalten sie aus der Bevölkerung häufiger mehr Zuspruch. So erklärt sich auch, warum sich Menschen nicht als rassistisch oder fremdenfeindlich bezeichnen, jedoch gleichzeitig von kulturellen Differenzen sprechen. In den letzten Jahren wurde „der“ Islam oft mit rechtsextremen Inhalten konfrontiert. Dadurch, dass die Angst vor kulturellen Differenzen in der gesamten Bevölkerung aktuell sehr präsent ist, richtet sich die Abwertung spürbar gegen einzelne soziale Gruppen.

Der nachfolgende Teil befasst sich mit Diskriminierung im Alltag und dem Zustand, dass rechtsextreme Einstellungen in der gesamten Gesellschaft vorhanden sind. Somit werden auch an dieser Stelle die Annahmen dieser Arbeit erarbeitet und schrittweise weiter bestätigt.

6.2 Diskriminierung im Alltag und rechtsextremes Einstellungspotenzial als gesamtgesellschaftliches Phänomen

Letztlich handelt es sich bei Rechtsextremismus im Allgemeinen und dadurch auch bei Rassismus generell um ein Phänomen mit einem gesamtgesellschaftlichen Ausmaß. In Bezug auf Rassismus betrifft dies wie bereits zuvor beschrieben biologistische und kulturalistische Bezugspunkte. Rassismus funktioniert als Instrument innerhalb einer Reihe unterschiedlicher Unzufriedenheiten. Dabei funktioniert er Fedders zufolge systemstabilisierend, weil real existierende Konfliktfelder wie zum Beispiel ökonomische Ausbeutung durch ihn verschleiert werden. Außerdem materialisiert sich Rassismus in der Gesellschaft in sozialen Verhältnissen. Dies liegt daran, dass die von Rassismus betroffenen Personen in einer Gesellschaft im Hinblick auf Entscheidungsstrukturen, Partizipationsmöglichkeiten und dem Zugang zu Ressourcen diskriminiert und/ oder exkludiert werden. Hall zufolge werden die rassistischen Profiteur_innen von der rassistischen Praxis und von dessen Verhältnissen privilegiert und geschützt, ihre Privilegien werden durch die Exklusion der von Rassifizierung Betroffenen hergestellt (Vgl. Fedders, 2016, S. 169f.). Im Kontext dieser rassistischen Praxis spielt aktuell besonders die Politik der AfD eine entscheidende Rolle, da sie maßgeblich von diesen Strukturen und Dynamiken profitiert. Aus diesem Grund müssen rassistische Verhältnisse stets gesamtheitlich betrachtet und schließlich delegitimiert werden (Vgl. ebd., S. 175f.).

In Bezug auf Rechtsextremismus stellt Richard Stöss fest, dass „Rechtsextremismus ein gesamtgesellschaftliches Phänomen“ (Stöss, 2000, S. 601) ist. Demnach handelt es sich hierbei um keine gesellschaftliche Randerscheinung, sondern vielmehr um ein „Produkt des sozialen, ökonomischen und politischen Wandels, das die Gesellschaft insgesamt prägt“ (Ebd.). In Deutschland existieren neben rechtsextremen Parteien rechtsextreme Vereine sowie Medien und Verlage, die einen hohen Anteil an der Verbreitung der rechten Ideologie haben. Der sogenannte „latente Rechtsextremismus“, resultiert daraus, dass organisierte, spontane oder institutionalisierte Formen auf einer breiten gesellschaftlichen Ebene integriert sind und häufig akzeptiert werden. Mit latentem Rechtsextremismus ist die Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen und rechtsextreme Einstellungsmuster ohne eine daraus resultierende rechtsextreme Verhaltensweise gemeint. Diesem latenten Rechtsextremismus liegt ein breites rechtsextremes Einstellungspotenzial aus der Bevölkerung zugrunde. Dieses Einstellungspotenzial ist dabei gesamtgesellschaftlich verbreiteter als das jeweilige Verhaltenspotenzial (Vgl. ebd., S. 602ff.). Somit wird die rechtsextreme Ideologie

befürwortet oder zumindest akzeptiert, ohne dass die Beteiligten gleichzeitig aktiv rechtsextrem militant werden. Durch diesen Umstand, kann die rechtsextreme Einstellung nicht immer ausreichend erfasst oder beobachtet werden. Dies ist mitunter eine der grundlegenden Problematiken, wie Rechtsextremismus benannt, erkannt und problematisiert wird.

Durch unterschiedliche Ereignisse in den letzten Jahren wie die wirtschaftliche Konkurrenz in westlichen Industrienationen und Erfahrungen wie 9/11, kam zunehmend das Gefühl einer kulturellen Bedrohung auf. Aus diesem Grund veränderten sich auch Rassismen und Fremdenfeindlichkeit sowie deren Ursachen. Hinzu kamen verstärkte Desintegrations- sowie Individualisierungsprozesse innerhalb dieser Gesellschaften. Aufgrund dieser Prozesse stellt auch die Auseinandersetzung mit Rassismus, der sich größtenteils auf der latenten Ebene zeigt, für Brinkmann einen permanenten Prozess dar (Vgl. Brinkmann, 2015, S. 12ff., 21). An dieser Stelle zeigt sich erneut, dass bestimmte Faktoren sich auf rechtsextreme Einstellungen auswirken und sie dadurch verstärken können. Deshalb sind es gerade Ereignisse mit Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft, die dieses Einstellungsmuster deshalb auch auf einer breiten Ebene fördern.

Beate Küpper und Andreas Zick beschreiben „Alltagsdiskriminierung als Form der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ (Zick/ Küpper, 2015, S. 93). Die Adressat_innen von Ausgrenzung und Abwertung sind zumeist recht heterogene Gruppierungen wie zum Beispiel kulturelle, ethnische oder religiöse Minderheiten, Migrant_innen, Menschen mit Transgender-Identität, Homosexuelle, obdachlose Menschen und Menschen mit einer Behinderung. Bei dem Prozess der Abwertung handelt es sich um einen Vorgang, welcher der Herstellung oder Zementierung von gesellschaftlichen Machtverhältnissen dient. Die Abwertung fängt bereits auf einer sehr subtilen Ebene an und reicht im weiteren Verlauf bis hin zu Verfolgung und Gewalt bis hin zur Todesfolge. Die zugewiesene Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe wie sie exemplarisch zuvor aufgezählt wurden, äußert sich Form von Vorurteilen gegenüber den Betroffenen. Diese Vorurteile basieren auf abwertenden Einstellungen (Vgl. ebd., S. 94f.). Die Grenzen zu praktischer Diskriminierung verlaufen fließend. Diese können sich auf einer Ebene abspielen, auf der sich einzelne Personen diskriminierend gegenüber anderen Individuen verhalten sowie in institutionalisierter Form mittels ungeschriebenen und geschriebenen Regeln. Diese Regeln können bestimmte Gruppen gegenüber anderen benachteiligen oder bevorzugen. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Diskriminierungen im Alltag verlaufen nicht einheitlich, sondern in Form von vielen

Facetten wie zum Beispiel hinsichtlich ihrer Intensität (Vgl. ebd., S. 96f.). Die nachfolgende Aufzählung bezieht sich auf die diese unterschiedlichen Facetten.

Zick und Küpper beziehen sich in ihrer Darstellung einer fünfstufigen Eskalationsskala hinsichtlich der *Intensität von Vorurteilen* auf Allport (1954):

- Die erste Stufe umfasst *Verleumdung* im Sinne von Beleidigung und/ oder abwertenden Bezeichnungen gegenüber einer bestimmten sozialen Gruppe.
- Die zweite Stufe bezieht sich auf *Vermeidung* wie in Bezug auf physische Nähe.
- Auf der dritten Stufe befindet sich die *Diskriminierung*, die als „Ausschluss von Personen aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit“ beschrieben wird (Zick/ Küpper, 2015, S. 99).
- Die vierte Stufe der *physischen Gewalt* ergibt sich aus der Diskriminierung.
- Die schließlich fünfte und letzte Stufe umfasst die *Vernichtung von ganzen Gruppen* wie den Holocaust oder Ethnoziden (Vgl. ebd., S. 98f.).

Darüber hinaus stellen Zick und Küpper den Zusammenhang zwischen Einstellungen und Verhalten sowie damit verbunden mit den Bedingungen, die von Einstellungen zu tatsächlichem Verhalten führen, vor. Hierbei nehmen sie Bezug auf das sogenannte „*Modell des Geplanten Verhaltens*“ nach Fishbein und Ajzen (1975). Dieses Modell bezieht sich auch auf die Bereiche der Diskriminierung im Alltag und der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Das Modell legt dar, dass „der Zusammenhang zwischen Einstellungen und manifesten Verhalten“ (Zick/ Küpper, 2015, S. 99) größer ist:

- *Wenn soziale Normen* (wie in Bezug auf die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit die *Gleichwertigkeit*) *nicht eindeutig sind* oder als nicht als eindeutig wahrgenommen werden
- Wenn *wichtige Bezugspersonen über vorurteilige Einstellungsmuster verfügen* oder dies vermutet wird
- Und drittens im Falle, dass *sich Gelegenheiten*, bei welchen eine *diskriminierende und menschenfeindliche Verhaltensweise ausgeübt werden kann*, bieten (Vgl. ebd., S. 99)

Diese Ausführungen zeigen einerseits, dass das Verhalten auf dem Einstellungsmuster basiert und dadurch spezielle Verhaltensweisen wie zum zum Beispiel Gewalt auf die Einstellung die die Person vertritt zurückgeführt werden muss. Gleichzeitig wird an dieser Stelle auch

sichtbar, dass unterschiedliche Faktoren von der Einstellung zu einem manifesten Verhalten führen können. Insgesamt verlaufen die unterschiedlichen Facetten fließend, was uns zeigt, dass das Einstellungsmuster zu Gewalt führen kann: die Ebene der Diskriminierung liegt dabei unmittelbar vor jener der physischen Gewalt und bedingt diese. Außerdem zeigt sich, dass durch den Einfluss von anderen Personen und Gelegenheiten rechtsextreme Verhaltensweisen ausgeübt werden können. Diese Bedingungen treten zum Beispiel bei Demonstrationen auf. Dadurch dass sich der zivilgesellschaftliche Protest durch Bewegungen wie zum Beispiel PEGIDA verstärkt hat, könnten die Einstellungen, in deren Kontext Diskriminierung und in der Konsequenz Verhaltensweisen (zum Beispiel in Form von Gewalt) bestärkt werden.

Dadurch, dass Abwertung und Diskriminierung gesamtgesellschaftliche Herausforderungen sind, müssen sie entsprechend auch gesamtgesellschaftlich thematisiert werden. In diesem Zusammenhang müssen gerade die Bereiche von rechtsextremer Einstellung genannt werden, die zunehmend verbreitet sind. Zu diesen zählen modernisierte Formen des Rassismus und Antisemitismus und die Abwertung einzelner sozialer Gruppen. Diese verändern sich im Zeitverlauf und passen sich an die gesellschaftlichen Diskurse und Bedingungen an. Sie müssen als im Kern rechtsextreme Inhalte benannt werden und dürfen nicht ohne inhaltliche Problematisierung in den gesellschaftlichen und politischen Diskurs einfließen. Erst wenn diese unterschiedlichen Bestandteile rechtsextremer Inhalte mit all ihren Facetten bedacht werden, entsteht ein Bild von rechtsextremer Einstellung. Erst wenn man rechtsextreme Einstellungsmuster begreift und erfasst, kann man rechtsextremen Verhalten begegnen. Durch den Einfluss des Hufeisenmodells in die institutionelle Praxis und die alleinige Konzentration auf dieses Verhalten, können durch diese Einschränkung in der Vorgehensweise keine Lösungsvorschläge für Rechtsextremismus in unserer Gesellschaft getroffen werden.

7. Mögliche Erscheinungsformen des Rechtsextremismus

Rechtsextremismus kann sich nicht nur in Bezug auf die Einstellungsebene unterschiedlich äußern, auch die Verhaltensebene äußert sich vielfältig. Während der vorangegangene Teil sich ausführlich mit den Einflüssen auf die Einstellung und deren Bestandteilen befasste, wird in diesem nun folgenden Teilbereich aufgezeigt, innerhalb welcher Erscheinungsformen sich die auf der Einstellungsebene basierende Verhaltensweise äußern kann. Der Schwerpunkt dieser Arbeit liegt auf der Einstellungsebene, jedoch basiert die Verhaltensebene auf dieser

Einstellung. Nachfolgend werden in diesem Abschnitt mögliche Erscheinungsformen von Rechtsextremismus kurz vorgestellt, dabei handelt es sich um eine Auswahl, weil diese Erscheinungsformen sehr vielfältig sind. Es soll veranschaulicht werden, wie die einzelnen Bereiche jeweils miteinander zusammenhängen können und dass sie letztlich die selbe Basis haben: rechtsextreme Einstellungen. Diese sind in den einzelnen hier genannten Bereichen inhaltlich und strategisch unterschiedlich ausgeprägt. Sie zeigen auf, wie rechtsextreme Einstellungen innerhalb der Gesellschaft jeweils praktiziert werden können, ohne notwendigerweise von den Gesellschaftsmitgliedern als solche erkannt zu werden.

Rechtsextremismus lässt sich nicht auf Einzeltäter_innen oder auf Wahllakte reduzieren, sondern zeigt sich in unterschiedlichen Zusammenhängen (Vgl. Jaschke/ Dudek, 1984, S. 176f.) Die Wahrnehmung von Rechtsextremismus wird häufig auf ein Spektrum rechts-außen innerhalb der Gesellschaft und damit gleichzeitig außerhalb der „Gemeinschaft der Demokraten“ (Ebd., S. 172) reduziert. Dies resultiert aus der vornehmlichen öffentlichen Konzentration auf Bereiche wie Verbotsbeschlüsse, Wahlerfolge oder neonazistischen Schmierereien (Vgl. ebd.). Neben rechtsextremen Wahlerfolgen sollte deshalb immer der Einfluss auf und Mitbestimmung des vorherrschenden Zeitgeistes mitberücksichtigt werden, welchen Rechtsextremist_innen praktizieren (Vgl. Jäger/ Jäger, 1992, S. 1), denn insgesamt dienen Ideologien dazu, sich die Welt und deren schlechte Aspekte erklären zu können, ihre Funktion besteht also nicht zuletzt darin, Sinn zu stiften und dabei in den Alltagsverstand einzugehen. (Vgl. Schiedel, 2007, S. 43). Dieser Teil zu den Erscheinungsformen ist deshalb relevant für diese Arbeit, weil sich erst durch sie rechtsextreme Einstellungen äußern oder aufgezeigt werden können. Aus diesem Grund kann erfasst werden, warum Parteien wie die AfD oder Bewegungen wie PEGIDA so hohe Erfolgsraten innerhalb kurzer Zeit haben konnten. Bedenkt man die Faktoren, die das rechtsextreme Einstellungsmuster verstärken, so sind es gerade Ereignisse und Krisen wie zum Beispiel wirtschaftliche Missstände oder veränderte Lebenssituationen die die Einstellung beeinflussen. Der nächste Schritt ist dann, dass diese Einstellung sich anhand des Verhaltens äußert, zum Beispiel durch die Wahl von rechtspopulistischen oder rechtsextremen Parteien oder der Beteiligung an Protestbewegungen. Durch die Präsenz dieser beiden Faktoren in den letzten Jahren zeigt sich also, dass rechtsextreme Einstellungen als Grundlage in unserer Gesellschaft vorhanden sind und sich auf der manifesten Ebene durch ein spezielles Verhalten äußern. Dieses Verhalten wird im Rahmen unterschiedlicher Erscheinungsformen von rechtsextremer Ideologie praktiziert. Die Gefahr ist dabei, dass bei vielen Parteien und Protestbewegung die

vorhandene rechtsextreme Komponente abgestritten wird oder für die Wähler_innen oder Teilnehmer_innen verschleiert wird. Aus diesem Grund werden auch aktuell rechtsextreme Inhalte und Strategien innerhalb ihrer unterschiedlichen Erscheinungsformen häufig nicht erkannt und nicht ausreichend problematisiert. Dies kann dazu führen, dass rechtsextreme Inhalte und in der Folge auch damit verbundene Verhaltensweisen noch stärker gesamtgesellschaftlich verankert und praktiziert werden könnten.

Da rechtsextreme Vertreter_innen nach Macht im staatlichen Kontext streben, gibt es Schiedel zufolge drei mögliche Strategien, diese Vorhaben umzusetzen. Zu diesen gehören eine *politische Opposition innerhalb eines Systems*, die in der Regel der nationalistisch-konservativen Tradition zuzuordnen ist und Kooperationen häufig in einem Graubereich zwischen Rechtsextremismus und (demokratischen) Konservatismus aufsucht (Vgl. Schiedel, 2007, S. 28ff.). Dies wäre in Bezug auf rechtspopulistische Parteien interessant. Eine zweite Strategie stellt jene der sogenannten *politischen Opposition gegen das System* dar, die zumeist im neonazistischen Spektrum vorherrscht und systemfeindlich, illegal sowie partiell sogar terroristisch agiert. Dabei kann man zum Beispiel neonazistische und subkulturelle Strukturen nennen. Eine dritte strategische Möglichkeit besteht im *Kulturkampf von rechts*, welcher die zeitgemäße Präsentation rechtsextremer Ideologie sowie gewissermaßen eine ideologisch-hegemoniale Meinungsführer_innenschaft zum Ziel hat (Vgl. Ebd., S. 30).

In diesem Zusammenhang beschreibt Stöss zudem zwei dominierende Tendenzen innerhalb des deutschen Rechtsextremismus. Auf der einen Seite innerhalb einer *fundamentaloppositionellen* Variante, die einen starken Bezug auf den Nationalsozialismus hat und eher gewaltbereit ist. Diese Tendenz trifft auf Neonazismus zu. Die zweite Tendenz bezieht sich auf eine *populistische* Variante, die eher gemäßigt und mittels *antimuslimischen Rassismus* vorgeht. Hierbei können rechtspopulistische Parteien und Bewegungen umfasst werden (Vgl. Stöss, 2010, S. 145). Die letztgenannte Form ist vorliegend relevant, da sie über einen breiten gesellschaftlichen Rückhalt verfügt. Sie zeigt auf, inwiefern sich rechtsextreme Inhalte durch diese Erscheinungsform an der Gesellschaft und ihrer politischen Kultur orientieren und wiederum durch ihre Inhalte auf die Gesellschaft einwirken.

7.1 Die Unterscheidung zwischen Neonazismus und Rechtsextremismus

Obwohl sich mit rechtsextremen Denkweisen häufig die Assoziation in Richtung Neonazismus entwickelt, wird dieser Bereich im Rahmen der vorliegenden Masterarbeit weitestgehend außen vorgelassen, da er als extremste Form des Rechtsextremismus in Bezug auf Einstellung und Verhalten mit der vorliegend behandelten subtilen Form von rechtsextremen Einstellungen nicht primär zu vergleichen ist. Außerdem äußern sich rechtsextreme Einstellungen im gesamtgesellschaftlichen Kontext größtenteils nicht auf dieser Ebene. Relevant sind im neonazistischen Kontext einzelne Dimensionen wie zum Beispiel Verharmlosung von NS-Verbrechen. Insgesamt werden Schiedel zufolge extrem rechte Ideologien zunehmend in die Alltagskultur integriert, im Sinne subtiler und verharmloster Varianten. Hinsichtlich der Abgrenzung von Rechtsextremismus und Neonazismus im Speziellen ist häufig die spezifische Ausdrucksweise relevant. Während im Neonazismus Begriffsanwendungen wie „Jude“ oder „Rasse“ vorherrschen, so werden von Rechtsextremist_innen eher (zumindest auf den ersten Blick unabhängig von der spezifischen Bedeutung) scheinbar gemäßigte Begriffe wie „Kultur“ oder „internationale Hochfinanz“ verwendet. Generell wird in der neonazistischen Szene jedoch ebenfalls nach außen hin auf Zurückhaltung gesetzt, um juristischen Folgen auszuweichen. Da jedoch gerade Jugendliche innerhalb der Szene mit Sprachregelungen, welche mit der Gesetzeslage kompatibel sind nicht immer vertraut sind, fallen gerade sie besonders als sogenannte „typische“ Neonazis auf. Ein wichtiges Unterscheidungsmerkmal beider Formen bezieht sich neben der Radikalität sowie der jeweiligen Offenheit hinsichtlich der Agitation auf die jeweilige Nähe zum Nationalsozialismus und damit verbunden der Leugnung von dessen Verbrechen (Vgl. Schiedel, 2007, S. 29). Insgesamt betrachtet kann Neonazismus als „zugespitzter Rechtsextremismus plus Gewalt plus offene NS-Apologie“ (Ebd.). beschrieben werden.

7.2 Neu-rechte Strategien im rechtsextremen Kontext

Der zuvor dargestellte Neonazismus erscheint durch seine Agitation und sein Auftreten kaum anschlussfähig an die Mehrheitsgesellschaft, anders verhält es sich hingegen mit der Neuen Rechten. Deren Ursprünge liegen in der konservativen Revolution. Die ihr zugrundeliegende Ideologie ist rechtsextrem, jedoch erscheint ihr breiter gesellschaftlicher Einfluss vergleichsweise hoch. Aufgrund dessen sowie aufgrund der Tatsache, dass sie jedoch gleichzeitig von den Verfassungsschutzbehörden nicht im Sinne herkömmlicher Kriterien in Bezug auf Extremismus erfasst werden kann und deshalb weniger fokussiert wird, ist sie an

dieser Stelle relevant. Meiner Einschätzung nach ist ein neurechter beziehungsweise scheinbar „gemäßigter“ und zunehmend salonfähiger Rechtsextremismus für die und die politische Landschaft in höchstem Maße gefährdend. Aus diesem Grund sind neurechte Strategien auch für die politische Kultur, also für die gesellschaftlichen Einstellungen und Werte sehr problematisch.

Betrachten wir den geschichtlichen Hintergrund, so kann der Ausdruck der sogenannten „Neuen Rechten“ einerseits für die Abgrenzung von unmittelbaren rechtsextremen Strömungen nach dem Zweiten Weltkrieg zum „neuen Rechtsextremismus“ ab Mitte der 1960er Jahre bezogen werden oder um unterschiedliche ideologische Ausrichtungen zu umschreiben. In der Regel wird mit der Neuen Rechten ein „Theoriezirkel rechter Intellektueller“ (Neureiter, 1996, S. 24) umfasst, die sich an der „Konservativen Revolution“ zu Zeiten der Weimarer Republik wie zum Beispiel im Kontext der Liberalismus- und Parlamentarismuskritik nach Carl Schmitt oder an der Zivilisationskritik Nietzsches orientiert (Vgl. ebd). Wie auch die sogenannte „Alte Rechte“ werden Nationalismus und Antikommunismus vertreten, die Neue Rechte agiert jedoch verstärkt subkulturell und hinsichtlich des politischen Aktionismus eher im Rahmen einer scheinbaren Widerstandsbewegung. Dabei werden auch Elemente von linken Akteur_innen kopiert. Neurechter historischer Orientierungspunkt ist die Nachkriegsphase sowie die Teilung Deutschlands. Die Abgrenzung zur Alten Rechten zeigt sich zum Beispiel in der Distanz zu revisionistischen Inhalten. Stattdessen wird ein „Befreiungsnationalismus“ beziehungsweise „Ethnopluralismus“ ausgeübt, wobei Ideen der „Konservativen Revolution“ aufgegriffen werden (Vgl. Schönekas, 1990, S. 304f.).

Während die extreme Rechte innerhalb der Nachkriegsgesellschaft eine vergleichsweise kaum relevante Rolle einnehmen konnte, ändert sich dieser Zustand durch die Neue Rechte. Durch Legitimationen von rechtsextremen Inhalten besteht die Gefahr eines Paradigmenwechsels, der innerhalb der grundsätzlich demokratischen Standards der politischen Nachkriegskultur vorherrscht. Dabei zunehmende antidemokratische Deutungsmuster durch politischen Protest integriert (Vgl. Benthin, 2004, S. 240, 243).

Dies ist somit ursächlich für den Erfolg von Protestbewegungen wie PEGIDA, die durch ihre propagierte Islamfeindlichkeit und die grundsätzliche Ablehnung von Migrationsbewegungen rechtsextreme Einstellungsmuster vertritt, sich jedoch in den seltensten Fällen Pegidist_innen selbst als rechts bezeichnen würden. Dies führt zu einer Verschiebung dessen, was als rechte

Agitation wahrgenommen wird. Dadurch werden rechtsextreme Einstellungen somit schrittweise in eine demokratisch geprägte politische Kultur, also in gesellschaftliche Einstellungsmuster, Orientierungen und Wertvorstellungen in einer Demokratie, übernommen.

Da eine Vielzahl unterschiedlicher Organisationselemente sowie unterschiedliche Zeitschriften existieren, verfügt die Neuen Rechte in Deutschland in dem Sinne über keine einheitliche Ideologie oder Theorie (Schönekas, 1990, S. 291). Die generelle neu-rechte Ideologie der Ungleichheit erscheint im gesamtgesellschaftlichen Kontext relevant, weil sie an vorherrschende Meinungen anknüpft. Der Ethnopluralismus dieser Ideologie vertritt die Vorstellung von kultureller sowie ethnischer Homogenität vertritt und lehnt gleichzeitig kulturellen Pluralismus ab (Vgl. Benthin, 2004, S. 164). Im neurechten Spektrum wird mehrheitsfähige Kritik an etablierter Politikführung im Sinne eines sogenannten Establishment formuliert, rechtspopulistische Mobilisierungsthemen werden aufgegriffen und von der politischen Öffentlichkeit aufgenommen, dabei werden Fragen bewusst radikalisiert formuliert und die Antworten werden suggeriert vermittelt (Vgl. ebd., S. 178f.). Aus einer real existierenden politischen Unzufriedenheit schafft die neu-rechte Strategie dadurch eine Systemkritik. Diese ist inhaltlich stark zugespitzt und populistisch reduziert und vermittelt außerdem Protestdruck und Handlungsdruck. Radikale rechte Ideologie wird durch den neu-rechten Einfluss zu politischen Konzepten umfunktioniert und für Protestmobilisierungen instrumentalisiert-. Die Zielsetzung ist dabei die Etablierung einer Gegenöffentlichkeit beziehungsweise Gegenkultur (Vgl. ebd., S. 185).

Aufgrund der Tatsache, dass gerade die Neue Rechte auf der einen Seite eine Verbindung zwischen einem demokratischen Konservativismus und der radikalen Rechten sowie auf der anderen Seite zwischen dem neurechten Spektrum und der demokratischen Mehrheitskultur herstellt, sollte zunehmend der generelle Prozess der Radikalisierung in der Öffentlichkeit problematisiert werden (Vgl. Benthin, 2004, S. 56). Innerhalb der rechten Szene agiert die Neue Rechte strategisch als „Grauzone“ oder „Scharnier“ zwischen Neokonservativismus und Rechtsradikalismus: dieser Vorgang verhilft dazu, dass sie vom konservativen Spektrum ernst genommen und dass ihre Themen und Diskurse generell legitimiert werden (Vgl. ebd., S. 72f.).

Die sogenannte „kulturelle Neue Rechte“ kann nicht hinreichend im Rahmen von herkömmlicher Extremismusforschung erfasst werden. Ihre aktuell recht erfolgreichen

Strategien integrieren ihre Konstrukte und Diskurse in der Öffentlichkeit. Diese können sie dann wirksam umsetzen, wenn innerhalb dieser Öffentlichkeit „Gelegenheitsstrukturen“ sowie Anschlussmöglichkeiten vorhanden sind und somit eine Bereitschaft zur Akzeptanz existiert. Aktuell gelingt es der Neuen Rechten vermehrt in die Mehrheitskultur einzugreifen, weshalb sich auch die Forschung verstärkt mit ihr auseinandersetzen muss (Benthin, 2004, S. 9f.). Sie entspricht keinen typischen Extremismus-Kriterien und ist deshalb für den Verfassungsschutz kein primärer Gegenstand seiner Beobachtung, dennoch partiell in vielen Ländern in den Jahresberichten vorhanden war. So erwähnt das Bundesamt für Verfassungsschutz die Neue Rechte seit 1994, jedoch fällt ihre Erwähnung seit 1998 eher verhalten aus (Vgl. ebd., S. 23ff.). Die Schwierigkeit besteht darin, dass der Bereich der Verfassungsfeindlichkeit zum hauptsächlichen Kriterium ernannt wird und dass es Probleme hinsichtlich der „Erosionen der Abgrenzung“ in Bezug auf das Verhältnis zwischen Demokrat_innen und Extremist_innen innerhalb der Neuen Rechten, welche Übergänge zum Konservativismus beinhalten, gibt (Vgl. Benthin, 2004, S. 24).

Generell bewegt sich die Neue Rechte in einem verfassungsrechtlich sowie hinsichtlich des Grundgesetzes konformen Bereich, obwohl sie grundsätzlich mit den Forderungen der extremen Rechten übereinstimmt. Zu diesen gehören zum Beispiel im Rahmen von Nationalismus, die Forderung nach kultureller Homogenität; die Ablehnung von Migrationsbewegungen und die Vorstellung eines Staates sowie einer Gesellschaft mit jeweils autoritären Strukturen. Dabei wird gleichzeitig Konservativismus radikalisiert und radikal-rechte Ideologie modernisiert. Diese beiden Prozesse wirken sich letztlich auf die Mehrheitsgesellschaft aus, wodurch Funktionen der Integration und der Legitimation praktiziert werden (Vgl. Benthin, 2004, S. 232). Personen mit rechtsextremen Einstellungsmustern würden sich noch am ehesten als konservativ bezeichnen, wodurch die vertretene Meinung letztlich eher ernst genommen und gehört wird. Im Umkehrschluss wird eine im Kern fremdenfeindliche, rassistische, antisemitische oder antidemokratische Haltung potentiell unter den Labels „besorgte Bürgerin“ beziehungsweise „besorgter Bürger“, „patriotisch“ oder „realistisch“ in der öffentlichen Wahrnehmung womöglich positiv konnotiert.

7.3 Rechtspopulismus

Lange Zeit galt Rechtspopulismus als ein verhältnismäßig einflussloser und irrelevanter Bereich in der politischen Landschaft Deutschlands. Die Assoziation mit ihm bezog sich eher auf Frankreich, Italien oder Österreich. Die generelle Entwicklung hinsichtlich der Verortung und Akzeptanz von rechten Einstellungen in der Bundesrepublik öffneten neue Möglichkeiten für diese Form der politischen Praxis. So etablierte sich 2013 mit der *Alternative für Deutschland* eine Partei, die bislang eine sehr hohe Popularitätsrate vorweist. Festzuhalten bleibt an dieser Stelle, dass Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in meinem Verständnis keine Gegensätze darstellen, sondern dass Populismus für mich vordergründig ein bestimmter Politikstil und Rechtsextremismus primär eine ideologische Ausrichtung und Denkweise beziehungsweise Einstellung ist. Beides kann sich in Form einer rechtspopulistischen Partei vereinen, während tendenziell rechtsextreme Programmatik mittels sprachlicher Codes mehrheitstauglich kommuniziert. Populismus reagiert durch die Präsentation einfacher Lösungsvorschläge scheinbar auf Ängste und Sorgen und gibt dadurch vor, die Interessen der „einfachen“ Bürger_innen zu vertreten und sich gegen das als Feindbild wahrgenommene „Establishment“ zu richten. Auch hierbei gibt es eine Vielzahl an differierenden Ansätzen, in wie fern und ob Rechtspopulismus rechtsextrem sein kann und welche Parteien letztlich populistisch sind.

Befassen wir uns zunächst mit der Begrifflichkeit. Populismus leitet sich von „Populus“ (Volk) sowie dem Suffix „mus“ ab, dass eine „ideologische Übersteigerung“ (Decker, 2004, S. 271) inkludiert und auf den beinhalteten Widerspruch zu einer demokratischen Politik sowie dem gleichzeitigen ambivalenten Charakter des Begriffes hindeutet (Vgl., ebd.). Der Begriff des Populismus im Allgemeinen ist häufig mit der Annahme verbunden, „das politische Terrain mit Primitivargumenten zu besetzen, nicht um der Sache, sondern um der vordergründigen Gunst öffentlicher Zustimmung willen zu streiten“ (Ebd., S. 21).

Hinsichtlich der Entstehung dieses Phänomens sind zum Beispiel „gesellschaftliche Modernisierungsprozesse“ zu nennen, welche Populismen auch in der Regel kritisieren und somit versuchen die scheinbaren „Modernisierungsverlierer“ anzusprechen - wenngleich der Verlust auch durch rein subjektives Empfinden definiert wird. (Vgl. Decker, 2004, S. 25ff.)

Im nächsten Schritt befassen wir uns nun kurz mit den Inhalten und Strategien dieser Erscheinungsform. Brinkmann zufolge ist im Vergleich zum „klassischen“ rechtsextremen Spektrum jenes des Rechtspopulismus zwar unter dem organisatorischen Aspekt schwächer,

ist aufgrund der grundlegenden Einstellungen innerhalb der Bevölkerung hinsichtlich seiner Wirkung jedoch stärker. Dessen Kritik richtet sich gegen die als politische und wirtschaftliche benannte „Elite“, außerdem werden die Interessen des sogenannten „einfachen Volkes“ vertreten. Komplexen Problematiken wird im Regelfall mit einfachen Lösungsansätzen begegnet. Die Schuld wird gerade im Bereich von Beschäftigungsverhältnissen größtenteils bei Migrant_innen gesucht. Gleichzeitig wird die Zugehörigkeit des „eigenen“ „Volkes“ zu einer homogenen ethnisch-nationalen Gemeinschaft betont, die in eine christlich-abendländische Identität eingebettet ist. Des Weiteren wird die Gefahr von sogenannter „Islamisierung“ betont. Diese gleichzeitig antipluralistische und antilibérale Haltung weist auf die Konnekte zur rechtsextremen Ideologie hin. Ein weiterer wichtiger Mobilisierungsbereich von Rechtspopulist_innen betrifft die Europäische Union, welche als Synonym für die negativen Aspekte von Modernisierungsprozessen gesehen wird. Modernisierungsprozesse können generell über eine desintegrative Wirkung verfügen und in diesem Sinne ist auf europaweiter Ebene innerhalb der demokratischen Politik eine Krise hinsichtlich des Vertrauens sowie der Repräsentation zu beobachten (Vgl. Brinkmann, 2015, S. 25ff.). Die von dieser Unzufriedenheit Betroffenen haben ein niedriges Vertrauen in die demokratischen Repräsentant_innen und sind in der Regel anfälliger für rechte Agitation. Somit wird im Zuge der Ablehnung der Integration von Eingewanderten die Forderung danach laut, dass die eigene Gruppe mehr unterstützt werden sollte (Vgl. Klein/ Küpper/ Zick, 2009, S. 97ff., 100, 106).

Aufgrund der inhaltlichen Überspitzung sowie der gleichzeitigen inhaltlichen Ungenauigkeit, die Populismus häufig beinhaltet, ist für Frank Decker eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Begriff häufig nicht ganz einfach. Mit der genannten inhaltlichen Unschärfe ist die Bezugnahme auf das „Volk“ im Sinne von rechtschaffend sowie auf die „kleinen“ Leute gemeint. Die gleichzeitige Ablehnung des sogenannten „Establishment“ im Sinne von Machtblöcken, Parteien, Konzernen und anderen Akteuren deutet außerdem auf diese Unschärfe hin. Der eher neuere Populismus nutzt dabei seine Stellung um inhärente Fehlentwicklungen im gesellschaftlichen Bereich aufzuzeigen. Relevant ist zudem der Umstand, dass Populismus jeglicher Ideologie- von Maoismus über Sozialismus bis hin zu Faschismus- entspringen kann, außerdem können einzelne Personen, aber auch Bewegungen oder Regime damit in Verbindung gebracht werden (Vgl. Decker, 2004, S. 21f., 24f).

Es gibt unterschiedliche Ansätze und Publikationen, welche rechtspopulistische Einstellungsmuster entweder bereits als rechtsextrem definieren (Decker et al., 2006) und andere, wie im Rahmen des Projekts der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, die beide Bereiche hinsichtlich des Faktors Gewaltakzeptanz unterscheiden (Heitmeyer, 1987). Ich persönlich kritisiere letztgenannten Ansatz dahingehend, da ich den Vorteil bezüglich der ideologischen Definition hinsichtlich Rechtsextremismus auf der inhaltlichen Ebene und somit aller Bestandteile, welche dieser Einstellung zugrunde liegen sehe. Gewaltakzeptanz inkludiert häufig eine militante Assoziation im Sinne eines Randphänomens. Rechtspopulismus kann ohne sichtbare Gewaltakzeptanz rechtsextreme Inhalte haben, welche jedoch subtiler formuliert werden als dies „offen“ rechtsextreme Parteien praktizieren, hierbei spielt die Ebene des Populismus als politisches Stilmittel somit eine entscheidende Rolle.

7.3.1 Die Alternative für Deutschland

Um die vorherigen Ausführungen zu Rechtspopulismus noch weiter auszuführen, wird nachfolgend die Alternative für Deutschland (fortan AfD genannt) als Beispiel vorgestellt.

Mit dem Aufkommen der AfD seit 2013 entstand zugleich eine große öffentliche Debatte und Polarisierung hinsichtlich deren Verortung innerhalb rechtspopulistischer oder extrem rechter Positionen. Durch sie ergaben sich neue Möglichkeiten des neurechten, nationalkonservativen und rechtspopulistischen Milieus um realpolitische Handlungsoptionen zu erhalten. Durch ihre Wahlerfolge sowie durch die Mobilisierung durch PEGIDA, entstanden neue Möglichkeiten der Artikulation innerhalb der neu-rechten Strategie (Vgl. Häusler, 2016, S. 1f.).

Im Zuge der Entstehung neuer Parteien spielt Decker zufolge häufig die Abspaltung von Mitgliedern bereits bestehender Parteien eine Rolle, dies trifft auch im Falle der AfD zu. Die Erfolgsursachen der AfD sind für Decker unter anderem auf die Wirtschafts- und Finanzkrise zurück zu führen, wodurch der EU-kritischen Partei eine Bühne eröffnet wurde. So zählen zu ihren programmatischen Forderungen die Ablehnung der zusätzlichen Vertiefung des Integrationsprozesses in Europa sowie die Auflösung der Währungsunion. Knapp ein Jahr nach der Parteigründung erhielt die AfD bei den Europawahlen 2014 einen Stimmenanteil von 7,1 Prozent. Im Rahmen der Landtagswahlen desselben Jahres in den ostdeutschen Bundesländern Sachsen, Brandenburg und Thüringen verbuchte die Partei noch bessere Wahlerfolge. Während Rechtspopulismus in der Bundesrepublik lange Zeit keine wesentliche

Rolle spielte, wurde mit der von Thilo Sarrazin hervorgerufenen Debatte der rechtspopulistische Diskurs 2010 geöffnet (Vgl. Decker, 2015, S. 27f.). Durch den Begriff „Alternative“ unterstreicht die Partei, dass sie sich vom „Establishment“ distanziert. Außerdem wird die Vertretung des „Volkes“ verkörpert. Wie auch weitere rechtspopulistische Parteien in Europa fordert die AfD mehr direktdemokratische Beteiligungsmöglichkeiten, hierbei orientiert man sich an der Schweiz (Vgl. ebd., S. 29).

Die Themenfelder der AfD umfassen neben dem Euro auch nationale Identitätspolitik, Einwanderung und Islam. Des Weiteren entstand mit der AfD ein neues parteipolitisches Angebot für jene konservativen Bürger_innen, welchen die Politik der FDP oder der Unionsparteien zu gemäßigt erschienen (Vgl. Häusler, 2016, S. 1f.). Die Ursprünge der AfD finden sich in der europakritischen Partei „Bund freier Bürger“, welche sich in Reaktion auf den Maastricht-Vertrag gründete; der „Hayek-Gesellschaft“; der „Wahlalternative 2013“; dem Kampagnennetzwerk „Zivile Koalition“ sowie der Initiative „Neue Soziale Marktwirtschaft“. Schon die Entstehungszusammenhänge unterstreichen somit die national-konservative Ausrichtung der Partei (Friedrich, 2015, zitiert nach Decker, 2015, S. 28). Die Selbstdarstellung der Partei spielt sich dabei größtenteils innerhalb des Dualismus „liberal-konservativ“ ab (Vgl. Fedders, 2016, S. 166).

Ein bedeutenderes Wahlmotiv als jenes der EU-Skepsis ist für viele AfD-Wähler_innen jenes der Zuwanderungs-Kritik. So erstaunt es nicht, dass seitens der AfD-Wähler_innenschaft Unterstützungsbereitschaft für PEGIDA Dresden herrscht. So zeigten sich Decker zufolge 76 Prozent der AfD-Wähler_innenschaft verständnisvoll hinsichtlich der PEGIDA-Proteste. Insgesamt fand seit Sommer 2014 innerhalb der AfD ein erheblicher Rechtsruck statt, was unter anderem im Zusammenhang mit den Landtagswahlen in ostdeutschen Bundesländern zusammenhing und in Ostdeutschland im Vergleich zu westdeutschen Bundesländern bessere Ergebnisse erzielt wurden. Im Zuge dieser Entwicklungen wurde der Vorstand der AfD nach und nach mit ehemaligen Parteimitgliedern rechter Parteien wie zum Beispiel „Die Freiheit“; der Schill-Partei oder der Republikaner besetzt. Die Vertreter_innen des gemäßigten Flügels verloren somit zunehmend an Rückhalt innerhalb der Partei, wodurch bis Juli 2015 über 2000 Mitglieder die Partei verließen- zu diesen zählten auch Bernd Lucke und weitere Vertreter_innen des liberalen Parteiflügels (Vgl. Decker, 2015, S. 29f.). Besonders im Rahmen der Wahlen innerhalb von Bundesländern mit direkter Grenze zu osteuropäischen Staaten dominierte der Bereich der Migration den Wahlkampf. Generell ist dieser Bereich ein Faktor, welcher der Partei große mediale Aufmerksamkeit und Wahlerfolge einbrachte. Ihre

migrationspolitische Ausrichtung enthält jedoch widersprüchliche Komponenten, sodass Migration größtenteils negativ konnotiert und häufig mit rassistischer Agitation kommuniziert wird, zum Beispiel in dem Sinne, dass Migrant_innen als Nutznießer_innen von Sozialleistungen dargestellt werden, welche sich der Integration verweigern. Auf der anderen Seite wird jedoch betont, dass „qualifizierte“ und „integrationswillige“ Zuwanderung benötigt wird (Vgl. Fedders, 2016, 165f.).

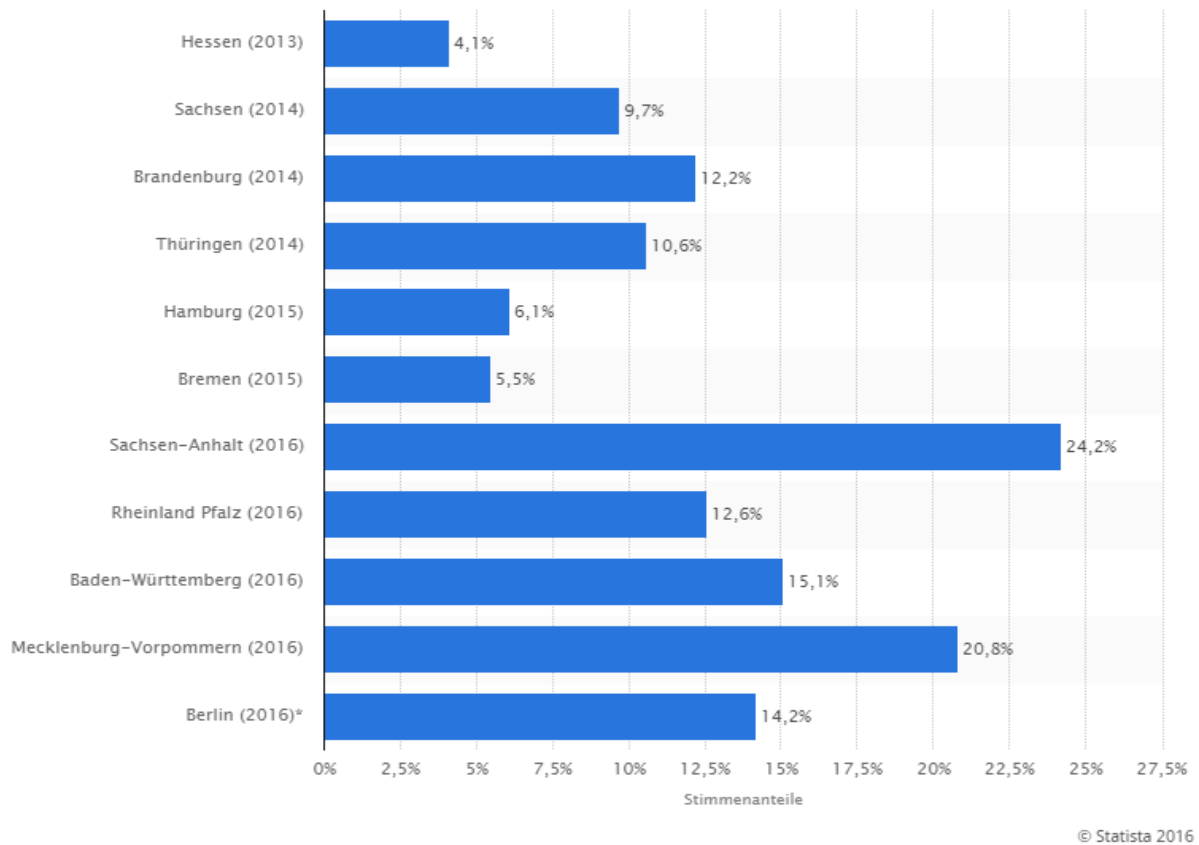
Betrachtet man ihre Wähler_innenschaft, so lässt sich die AfD mittlerweile nicht in einem rechten politischen Spektrum verorten, da die AfD Wähler_innen aus dem Lager der Nichtwähler_innen aber auch von den anderen Parteien erworben hat. Insgesamt hat die AfD das Parteiensystem der Bundesrepublik nach rechts verschoben, wodurch Polarisierungs- und Segmentierungsdynamiken letztlich gesteigert werden (Vgl. Decker, 2015, S. 32).

Die bisherige Bilanz des Wahlerfolges der AfD

Die bisherigen Landtagswahlen bis zum September 2016 zeugten vom aktuellen Erfolg der AfD. Bundesweit wählten in diesem Jahr laut Statista (2016) mit 24,2 Prozent die meisten Bürger_innen in Sachsen-Anhalt die AfD. Auf dem zweiten Platz befand sich ebenfalls 2016 mit einem Wahlergebnis von 20,8 Prozent Mecklenburg-Vorpommern, in Brandenburg wurden 2014 12,2 Prozent gezählt. Thüringen kam 2014 auf 10,6 Prozent der Stimmen für die AfD und im gleichen Jahr wählten 9,7 Prozent der Wähler_innen in Sachsen die AfD. Insbesondere die beiden erstgenannten Bundesländer zeigen den deutlich hohen Anteil an AfD-Wähler_innen, da die AfD in diesen Regionen mit ihrer Programmatik und ihrer scheinbaren Funktion als „*Alternative*“ zur bisherigen Politik, von der sich möglicherweise viele missverstanden und vernachlässigt fühlten, strategisch profitierte (Vgl. Statista, 2016).

Doch auch in westdeutschen Bundesländern wie in diesem Jahr in Baden-Württemberg mit einem Anteil an AfD-Wähler_innen von 15,1 Prozent oder zuletzt diesen September in Berlin mit einem Stimmenanteil von 14,2 Prozent zeigt sich, dass diese Partei auch in diesem Landesteil auf nährreichen Boden gestoßen ist und dass es sich somit um kein rein regionales Phänomen handelt (Vgl. Statista, 2016). Die nachfolgende Graphik fasst die genannten Wahlergebnisse der AfD noch einmal graphisch zusammen:

Abbildung 5: Stimmenanteile der AfD bei den jeweils letzten Landtagswahlen bis September 2016



(Statista, 2016)

Auffällig ist außerdem, dass die Stimmenanteile besonders bei den diesjährigen Landtagswahlen jeweils sehr hoch ausgefallen sind, obwohl es sich bei der AfD um eine junge Partei handelt, welche erst seit drei Jahren am Parteienwettbewerb involviert ist. Es bleibt abzuwarten, wie sich ihre Wahlergebnisse und damit verbunden auch ihre Programmatik im Zeitverlauf entwickeln werden, ob sie Versprechungen einhalten kann und Sorgen gerecht wird oder ob ihr populistischer Politikstil und ihre rassistische Programmatik letztlich keine Lösungen bieten.

Dieser zweite Teil der Arbeit bildete die theoretische Grundlage für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und für den nachfolgenden dritten Teil. Dadurch konnte die Vielschichtigkeit dieser Ideologie aufgezeigt werden. Diese äußert sich zunächst durch die unterschiedlichen Faktoren, die rechtsextreme Einstellungen beeinflussen und verstärken

können. Diese Faktoren können auf unterschiedlichen Ebenen auftreten, somit kann das Einstellungsmuster auf mehrdimensionale Ursachen zurückgeführt werden. Rechtsextreme Einstellungen bestehen wiederum aus unterschiedlichen inhaltlichen Bestandteilen beziehungsweise Dimensionen. Durch diese Mehrdimensionalität ist diese Ideologie auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene relevant, da viele Dimensionen und Denkmuster fest in die Gesellschaft integriert sind. Dabei sind die einzelnen Dimensionen an unterschiedlichen Orten und bei unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen verschieden anzutreffen. Aus diesem Grund kann dieses Einstellungsmuster nicht auf einen speziellen Landesteil oder eine spezielle Bevölkerungsgruppe reduziert werden. Unterschiedliche Erfahrungen und Faktoren können sich dabei auf unterschiedliche Dimensionen auswirken. Auch dadurch, dass aus der Einstellung unterschiedliche Erscheinungsformen resultieren können, zeigt sich auch hier das breite Spektrum und Übergänge zwischen Einstellung und Verhalten. Gerade der Graubereich, den das Hufeisenmodell nicht erfassen kann spielt in Bezug auf die Gesamtgesellschaft in diesem Zusammenhang eine wesentliche Rolle. Die Überlegungen dieses Teils werden nun im nachfolgenden Teil ausgeführt.

Teil III.

Die ostdeutschen Bundesländer als Untersuchungsgegenstand

Der nachfolgende dritte Teil der Arbeit befasst sich mit rechtsextremen Einstellungen in den ostdeutschen Bundesländern. Diese Auswahl wurde im Rahmen der vorliegenden Masterarbeit als thematische Eingrenzung gewählt, da dieser Landesteil häufig isoliert auf das Bild des deutschen Rechtsextremismus reduziert wird. Um den Zeitverlauf darzustellen, werden in diesem zweiten Teil ausgewählte wissenschaftliche Untersuchungen vorgestellt, die rechtsextreme Einstellungen in Ostdeutschland analysiert und bewertet haben. Dieser Teil der Arbeit besteht aus zwei Teilbereichen.

Der erste Teilbereich wird sich mit dem zeitlichen Verlauf im Kontext der vorliegenden Thematik befassen. Begonnen wird mit einer kurzen Darstellung von Rechtsextremismus während der DDR. Dadurch soll aufgezeigt werden, wie die Ideologie als Protestmittel genutzt wurde, zum Beispiel in Form von antisozialistischem Protest. Des Weiteren soll gezeigt werden, welche Gefahr durch die De-thematisierung und das Ignorieren von Rechtsextremismus in einer Gesellschaft bestehen kann. Im Anschluss daran wird der Wechsel vom Sozialismus zur Demokratie durch die deutsche Vereinigung vorgestellt. Diese Phase ist im thematischen Kontext sehr relevant, da die vielschichtigen und schnellen Veränderungen auf sozialer, politischer und wirtschaftlicher Ebene die Gesellschaft beeinflussten. Gewohnte Strukturen, Wertvorstellungen und Einstellungsmuster wurden verändert und beeinflussten die Lebensrealität einer ganzen Gesellschaft. Dabei ist der Zustand der jeweiligen politischen Kultur und Öffentlichkeit nach Schiedel ein relevanter Entstehungsfaktor für Rechtsextremismus (Schiedel, 2007, S. 15). Durch Krisen, die durch Transformationsprozesse entstehen können, wird die gesellschaftliche Realität geprägt. Rechtsextreme Inhalte und Erscheinungsformen versprechen Wiederherstellung von Traditionen und Beständigkeit und vermitteln dadurch ein Gefühl der Sicherheit, während gleichzeitig abstrakte Ängste befördert werden (Vgl. ebd., S. 28f.). In diesem Zusammenhang wird der Zeitraum nach der deutschen Vereinigung während der 1990er Jahre vorgestellt. Abschließend wird ausgeführt, warum es sich bei Rechtsextremismus um keine rein ostdeutsche Problematik, sondern um eine gesamtdeutsche Herausforderung handelt.

Diesbezüglich werden die Spezifika von ostdeutschem sowie von westdeutschem Rechtsextremismus beschrieben sowie der Einfluss der westdeutschen Form auf die ostdeutsche Variante nach der deutschen Vereinigung.

Der zweite Bereich stellt die Entwicklungen seit den frühen 2000er Jahren vor. Dabei wird vordergründig auf die Langzeituntersuchung „Mitte-Studie“ der Universität Leipzig eingegangen, die rechtsextreme Einstellungen in der gesellschaftlichen Mitte untersuchte. Daran anschließend wird die Langzeituntersuchung „Deutsche Zustände“ vorgestellt, die sich mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der Gesellschaft befasst. Somit wurde die Abwertung von sozial schwachen Gruppen in der Gesellschaft untersucht. Zusätzlich wird die Folge 7 der Langzeituntersuchung vorgestellt. Diese setzte sich mit den Vereinigungsprozessen im Kontext von Abwertungen und Diskriminierungen auseinander und ist somit vorliegend unter anderem aufgrund bestimmter Faktoren sehr relevant. Diese beiden Studien stellen die Existenz und den Einfluss von rechtsextremen Einstellungen ebenso wie die Diskriminierung von sozialen Gruppen in der Gesellschaft sehr gut dar. Die Dimensionen können dabei ebenso wie die Abwertung bestimmter sozialer Gruppen den gleichen inhaltlichen Kern haben, wie zum Beispiel Antiziganismus als Dimension und Abwertung von Sinti und Roma als Element Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Dieser Zusammenhang kann auch anhand weiterer Dimensionen und sozialer Gruppen fortgeführt werden. Um aufzuzeigen, wie diese Einstellungsmuster sich auf die Verhaltensebene auswirken können, wird als letzte Studie die PEGIDA-Untersuchung des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung vorgestellt. Durch diese Verbindung kann geklärt werden, dass Protestbewegungen wie PEGIDA im Kern rechtsextreme Inhalte vertreten und weshalb ihr Protest hohe Teilnehmer_innenzahlen verzeichnete.

Durch die theoretische Vorarbeit und der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Einstellungen in den ostdeutschen Bundesländern seit der deutschen Vereinigung können am Ende der Arbeit deren einzelne Teilbereiche gemeinsam bewertet werden. Dadurch kann die gesellschaftliche Entwicklung und damit verbunden der Anstieg von Diskriminierungen und Fremdenfeindlichkeit in den letzten Jahren in der Gesellschaft erklärt werden.

8. Rechtsextremismus in der DDR: rechtsgerichteter Oppositionismus und antisozialistischer Protest

Um zu verstehen, warum Rechtsextremismus auf der Verhaltensebene in Form von Gewalt nach der deutschen Vereinigung in einem hohen Maß praktiziert wurde, muss man die Existenz von Rechtsextremismus zu DDR-Zeiten berücksichtigen. Damit Rechtsextremismus sich auf der Verhaltensebene äußert, müssen zuvor rechtsextreme Einstellungen vorhanden sein. Diese wiederum entstehen nicht in einem luftleeren Raum, sondern aufgrund von bestimmten Bedingungen. In diesem Zusammenhang wird Rechtsextremismus in diesem Abschnitt im Kontext der DDR thematisiert.

Auf der verfassungsrechtlichen Ebene besagte Artikel 6 der DDR-Verfassung: „Die Deutsche Demokratische Republik hat getreu den Interessen des Volkes und den internationalen Verpflichtungen auf ihrem Gebiet den deutschen Militarismus und Nazismus ausgerottet“ (Ködderitzsch/ Müller, 1990, S. 7). Trotz dieser idealistischen Ambitionen war die gesellschaftspolitische Realität bereits zu DDR-Zeiten von Subkulturen, Skinhead-Szenen sowie neonazistischen Gruppierungen geprägt, die ihre Ideologie öffentlichkeitswirksam inszenierten (Vgl. ebd., S.7). Dies zeigt uns auch in Bezug auf die aktuelle Situation, dass Verfassungsinhalte und politische Ordnungen allein Rechtsextremismus nicht verhindern können. Es ist deshalb relevant, gesellschaftlichen Wertewandel, gesellschaftliche Einstellungsmuster und in der Folge gesellschaftliches Verhalten zu thematisieren.

Diese Thematisierung erfolgte Schubarth und Schmidt zufolge jedoch generell kaum. Dies betraf auch die wissenschaftliche Ebene. Generell stellten soziologische Umfragen in der DDR eine große Herausforderung dar, zudem begegneten die Befragten auch nach dem Systemwandel Umfragen häufig skeptisch und waren teilweise nicht zu Kooperationen bereit. An dieser Stelle wird jedoch eine Umfrage erwähnt, welche das Einstellungspotenzial der DDR-Bevölkerung untersucht hat.

Zu diesen gehört zum einen die sogenannte „BISS-Studie“ vom Berliner Institut für sozialwissenschaftliche Studien aus dem Jahr 1990, die auf der Auswertung von insgesamt 1305 Fragebögen basiert. Grundlage war dabei eine Umfrage innerhalb der wahlberechtigten DDR-Bevölkerung. Die Untersuchung zeigte, dass sich die Sorgen der DDR-Bürger_innen mit 76 Prozent an erster Stelle um die Faktoren *Drogenmissbrauch, Aids und Kriminalität*, mit 65 Prozent um *wirtschaftliche Faktoren* innerhalb der DDR, mit 57 Prozent um die *Umwelt* und schließlich mit 53 Prozent um die *Radikalisierung der politischen*

Auseinandersetzung drehte. Diese Sorgen und Ängste könnten rechten Parteien oder Gruppierungen somit eine entscheidende Legitimationsgrundlage ermöglicht haben (Schubarth/ Schmidt, 1992, S. 83f.).

Auf der institutionellen politischen Ebene fand der Kontakt zu sogenannten „Fremden“ im staatssozialistischen System Poutrus zufolge in den meisten Fällen in höchstem Maße offiziellisiert statt. Dieser Kontakt war zugleich außerhalb des staatlichen Regelwerks aber nicht erwünscht. Insgesamt fand diese Kontaktform zwischen DDR-Bürger_innen und den sogenannten „Fremden“ im Rahmen von Mitgliedschaften in diversen Organisationen statt, der Kontakt außerhalb dieses Umfeld wurde als sicherheitsgefährdend eingestuft. Diese Faktoren und das Misstrauen seitens des Staates im Rahmen dieser sogenannten „Segregationspolitik“ verursachten die Antipathie innerhalb der Bevölkerung. Durch die Versorgungsknappheit gegen Ende der 1980er Jahre wurden Migrant_innen außerdem zunehmend als wirtschaftliche Konkurrenz wahrgenommen, was durch Gerüchte wie zum Beispiel Zahlungen an diese aus Solidaritätsbeiträgen, komprimiert wurde (Vgl. Poutrus et al., 2002, S. 3f.). Bei diesem letzten Punkt zeigen sich Parallelen zur derzeitigen gesellschaftlichen Situation.

In der Folge äußerte sich Fremdenfeindlichkeit nach Norbert Elias im Sinne von „Etablierten-Außenseiter-Figurationen“ (Heß, 1996, S. 266) und betraf Minderheiten, die nicht von der Aufnahmegesellschaft akzeptiert wurden oder darüber hinaus als eine Art Konkurrenz um Ressourcen betrachtet wurden. In der DDR existierte für Heß faktisch keine Eingliederung von Arbeitnehmer_innen mit Migrationshintergrund sowie nach dem Systemwandel von Asylsuchenden in die „Wir-Identität“ der damaligen Aufnahmegesellschaft. Paradoxe Weise wurde Arbeitsmigration zwar umgesetzt, jedoch wurden Formen von Internationalisierung gleichzeitig unterbunden, wodurch eine institutionelle Ausgrenzung von Systemfremden in einem totalitären Umfeld praktiziert wurde. Durch diesen Umstand wurden sie somit nicht in das „Wir-Gefühl“ integriert. Der mangelnde Kontakt mit Migrant_innen zu DDR-Zeiten führte zu einer breitenwirksamen Abneigung gegenüber außenstehenden Gruppierungen. Durch den Systemwandel wurden die „Fremden“ außerdem vermehrt sichtbar, da sie verstärkt Freizügigkeitsmöglichkeiten erhielten. Negative Emotionen ihnen gegenüber wurden häufig in Form von Gewalt ausgelebt (Vgl. ebd., S. 266-270). Die ausgegrenzten Gruppierungen waren aufgrund ihrer geringen Zahl besonders durch diese Aggressionen gefährdet, da sie über verhältnismäßig wenige Schutzmöglichkeiten verfügten. Im Sinne von Elias trifft Gewalt besonders Menschen, die sich außerhalb des sogenannten „Wir“ befinden und welche somit

als „Fremd“ beschrieben werden. Die Gewalt beschränkte sich dabei natürlich nicht nur auf Ostdeutschland, sondern war bereits in der früheren Bundesrepublik angewandt worden (Vgl. ebd., S. 271f., 188).

Auf der zivilgesellschaftlichen Ebene kam es Mitte der 1970er Jahre vor allem bei vielen Jugendlichen zu einem Loyalitätsverfall gegenüber dem sozialistischen System. Der Einstieg in Subkulturen zu DDR-Zeiten wurde mit Mut und Stärke sowie insgesamt mit einer Art Tabubruch der antifaschistischen Staatsdoktrin der DDR assoziiert. Dadurch stand zunächst nicht unbedingt die Identifikation mit dem Nationalsozialismus im Vordergrund der Motivation. Charakteristisch war dabei ein hohes Maß an Gewaltbereitschaft. Zu Beginn der 1980er wurden erste Skinhead-Gruppierungen bekannt und es kam generell zu einem Anstieg von rechtsextremen Gesinnungen in der DDR-Jugend, zum Beispiel im Fußball (Vgl. Stöss, 2000, S. 61ff.). 1987 wurde von den Behörden außerdem ein Anstieg von rechtsextrem motivierten Gewalttaten festgestellt (Vgl. ebd., S. 64). Somit traten sozialistische Werte trotz eines vorgelebten vermeintlichen Antifaschismus in den Hintergrund, wodurch es zu Bewusstseinsveränderungen vor allen in Bezug auf die Jugend kam. Dieser Zustand äußerte sich im Rahmen wachsender Distanzierung gegenüber der Politikführung der SED sowie in einer wachsenden Entpolitisierung und der gleichzeitigen Hoffnung auf Perestroika und Glasnost. In diesem Kontext ist also ein Wandel der Werte und der Mentalität zu erkennen (Vgl. Schubarth/ Schmidt, 1992, S. 25).

Der „typische“ ostdeutsche Rechtsextremismus kennzeichnete sich also größtenteils durch subkulturellen Protest und hatte seinen Ursprung mitunter im Staatssozialismus, da rechte Ideologien größtenteils nicht problematisiert wurden. Bei dieser Form des Rechtsextremismus handelte es sich um einen speziellen Oppositionismus gegen das staatssozialistische System. Wichtige Motivationsmerkmale waren für Stöss schon damals Enttäuschung, Negation, Hass und Ausbruch (Vgl. Stöss, 2000, S. 603). Dies zeigt uns die Gefahr der De-thematisierung rechter Ideologie auf, da sie sich dann entsprechend unbemerkt weiterentwickelt. Dabei wären hingegen Gegenstrategien und Lösungswege an dieser Stelle notwendig. Ein weiterer wichtiger Faktor ist zudem Wertewandel. Somit kann die veränderte politische Kultur gesellschaftliche Vorstellungen und Einstellungen beeinflussen. Diese politische Kultur sollte somit nicht als „unbedeutende Randbedingung des sozialen und politischen Wandels“ (Segert, 2013, S. 167) verstanden werden, gleichzeitig handelt es sich bei ihr auch nicht um „eine unüberwindliche Transformationsbarriere“ (Ebd.). Einstellungen können entsprechend auch positiv beeinflusst werden und extreme Einstellungsmuster können durch positive

Erfahrungswerte entsprechend dekonstruiert werden. Im Fall von Ängsten, Sorgen und negativen Emotionen können rechtsextreme Einstellungen in unterschiedlichen politischen Systemen als Ventil und Protestmittel genutzt werden. Deshalb ist die konstruktive Reaktion auf diese Gefühlslagen notwendig, um sie nicht rechtsextremen Strukturen zu überlassen.

9. Der Zeitraum nach der deutschen Vereinigung: Der Wechsel vom Sozialismus zur Demokratie

Der nachfolgende Abschnitt bezieht sich auf den zeitlichen Rahmen von den späten 1980er Jahre bis zu den späten 1990er Jahren. Der Systemwechsel und die mit ihm zusammenhängenden Veränderungen auf politischer, wirtschaftlicher und letztlich auch gesellschaftlicher Ebene sind für die vorliegende Thematik sehr relevant. Diese Veränderungen auf unterschiedlichen Ebenen wirkten sich auf den gesamten Alltag der Gesellschaft aus und könnten ursächlich für die Herausbildung bestimmter rechtsextremer Einstellungen gewesen sein. Durch die Umbruchsituation durch den Systemwechsel und die bereits während der DDR existierenden rechtsextremen Einstellungsmuster, äußerte sich die rechtsextreme Einstellung in der Bevölkerung in einem nächsten Schritt. Nach der Vereinigung wurde in den frühen 1990er Jahren die Verhaltensebene sichtbar, zumeist in Form von Gewalt gegen Migrant_innen und Flüchtlingsunterkünfte. Diese Stimmung führt außerdem zur Ebene der politischen Parteien hinsichtlich des Wahlerfolgs von rechten Parteien und den gleichzeitigen Reaktionen der Regierungsparteien. Diese Entwicklungen führten zu einer vermehrten wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit rechtsextremen Einstellungen. In diesem Kontext werden in diesem Abschnitt ausgewählte Untersuchungen vorgestellt. Diese nachfolgend vorgestellte Auswahl befasste sich mit der Einstellungsebene von befragten Personen, den Zustimmungswerten zu rechtsextremen Aussagen, dem Wähler_innenpotenzial rechtsextremer Parteien, sowie gesellschaftlichen Ängsten. Dadurch wird der Zusammenhang zwischen den Veränderungen auf den unterschiedlichen Ebenen und Faktoren, die rechtsextreme Einstellungen begünstigen, verständlich.

1989 existierten mit der BRD und der DDR zwei heterogene Gesellschaftsordnungen, die auf unterschiedlichen Wertesystemen und Konstruktionsprinzipien basierten. Auf der einen Seite befand sich ein kapitalistisches und auf der anderen Seite ein sozialistisches Wirtschaftssystem. Eine föderalistische Verfassung existierte gegenüber einer zentralisierten Verfassung und ein individualisierendes Wertesystem existierte gegenüber einem kollektivierenden Wertesystem. Außerdem unterschied sich die jeweilige Sozialpolitik

zwischen einer tendenziell auf Ungleichheit und Heterogenität basierenden sowie einer auf sozialer Gleichheit und Homogenität ausgerichteten (Vgl. Heitmeyer, 2009, S. 13). Wichtig ist dabei zu bedenken, dass dabei die Ideale beschrieben werden und dass die wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Realität sich in beiden Systemen von diesem in einem gewissen Maß unterschied. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass neben diesem Ideal in der Realität so bekanntlich durchaus auch im Staatssozialismus hohe soziale Ungleichheit herrschte (Vgl. Segert, 2013, S. 2014). Das System des Staatssozialismus war über einen langen Zeitraum hinweg stabil geblieben. Dies lag unter anderem daran, dass es den „Entwicklungsbedürfnissen einer genügend großen Anzahl von Menschen“ (Segert, 1993, S. 27) in dieser Gesellschaft ausreichend entsprach. Diese Vorteile und damit verbunden die Sozialleistungen an die Bevölkerung wiegten somit die existierenden Nachteile des Systems lange Zeit auf (Vgl. ebd.). Hinzu kamen idealistische Versprechungen, die vor allem bei jungen Personen Sinn stiften konnte. Durch den Systemwechsel kam es zu einem Sinnverlust. Es entstand die Hoffnung, dass der Westen durch Demokratie und Marktwirtschaft Defizite im Zuge des Staatssozialismus ausgleichen kann (Vgl. ebd., S. 28). Vor dem Jahr 1990 existierte zuvor keine Nationen mit jenen neuen Grenzen der vereinten Bundesrepublik Deutschland, zudem existierte zuvor nie eine gemeinsame Verfassung innerhalb dieses Territoriums (Vgl. Heitmeyer, 2009, S. 13).

Die Vereinigung wurde zunächst grundsätzlich positiv aufgenommen, da sie wie zuvor erwähnt wurde einem politischen Versprechen glich. In diesem Zusammenhang wurde Wagner und Borstel zufolge auch die Form westdeutscher Demokratie begrüßt, wobei die ostdeutschen Bürger_innen bislang keinen Erfahrungswert mit diesem politischen System hatten. Die Hoffnung lag mitunter darin, dass ein wirtschaftlicher Aufstieg in den neuen Bundesländern eine wachsende Demokratieakzeptanz mit sich bringen würde, jedoch blieb dieser Aufschwung weitestgehend aus. Somit musste die Bevölkerung den Zusammenbruch des Staatssozialismus mit einer unvorbereiteten Konfrontation mit Globalisierung, Wettbewerb und Kapitalismus durchleben, ohne dass das versprochene Wirtschaftswunder umgesetzt wurde. Hinzu kam, dass in den ostdeutschen Bundesländern neue Absatzmärkte für die westdeutsche Wirtschaft geschaffen wurden- dadurch wurde das Gefühl hervorgerufen, dass keine Gleichberechtigung herrsche. Ein weiterer Faktor äußerte sich innerhalb der vermehrten Abwanderung aus den ländlichen Gegenden Ostdeutschlands wodurch Gefühle wie Entfremdung oder Anomie verstärkt wurden (Vgl. Wagner/ Borstel, 2009, S. 287ff.). Deillusionierung entwickelte sich einerseits hinsichtlich des real existierenden Sozialismus

sowie andererseits zudem gegenüber der neuen sozialen Marktwirtschaft. Erfahrene Arbeitslosigkeit ähnelte innerhalb der neuen Wirtschaftsordnung gerade für junge Menschen häufig einer nahenden Identitätskrise, da Arbeit in der DDR ein wichtiger sozialer Wert war. Dadurch verarbeiteten Jugendliche der ehemaligen DDR eine längere Arbeitslosigkeit zumeist schwerer als die Jugendlichen des westdeutschen Landesteiles. Gefühle wie Zukunftsungewissheit, Existenzangst und generelle Unzufriedenheit und Entsolidarisierung wurden durch diese Entwicklungen somit produziert (Vgl. Schubarth, 1992, S. 80f.). Auch die Arbeitslosenquoten waren bezüglich der Verortung der ostdeutschen Bundesländer im gesamtdeutschen Kontext relevant. So lagen die Arbeitslosenzahlen im Juli 2000 in den ostdeutschen Bundesländern bei 17 Prozent und somit mehr als doppelt so hoch wie in den westlichen Bundesländern, innerhalb derer sie bei 7,5 Prozent lagen (Vgl. Pfahl-Traugher, 2002, S. 1). Hier zeigt sich also ein eindeutiges Ungleichgewicht zwischen beiden Landesteilen nach der Vereinigung. Somit konnte das Gefühl von versprochener Gleichberechtigung nicht aufkommen, da durch den schnellen Systemwechsel hingegen die Lebensverhältnisse von vielen Bürger_innen der ostdeutschen Bundesländer verschlechtert wurden und gleichzeitig gewohnte Strukturen wegfielen.

Der Wandel beziehungsweise Umbruch zwischen 1989 und 1991 wird in der Politikwissenschaft „Transformation“ beziehungsweise „Systemwechsel“ genannt (Vgl. Segert, 2013, S. 150). Die Auseinandersetzung mit den Transformationen in Osteuropa ist dabei ein sehr breites Feld, wodurch kein bestimmtes theoretisches Konzept alleine sinnvoll erscheint, sondern unterschiedliche Konzepte bei der Auseinandersetzung hilfreich sind (Vgl. ebd., S. 180). Bevor die negativen Aspekte dieses Wandels in Bezug auf rechtsextreme Einstellungen ausgeführt werden, soll zuvor erwähnt werden, dass der Wechsel dabei ambivalent betrachtet werden sollte. So ergaben sich für die Bevölkerung auch Vorteile wie zum Beispiel hinsichtlich der politischen Freiheit sowie für eine kleinere Bevölkerungsgruppe auch im wirtschaftlichen Bereich (Vgl. ebd., S. 213). Durch den Systemwechsel kam es zu einer tatsächlichen und gefühlten Umbruchsituation, wodurch teilweise ein Verlustempfinden von dem bisher Gesicherten und Gewohnten hervorgerufen wurde und dieser Prozess teilweise zu einer Identitätskrise führte. Der Zustand innerer und äußerer Verwirrungen, einer tiefgreifenden Identitätskrise sowie Unsicherheiten und Ängste erzeugt schließlich ein besonderes Bedürfnis nach Hoffnung. Ein als ideal konstruiertes und einheitliches Menschenbild symbolisierte zentral verordneten Ich- und Wir-Identitäten. jedoch wurde Die Kluft zwischen der idealistischen Utopie und der Realpolitik wurde im Zeitverlauf immer

deutlicher (Szalai, 1993, S. 59, 65ff.). Dieser Systemwechsel hatte eine Reihe ökonomisch-sozialer Veränderungen mit sich gebracht, die für einen Teil der Bevölkerung zur Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen geführt hatten. Dadurch entstand bei den Betroffenen ein Bedürfnis nach Ordnung, sozialer Gerechtigkeit sowie Stabilität. Durch diese Entwicklungen entwickelte sich nach der deutschen Einheit in den ostdeutschen Bundesländern ein breites Spektrum an Subkulturen, die rassistisch motivierte Gewalt und Militanz hervorriefen. (Vgl. Stöss, 2010, S. 221).

Die zivilgesellschaftliche Ebene wurde mitunter von diesem gewaltbereiten Verhalten rechtsextremer Gruppierungen geprägt. So breiteten sich seit den 1990er Jahren die bereits genannten rechtsextremen Subkulturen in Ostdeutschland aus. In diesem Kontext kam es zwischen den Jahren 1991 und 1994 zu einem Anstieg von rechtsextremer Gewalt. Diese wiesen teilweise einen pogromartigen Charakter auf und wurden nicht selten von Passant_innen und Anwohner_innen durch Zuspruch befördert oder zumindest toleriert. Das militante und häufig subkulturelle rechtsextreme Milieu ist in den ostdeutschen Bundesländern von daher häufig in ein latent rechtsextremes Umfeld im Sinne der Einstellungsmuster und Zustimmungen integriert. Somit zeigt sich der Zusammenhang zwischen der latenten Einstellungsebene und der manifesten Verhaltensebene zueinander (Vgl. Stöss, 2000, S. 168ff./ Stöss, 2010, S. 221). Betrachtet man diese Gewalt, so ergeben sich zwei wichtige Merkmale. Die Gewalttaten nach der Vereinigung größtenteils von einem neonazistischen Umfeld ausgeübt. Gleichzeitig wurden diese Taten häufig von der Zivilgesellschaft geduldet, so dass diese rechtsextreme Verhaltensform sich in das Alltagsverständnis integrierte (Vgl. Ködderitzsch/ Müller, 1990, S. 7, 31). Übergriffe wie zum Beispiel in Rostock auf das Heim für Asylsuchende wurden von bis zu 3000 schaulustigen Personen begleitet, welche die (in der Regel männlichen) Gewalttäter mit nicht zu unterschätzendem Sympathisant_innenpotential zusätzlich animierten. Unter diesen Personen befanden sich dabei Anwohner_innen der betroffenen Heime, die sich von den Asylsuchenden belästigt fühlten (Vgl. Sippel, 1994).

Auf der Ebene der politischen Parteien profitierten rechtsextreme Parteien von der Stimmungslage (Vgl. Neureiter, 1996, S. 40). Neben dem bereits angesprochenen starken Anstieg von fremdenfeindlicher Gewalt und deren Höhepunkt bis dahin erfolgte 1992 und 1993 gleichzeitig ein Anstieg der Wahlerfolge rechtsextremer Parteien seit der Wiedervereinigung (Vgl. ebd., S. 137). Der Sympathisant_innenkreis im zuvor erwähnten Fall Rostock zeigt jedoch zudem, dass unterschiedliche Bevölkerungsgruppen von dieser

Stimmung betroffen waren. In diesem Zusammenhang weist Sippel darauf hin, dass sich das „traditionelle“ Wähler_innenpotential der SPD in den 1990er Jahren deutlich rechtsextreme Agitationen und Verhaltensweisen geöffnet hat (Vgl. Sippel, 1994, S. 68). Außerdem verlagerten sich die westdeutschen Wahlerfolge rechter Parteien durch die Vereinigung auch auf die ostdeutschen Bundesländer. So lag die Anzahl jener Zweitstimmen, die bei Bundestagswahlen für rechtsextreme Parteien abgegeben worden waren im Zeitraum zwischen 1990 und 1994 in den westdeutschen Bundesländern noch höher. Bei den Bundestagswahlen 1998 erreichten die westdeutschen Parteien DVU, NPD und Republikaner in den ostdeutschen Bundesländern gemeinsam fünf Prozent. In den westdeutschen Bundesländern erhielten diese Parteien im Vergleich 2,9 Prozent somit kam es zu einer Gewichtsverlagerung der Zweitstimmenanteile für rechte Parteien (Vgl. Stöss, 2000, S. 7). Diese Entwicklung ist Stöss zufolge auf einen Stimmungswandel im Kontext der Bundestagswahlen 1994 zurückzuführen, der Systemverdrossenheit und Zukunftspessimismus förderte (Vgl. Stöss, 2000, S. 175f.). Des Weiteren verstärkte die Politik der Regierungsparteien die Stimmungslage noch zusätzlich. So wurde der verstärkt rechte Diskurs in den frühen 1990er Jahren zusätzlich von der damaligen schwarz-gelben Bundesregierung legitimiert. Sie warnte in Reaktion auf die Pogrome im sächsischen Hoyerswerda sowie in Rostock in Mecklenburg-Vorpommern und die darauffolgenden weiteren Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte vor einer „Asylantenflut“. Die Schuld wurde somit teilweise bei den Opfern selbst gesucht (Vgl. Kleffner, 2009, S. 263).

Auf der wissenschaftlichen Ebene kam es durch den politischen Umbruch schließlich zu einem Anstieg der Untersuchungen von der ostdeutschen Bevölkerung. Durch die Zunahme rechtsextremer Gewalt wie zum Beispiel im Rahmen von Hoyerswerda oder Rostock-Lichtenhagen fokussierte sich das Interesse dabei zunächst auf ostdeutsche Jugendliche, die mit diesen Taten assoziiert wurden (Vgl. Neureiter, 1996, S. 126). Die Datenlage bezüglich der Verbreitung sowie zu den Merkmalen rechtsextremistischer Erscheinungsformen zu Beginn der 1990er Jahre erscheint dabei eher defizitär. Dies liegt daran, dass die Angaben der Mitglieder von entsprechenden Vereinigungen auf freiwilligen Angaben oder auf Erkenntnissen der Verfassungsschutzämter beruhten, die nicht überprüfbar sind. Zudem gab es kaum Erkenntnisse über die soziodemographische Struktur der Mitglieder entsprechender Organisationen. Des Weiteren lag die Herausforderung darin, eine Straftat als rechtsextrem motiviert einzustufen, des Weiteren war die Dunkelziffer bei den Straftaten sehr hoch. Diese Herausforderungen liegen auch heute noch vor (Vgl. ebd., S. 135). Nachfolgend werden

ausgewählte Untersuchungen vorgestellt. Das wissenschaftliche Interesse richtete sich zunächst auf die Jugend, erweiterte sich aber auf eine breitere Untersuchungsebene.

Untersuchungen des **Zentralinstituts für Jugendforschung Leipzig** wurden hinsichtlich der Wirkung von antifaschistischer Erziehung während DDR-Zeiten und dabei spezifisch in Bezug auf das Geschichtsbild der Jugendlichen in der DDR durchgeführt. Die Befragungen dazu wurden bereits 1988 unter schätzungsweise 2000 Jugendlichen sowie im Zeitraum von Oktober bis Dezember 1989 unter 384 Schüler_innen im Rahmen des Projektes „Einstellungen älterer Schüler zu Faschismus und Antifaschismus (...)“ durchgeführt. Die Ergebnisse wiesen auf „mangelhafte Erkenntnisse hinsichtlich der jüngsten Geschichte hin“ (Schubarth et. al, 1991 zitiert nach Neureiter, 1996, S. 120f./ Schubarth/ Schmidt, 1992 zitiert nach Neureiter, 1996, S. 119) Die Untersuchung der beiden zeitlichen Durchführungen ergab, dass nur 5 bis 8 Prozent beziehungsweise 15 Prozent der befragten Jugendlichen aus der damaligen DDR der Meinung waren, „dass der Faschismus auch seine guten Seiten gehabt habe“ während 24,8 Prozent der befragten Jugendlichen aus der damaligen Bundesrepublik in Bezug auf den Nationalsozialismus zwischen „guter Idee und schlechter Ausführung“ differenzierten. In Bezug auf Migrant_innen unterstützten 51,2 Prozent der befragte Jugendlichen aus der damaligen Bundesrepublik die Parole „Deutschland den Deutschen“ und 44,2 Prozent forderten „Ausländer raus“. In der DDR fühlten sich im Vergleich nur 32 Prozent der Befragten von den „vielen Ausländern in unserem Land gestört“ (Schubarth et. al, 1991 zitiert nach Neureiter, 1996, S. 120f./ Schubarth/ Schmidt, 1992 zitiert nach Neureiter, 1996, S. 120f.). Interessant ist hierbei, dass die Einstellungswerte gegenüber Migrant_innen Ende 1989 sich stark veränderten und sich innerhalb von wenigen Wochen eine erhöhte Ablehnung entwickelten. Während Ende Oktober beziehungsweise Anfang November 1989 14 Prozent der befragten Personen sich von den „vielen Ausländern in unserem Land“ gestört fühlten und der Aussage vollkommen zustimmten, äußerten sich 32 Prozent hierzu eher zustimmend. Ende November beziehungsweise Anfang Dezember 1989 stiegen die Zustimmungswerte auf 23 Prozent beziehungsweise 46 Prozent an (Vgl. ebd.). Hierbei lässt sich im Vergleich zu den befragten Jugendlichen der damaligen Bundesrepublik zwar ein weniger fremdenfeindliches, wenn jedoch ethnopluralistisches Einstellungsmuster erkennen. Hinzu kommt das einseitige Geschichtsverständnis, das vermittelt wurde. Außerdem ist an dieser Stelle besonders die eskalierende Wirkung des politischen Umbruchs innerhalb weniger Wochen, die die Verunsicherung und „Entwurzelung“ widerspiegelt, zu betonen.

Weitere Meinungsumfragen des Zentralinstituts für Jugendforschung des Jahres 1990 befragten die Haltung Jugendlicher zu Migrant_innen. Die Befragungen ergaben, dass mit 20 Prozent der befragten Jugendlichen deren erfasste Fremdenfeindlichkeit nur gering über jener von Erwachsenen lag, des Weiteren wurden Übergriffe aus Migrant_innen nur von etwa 60 Prozent verurteilt (Vgl. Schubarth, 1992, S. 84/ ZIJ, 1990, S. 27). Eine weitere Untersuchung des Zentralinstituts für Jugendforschung wurde von der Freudenberg-Stiftung in Auftrag gegeben und stellte mit dem Schwerpunkt Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit unter ostdeutschen Jugendlichen eine der ersten größeren Studien innerhalb dieses Bereiches dar. Die Ergebnisse dieser Studie zeigten auf, dass Rechtsextremismus vor allem auf der Einstellungsebene keine Problematik gesellschaftlicher Minderheiten ist und dass dabei besonders fremdenfeindliche und nationalistische Fragmente stark verbreitet sind. Orientierungen auf nationalistischer, fremdenfeindlicher sowie autoritärer Ebene sind dabei ein weitgehend geschlossenes autoritär-nationalistisches Einstellungssyndrom, das bei 15 bis 20 Prozent der jungen ostdeutschen Menschen nachgewiesen wurde (Vgl. Schubarth, 1992., S. 85ff.). Des Weiteren vertraten im Rahmen dieser Studie rund die Hälfte der befragten Jugendlichen die Ansicht, dass es in Ostdeutschland zu viele Migrant_innen gäbe- in Anbetracht des zum damaligen Zeitpunkts sehr geringen Bevölkerungsanteils von 1 Prozent von Migrant_innen an der ostdeutschen Gesamtbevölkerung ergibt sich somit ein sehr hohes Aversionsniveau (Vgl. ebd., S. 93). Insgesamt lässt sich somit ein Anwachsen des rechtsextremen Einstellungspotenzial bei Jugendlichen im Kontext der sogenannten Wende. Des Weiteren fällt auf, dass durch den politischen wie wirtschaftlichen Systemwechsel häufig negative Lebensbefindlichkeiten bei den Betroffenen produziert wurden. Zwischen diesen beiden Faktoren besteht somit zweifellos ein Zusammenhang. Krisenhafte Erfahrungen müssen jedoch nicht automatisch zu einem rechtsextremen Einstellungspotenzial führen. Hierbei ist relevant, durch welche Strategien diesen Krisen begegnet wird, außerdem spielt die jeweilige subjektive Situation dieser Lage eine wichtige Rolle (Vgl. ebd., S. 94ff.).

Die Annahme hinsichtlich des Einflusses von Erfahrungen beziehungsweise Veränderungen im ökonomischen, politischen sowie sozialen Bereich im Alltag auf rechtsextreme Einstellungen stellt einen guten Übergang zu Heitmeyers Untersuchung zu Jugend und Rechtsextremismus dar. Obwohl es sich um eine westdeutsche Untersuchung, ist sie sehr relevant für den thematischen Kontext, da die Ursachen für rechtsextreme Einstellungen thematisiert wurden. Wilhelm Heitmeyer untersuchte im Rahmen der **Bielefelder Rechtsextremismus-Studie** rechtsextreme Einstellungen unter männlichen Jugendlichen und

stütze sich auf einen modernisierungstheoretischen Ansatz, indem er die gesellschaftlichen Umstände im zeitlichen Kontext der Untersuchung Mitte der 1980er Jahre mitberücksichtigte. Zu diesem Zeitpunkt existierte Rechtsextremismus in Deutschland noch in einer vergleichsweise geringen Ausprägung. Zudem waren rechtsextreme Einstellungsuntersuchungen zu diesem Zeitpunkt noch nicht verbreitet (Vgl. Hess, 1996, S. 166f.). Jugendliche, die von Individualisierung im Sinne von einem „Verlust traditioneller Gewissheiten“ sowie sozialer Sicherheit betroffen sind, sind für Heitmeyer anfälliger für Rechtsextremismus (Ebd., S. 168). Heitmeyer unterscheidet zwei Konstellationen, die Rechtsextremismus idealtypisch bedingen: zum einen im Sinne einer sozialen und beruflichen Desintegration die in Minderwertigkeitsgefühle münden kann sowie andererseits eine stabile soziale und berufliche Integration die ein Selbstwertgefühl generiert. Dieses kann zu einem Gefühl der Überlegenheit führen (Heitmeyer et al., 1992, S. 10 zitiert nach Hess, 1996, S. 171). Durch diesen Ansatz neigen also nicht nur sogenannten Modernisierungsverlierer_innen zu Rechtsextremismus, wodurch der Personenkreis erweitert wird. Heitmeyer erklärt Rechtsextremismus anhand von Strukturen, die der modernen Gesellschaft verinnerlicht sind und welche die Identitätsstiftung erschweren können. Durch die Veränderung der Strukturen in der Folge des Systemwandels führte eine damit einhergehende Identitätskrise zu vereinfachter Sicherheit in Form von Orientierungen an Kategorien wie die Nationalität und somit auch zu Fremdenfeindlichkeit (Vgl. Hess, 1996, S. 172f.). Im Rahmen dieser Studie wird im Zusammenhang mit Erscheinungsformen der rechtsextremen Ideologie, die sich außerhalb des organisierten Bereichs befinden, von einem sogenannten soziologischen Rechtsextremismus gesprochen. Im Fokus stehen für Heitmeyer dabei mitunter soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge der Betroffenen. Die Faktoren, die rechtsextreme Einstellungen fördern können sind im Kontext des Systemwechsels sehr wichtig. Dies hängt mit den vielschichtigen Veränderungsprozessen zusammen, mit denen die Gesellschaft recht plötzlich konfrontiert wurde. Aus einer sozialisationstheoretischen Perspektive heraus entwickeln sich gewisse Einstellungsmerkmale im Rahmen der Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Bedingungen, wie durch politische Ereignisse sowie sozialem Wandel. Dadurch spielen innerhalb des Entstehungszusammenhangs von rechtsextremen Denk- und Handlungsweisen maßgeblich strukturelle Bedingungen und ambivalente Modernisierungsprozesse eine relevante Rolle. Aus dieser Perspektive heraus lässt sich die ideologische Grundlage also nicht als ein „Persönlichkeitsmerkmal“ festlegen (Vgl. Heitmeyer et al., 1992, S. 15f.).

Die weiteren ausgewählten Untersuchungen konzentrierten sich nicht auf die Jugend, sondern befassten sich mit einer breiteren gesellschaftlichen Ebene. Hierbei wurden rechtsextreme Einstellungspotenziale und Zustimmungswerte untersucht. Außerdem wurden in diesem Zusammenhang Wähler_innenpotenziale für rechtsextreme Parteien sowie gesellschaftliche Ängste erfasst.

Im Rahmen von **Politbarometer-Umfragen**, die im Herbst 1992 durchgeführt wurden, empfanden es nur 34 Prozent der befragten Personen aus Ostdeutschland in Ordnung, dass in Deutschland viele Menschen mit ausländischer Herkunft lebten, während 64 Prozent die gegenteilige Ansicht vertraten. (Behrmann, 1992, S. 26 zitiert nach Hess, 1996, S. 77).

Der Politikwissenschaftler **Jürgen Falter** entwickelte im Jahr 1994 gemeinsam mit **Markus Klein** eine **Rechtsextremismusskala**, die auf der Auswertung einer Umfrage von Emnid-Institut basierte und der Erfassung von Wähler_innenpotenzial rechtsextremer Parteien diene. (Vgl. Kailitz, 2004, S. 193). Diese besagte Skala enthielt unter anderem Aussagen wie „Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben“; „Unter Umständen ist eine Diktatur eine bessere Staatsform“; „Die Juden sind andersartig“ oder „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet“. (Ebd.). Das Projekt „Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im Vereinigten Deutschland 1994 und 1998“ brachte einen Datensatz hervor, der aufgrund der Anwendung der bereits erwähnten Skala einen zeitlichen Vergleich hinsichtlich rechtsextremer Einstellungen ermöglichte (Vgl. ebd.). Falter und sein Forscher_innen-Team stuften jene befragten Personen als rechtsextrem ein, die im Rahmen der Skala mehr als sieben von zehn Aussagen zustimmten. Die betroffenen Personen, die dieses Einstellungsmuster aufwiesen und gleichzeitig aber politisch zufrieden waren, wählten deutlich öfter die CDU/CSU oder die SPD als rechtsextreme Parteien. Die Wähler_innenschaft rechtsextremer Parteien stimmten mit einem sehr hohen Zustimmungswert von 86 Prozent der Aussage zu, dass die Bundesrepublik „durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet“ sei, während der Zustimmungswert bezüglich der gesamten Wähler_innenschaft bei 44 Prozent lag (Falter/ Klein, 1994, S. 147f./ Falter, 2000, S. 411, 416). 1994 stimmten in den westdeutschen Bundesländern acht Prozent der Befragten mehr als sieben von 10 Aussagen zu, in den ostdeutschen Bundesländern lag der Zustimmungswert bei fünf Prozent. Vier Jahre später, im Jahr 1998, stimmten vier Prozent der befragten Personen aus den westdeutschen Bundesländern mehr als sieben von zehn Aussagen zu. In den ostdeutschen Bundesländern lag der Zustimmungswert mit 6

Prozent dabei etwas höher. Würde man den Wert für die Berechnung eines rechtsextremen Weltbildes von mehr als sieben von zehn Aussagen auf mehr als sechs von zehn Aussagen ändern, so würde der Zustimmungswert hierbei 1994 in den westdeutschen Bundesländern sogar bei 13 Prozent liegen. In den ostdeutschen Bundesländern wäre der Zustimmungswert 1994 bei 10 Prozent. 1998 wäre er in den westdeutschen Bundesländern bei 10 Prozent und in den ostdeutschen Bundesländern bei 12 Prozent gemessen worden (Vgl. Falter, 2000, S. 408).

Eine repräsentative Umfrage von **Oskar Niedermeyer** und **Richard Stöss** aus dem Jahr 1998 konnte noch höhere Zustimmungswerte messen als zuvor Jürgen Falter und sein Team. Um rechtsextreme Einstellungen zu erfassen, nahmen Stöss und Niedermeyer in ihre Skala rechtsextreme Dimensionen wie Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Beschönigung des Nationalsozialismus sowie Autoritarismus mit auf. Bei 3.764 Teilnehmer_innen der Umfrage wurden die Zustimmungswerte zu Aussagen wie unter anderem „Unter bestimmten Umständen ist eine Diktatur die bessere Staatsform“ oder „Die Juden haben etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“ erfragt. Die Befragung ergab, dass in den ostdeutschen Bundesländern 17 Prozent der Bevölkerung ab 14 Jahren über ein rechtsextremes Weltbild verfügen. Im Vergleich dazu lag der allgemeine Zustimmungswert in den westdeutschen Bundesländern bei 12 Prozent und bundesweit berechnet bei 13 Prozent (Vgl. Stöss/ Niedermeyer, 1998).

Das **Sozialwissenschaftliche Forschungszentrum Berlin-Brandenburg** beschrieb im „Sozialreport 1998“ die Ängste der befragten Personen in den ostdeutschen Bundesländern. Die Angst vor Arbeitslosigkeit erzielte einen Zustimmungswert von 80 Prozent der befragten Personen, 78 Prozent hatten Angst vor Gewalt und Kriminalität und 66 Prozent fürchteten sich vor Sozialabbau. In diesem Kontext ist zu berücksichtigen, dass zwischen dem Zeitraum von 1989 und 1998 die Zahl der erwerbstätigen Personen in Ostdeutschland von 9,7 Millionen auf 5,8 Millionen sank. Diese Entwicklungen führten dazu, dass bei den Bundestagswahlen in den Jahren 1994 und 1998 jene Parteien, die einen Beitrag zur deutschen Einheit geleistet hatten wie die CDU und die FDP von der Bevölkerung gestraft wurden und unter anderem rechtsextremistische Parteien davon profitierten (Vgl. Stöss, 2000, S. 65ff.).

Zusammengefasst führte der Umbruch auf unterschiedlichen Ebenen des gesellschaftlichen Alltags häufig zu Ängsten, Entfremdungen und Identitätskrisen, wodurch die bisherigen Wertesysteme in Frage gestellt wurden. Auch in diesem Abschnitt zeigte sich, wie unterschiedliche Ebenen zusammenhängen und sich jeweils bedingen. Faktoren auf Mikro-

und auf Makroebene können in diesem Kontext rechtsextreme Einstellungen hervorrufen. In Bezug auf die Einstellungsmuster sind Erfahrungen im Kontext von Desintegration relevant, da die Folgen des Systemwechsels zur verstärkten Orientierung an den vermeintlich stabilen Bestandteilen rechtsextremer Ideologie führten. Die Einstellungsmuster entstehen somit in einem bestimmten gesellschaftlichen Kontext und unter bestimmten Bedingungen, zum Beispiel durch elementare Veränderungen, die individuelle Einstellungen beeinflussen können. Gerade die Wahrnehmung der Bevölkerung hinsichtlich der Transformation ist relevant, um das Funktionieren eines politischen Systems zu untersuchen. Letztlich funktioniert Demokratie also nur unter Mitwirkung der Bevölkerung (Vgl. Segert, 2013, S. 184) und den entsprechenden Zugangsmöglichkeiten zu politischer Partizipation und Teilhabemöglichkeiten.

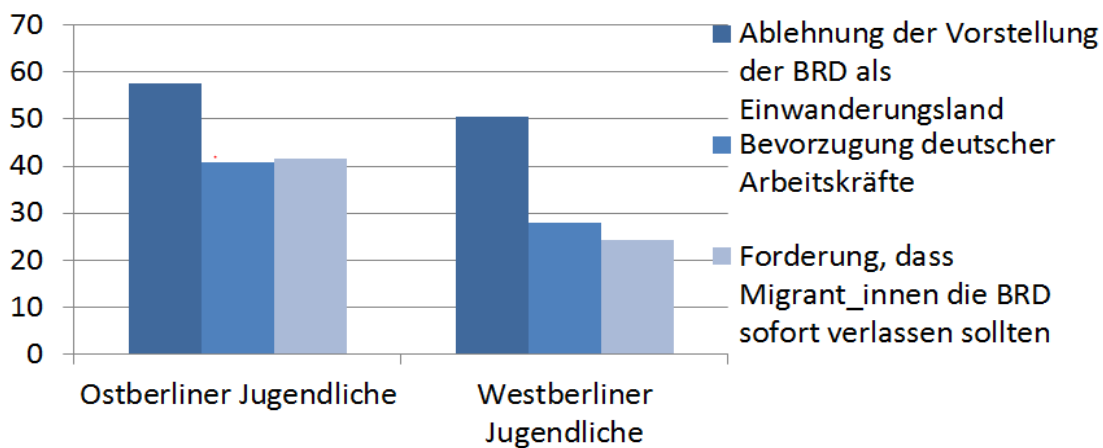
10. Guter Westen, böser Osten? Rechtsextremismus als bundesweites Phänomen

Für das vorliegende Forschungsinteresse ist es wichtig aufzuzeigen, dass Rechtsextremismus in beiden Landesteilen existiert und sich dabei unterschiedlich ausprägt. Rechtsextremismus existierte in der bundesweiten Gesellschaft und kann deshalb nicht als eine Problematik des ostdeutschen Landesteils reduziert werden. Außerdem muss bedacht werden, dass ostdeutscher Rechtsextremismus mitunter durch den Einfluss des westdeutschen Rechtsextremismus geprägt wurde und sich durch diesen entwickelt hat. Um die bundesweite Ebene aufzuzeigen, werden in diesem Abschnitt Untersuchungen vorgestellt, die rechtsextreme Einstellungen ähnlich wie auch die „Mitte-Studie“ auf der bundesweiten Ebene erfassten. Abschließend werden die jeweiligen Spezifika von ostdeutschem und westdeutschem Rechtsextremismus vorgestellt, sowie der Einfluss der westdeutschen Form auf die ostdeutsche Variante erläutert.

Bereits 1992 stellten **Schubarth und Heinmann** fest, dass zum einen die von ihnen bezeichnete „Asylantenhatz“ (Heinemann/ Schubarth, 1992, S. 7) ein „gesamtdeutsches Phänomen“ (Ebd.) In diesem Kontext wiesen sie darauf hin, dass zu diesem Zeitpunkt allein in Nordrhein-Westfalen mehr Anschläge auf Unterkünfte von Asylsuchenden ausgeübt wurden als innerhalb der gesamten ehemaligen DDR. Ebenso wiesen sie darauf hin, dass es sich bei Skins und Hooligans um keine „ostdeutsche Erfindung“ (Ebd.) handelt und dass Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt zudem keine reinen Jugendphänomene sind (Vgl. ebd.).

Auch **Oesterreich** vertritt die These, dass die ehemalige DDR-Bevölkerung hinsichtlich einer Autoritären Persönlichkeit nicht autoritärer ist und dass sie nicht stärker zu rechtsextremen Einstellungen neigt als westdeutsche Bürger_innen (Vgl. Oesterreich, 1993, S. 183). Diesbezüglich untersuchte er zwischen April und Juni 1991 insgesamt 1396 Jugendliche im Alter von 16 bis 21 an Gymnasien in West- und Ostberlin. Sie wurden hinsichtlich ihrer Einstellungen in den Bereichen Fremdenfeindlichkeit, Verharmlosung der Verbrechen des Nationalsozialismus, Law-and-Order-Mentalität, undemokratisches Vorgehen gegenüber Repräsentant_innen der DDR und Orientierung an nationaler Größe befragt (Vgl. ebd., S. 184). Die Ergebnisse sind nachfolgend graphisch dargestellt, um die Ähnlichkeit des Zustimmungsverhaltens zwischen den west- und ostdeutschen Befragten aufzuzeigen:

Abbildung 6: Eigene Darstellung Oesterreich-Befragung April-Juni 1991



(Vgl. Oesterreich, 1993, S. 184f.)

Zwischen diesen fünf Bereichen ergaben sich kaum Differenzen zwischen Ost und West. Die insgesamt zwölf Items wurden von Ostberliner befragten Jugendlichen im Schnitt zu 31,5 Prozent sowie von Westberliner Jugendlichen mit 30,4 Prozent mit JA beantwortet. Gleichzeitig antworteten 48,4 Prozent der befragten Jugendlichen aus Ostberlin und 47,0 Prozent der Jugendlichen aus Westberlin mit NEIN (Vgl. Oesterreich, 1993, S. 184). Insgesamt wiesen die befragten Jugendlichen aus Ostberlin ein etwas höheres Maß an *Fremdenfeindlichkeit* auf. So lehnten unter anderem 57,7 Prozent von ihnen die Vorstellung ab, dass Deutschland ein Einwanderungsland für Asylsuchende werden könnte (dies lehnten 50,5 Prozent der Westberliner Jugendlichen ab). 40,9 Prozent der Ostberliner Jugendlichen forderten, dass bei Einstellungen von Arbeitskräften Deutsche Migrant_innen vorgezogen werden sollten (dem stimmten 28,0 Prozent der Jugendlichen in Westberlin zu). Außerdem waren 31,5 Prozent der Ostberliner Jugendlichen der Meinung, dass Migrant_innen Deutschland so schnell wie möglich verlassen sollten (dem stimmten 24,3 Prozent der Jugendlichen aus Westberlin zu) (Vgl. ebd., S. 184f.). In Bezug auf die *Aufarbeitungen der DDR-Vergangenheit* zeigten sich die befragten Jugendlichen aus Westberlin rechtsextremer eingestellt. So forderten 27,4 Prozent von ihnen die Einführung der Todesstrafe für Verbrechen einiger SED-Politiker_innen (diese Aussage stimmten 21,2 Prozent der Ostberliner Jugendlichen zu). 39,4 Prozent der Westberliner Jugendlichen forderten ein Verbot der PDS ein (dem stimmten 25,3 Prozent der befragten Ostberliner Jugendlichen zu). Des Weiteren nahmen 22,1 Prozent der Westberliner Jugendlichen an, dass Selbstjustiz gegenüber der Stasi erforderlich sein könnte (dem stimmten 19,4 Prozent der Ostberliner Jugendlichen zu). Es zeigt sich insgesamt, dass die Differenzen zwischen den einzelnen Fragen zwischen den Ost- und Westberliner befragten Jugendlichen insgesamt sehr gering

waren (Ebd.). Auch im Bereich *Autoritarismus*, der anhand von 23 Items mithilfe von zwei Fragebögen erfasst wurde, ergab die Vergleichsuntersuchung, dass hinsichtlich autoritärer Persönlichkeitsmerkmale keine Differenzen zwischen den Befragten Jugendlichen aus Ost- beziehungsweise Westberlin gemessen wurden. Die befragten Jugendlichen aus Ostberlin sind den Ergebnissen der Untersuchung zufolge nicht autoritärer eingestellt, nicht rassistischer und insgesamt nicht rechtsextremer, jedoch fremdenfeindlicher eingestellt als die Westberliner Jugendlichen die befragt wurden. Insgesamt wiesen die Ergebnisse somit also nicht auf die These einer „Deformierten DDR-Persönlichkeit“ hin. Fremdenfeindlichkeit kann in diesem Kontext also auf situationsspezifische Folgen durch den politischen und gesellschaftlichen Umbruch durch den Systemwechsel und die Vereinigung gefördert werden (Vgl. ebd., S. 186f.).

Richard Stöss und Oskar Niedermayer führten 1998 eine Messung durch, mit welcher sie das rechtsextreme Einstellungspotenzial in der gesamtdeutschen Bevölkerung maßen. Es wurden im Zeitraum von Mai bis Juni 1998 insgesamt 3764 Personen ab 14 Jahren, darunter 3186 wahlberechtigte Personen befragt. Während in den westlichen Bundesländern 2004 Personen befragt wurden, wurden in den ostdeutschen Bundesländern 1760 Personen befragt. Dem untersuchten Einstellungsmuster lagen die Dimensionen *Autoritarismus*, *Nationalismus*, *Fremdenfeindlichkeit* beziehungsweise *Ethnozentrismus* (entweder rassistisch, ethnisch oder sozioökonomisch motiviert), *Antisemitismus* sowie *Pronazismus* zugrunde. Dieser Untersuchung zufolge verfügten bundesweit 13 Prozent der Befragten über ein rechtsextremes Einstellungspotenzial, wobei der Wert für die westdeutschen Bundesländer 12 Prozent und in den ostdeutschen Bundesländern 17 Prozent betrug. Frauen waren ebenso anfällig wie Männer, ältere Menschen hatten bundesweit ein ausgeprägteres rechtsextremes Einstellungspotenzial als jüngere Generationen, wobei in den ostdeutschen Bundesländern jüngere Menschen rechtsextremer eingestellt waren. Zudem war dieses Einstellungspotenzial bei niedrigeren Einkommensschichten stärker verbreitet. Somit musste man im Rahmen dieser Studie davon ausgehen, dass zu diesem Zeitpunkt das Einstellungsmuster von jedem siebten oder achten Bundesbürgers beziehungsweise Bundesbürgerin durch ein rechtsextremes Weltbild geprägt ist. Dadurch ist in Deutschland ein latenter Rechtsextremismus in einem erheblichen Maß anzutreffen (Stöss/ Niedermayer, 1998).

Gewaltbereitschaft wird primär mit Rechtsextremismus und in weiterer Folge mit dessen Existenz in den ostdeutschen Bundesländern assoziiert. Dabei handelt es sich jedoch um eine recht verkürzte Betrachtungsweise handelt. Erstens weil wie bereits ausgeführt wurde, die

Verhaltensebene auf die Einstellungsebene folgt. Von daher muss Rechtsextremismus primär hinsichtlich seiner Einstellungen untersucht werden, um Aussagen über die Verhaltensebene treffen zu können. Auch in der Phase hoher Gewaltbelastung in den frühen 1990er Jahren fand Sippel zufolge ein hoher Anteil der Gewalttaten in den westdeutschen Bundesländern statt. In absoluten Zahlen ausgedrückt wurden 1993 2.584 rechtsextreme Gewalttaten gezählt, von welchen sich 865 und somit 33 Prozent in den fünf ostdeutschen Bundesländern und mit einem Anteil von 67 Prozent 1.719 Gewalttaten in den westdeutschen Bundesländern ereigneten. Berücksichtigt man dabei die jeweiligen Einwohner_innenzahlen befanden sich in Relation zu diesen die ostdeutschen Bundesländer hinsichtlich der Häufigkeitsskala rechtsextremer Gewalt über den westdeutschen Bundesländern. Die meisten erfassten Vorfälle ereigneten sich dabei in Mecklenburg-Vorpommern und in Brandenburg (Vgl. Sippel, 1994, S. 72). Rechtsextreme Gewalt wird zwar häufig als ein rein ostdeutsches Problem reduziert, jedoch handelt es sich nicht um eine rein ostdeutsche Problematik, denn obwohl in den 1990er Jahren ostdeutsche Bundesländer wie bereits zuvor erwähnt Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern in Bezug auf deren Bevölkerungszahl die *relativ höchste Gewaltbelastung* hatten, so wiesen die westdeutschen Bundesländer Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen die *höchste Gewaltbelastung* auf, mit Berücksichtigung der Anzahl fremdenfeindlicher Straftaten (Neureiter, 1996, S. 137). Während die Gewalttaten in den westdeutschen Bundesländern überwiegend von Einzeltäter_innen verübt wurden, wurden diese in den ostdeutschen Bundesländern überwiegend von Gruppen verübt. In den westdeutschen Bundesländern waren die Täter_innen meistens älter als 25 Jahre alt, während diese in den ostdeutschen Bundesländern in der Regel sehr jung waren (Vgl. ebd.). Fest steht somit, dass die Gewalt nach dem Systemwechsel in den ostdeutschen Bundesländern in absoluten Zahlen zwar höher lag als in den westdeutschen Bundesländern, jedoch fanden auch dort Übergriffe und Anschläge statt. Letztlich handelte es sich von Beginn an um eine gesamtdeutsche Herausforderung.

Die Spezifika des westdeutschen und des ostdeutschen Rechtsextremismus sind deshalb relevant, da sie aufzeigen, dass Rechtsextremismus ein bundesweites Problem ist und sich vor allem anhand der Erscheinungsform und des strategischen Vorgehens unterscheiden. Der Rechtsextremismus in Westdeutschland unterscheidet sich von jenem in den neuen Bundesländern zum einen hinsichtlich seiner Organisationsvielfalt, die sich in Form von Geschichts-, beziehungsweise Theoriedebatten äußert. Diese Debatten verbreiten sich auf einer elitären Ebene innerhalb unterschiedlicher Publikationen wie Bücher, Zeitungen,

Zeitschriften, Internet) (Vgl. Stöss, 2000, S. 603). Die beiden Versionen des deutschen Rechtsextremismus im Sinne der subkulturellen Version der ostdeutschen Bundesländer und der westdeutschen Organisationsvielfalt trafen 1989 beziehungsweise 1990 aufeinander. Dadurch betrachteten westdeutsche Akteur_innen und Organisationen wie die Republikaner, die DVU (die Deutsche Volksunion) oder die NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands) Ostdeutschland in den nachfolgenden Jahren als ein weiteres Rekrutierungsfeld (Vgl. Stöss, 2010, S. 224). Gerade der westdeutsche Rechtsextremismus fungiert für die politischen wie ideologischen Strukturen des ostdeutschen Rechtsextremismus als eine Art Importfunktion und ist zudem für das Verständnis hinsichtlich des (Miss-) Erfolgs spezifischer Parteien in Ostdeutschland relevant. Durch die Fusion beider Formen wurde der Versuch unternommen, den ostdeutschen Rechtsextremismus verstärkt zu institutionalisieren (Vgl. Stöss, 2000, S. 9, 173). Betrachtet man den „typischen“ ostdeutschen Rechtsextremismus ergibt sich folgendes Bild. Es handelt sich bei diesem größtenteils um eine Form, die auf ideologischer Basis kaum fundiert ist und bezüglich der involvierten Subkulturen nur wenig strukturiert auftritt (Vgl. Stöss, 2000, S. 604). Speziell der ostdeutsche Rechtsextremismus ist somit eher schwach organisiert und fundiert, oftmals militant geprägt und äußert sich in Bewegungen und Subkulturen. Dadurch unterscheidet er sich vom vergleichsweise umfangreich organisierten Rechtsextremismus in den westdeutschen Bundesländern, innerhalb derer jedoch auch Hooliganismus, Militanz und Skinheads existieren (Vgl. Stöss, 2000, S. 170). Mittlerweile existiert der ostdeutsche Rechtsextremismus neben der subkulturellen auch in organisierter Form, zum Beispiel im Sinne von Parteien. Beide Erscheinungsformen unterschieden sich zwar hinsichtlich ihrer jeweiligen Motivationsgrundlage und den verkörperten Prinzipien, existieren jedoch nebeneinander (Vgl. ebd., S. 177).

Es zeigt sich also, dass die Annahme dieser Arbeit bestätigt werden kann und dass es sich bei Rechtsextremismus um ein bundesweites Phänomen handelt. Dabei existieren regionale Spezifika und Unterschiede. Schon Umfragen in den 1990er Jahren erkannten hinsichtlich der Einstellungsebene bei jugendlichen Befragten sowie auch bei erwachsenen Befragten zwischen beiden Landesteilen keine signifikanten Unterschiede. Einigen Aussagen wurde so auch von westdeutschen Befragten häufiger zugestimmt. Auch bei rechtsextremer Gewalt handelt es sich um keine Herausforderung, die sich nur auf Ostdeutschland bezieht. In westdeutschen Bundesländern existierte in den 1990er Jahren ebenfalls eine sehr hohe Gewaltbelastung, die sich jedoch anders auf die Bevölkerungszahl verteilte. Des Weiteren

waren diese Taten von der Erscheinungsform anders strukturiert. Die allgemeine Erscheinungsform des westdeutschen Rechtsextremismus ist zudem generell strukturierter und ideologisch fundierter. Durch die Vereinigung wurden Bestandteile und Strategien der westdeutschen Variante in die ostdeutschen Bundesländer integriert. Gleichzeitig muss bedacht werden, dass auch die Situation der ostdeutschen Bundesländer durch den Systemwechsel sich wiederum auf die westdeutschen Bundesländer ausgewirkt hat (Vgl. Segert, 2013, S. 222). Somit bietet es sich an, den gesamtdeutschen Kontext zu betrachten und das Verhältnis sowie der gegenseitige Einfluss beider Landesteile.

11. Der Zeitraum seit der Jahrtausendwende

Der nachfolgende zweite Bereich dieses Teils bezieht sich auf die letzte zeitliche Phase, die vorliegend behandelt wird. Um den Zeitraum seit der Jahrtausendwende vorstellen, werden die drei ausgewählten Untersuchungen näher vorgestellt. Dieser Teil bietet vorliegend einen guten thematischen Abschluss. Er zeigt auf, dass vermehrt die gesellschaftliche Mitte und deren rechtsextremes Einstellungsmuster in das Interesse von wissenschaftlicher Forschung rücken. Somit können in Bezug auf das vorliegende Forschungsinteresse rechtsextreme Einstellungen und damit verbunden die Abwertung und Diskriminierung von sozial schwachen Gruppen in der Gesellschaft aufgezeigt werden. Dadurch wird geklärt, warum aufgrund dieser Einstellungen Verhaltensformen wie Proteste in Form von PEGIDA in den letzten Jahren erfolgreich waren. Deren Proteste richten sich gegen spezielle Gruppen und vertreten im Kern rechtsextreme Inhalte. Auf Grund der breiten Zustimmung zu deren Aussagen und durch die verstärkte Abwertung von einzelnen sozial schwachen Gruppierungen ergeben sich wichtige Erkenntnisse für unser Forschungsinteresse. Zudem zeigt auch die hohe Mobilisation der Protestbewegung auf, dass durch den Protest rechtsextreme Einstellungen als Grundlage für diese Verhaltensebene vorliegen. Durch die ausgewählten Beispiele dieses Teils können somit abschließend die Existenz von rechtsextremen Einstellungen in unserer Gesellschaft belegt werden.

Über zehn Jahre nach dem Systemwandel intensivierten sich antidemokratische Diskurse zunehmend, sowohl im politischen Rahmen als auch im öffentlichen Bewusstsein. Gesellschaftliche Konflikte werden in diesem Kontext vermehrt ethnisiert. Für Wagner ist Rechtsextremismus also kein Phänomen, das sich nur auf die Jugendkultur bezieht. Er tritt vielmehr innerhalb aller sozialer Schichten sowie aller Altersgruppen auf und prägt in einem

hohen Maße die Alltagsmentalität. In diesem Kontext sind Enttäuschungen über Kapitalismus und Demokratie nach wie vor relevant (Vgl. Wagner, 2002, S. 1f.)

Für den Zeitraum zwischen 1998 bis 2010 stellt Stöss fest, dass die Belastung an Rechtsextremist_innen kontinuierlich angestiegen ist. Außerdem äußert sich die Verlagerung des rechtsextremen Organisationsgrads von den westdeutschen Bundesländern in die ostdeutschen Bundesländer innerhalb der Wahlen rechtsextremistischer Parteien. Diese haben seit 1998 in den ostdeutschen Bundesländern insgesamt eine höhere Erfolgsrate. Während der Verbreitungsgrad rechtsextremer Einstellungen anfangs in den westdeutschen Bundesländern höher war als in den ostdeutschen, werden diese seit 1998 vermehrt in den ostdeutschen Bundesländern gemessen. Außerdem entwickelt sich die rechtsextreme Organisationsform bundesweit von einer parteiförmigen hin zu einer bewegungs förmigen Struktur, was gerade in Anbetracht von PEGIDA sehr relevant ist. Insgesamt stuft Stöss den bundesweiten Rechtsextremismus zwar im Kontext dieses beschriebenen Zeitraums als rückläufig ein, jedoch ist das rechtsextreme Gefährdungspotenzial für die Demokratie seiner Einschätzung zufolge stark gestiegen (Vgl. Stöss, 2010, S. 229f.).

An diesen Entwicklungen auf der zivilgesellschaftlichen und der politischen Ebene orientierten sich in den letzten Jahren vermehrt wissenschaftliche Untersuchungen. Somit war der Umstand, dass rechtsextreme Inhalte und Diskurs vermehrt im gesellschaftlichen Bewusstsein integriert sind, für die nachfolgend vorgestellten Studien von Interesse. Das wissenschaftliche Interesse hat sich somit in den letzten Jahren von einem Fokus auf die Jugend und auf Gewalt als spezielle Verhaltensform auf einen breiteren Untersuchungsgegenstand und auf rechtsextreme Einstellungsmuster in der gesamten Gesellschaft entwickelt. Rechtsextremismus hat sich hinsichtlich seiner Erscheinungsformen, seiner Agitation, seiner Anpassungsfähigkeit und seiner Wirkungsmacht und Funktionalität in den letzten Jahren verändert. Die Ideologie hat letztlich eine gesamtgesellschaftliche Reichweite. Dieser Umstand muss somit auch entsprechend von der Wissenschaft reflektiert werden, um so Rechtsextremismus ausreichend untersuchen zu können.

11.1 Die „Mitte-Studien“ der Universität Leipzig

Seit dem Jahr 2002 wurden im Rahmen der sozialpsychologischen „Mitte-Studie“ der Universität Leipzig alle zwei Jahre bundesweit repräsentative Umfragen durchgeführt, um rechtsextreme Einstellungen in Deutschland zu erfassen. Die Studie wurde in Reaktion auf die Gewalteskalation der 1990er-Jahre entwickelt. Es sollte untersucht werden, warum

rechtsextreme Potenziale in diesem Ausmaß existieren und legitimiert werden (Vgl. Decker et. al, 2016, S. 14).

Vor Beginn der Langzeituntersuchung 2002 wurden im Rahmen einer Konsensuskonferenz sechs Dimensionen festgelegt, die rechtsextreme Einstellung mehrdimensional darstellen und welche die Basis für den Fragebogen waren. Zu den ausgewählten Dimensionen zählen die „Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur“, „Chauvinismus“, „Ausländerfeindlichkeit“, „Antisemitismus“, „Sozialdarwinismus“ sowie „Verharmlosung des Nationalsozialismus“ (Decker et al., 2006, S. 20f.). Zu diesen Dimensionen wurden unterschiedliche Fragestellungen entwickelt. Pro Dimension wurden drei Fragen übernommen, so dass der Fragebogen achtzehn Fragen umfasste. Insgesamt basierten die Fragen auf fünf Themenkomplexen. Der erste Themenkomplex bezog sich auf die beschriebenen Dimensionen, ein weiterer Themenkomplex behandelte Konstrukte, die Gemeinsamkeiten mit der rechtsextremen Ideologie aufwiesen. In diesem Zusammenhang wurden Fragen zu Autoritarismus, Einstellungen zur Demokratie, zu Sexismus und hinsichtlich Gewaltbereitschaft entwickelt. Weitere Themenkomplexe umfassten Persönlichkeits- und Sozialisationsfaktoren, Merkmale hinsichtlich der politischen und kulturellen Einstellung und soziodemographische Merkmale (Vgl. ebd., S. 21ff.). Die Umfrage wurde bundesweit durch das Meinungsforschungsinstitut USUMA im Auftrag der Universität Leipzig durchgeführt, die Auswahl der involvierten Haushalte erfolgte nach einem Zufallsprinzip (Vgl. ebd., S. 25). Es wurden bundesweit Stichprobenflächen ausgewählt. Im nächsten Schritt wurden die befragten Haushalte bundesweit ausgesucht, wobei hier wiederum per Zufallsverfahren Zielpersonen ab 14 Jahren für die Befragung ausgewählt wurden. Der Fragebogen wurde von den Zielpersonen jeweils eigenständig, jedoch unter Anwesenheit der Interviewer_innen beantwortet (Vgl. Decker et al., 2014, S. S. 27ff.). Der Fragebogen wies eine fünfstufige Skalierung auf. Die Beantwortungsoptionen bestanden aus „lehne völlig ab“; „lehne überwiegend ab“; „stimme teils zu, teils nicht zu“; „stimme überwiegend zu“ sowie „stimme voll und ganz zu“ (Vgl. Decker et al., 2014, S. 31ff.).

Für die Auswertung der Ergebnisse wurden pro untersuchter Dimension die Zustimmungswerte der Aussagen summiert. Dabei wurden pro Dimension die Antwortmöglichkeiten 1 bis 5 zusammengezählt, wodurch sich ein Maximalwert von 15 ergab. Dargestellt wurde demnach der Prozentsatz jener befragten Personen, die im Durchschnitt pro Dimension allen drei Aussagen zustimmten. Wurde ein Wert über 12 gemessen, entsprach dies einer Zustimmung im Sinne einer „manifesten Einstellung“.

Entsprechend dieser Berechnungen waren Befragte aus Ostdeutschland häufiger *chauvinistisch*, *sozialdarwinistisch* und *ausländerfeindlich* eingestellt und befürworteten zudem verstärkt eine *rechtsautoritäre Diktatur*. Im Vergleich zu den befragten Personen aus den westdeutschen Bundesländern verharmlosten sie jedoch in einem niedrigeren Maße den Nationalsozialismus und waren weniger antisemitisch eingestellt (Vgl. Decker et al., 2014, S. 37). Durch die Addition der Antwortmöglichkeiten 1 bis 5 entstand für den gesamten Fragebogen ein maximal erreichbarer Wert von 90 hinsichtlich der Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen. Um ein manifestes rechtsextremes Einstellungsmuster unter den befragten Personen messen zu können wurde ein Wert von mindestens 63 als Grenze festgelegt. Stimmten also die Befragten im Durchschnitt mit einem Wert von mindestens 3,5 den 18 Aussagen der Fragebögen zu, so wiesen sie per Definition ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild auf (Vgl. ebd., S. 42, 47).

Die Mitte -Studien der Universität Leipzig leisten einen wichtigen Beitrag für die vorliegende Masterarbeit, da sie rechtsextreme Einstellungen in der gesellschaftlichen Mitte untersucht. Die Untersuchungen unterstreichen die grundlegenden Hypothesen der vorliegenden Arbeit im Sinne der Kritik am Hufeisenmodell. So enthielten die Ergebnisse der Untersuchung aus dem Jahr 2014 theoretische Überlegungen, die sich unter anderem auf Seymour Lipset bezogen. Demnach wurde bis in die 1920er Jahre die Bedrohung der Gesellschaft von rechts erkannt, durch die Russische Revolution wurde schließlich verstärkt eine zunehmende Gefahr von linken Bewegungen wahrgenommen. Die gesellschaftliche Mitte schien demnach von beiden Polen bedroht. Doch gerade durch die faschistische Mobilisierung der Massen war nun auch die gesellschaftliche Mitte ein gefährdender Faktor (Vgl. Decker et al., 2014, S. 7). Decker und sein Forschungsteam beziehen sich zudem auf Adornos Studien zu der sogenannten „authoritarian personality“ (Adorno et al., 1950). In ihnen weist Adorno der gesellschaftlichen Mitte ein Bedrohungspotential für die demokratische Gesellschaft nach und erkennt autoritäre und faschistische Einstellungsmuster als eine gesamtgesellschaftliche Problematik. Unter Bezugnahme auf diesen Ansatz weisen Decker und sein Forschungsteam darauf hin, dass auch aktuell ein Zusammenhang zwischen autoritärer sowie gewalttätiger Erfahrung und einer antidemokratischen Haltung besteht.

Der „Extremismus der Mitte“ lässt sich ideologisch nicht klar von rechtsextremen Ideologien abgrenzen. Aufgrund der Vorstellung einer Ungleichwertigkeit der Menschen stellt auch gerade dieser Extremismus eine Form von rechtsextremer Ideologie dar. Spezifische Transformations- und Modernisierungsprozesse haben in der Vergangenheit dieses Potenzial

innerhalb der Mitte gesteigert. Dies hat sich unter anderem im Erstarken von populistischen Parteien geäußert, wobei die inhaltliche Ausrichtung dieser Parteien von konservativ bis faschistisch reicht (Vgl. Decker et. al, 2014, S. 8f.).

Nachfolgend möchte ich kurz die Ergebnisse der Studie aus dem Jahr 2006 „Vom Rand zur Mitte“ (Decker et al., 2006) vorstellen, um einen zeitlichen Abstand von zehn Jahren zum aktuellen Zeitpunkt im Jahr 2016 zu erhalten. Im Anschluss daran wird die Studie aus dem Jahr 2014 näher vorgestellt, da sie von einer „stabilisierten Mitte“ (Decker et al., 2014) spricht. Zuletzt wird die aktuellste Studie „Die enthemmte Mitte“ (Decker et al., 2016) kurz vorgestellt. Abschließend wird dabei die allgemeine Tendenz der letzten Jahre kurz reflektiert.

11.1.1 Die Studie aus dem Jahr 2006: Vom Rand zur Mitte

Die Befragung wurde im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführt und befragte im Frühsommer 2006 4872 Personen mit deutscher Staatsbürger_innschaft (Vgl. Decker et al., 2006, S. 26).

Bei der Durchführung der Studie im Jahr 2006 kamen Decker und sein Forschungsteam zu dem Ergebnis, dass „rechtsextreme Einstellungen durch alle gesellschaftlichen Gruppen und in allen Bundesländern gleichermaßen hoch vertreten“ (Decker et. al, 2006 S. 157) sind. Betont wird zudem, dass die Formulierung *Rechtsextremismus* die Assoziation als Randphänomen begünstigt, obwohl es sich um „ein politisches Problem in der Mitte der Gesellschaft“ (Ebd.) handelt. In Bezug auf die in der Studie untersuchten Dimensionen lagen die höchsten Zustimmungswerte in den Bereichen *Ausländerfeindlichkeit* sowie *Chauvinismus*. Jede_r zehnte Deutsche teilte außerdem antisemitisches Gedankengut. Teilnehmer_innen mit einem hohen Bildungsabschluss sowie weibliche Teilnehmerinnen stimmten seltener rechtsextremen Aussagen zu. Hinsichtlich des zeitlichen Verlaufs erweist sich die Zustimmung zu rechtsextremen Inhalten in weiten Teilen als stabil, insbesondere in Bezug auf Chauvinismus steigt die Zustimmung. Diese Steigerung erfolgt gleichermaßen innerhalb Ost- und Westdeutschland (Vgl. ebd., S. 158f.).

Die Ergebnisse der Studie 2006 erfassten auch die spezifischen Persönlichkeitsmerkmale sowie die sozialen Merkmale der befragten Personen. Dabei wurde festgestellt, dass Menschen mit rechtsextremen Einstellungsmustern ihre eigene soziale und ökonomische Situation in den meisten Fällen sehr pessimistisch wahrnehmen. Neben der Einschätzung der

eigenen Realität werden diese Empfindungen auf die ökonomische Lage Deutschlands im Allgemeinen übertragen. Statistisch gesehen befinden sich viele der Befragten mit rechtsextremer Gesinnung im (Vor-) Ruhestand, außerdem befindet sich mit 38,4 Prozent ein großer Teil von Erwerbstätigen unter den Befragten. Dies lässt erneut den Schluss zu, dass sich Rechtsextreme in allen Bevölkerungsschichten befinden und nicht nur unter Jugendlichen oder in prekären Milieus anzutreffen sind. Aus sozialpsychologischer Sicht spielt die frühkindliche Sozialisationserfahrung im Rahmen des elterlichen Erziehungsmusters eine wesentliche Rolle, was im Hinblick auf die Hinwendung zu autoritären Kräften relevant ist. Ein weiterer substanzieller Faktor, der bereits zuvor angesprochen wurde, ist das Selbstwertgefühl der Betroffenen. Bei Menschen mit einer rechtsextremen Sichtweise ist dieses im Regelfall gering ausgeprägt. Befragte mit einer ausgeprägten rechtsextremen Einstellung weisen weiterhin eine niedrige politische sowie gleichzeitig eine erhöhte wirtschaftliche Deprivation auf. (Vgl. Decker et. al, 2006, S. 160ff.).

11.1.2 Die Studie aus dem Jahr 2014

Bei der Befragung wurden im Frühjahr 2014 bundesweit insgesamt 2432 Personen mit deutscher Staatsbürger_innenschaft ab 14 Jahren befragt (Vgl. Decker et al., 2014, S. 28f.).

Die Studie aus dem Jahr 2014 erfasste eine manifeste rechtsextreme Einstellung in Teilen aller Schichten und Gruppen in der gesamtdeutschen Bevölkerung. Dabei wurde bei jedem beziehungsweise jeder fünften Deutschen *Ausländerfeindlichkeit* nachgewiesen, wodurch diese Dimension am stärksten ausgeprägt war. Mit 13,6 Prozent an Zustimmungswerten war die chauvinistische Dimension die zweithäufigste, zudem zeigten 5 Prozent der Deutschen ein antisemitisches Einstellungspotenzial (Vgl. Decker et al., 2014, S. 59).

Im Bereich der Dimensionen *Chauvinismus* und *Ausländerfeindlichkeit* zeigten sich erhebliche Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland. Während antisemitische Zustimmungswerte nach einer Phase des Anstiegs in den letzten Jahren bundesweit wieder sanken, erhielten die beiden zuvor genannten Dimensionen in den ostdeutschen Bundesländern einen höheren Zustimmungswert als in den westdeutschen Bundesländern. Hier zeigt sich, dass in jenen Regionen, in die weniger Zuwanderung erfolgt und die weniger Migrant_innen zu ihren Bürger_innen zählen, häufiger fremdenfeindliche Einstellungen vertreten werden (Vgl. ebd., S. 61).

Insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern erreichten die Zustimmungswerte 2014 insgesamt das niedrigste Ausmaß, nachdem sie zwischen 2002 und 2012 angestiegen waren (Vgl. ebd., S. 59).

Interessant ist außerdem, dass sich innerhalb der Aussagen eine Vielzahl an unentschlossenen befragten Personen befanden und dass der Anteil der Antworten, die mit der Kategorie „teils/ teils“ beantwortet wurden, zwischen 12 und 31 Prozent lag. Dieses Antwortverhalten weist auf ein höheres rechtsextremes Potenzial hin (Vgl. Decker et al., 2014, S. 60).

Hinsichtlich der *Ablehnung von Asylsuchenden sowie von Sinti und Roma* negierten 84,7 Prozent der Befragten in den ostdeutschen Bundesländern die Forderungen, dass der Staat großzügig bei der Vergabe von Asylanträgen vorgehen sollte. Während sich im Jahr 2014 20 Prozent der deutschen Bevölkerung als fremdenfeindlich erwiesen, lag die *Abwertung von Sinti und Roma, Muslim_innen und Asylsuchenden* weit höher, wodurch die Betroffenen zur größten Feindbildgruppe gehören. Dementsprechend ist ein deutlicher Anstieg von *Antiziganismus* und *Islamophobie* erkennbar (Vgl. ebd., S. 62). Bereits die Untersuchungen der „Mitte“-Studie 2012 (Decker et al., 2012) setzten sich sorgfältig mit Islamfeindlichkeit als Untersuchungsgegenstand auseinander. In diesem Zusammenhang konnte ein deutlicher Anstieg von *Islamophobie* festgestellt werden. In der folgenden Abbildung nahmen sie komparativ Bezug auf die Daten der Bielefelder Forschungsgruppe um Heitmeyer (Vgl. ebd., S. 48ff.). Jede beziehungsweise jeder dritte unter den Befragten 2014 sprach sich gegen die Zuwanderung von Muslim_innen nach Deutschland aus, außerdem fühlten sich bundesweit 42,7 Prozent der Befragten fremd im eigenen Land. Ein ähnlicher Anstieg ist in Bezug auf Antiziganismus zu verzeichnen. Hinsichtlich der Ablehnung von Asylsuchenden zeigte sich ebenfalls ein enormer Anstieg, was unter anderem mit der erhöhten Zahl von Asylanträgen in Folge des Bürger_innenkrieges in Syrien zusammenhängt. Die bereits erwähnte Aussage, dass der Staat bei der Vergabe von Asylanträgen großzügig sein sollte, lehnten insgesamt drei von vier befragten Personen ab, was einem Anstieg von 25,8 Prozent auf 75,4 Prozent entspricht (Vgl. ebd., S. 48/ Heitmeyer, 2012, S. 38ff.). Die nachfolgende Abbildung zeigt den Anstieg einzelner Bereiche 2014. Zu beachten ist dabei, dass *Abwertung von Sinti und Roma* und von *Asylsuchenden* erst 2011 in die Untersuchung zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit der Bielefelder Forschungsgruppe aufgenommen wurde und deshalb für diese Bereiche vor 2011 keine Werte genannt sind (Vgl. O.V., 2011):

Abbildung 7: Abwertung von Asylbewerber_innen, Muslim_innen, Sinti und Roma in Prozentangaben (Zustimmung zu Aussagen in Form von „voll und ganz“ sowie „eher“ für den Zeitraum zwischen 2009 bis 2011)

Islamfeindschaft	2009 (Heitmeyer 2012)	2010 (Heitmeyer 2012)	2011 (Heitmeyer 2012)	2014
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.	21,4	26,1	22,6	36,6
Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.	32,2	38,9	30,2	43
Antiziganismus				
Ich hätte Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Gegend aufhalten.	-	-	40,1	55,4
Sinti und Roma sollten aus den Innenstädten verbannt werden.	-	-	27,7	47,1
Sinti und Roma neigen zur Kriminalität.	-	-	44,2	55,9
Abwertung von Asylbewerbern				
Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat großzügig sein. (hier: Prozentsatz der Ablehnung)	-	-	25,8	76
Die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden.	-	-	46,7	55,3

Daten aus Heitmeyer, 2012, S. 38ff. (Decker et al, 2014, S. 50)

Wenn also von einem Rückgang des rechtsextremen Einstellungspotenzial die Rede ist, so betrifft dies bestimmte Gruppierungen nicht, die verstärkt Abwertungsmechanismen ausgesetzt sind. Relevant im Bereich der Islamfeindlichkeit ist der deutliche Unterschied im bundesweiten Vergleich: als „fremd im eigenen Land“ fühlten sich 45,5 Prozent der westdeutschen Befragten, aber vergleichsweise „nur“ 33,9 Prozent der befragten Personen aus den ostdeutschen Bundesländern. Berücksichtigt man jedoch die tatsächliche Zahl der Muslim_innen, welche in Ostdeutschland leben, so ist die Angst vor „Überfremdung“ in den ostdeutschen Bundesländern diffuser (Vgl. Decker et al., 2014., S. 50f.).

11.1.3 Die Studie aus dem Jahr 2016

Das angewandte methodische Vorgehen innerhalb der „Mitte“-Studie 2016 war dasselbe wie bereits bei den vorherigen Erhebungen. Die Rücklaufquote betrug 2016 49,4 Prozent und es wurden dadurch insgesamt 2.420 Personen befragt (Vgl. ebd., S. 23, 26).

Die Untersuchung aus diesem Jahr fand im Rahmen von Entwicklungen statt, die von Erfolgen neu entstandener rechtspopulistischer sowie rechtsextremer Parteien und von einer Reihe islamfeindlicher Bewegungen geprägt waren. Hinzu kam ein gesteigerter Hass, der sich unter anderem in bundesweit über 1.000 Übergriffen, darunter über 1.000 Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünften äußerte. Die Situation somit war stark von der öffentlichen Artikulation antidemokratischer Ressentiments gekennzeichnet, zudem ist im Vergleich zu den früheren Studien ein hoher Grad an Mobilisierung spürbar (Vgl. Decker et. al., 2016, S. 14). Gleichzeitig überraschen in diesem Kontext die gewonnenen Erkenntnisse der aktuellsten Studie. So war die Steigerung von Vorurteilen im Rahmen charakteristischer rechtsextremer Einstellungen nur geringfügig feststellbar. Generalisierte Ressentiments und Vorurteile gegenüber Migrant_innen nahmen leicht ab, jedoch konzentrierte sich auch in diesem Jahr die Ablehnung auf Asylbewerber_innen, Muslim_innen, Sinti und Roma. Rechtsextrem eingestellte Personen, die in den vorherigen Studien dokumentiert wurden, finden nun in der oben angesprochenen Parteienlandschaft mitsamt ihren Veränderungen eine „politisch-ideologische Heimat“ (Decker et al., 2016, S. 7f.). Zudem ist eine „politische Polarisierung“ (Ebd., S. 8) in dem Sinne erkennbar, dass sich zwar demokratische Milieus in Deutschland verbreiten, was auf den Rückgang rechtsextremer Einstellungen zurückzuführen ist. Gleichzeitig werden aber völkisch-nationale Positionen als „Mittel der politischen Auseinandersetzung“ (Ebd., S. 8, 19) akzeptiert.

Ein weiterer wichtiger Befund bezieht sich auf die zunehmende „Polarisierung und Radikalisierung in den letzten zehn Jahren“ (Ebd., S. 19) und damit verbunden auf die Verschiebung in den radikalen Milieus (Vgl. ebd., S. 19f.). Dies führt zu einer generellen Veränderung der politischen Kultur, die zum einen die Zivilgesellschaft betrifft und in der auf der anderen Seite antidemokratische Milieus politisch aktiv werden (Ebd., S. 19f.).

Nachfolgend werde ich nun die relevantesten Dimensionen sowie spezifische Aussagen der Befragung im Hinblick auf hohe Zustimmungswerte seitens der Befragten aus Ostdeutschland komparativ zu den jeweiligen westdeutschen Zustimmungswerten darstellen.

Hinsichtlich der Dimension *„Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur“* stimmten 13,8 Prozent der befragten Personen in Ostdeutschland der Aussage zu „dass unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform wäre“. Dieser Aussage stimmten im Vergleich nur 4,8 Prozent der Befragten aus Westdeutschland zu. 25,5 Prozent der Ostdeutschen sowie 21 Prozent der Westdeutschen wollten eine „starke Partei, welche die ‘‘Volksgemeinschaft’’ insgesamt verkörpert“. Zu bedenken ist, dass die verwendeten Begriffe wie jener der sogenannten „Volksgemeinschaft“, klar für eine antidemokratische und völkische Haltung stehen (Decker et al, 2016, S. 31). Den „Mut zu einem starken Nationalgefühl“ forderten mit 31,9 Prozent im Vergleich zu 36,4 Prozent weniger Ost- als Westdeutsche. Auch 2016 stimmte wie bisher im zeitlichen Verlauf bundesweit ein hoher Anteil der befragten Personen der Aussage zu, dass „Ausländer“ nur nach Deutschland kommen würden „um unseren Sozialstaat auszunutzen“. Der Zustimmungswert für diese Aussage lag unter den ostdeutschen Befragten bei beinahe 40 Prozent und unter den befragten Personen aus Westdeutschland bei 30,4 Prozent. Des Weiteren fühlten sich 35,2 Prozent der Befragten aus Ostdeutschland „durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“, der westdeutsche Zustimmungswert lag hier bei 33,5 Prozent (Vgl. ebd., S. 33ff.).

Wie auch bei den vorherigen Studien lagen die Zustimmungswerte im Bereich des *Antisemitismus* in den westdeutschen Bundesländern in der Regel prozentual etwas höher als in den ostdeutschen (Vgl. Decker et al., 2016, S. 34f.).

Im Bereich der *sozialdarwinistischen Dimension* vertraten 12,2 Prozent der ostdeutschen Befragten die Ansicht, dass sich „wie in der Natur“ auch „in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen sollte“. Im Vergleich dazu lag der westdeutsche Zustimmungswert bei 7,3 Prozent. Des Weiteren waren 12 Prozent der befragten Personen aus den ostdeutschen Bundesländern der Meinung, dass es „wertvolles“ und sogenanntes „unwertes“ Leben geben würde. Dieser Aussage stimmten 8,9 Prozent der westdeutschen Befragten zu (Vgl. Decker et al., 2016, S. 34f.).

Insgesamt lagen innerhalb der Dimensionen *Verharmlosung des Nationalsozialismus*, *Antisemitismus* und *Chauvinismus* die Zustimmungswerte in Westdeutschland auch diesmal insgesamt höher als in Ostdeutschland (Vgl. ebd., S. 35f.).

In Ostdeutschland waren die Zustimmungswerte hinsichtlich der Dimensionen *Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur*, *Sozialdarwinismus* und *Ausländerfeindlichkeit* höher als in

Westdeutschland. Die Dimension der Ausländerfeindlichkeit war insgesamt bundesweit recht stark vertreten. Der Zustimmungswert im Bereich der manifesten Ausprägung hierbei lag in Ostdeutschland bei 22,7 Prozent und in Westdeutschland bei 19,8 Prozent. Von einer manifesten Ausprägung ist dann die Rede, wenn allen drei Fragen zugestimmt wurde. Somit lässt sich feststellen, dass die jeweiligen Ausprägungen in Ost- und Westdeutschland ähnlich hoch vorhanden sind, dass sie sich jedoch innerhalb der unterschiedlichen Dimensionen voneinander unterscheiden (Vgl. Decker et al., 2016, S. 36f.).

Die Verteilung einzelner Dimensionen rechtsextremer Einstellungen in den einzelnen Landesteilen wird in der nachfolgenden Abbildung dargestellt.

Abbildung 8: Dimensionen Rechtsextremer Einstellungen in Ost- und Westdeutschland in Prozentangaben

	gesamt	Ost (N = 503)	West (N = 1.917)
Befürwortung Diktatur **	5,0	7,6	4,3
Chauvinismus	16,7	14,2	17,4
Ausländerfeindlichkeit	20,4	22,7	19,8
Antisemitismus	4,8	4,1	5,0
Sozialdarwinismus *	3,4	5,0	3,0
Verharmlosung Nationalsozialismus	2,1	1,4	2,2

Signifikante Unterschiede nach Pearson: * $p < .05$; ** $p < .01$

(Decker et al., 2016, S. 37)

Insgesamt sind rechtsextreme Einstellungen in Ost- und Westdeutschland somit ähnlich hoch vorhanden. Die obige Tabelle zeigt jedoch, dass die Dimensionen *Ausländerfeindlichkeit*, *Sozialdarwinismus* sowie die *Befürwortung einer Diktatur* stärker in der ostdeutschen Bevölkerung anzutreffen sind, während in Westdeutschland *Chauvinismus*, *Antisemitismus* und die *Verharmlosung des Nationalsozialismus* dominieren (Vgl. ebd., S. 37). Wie die Tabelle auch zeigt, sind die jeweiligen Unterschiede zwischen beiden Landesteilen jedoch insgesamt nicht signifikant. Somit zeigt sich also, dass es sich bei rechtsextremen Einstellungen um ein bundesweites Problem handelt und dass es hierbei innerhalb der einzelnen Dimensionen leichte Unterschiede gibt.

Konzentriert man sich auf jene Dimensionen, deren Zustimmungswerte bei ostdeutschen Befragten höher liegen, so zeigte sich Zeitverlauf der Studien zwischen 2002 und 2016 bei der Dimension *Ausländerfeindlichkeit* bis 2012 ein Anstieg bei den ostdeutschen Befragten. Die Werte sanken 2014 und befanden sich 2016 nur geringfügig über dem Zustimmungsniveau der westdeutschen Befragten. Für die Dimension des *Sozialdarwinismus* ließ sich 2016 ein ähnlicher Wert wie zu Beginn der Untersuchung 2002 erschließen, jedoch stiegen die Zustimmungswerte 2004, zwischen 2010 und 2012 sowie 2014 und 2016 an. Im Bereich der *Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur* stiegen die Zustimmungswerte in diesem Jahr wieder an, nachdem 2012 ein Tiefstwert verzeichnet wurde (Decker et al., 2016, S. 43-46). Die Abwertung konzentriert sich dabei deutlich auf spezifische soziale Gruppen wie Geflüchtete, Sinti und Roma sowie Muslim_innen (Vgl. ebd., S. 48).

Im Vergleich zu der Untersuchung aus dem Jahr 2014 waren die Zustimmungswerte zu rechtsextremen Aussagen im Allgemeinen bei der Studie 2016 größtenteils gleichbleibend. Auch 2016 lässt sich nachweisen, dass sich die bestehende Abwertung auf spezifische Gruppen konzentriert. Wie bereits 2014 wurden auch bei der Untersuchung 2016 Fragebögen verwendet, die an das Konzept der Gruppengruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit angelehnt waren. Die Fragebögen sollten Vorurteile gegenüber spezifischen Gruppen erfassen. Zu den betrachteten Gruppen zählen Muslim_innen, Sinti und Roma, Asylbewerber_innen und seit 2016 auch Homosexuelle. Im Unterschied zum bisherigen Befragungsmodus konnten die Fragen im Rahmen einer vierstufigen Skala beantwortet werden. Als Zustimmungswerte wurden die beiden zustimmenden Antwortmöglichkeiten der Skala verwendet (Vgl. ebd., S. 48f.).

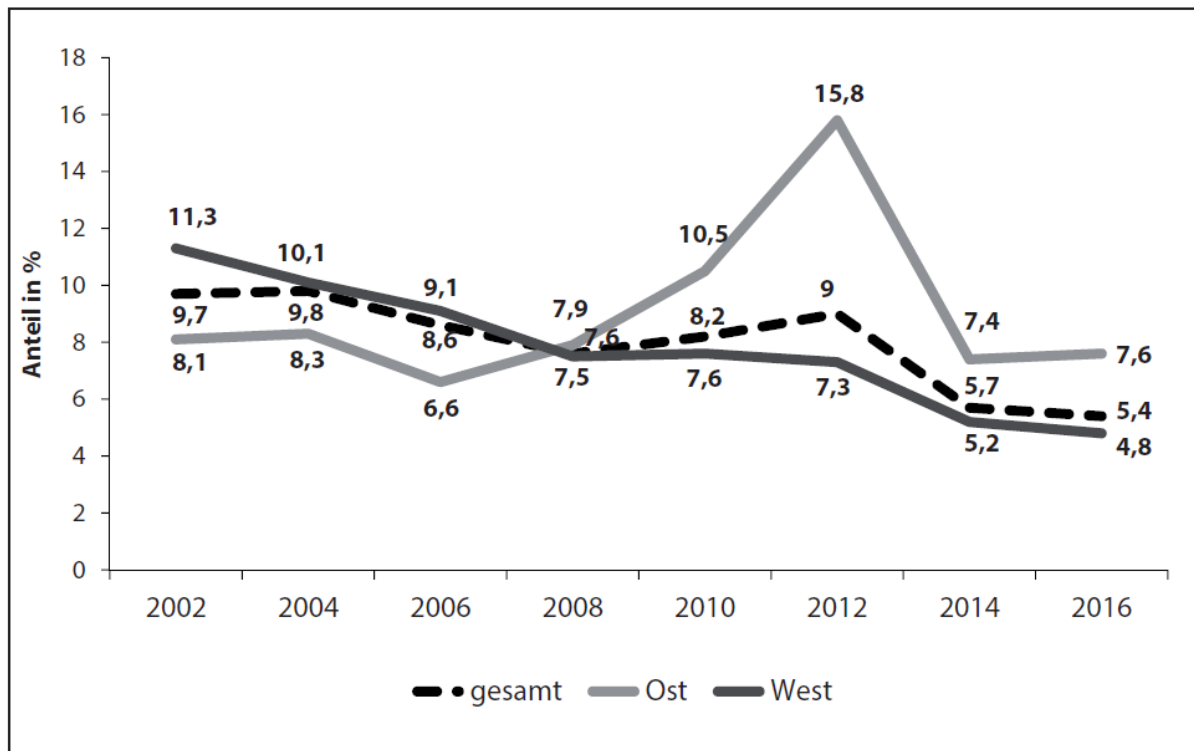
Die Ergebnisse der diesjährigen Studie zeigen, dass die Islamfeindlichkeit 2016 im Vergleich zu 2014 stark angestiegen ist. In Bezug auf Heitmeyer (2012) wird zunehmend ein Trend verstärkter Islamfeindlichkeit erkennbar. Bei der Befragung 2016 gab bundesweit jeder beziehungsweise jede Zweite an, dass man sich „wie ein Fremder im eigenen Land“ fühle. Außerdem gaben über 40 Prozent der befragten Personen an, dass sie die Zuwanderung von Muslim_innen nach Deutschland unterbinden wollen. Hinsichtlich der *Abwertung von Sinti und Roma* gaben mit 57,8 Prozent eine Mehrheit der befragten Personen bundesweit an, dass sie diese nicht als Nachbar_innen haben wollen. 58,5 Prozent waren zudem der Ansicht, dass Sinti und Roma verstärkt zu einer kriminellen Verhaltensweise neigen würden. Auch die *Ablehnung gegenüber Asylbewerber_innen* stieg zwischen 2014 und 2016 an. 60 Prozent der bundesweit befragten Personen vertraten die Meinung, dass die meisten Asylbewerber_innen

zu Unrecht um Asyl ansuchen, da sie „nicht wirklich verfolgt werden würden“ (Vgl. Decker et al., 2016, S. 49).

Hinsichtlich der *Ablehnung von Homosexualität* lag der höchste Zustimmungswert innerhalb dieser Dimension bei der Aussage, dass es „ekelhaft“ sei, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen. Hier lag der bundesweite Zustimmungswert bei 40 Prozent (Vgl. ebd., S. 50.).

Die Entwicklungen der unterschiedlichen Dimensionen im Zeitverlauf werden in der nachfolgenden Graphik erläutert, um so die allgemeine Tendenz von rechtsextremen Einstellungen auf einer hohen Zustimmungsebene aufzuzeigen:

Abbildung 9: Geschlossenes rechtsextremes Weltbild der bundesweit Befragten zwischen 2002 und 2016



(Decker et al., 2016, S. 48)

Der Umstand, dass nach einem Hoch in Folge von den Auswirkungen wirtschaftlicher Krisen im Jahr 2012 (Vgl. dazu „Die Mitte im Umbruch“, Decker et al, 2012) zwei Jahre später ein Rückgang an rechtsextremen Einstellungen verzeichnet wurde, führten die involvierten Forscher_innen auf eine stabilisierte wirtschaftliche Lage zurück. Somit trug die Studie 2014 den Titel „die stabilisierte Mitte“ (Decker et al., 2014). Trotz dieses Rückgangs stellen sie eine „Verschiebung der politischen, insbesondere der antidemokratischen und rassistischen

Einstellungen“ (Decker et al., 2016, S. 48) fest. Somit steigt die Abwertung von bestimmten schwachen sozialen Gruppen wie von Muslim_innen, von Sinti und Roma sowie von Geflüchteten seit 2014. Seit 2014 ist zudem kein weiterer allgemeiner Rückgang von rechtsextremen Aussagen festzustellen (Vgl. ebd.). Aufgrund dieser Verschiebung von rechtsextremen Einstellungsmustern, die sich vermehrt in der politischen Kultur verankern, trägt die diesjährige Studie im Kontrast den Titel „Die enthemmte Mitte“ (Decker, et al., 2016). Dies weist deutlich auf die Entwicklungen seit 2014 im Kontext von AfD, PEGIDA und Anderen sowie dem spürbar zunehmenden Hass auf bestimmte Personen und Gruppen hin.

11.1.4 Rechtsextremismus innerhalb der gesellschaftlichen Mitte

Um im Sinne einer Kritik an dem Hufeisenmodell vorzugehen, wird nachfolgend auf die Bereiche der Befürwortung von Demokratie sowie das grundsätzliche Wahlverhalten der befragten Personen eingegangen. Dies zeigt auf, dass eine hohe Zustimmung zur Demokratie und der Demokratie wie sie in der Verfassung steht bestehen kann, während gleichzeitig rechtsextreme Einstellungen erfasst werden, wie wir in den vorherigen Ausführungen gesehen haben. Zudem können im zweiten Bereich auch Wähler_innen von etablierten Parteien rechtsextrem eingestellt sein.

Im Bereich der Befürwortung von Demokratie ergibt sich folgendes Bild. Der „Idee der Demokratie als Staatsform“ stimmten 2006 95 Prozent der Befragten aus den westdeutschen Bundesländern und 92 Prozent der befragten Personen aus den neuen Bundesländern zu (Vgl. Decker et al., 2006, S. 71). In Bezug auf die Demokratie wie sie in der Verfassung steht, gaben 57 Prozent der Befragten der ostdeutschen Bundesländer an zufrieden zu sein. Bei der Frage wie zufrieden sie mit dem tatsächlichen Funktionieren des politischen Systems sind, gaben nur mehr 27 Prozent der Befragten aus den ostdeutschen Bundesländern an mit diesem zufrieden zu sein (Vgl. ebd., S. 72). Im zeitlichen Verlauf der Studie zeigte sich in Ostdeutschland ein wachsender Zuspruch zur Demokratie, während in den westdeutschen Bundesländern die Akzeptanz gegenüber der Demokratie nachgelassen hat. Während der „Idee der Demokratie“ 2006 wie bereits erwähnt 92 Prozent der ostdeutschen Befragten zustimmten, waren es 2010 88,4 Prozent. Jedoch stieg der Wert 2012 auf 92,1 Prozent und erreichte 2014 mit 92,9 Prozent ein Hoch. Hinsichtlich der verfassungsmäßigen Demokratie stieg der Zustimmungswert unter den Befragten aus Ostdeutschland im zeitlichen Verlauf von 57,2 Prozent im Jahr 2002 auf 70,8 Prozent im Jahr 2014. Auch der Zustimmungswert

hinsichtlich der Aussage „Demokratie wie sie in der BRD funktioniert“ stieg in Ostdeutschland von 27,3 Prozent im Jahr 2002 auf 46,8 Prozent im Jahr 2014 (Vgl. Decker et al., 2014, S. 52f.). Zu einem Zeitpunkt, als das rechtsextreme Einstellungspotential im Jahr 2012 sich also auf einem Höchstwert befand, stieg die Befürwortung von Demokratie ebenfalls an. Dies weist somit nicht auf eine Verfassungsfeindlichkeit hin, wodurch der Großteil der befragten Personen nicht mit den Kriterien des Hufeisenmodells erfasst werden kann. Im Gegenteil befürworteten auch befragte Personen mit rechtsextremen Einstellungsmustern die verfassungsmäßige Demokratie. Bei der Studie 2016 wurde dem Bereich der Demokratieakzeptanz insgesamt ebenfalls sehr positiv begegnet. Die „Idee der Demokratie“ wurde sie sogar besser bewertet als zwei Jahre zuvor. Im Bereich der Zustimmungswerte hinsichtlich der „Demokratie wie sie in der Verfassung steht“ war der Trend insgesamt stabil, in den ostdeutschen Bundesländern stiegen die Werte sogar von 57,2 Prozent im Jahr 2006 auf 72,5 Prozent 2016. Damit liegt die Tendenz im Vergleich zum westdeutschen Wert von 76,7 Prozent somit beinahe gleichauf. Im Bereich der „Demokratie wie sie in der Bundesrepublik funktioniert“ liegt der Zustimmungswert in Ostdeutschland weiterhin 10 Prozent unter dem westdeutschen Wert, jedoch wurde zwischen 2006 und 2016 ein Anstieg von 27,3 Prozent auf 44,3 Prozent an Zustimmung unter den ostdeutschen Befragten verzeichnet (Vgl. ebd., S. 51ff.).

In Bezug auf das Wahlverhalten der befragten Personen ergibt sich zudem das nachfolgende Bild. Die meisten der Befragten mit einem manifesten rechtsextremen Weltbild gaben an, SPD oder CDU/CSU- Wähler_innen zu sein. Dies spielt im Zusammenhang mit rechtsextremen Einstellungen innerhalb der gesellschaftlichen Mitte eine relevante Rolle. Rechtsextremismus an sich ist aufgrund seiner Ablehnung von Gleichheit eine demokratiefeindliche Einstellung (Vgl. Decker et al., 2014., S. 52). So gaben auch dieses Jahr bundesweit jene Befragten mit einem rechtsextremen Einstellungspotenzial an, nach wie vor die CDU beziehungsweise die SPD zu wählen. Am häufigsten wurde in diesem Kontext jedoch die AfD als Wahl angegeben. Von den befragten Personen, die der Dimension *Ausländerfeindlichkeit* zugestimmt hatten, gaben bundesweit 14,6 Prozent an, die CDU/ CSU zu wählen, 16,6 Prozent die SPD; bei 28,2 Prozent handelte es sich um Nichtwähler_innen und 52,6 Prozent gaben an die AfD zu wählen (Vgl. Decker et al., 2016, S. 40f.).

Im Sinne des Hufeisenmodells wird die sogenannte „Mitte“ der Gesellschaft als ein scheinbar ideologiefreier Raum betrachtet, die in einem dichotomen Verhältnis zu Rechtsextremismus steht. Rechtsextremismus wird somit als Antithese zu Demokratie aufgefasst. Betrachtet man

aber die Ergebnisse der „Mitte“-Studien, so lässt sich feststellen, dass 2014 eine manifeste rechtsextreme Einstellung in Teilen aller Gruppen in der gesamtdeutschen Bevölkerung erfasst wurde (Vgl. Decker et al., 2014, S. 59). Zudem wurde 2006 rechtsextremes Einstellungspotenzial als „ein Problem in der Mitte der Gesellschaft“ (Decker et al., 2006, S. 165) beschrieben. Außerdem wurde betont, dass „rechtsextreme Einstellungen durch alle gesellschaftlichen Gruppen und in allen Bundesländern gleichermaßen hoch vertreten“ (Ebd., S. 157) sind. Auch bei den Erhebungen 2016 zeigte sich, dass rechtsextreme Einstellungen in allen Erwerbsgruppen vorhanden sind (Decker et al., 2016). Erklärungszusammenhang hierzu ist unter anderem die bereits angesprochene Sozialisationserfahrung in der Kindheit, die sich auf die Persönlichkeitsstruktur sowie auf das Selbstwertgefühl auswirkt. Diese korrelieren schließlich mit der Bewertung der eigenen sozialer oder ökonomischeren Situation und äußern sich möglicherweise in Form einer rechtsextremen Einstellung. Zusätzlich zu den frühen Sozialisationserfahrungen auch die Desintegrations- beziehungsweise Desintegrationserlebnisse in der weiteren Entwicklung zu nennen auf den spezifischen Persönlichkeits- und den psychischen Zustand aus (Vgl. Decker et al., 2006, S. 164ff.).

Somit muss das rechtsextreme Einstellungsmuster immer in Bezug auf seine inhaltliche-ideologische Ausrichtung und der zugrundeliegenden Dimensionen untersucht werden. Erst durch diese Grundlage kann eine Ideologie dieser Reichweite erfasst werden, noch dazu auf gesamtgesellschaftlicher Ebene sowie im Alltag der Bevölkerung. Zudem wird dadurch plausibel, warum Demokratie in einem so hohen Maße befürwortet wird und nach wie vor etablierte Parteien gewählt werden, während gleichzeitig jedoch rechtsextreme Einstellungen bei den betroffenen Personen vorhanden sind. Somit handelt es sich bei Rechtsextremismus auf der Einstellungsebene oder auf einer daraus womöglich resultierenden Verhaltensebene nicht um einen Widerspruch zur demokratischen Grundordnung. Rechtsextreme Inhalte und Formen können also gerade in demokratischen Systemen verankert sein. Durch eine Blindheit ihnen gegenüber können sie sich zudem vermehrt in die gesellschaftlichen Werte und Einstellungen etablieren.

Aktualität und Resonanz

Die „Mitte-Studie“ 2016 (Decker et al, 2016) wurde in den letzten Monaten aufgrund ihrer Aktualität zunehmend diskutiert und dabei auch kritisiert. So wurde einerseits im Rahmen der Tagesschau ein Interview mit Oliver Decker unter dem Titel „der hässliche Deutsche wohnt nicht nur im Osten“ geführt (Vgl. Steininger, 2016) und die Expertise der Studie somit einem

breiteren Publikum vorgestellt. Gleichzeitig wurden Decker und sein Forscher_innenteam zum Beispiel vom Politologen Klaus Schroeder mit dem Vorwurf konfrontiert, die Studie sei „belanglos“. Der Kritik, dass aufgrund der Mitfinanzierung durch die Heinrich-Böll-Stiftung sowie der Rosa-Luxemburg-Stiftung eine bestimmte politische Linie verfolgt wurde wird von Decker entgegnet, dass eine Studie in diesem Rahmen Co-Finanzierung benötige, aber dennoch eigenständig an den Hypothesen und dem ausgewählten Forschungsdesign arbeite. Ein erheblicher Anteil der Kritik bezieht sich zudem auf den überspitzten Titel, der jedoch ganz bewusst ausgewählt wurde. Decker bezeichnet den Titel der 2016 erschienenen Studie der „enthemnten Mitte“ durchaus als provokant, argumentiert aber, dass die gesellschaftliche Mitte in Deutschland eine besondere ideologische Bedeutung habe. Gegen den Vorwurf der willkürlichen Vorgehensweise wehrt sich Decker, indem er auf den Planungsprozess vor Beginn der Studie hinweist. Der verwendete Fragebogen wurde im Rahmen einer Konferenz im Jahr 2001 entwickelt, bei der Politikwissenschaftler_innen unterschiedlicher deutscher Hochschulen, unter ihnen zum Beispiel auch Jürgen Falter, vertreten waren. Zudem wehrt sich Decker gegen den Vorwurf, die Fragen seien suggestiv gestellt worden. Dies argumentiert er mit dem Design der verwendeten Fragen. Wie bereits beschrieben, handelte es sich um die Auswahl der Antwortmöglichkeiten im Rahmen einer fünfstufigen Antwortskala. Decker gibt einem seiner Kritiker, Klaus Schroeder recht, dass nicht jede_r, welche_r diesen Aussagen zustimme, automatisch rechtsextrem sei. Aus diesem Grund wurden nur jene befragten Personen als rechtsextrem eingestuft, die allen 18 Aussagen zustimmten (Vgl. Kreller, 2016).

Somit zeigt sich auch hier, dass Zuschreibungen gegenüber der gesellschaftlichen Mitte sowie die Benennung von extremistischen Einstellungen auf inhaltlich-ideologischer Ebene außerhalb des amtlichen Begriffes liegen. Beziehungsweise die Verknüpfung beider Komponenten ruft häufig Empörung hervor. Deutlich wird, dass wenn auch ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild, das ein hohes Maß an Zustimmung zu allen verwendeten Fragestellungen voraussetzt, verhältnismäßig niedrig vertreten ist, es sich dennoch in allen Bevölkerungsteilen und bundesweit findet. (Vgl. ebd.) Somit sind also nicht alle Deutschen rechtsextrem, sondern es gibt gesamtgesellschaftlich Tendenzen und Anknüpfungspunkte. Diese befinden sich nicht nur in Ost- sondern ebenso in Westdeutschland und betreffen alle Teile der Bevölkerung. Relevant ist, die Ideologie mit allen ihren Komponenten, Erscheinungsformen und inhaltlichen Anknüpfungspunkten zu begreifen und sie nicht auf

eine Bevölkerungsgruppierung, eine Region oder den rechten Rand und Untergrundszenen mit spezifischer Symbolik zu begrenzen.

Zusammengefasst stellte die „Mitte-Studie“ der Universität Leipzig wichtige Erkenntnisse bezüglich rechtsextremer Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft vor. In diesem Zusammenhang nahm sie Bezug auf theoretische Überlegungen, die dem Hufeisenmodell widersprechen. Es zeigte sich vorliegend erneut, dass Bereiche des ersten Teils dieser Arbeit im zweiten Teil relevant sind und vertieft werden konnten. Die Studie betonte den Einfluss von Faktoren, die rechtsextreme Einstellungen begünstigen. In diesem Kontext wirken sich negative Sozialisationserfahrungen, niedrige Selbstwertgefühle, niedrige politische Deprivation und das Gefühl von sozialer und wirtschaftlicher Benachteiligung positiv hinsichtlich rechtsextremer Einstellung aus. Diese Einstellungsmuster wurden mit einem hohen Anteil in der gesamten Gesellschaft und bundesweit festgestellt. Dadurch konnte die erste Annahme dieser Arbeit, dass rechtsextreme Einstellungen in der gesamten Gesellschaft vorhanden sind auch an dieser Stelle bestätigt werden. Ebenfalls konnte erneut die zweite Annahme bestätigt werden, dass rechtsextreme Einstellungen sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland in einem ähnlich hohen Ausmaß vorhanden sind und dass es sich von daher um eine bundesweite Herausforderung handelt. Innerhalb beider Landesteile dominieren jeweils bestimmte Dimensionen, die jeweils mit der kulturellen und politischen Vergangenheit zusammenhängt und zudem mit spezifischen Angstmustern und Gefühlen von Bedrohung und eigener Benachteiligung zusammenhängen. Dies deutet wiederholt auf die Relevanz von begünstigenden Faktoren in der thematischen Auseinandersetzung hin.

Diese Studie setzte außerdem einen starken Fokus auf die Dimensionen rechtsextremer Einstellung, die ebenfalls im ersten Teil der Arbeit vorgestellt wurden. Somit konnte sie aufzeigen, wie sich rechtsextreme Einstellungen einerseits zusammensetzen und wie sie andererseits untersucht werden können. Die Zustimmungswerte zu den einzelnen Dimensionen haben sich im Zeitverlauf verändert. Im Jahr 2012 waren rechtsextreme Einstellungsmuster stark angestiegen. Auch dabei sind begünstigende Faktoren wie im Rahmen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu beachten. Bis 2014 waren die Werte zwar gesunken, sind aber seitdem gleichbleibend. Jedoch konzentriert sich die Abwertung auf spezifische schwache soziale Gruppen wie Muslim_innen, Sinti und Roma sowie Asylsuchende. Insbesondere der Anstieg von Islamfeindlichkeit ist in diesem Kontext

hervorzuheben. Auch wenn derzeit kein genereller Anstieg von rechtsextremen Einstellungsmustern zu verzeichnen ist, so sind die Entwicklungen dennoch sehr problematisch. Das letzte Jahrzehnt hat in einem großen Maße zu polarisierenden und radikalierenden Tendenzen geführt. Dadurch wurden einerseits rechte Parteien und Protestbewegungen in den letzten Jahren gefördert und andererseits hat sich die politische Kultur der Gesellschaft radikalisiert. Dies zeigt, wie sich unterschiedliche gesellschaftliche Umstände und Einflüsse auf die Einstellungsebene und in der Folge auch auf die Verhaltensweise auswirken. Dementsprechend müssen diese Veränderungen auch auf zivilgesellschaftlicher, institutioneller und wissenschaftlicher Ebene reflektiert werden.

11.2 „Deutsche Zustände“: Das „entsicherte Jahrzehnt“

Langzeituntersuchung zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit

Der Terminus „Deutsche Zustände“ bezeichnet den Report der Langzeitstudie „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ und stellt deren Ergebnisse im Rahmen ihrer zehnjährigen Laufzeit vor. Gegenstand der Untersuchung ist dabei die als *Syndrom* bezeichnete *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* und deren Ursachen, Entwicklungen und Ausmaße (Vgl. O.V., 2011, 1). Die Bezeichnung „Syndrom“ wird deshalb von der Forschungsgruppe verwendet, da jene Abwertungen, die als Elemente (also als Bestandteile) von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gelten, untereinander zusammenhängen. Ihr gemeinsamer Kern ist die Abwertung von schwachen Gruppen in der Gesellschaft. Bei diesem Syndrom handelt es sich nicht um ein Phänomen am extremen politischen Rand, sondern um ein Meinungsmuster, dass in der Gesellschaft weit verbreitet ist (Vgl. Groß et al., 2012, S. 1).

Wilhelm Heitmeyer sprach in Bezug auf den Untersuchungszeitraum der Studie im Zeitverlauf von 2002 bis 2012 von einem „entsicherten Jahrzehnt“ (Heitmeyer, 2012). „Signalereignisse“ (O.V., 2011, S. 2) innerhalb dieser untersuchten Dekade waren unter anderem 9/11, das zunehmende Islamfeindlichkeit zur Folge hatte; die Einführung von Hartz IV im Jahr 2005, was zu verstärkten Desintegrationsängsten innerhalb spezifischer sozialer Gruppierungen führte sowie die Wirtschafts- Finanz- beziehungsweise Fiskalkrisen ab dem Jahr 2008, die ebenfalls Desintegrationsängste hervorrief (Vgl. ebd.).

Nachfolgend wird zunächst Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit vorgestellt. Daran anschließend wird ein kurzer Überblick über die Ergebnisse der Langzeituntersuchung

beschrieben. Abschließend wird die Folge 7 der Langzeituntersuchung vorgestellt, die sich speziell mit den deutschen Vereinigungsprozessen auseinandergesetzt hat.

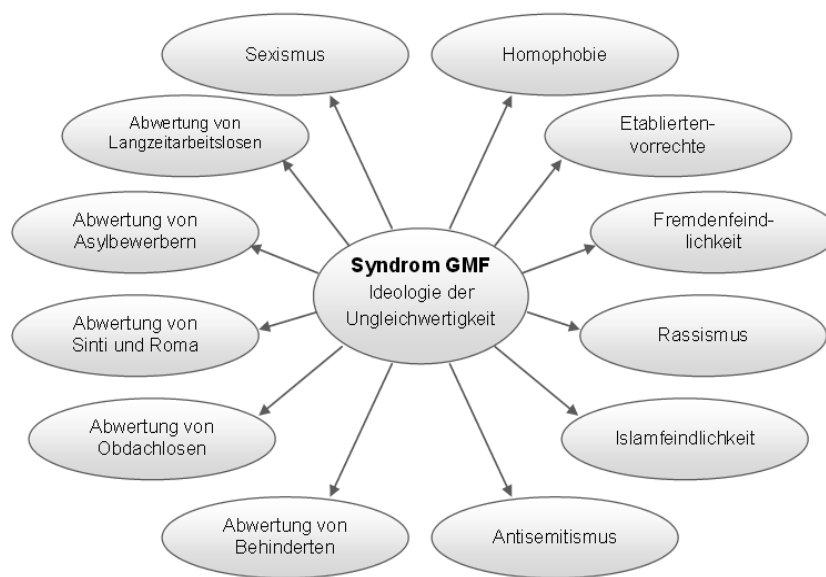
Anders als zuvor bei der „Mitte-Studie“ stehen nachfolgend nicht die Ergebnisse der Untersuchung sowie die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland im Vordergrund. In erster Linie wird Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit als Untersuchungsgegenstand vorgestellt. Somit soll aufgezeigt werden, dass ähnlich wie bei den Dimensionen rechtsextremer Einstellung auch die Elemente von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der gesamten Gesellschaft verbreitet sind und meistens mehrere Elemente der Abwertung festgestellt werden. Der zweite Schwerpunkt bezieht sich auf Faktoren, die diese Einstellungsmuster fördern. Besonders desintegrationstheoretische Faktoren werden in diesem Kontext vorgestellt. Dieser Zugang wird insbesondere bei den Ausführungen zu Folge 7 relevant, um so die Folgen der Vereinigungsprozesse auf Einstellungsmuster in der Gesellschaft hervorzuheben.

11.2.1 Das Syndrom Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Das Langzeitprojekt *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* des Instituts für interdisziplinäre Konflikts- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld führte im Zeitraum zwischen 2002 und 2012 jedes Jahr eine repräsentative Befragung unter insgesamt 2000 Personen durch (Vgl. Küpper, o.J., S. 2). Die Befragung im Rahmen dieses Projekts, das weltweit das größte Vorurteilsforschungsprojekt darstellt, wurde telefonisch durchgeführt (Vgl. O.V., 2011, S. 1). Dabei wurde die Einstellung der Befragten gegenüber sozial schwachen Gruppierungen untersucht. In einem zweijährlichen Abstand wurden dieselben Personen zusätzlich erneut befragt, um mögliche Kontinuitäten beziehungsweise Veränderungen und deren Ursachen zu erfassen. Die Analysen wurden jedes Jahr unter dem Namen *Deutsche Zustände* von Wilhelm Heitmeyer herausgegeben. Ursprünglich waren sieben Elemente für die Analyse vorgesehen, diese wurden im Zeitverlauf jedoch erweitert. Die Zusammensetzung wurde durch gesellschaftliche Entwicklungen beeinflusst. Zu diesen sogenannten Elementen der Menschenfeindlichkeit zählen *Fremdenfeindlichkeit* (beziehungsweise *Ausländerfeindlichkeit*), *Rassismus*, *Antisemitismus*, *Islamfeindlichkeit*, *Sexismus*, die *Abwertung von homosexuellen, behinderten, obdachlosen und langzeitarbeitslosen Menschen* und die *Demonstration von Etabliertenvorrechten* (Vgl. Küpper, o.J., S. 2ff.). Im Zeitverlauf der Erhebungen wurden die *Abwertung von*

Asylbewerbern sowie die *Abwertung von Sinti und Roma* in die Analyse integriert. Die Einstellung zu jedem dieser Elemente wurde jeweils anhand von zwei beziehungsweise drei Aussagen erfasst. Anhand von Mittelwerten, die sich zwischen den Werten 1 bis 4 bewegten wurde die Abneigung untersucht: je höher der Wert dabei war, desto signifikanter war die spezifische Feindseligkeit ausgeprägt (Vgl. O.V., 2011, S. 2, 7). Der gemeinsame Kern hierbei ist die Ideologie der Ungleichwertigkeit und häufig richtet sich die Abwertung gegen mehrere betroffene Gruppierungen (Vgl. Groß et al., 2012, S. 1).

Abbildung 10: Elemente des Syndroms Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit



(O.V., 2011, S. 2)

Wer also fremdenfeindlich eingestellt ist, äußert sich somit auch häufig antisemitisch, homophob oder sexistisch. Die Elemente der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit korrelieren in der Regel also miteinander. Die betroffenen schwächer gestellten Gruppen werden im Alltag als Bedrohungspotenzial eingestuft. Gleichzeitig wird die prekäre Situation der von Abwertung Betroffenen von der Politik häufig nicht ausreichend thematisiert, wodurch die öffentliche Wahrnehmung erheblich verzerrt wird. Seitens der Politik existieren zwar Bemühungen, Anti-Diskriminierungsarbeit zu leisten und die rechtliche Gleichstellung der Gruppen zu verbessern. Jedoch erzeugt das Einstellungsmuster innerhalb der Bevölkerung Spannungen und übt diese auf Kosten von neuen Gruppen aus, die dann mit Ablehnung konfrontiert werden. Hinter der Praxis der Ungleichwertigkeit steht häufig die Zielsetzung, die Position der eigenen gruppenbezogenen Zugehörigkeit zu stärken (Vgl. Küpper, o.J., S. 2ff.).

Die Ideologie der Ungleichwertigkeit bildet den gemeinsamen Kern aller Abwertungen von sozialen Gruppen (Vgl. Groß et. al., 2012, S. 1f.). Hierbei wird die Gleichwertigkeit aller Menschen, oder auch Gruppen hinterfragt und es werden kategoriale Klassifikationen aufgebaut, worauf Ausgrenzungen und Zuschreibungen basieren. Diese Ungleichwertigkeitsideologie verfestigt laut Groß et al. nicht nur soziale Ungleichheit durch Exklusion und Diskriminierung, sondern stabilisiert auch Hierarchie- und Machtverhältnisse zwischen der eigenen und der fremden Gruppe. Im Kontext von gesellschaftlichen Debatten und Diskursen verfestigen sich diese Vorurteile im gesamtgesellschaftlichen Feld. Bei diesem Syndrom handelt es sich demnach keinesfalls um ein gesellschaftliches Randphänomen. Diese Ideologie weist vielmehr auf eine, in der allgemeinen Gesellschaft weit verbreitete Denkweise hinsichtlich sozial schwacher Gruppen und deren gesellschaftliche Konstellation hin. Die repräsentativen Umfragen zeigen auf, dass gerade aus der gesellschaftlichen Mitte heraus sozial schwache Gruppen als „ungleichwertig“ bezeichnet werden. Bei den Umfragen stimmten jene Befragten der Abwertung von sozial schwachen Gruppen eher zu, die sich von der Wirtschaftskrise bedroht fühlten. Aufgrund dieser Sorgen und Ängste werteten sie dann Gruppen, die als „Last“ für das soziale System gesehen werden, wie zum Beispiel Migrant_innen, Asylwerber_innen sowie Muslime und Musliminnen ab. Zwar sind Menschen aus einem prekären sozialen Umfeld im Kontext einer zunehmenden Ökonomisierung von sozialen Bereichen anfälliger für dieses Ungleichwertigkeitsdenken, jedoch zeigen die Analysen, dass seit 2009 die Menschenfeindlichkeit auch in den höheren Einkommensschichten ansteigt. Auch anderen empirischen Studien zufolge ist insgesamt ein Anstieg einer dichotomen Denkweise in Kategorien erkennbar (Vgl., Groß et. al, 2012, S. 2ff.)

Die Bedingungen, die zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit führen können setzen sich aus unterschiedlichen Einflussfaktoren zusammen. Zu diesen zählen zum Beispiel Faktoren auf der Mikroebene wie das subjektive Bedrohungsgefühl der Bedrohung durch Einwanderung (Vgl. Zick/ Küpper, 2015, S. 107). Außerdem zählen Bedingungen auf einer makrogesellschaftlichen Ebene wie die wirtschaftlichen Situation innerhalb einer bestimmten Region dazu (Vgl. ebd.). Auf Basis eines deprivationstheoretischen Ansatzes können „mangelhafte ökonomische Bedingungen“ ursächlich für Diskriminierungen sein, besonders Krisensituationen sind hierbei zu berücksichtigen. Durch die individuelle prekäre wirtschaftliche Lage, egal ob sie als solche subjektiv empfunden wird oder objektiv vorhanden ist kann einer Frustration hervorgerufen werden. Diese kann sich in Aggression

gegenüber bestimmten sozialen Gruppen äußern, die in Folge als Sündenböcke für die Situation erklärt werden. Generell sind Faktoren wie Konkurrenz sowie der „Kampf um knappe Ressourcen“ hierbei ausschlaggebend. Die Bedrohung kann dabei auch subjektiver Natur sein, zudem muss es sich nicht um existenzielle Ängste handeln. So neigen befragte Personen, die sich selbst als von der Finanzkrise betroffen beschreiben häufiger zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Da Vorurteile und Diskriminierungen häufig aus einer abstrakten Angst heraus resultieren, haben Kontaktaufnahmen zwischen den Mitgliedern unterschiedlicher Gruppen häufig einen positiven Einfluss auf gegenseitige Toleranz und Akzeptanz (Vgl. ebd., S. 107ff.).

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wird nicht als ein Phänomen, sondern als ein Syndrom bezeichnet, das auf der Ideologie der Ungleichwertigkeit im Sinne von Vorurteilen, Ressentiments sowie Stereotypen basiert. Innerhalb dieser werden bestimmte gesellschaftliche Gruppen abgewertet, wodurch letztlich soziale Ungleichheit hervorgerufen wird (Vgl. Heitmeyer, 2002). Bei den betroffenen Gruppen handelt es sich um tendenziell schwache Gesellschaftsgruppen, die angesprochene Menschenfeindlichkeit muss also im Rahmen von Verhältnissen zwischen Gruppen gedacht werden. Betroffen sind Abwertungen aufgrund von Religionszugehörigkeiten, Hautfarbe, Migrationshintergrund, Geschlecht oder sozialem Status. Diese Abwertungen hängen miteinander zusammen, zudem ist diese Menschenfeindlichkeit weit in der deutschen Gesellschaft verbreitet (Vgl. Zick et.al., 2012).

Insgesamt handelt es sich bei Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit somit um ein kollektives Phänomen, somit sollte der Fokus auch auf der stattfindenden Normalisierung dieses Syndroms im Alltag liegen. Die Leugnung und die Ignoranz des Syndroms verstärken dessen Existenz nur noch mehr und führen zu einem Prozess der Normalisierung und der Sichtweise, selbst tolerant zu sein (Vgl. Zick/ Küpper, 2015, S. 110f.). Obwohl Forschungen aus der Psychologie zeigen, dass Menschen implizit in sozialen Kategorien denken, ist Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nichts Naturgegebenes. Menschenfeindliche Einstellungsmuster können dezimiert werden, obwohl sie im Alltag weit verbreitet sind und auf hohe Akzeptanz treffen. Es müssen deshalb ebenso Normen gegen diese Feindseligkeit entwickelt werden, außerdem müssen spezifische Lebenswelten innerhalb der Gesellschaft betrachtet werden. Bezüglich der Etablierung von Normen muss Gleichwertigkeit auf unterschiedlichen Ebenen gefördert werden, zudem müssen ebenso tolerante Einstellungsmuster der breiten Bevölkerung gefördert werden. Insgesamt müssen Strategien gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit miteinander vernetzt werden um effektiver

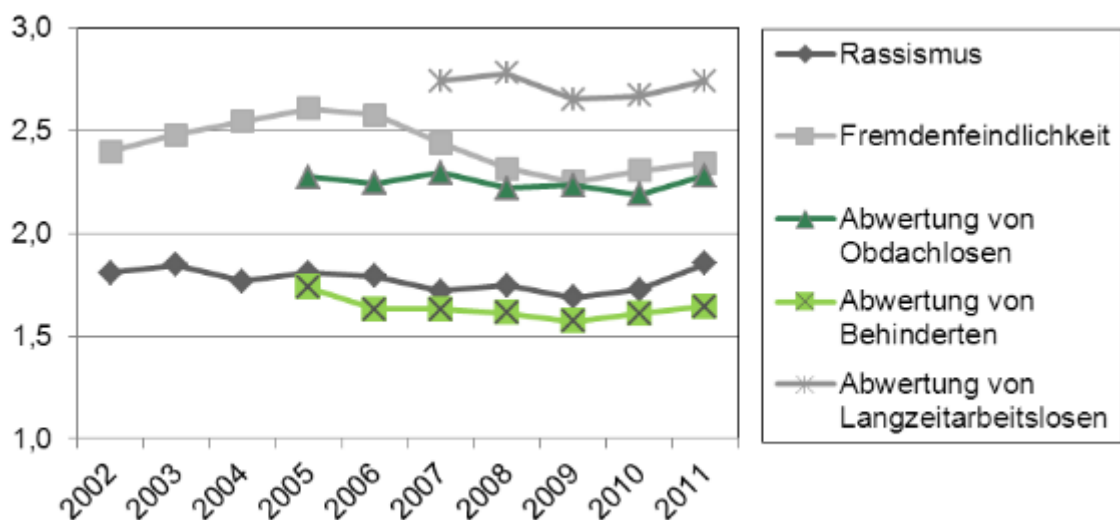
wirken zu können, so zum Beispiel durch Handlungen auf politischer und rechtlicher Ebene wie auch in anderen Lebensbereichen wie in der Schule mittels der „Vermittlung von Bildungszielen“ wie „Gleichwertigkeit, Toleranz und Vielfaltigkeit“ (Ebd., S. 113f.).

11.2.2 Die Ergebnisse der Studie im zeitlichen Verlauf zwischen 2002 bis 2012

Die nachfolgenden Graphiken stellen die Ergebnisse der Langzeituntersuchung im Zeitverlauf dar.

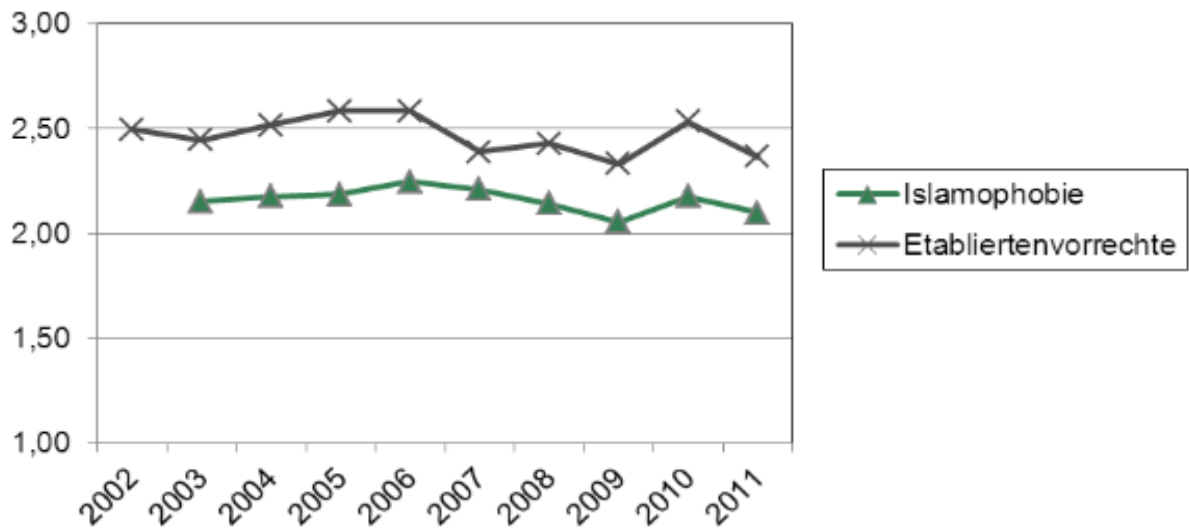
Abbildung 11: Zusammenfassung Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Zeitverlauf

Wieder ansteigende Werte



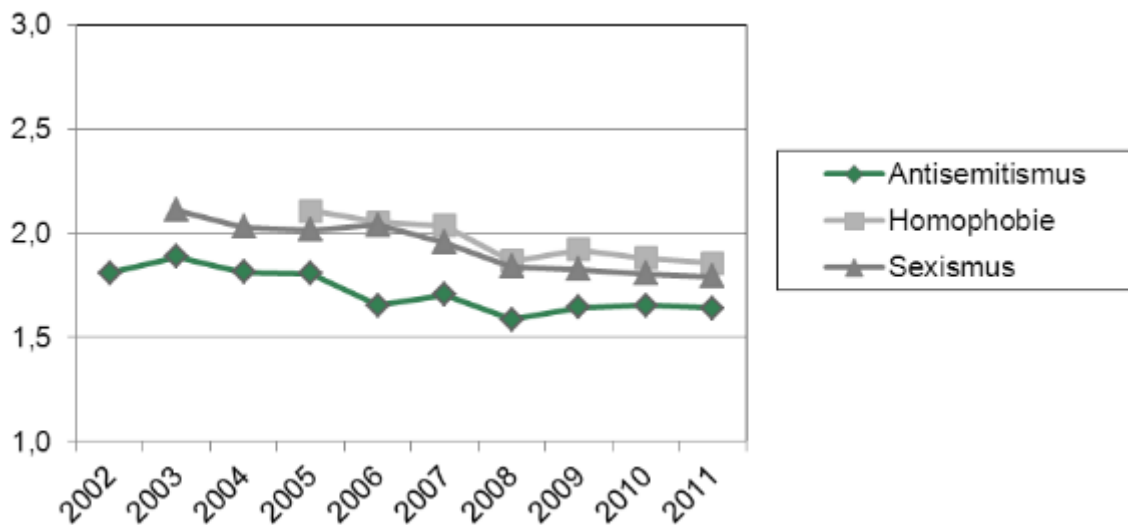
(O.V., 2011, S. 8)

Relativ gleichbleibende Werte



(O.V., 2011, S. 8)

Relativ abnehmende Werte



(O.V., 2011, S. 8)

Diese Ergebnisse beziehen sich auf die bundesweit durchgeführte Befragung. Zwischen den Jahren 2010 und 2011 stiegen die Elemente *Rassismus* und die *Abwertung von Obdachlosen* nach einer vorherigen rückläufigen Entwicklung erneut an. Auch die *Abwertung von Langzeitarbeitslosen* stieg seit 2009 an, ebenso wie die Elemente der *Abwertung von Behinderten* und *Fremdenfeindlichkeit*. 2011 stieg der Zustimmungswert hinsichtlich der Aussage „wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden

Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken“ mit 29,3 Prozent um fünf Prozentpunkte an (O.V., 2011, S. 7).

Die Werte im Bereich der *Betonung von Etabliertenvorrechte* stiegen zwischen 2009 und 2010 zunächst stark an und nahmen dann wieder ab, so dass sie sich im Jahr 2011 auf einem niedrigeren Level als bei der ersten Messung 2002 befanden. Auch im Bereich der *Islamfeindlichkeit* kam es zwischen 2009 und 2010 zu einem rapiden Anstieg und auch hier nahmen die spezifischen Zustimmungswerte dann ebenfalls wieder ab. So stimmten bei der Befragung 2010 38,9 Prozent der Teilnehmer_innen der Aussage zu, dass sie sich aufgrund der „vielen Muslime manchmal wie ein Fremder im eigenen Land“ fühlen würden, 2011 lag dieser Zustimmungswert bei 30,2 Prozent. Die Aussage „wer irgendwo neu ist, sollte sich erst mal mit weniger zufrieden geben“ bejahten 2010 64,7 Prozent der befragten Personen, 2011 lag der Zustimmungswert bei 54 Prozent. Hinsichtlich der Zustimmungswerte innerhalb der Elemente *Antisemitismus*, *Homophobie* und *Sexismus* zeigte sich in den letzten drei Erhebungsjahren eine relative Abnahme (O.V., 2011, S. 7).

11.2.3 „Deutsche Zustände“ Folge 7: Komplizierte Vereinigungsprozesse

Die siebte Publikation der Studie konzentrierte sich auf die Frage, ob 20 Jahre nach der Wiedervereinigung neben der politischen Einheit auch eine gesellschaftliche Einheit existiert. Die zeitliche Begrenzung bezieht sich auch hier auf den Zeitverlauf ab 2002 (Vgl. Heitmeyer, 2009, S. 9). Hinsichtlich des sozialen Zusammenhalts innerhalb zweier ursprünglich unterschiedlicher Gesellschaften spielen spezifische Ungerechtigkeits- beziehungsweise Benachteiligungsempfindungen sowie der Eindruck von fehlender Fairness eine wichtige Rolle. Benachteiligung muss sich dabei nicht ausschließlich auf ökonomische Benachteiligung beziehen, sondern kann auch in einem sozialen sowie kulturellen Sinne begriffen werden. Existieren diese Empfindungen, so entwickelt sich Solidarität innerhalb der betreffenden Gesellschaft nicht oder lässt nach. Dies gilt zum einen für das Verhältnis zwischen West- und Ostdeutschen sowie zum anderen gegenüber schwachen sozialen Gruppen.

Von einer sozialen Spaltung zwischen beiden Landesteilen spricht Heitmeyer gemessen am Nettogeldvermögen auch 20 Jahre nach der Vereinigung (Heitmeyer, 2009, S. 45). Diese Spaltung findet zum einen bundesweit statt und wächst außerdem im Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland. Dadurch werden Benachteiligungs- sowie Desintegrationsgefühle verursacht. In der Folge werden schwächer gestellte Gruppen benachteiligt (Vgl. ebd.). Für

viele Bewohner_innen der ostdeutschen Bundesländer bedeutete die Wende ein Art „Statusverlust“. Verbunden mit dem Gefühl der eigenen Benachteiligung, also der relativen Deprivation, wird Fremdenfeindlichkeit dadurch geschürt. Während beinahe 70 Prozent der ostdeutschen Befragten der Aussage zustimmten, dass „mehr Geld für die deutsche Einheit als für die Integration von Ausländern ausgegeben werden“ sollte, so stimmten dieser Aussage nur 49 Prozent der westdeutschen Befragten zu (Vgl. Klein/ Küpper/ Zick, 2009, S. 97ff., 100). Interessant ist dabei in diesem Zusammenhang, dass die Studie im Jahr 2008 ergab, dass die Zustimmungswerte zu rechtspopulistischen Aussagen in den ostdeutschen Bundesländern nur wenig höher als jene der westdeutschen Bundesländer sind. Westdeutsche Befragte, die objektiv betrachtet ähnlich benachteiligt sind wie ihre ostdeutschen Mitbürger_innen zeigten sich demokratiekritischer und zudem rechtspopulistischer als die befragten Personen aus den ostdeutschen Bundesländern (Vgl. ebd., S. 107).

Im Bereich der ökonomischen Benachteiligung lag die Arbeitslosenquote seit der Wiedereinigung in Ostdeutschland höher als in den westdeutschen Bundesländern. Dies rief Desintegrations- und Benachteiligungsgefühle aufgrund von fehlenden Chancen hervor. Die Unterschiede zwischen West und Ost blieben zudem stabil (Vgl. ebd., S. 25ff.). Die Wende wurde somit häufig nicht positiv bewertet. Kurz nach der Vereinigung im Jahr 1992 gaben 81 Prozent von befragten ostdeutschen Personen in Umfragen an, dass sie weniger oder sogar sehr viel weniger als ihren gerechten Anteil am Lebensstandard der Bundesrepublik erhalten würden. Im Jahr 2002 stimmten dieser Aussage noch 60 Prozent der befragten Personen zu (Datenreport, 2004, S. 474). Zusammenhänge zwischen *sozialer Desintegration* durch unterschiedliche Verlusterfahrungen und politischem Ohnmachtsgefühl sowie der Bewertung des politischen Systems zeigen sich hinsichtlich des Erstarkens von mobilisierungsfähigem Populismus. Die *institutionelle Integrationsdimension* im Sinne der politischen Partizipationsmöglichkeit von Einzelpersonen hat einen erheblichen Einfluss auf die Meinung hinsichtlich der Demokratiequalität sowie einen direkten Einfluss auf die Rezeption von rechtspopulistischen Einstellungsmustern. Hier stellt sich die Verbindung zum Rechtsextremismus her, da in Regionen in denen rechtspopulistische Einstellungen vermehrt vorherrschen häufiger rechtsextreme Straftaten registriert werden. Darüber hinaus werden rechtsextreme Aktivitäten insgesamt von einem feindseligen Klima begünstigt (Vgl. Heitmeyer, 2009, S. 33ff.).

Bei dem vorliegenden Survey zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit lagen zunächst die hypothetischen Annahmen vor, dass zum ersten in Ostdeutschland ein *höheres Maß an*

Fremdenfeindlichkeit vorherrscht (Vgl. Asbrock et al., 2009, S. 154). Als mögliche Ursache wurde der *geringere Kontakt mit Migrant_innen* als in Westdeutschland genannt, da früheren Studien zufolge *Fremdenfeindlichkeit* durch einen regelmäßigen Kontakt mit *Migrant_innen* reduziert werden könne (Pettigrew/ Tropp, 2003). Zum zweiten wurde angenommen, dass die *Angst vor sozialer Desintegration* in Ostdeutschland stärker vertreten sei und zudem *autoritäre Aggression* in einem höheren Maße vorherrsche (Babka von Gostomski et al., 2007). Die Studie versuchte *Fremdenfeindlichkeit* mit den Aussagen „Es leben zu viele Ausländer in Deutschland“ und „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken“ zu erfassen. Die Analyse konzentrierte sich auf jene *Migrant_innen*-Gruppen, die sowohl für Ost- als auch für Westdeutschland hinsichtlich ihrer Repräsentation relevant sind: zu diesen Gruppen zählen hinsichtlich der nationalen Zugehörigkeit *Türk_innen*, *Osteuropäer_innen*, *Südeuropäer_innen* sowie hinsichtlich der religiösen Zugehörigkeit *Muslim_innen* (Vgl. Asbrock et al., 2009, S. 157).

Die Ergebnisse der Analyse zeigten, dass „Personen aus Ostdeutschland insgesamt fremdenfeindlicher sind als Westdeutsche“ (Ebd., S. 158). Bezüglich der Ablehnung von *Muslim_innen* ergab sich zwischen den ost- und westdeutschen Befragten kein Unterschied, da diese Gruppe im Vergleich zu den anderen generell sehr negativ bewertet wird. Die befragten Personen aus den ostdeutschen Bundesländern waren gegenüber *Türk_innen* „besonders stark fremdenfeindlich eingestellt“ (Ebd.). Ein möglicher Weg, diesen Unterschied zu den westdeutschen Befragten zu erklären, könnte auf der Ebene des direkten Kontakts liegen, da Personen aus Westdeutschland insgesamt häufiger in direkten Kontakt mit *Türk_innen* kommen. Diese soziale Gruppe zählt in den westdeutschen Bundesländern häufiger zur Bevölkerung (Vgl. Wagner et al., 2003/ Wolf et al., 2005). Durch diese Resultate konzentrierten sich die weiteren Analysen auf die Gruppe der Personen mit türkischem Migrationshintergrund, da die befragten Personen diese Gruppe am ehesten mit *Migrant_innen* assoziierten und auf eine zweite Gruppe, die unter der Kategorie „Ausländer anderer Herkunft“ zusammengefasst wurde. Zu beachten ist dabei, dass *Feindseligkeit* neben fremdenfeindlichen Einstellungen auch eine diskriminierende Verhaltensweise inkludiert, letztere jedoch über das Telefon nur schwer erfassen lässt. Daher beinhalteten die Fragen auch die Erhebung von Bereitschaft zu diskriminierendem Handeln. Die Befragung ergab für den Faktor *Feindseligkeit*, dass die ostdeutschen Befragten ebenso wie fremdenfeindliche Einstellungen auch stärkere Diskriminierungsintentionen aufwiesen. Im Bereich der

Emotionen gegenüber unterschiedlichen Repräsentationen von Ausländer_innen zeigten die ostdeutschen befragten Personen mehr negativ konnotierte Emotionen wie beispielsweise Wut und Angst oder auch Verachtung gegenüber Migrant_innen als die Befragten aus den westdeutschen Bundesländern, die vermehrt positive Gefühle wie zum Beispiel Wertschätzung aufwiesen. Die größte „Angst“ lösten türkische Migrant_innen aus (Vgl. Asbrock et al., 2009, S. 159ff.). Somit wiesen die befragten Personen aus den ostdeutschen Bundesländern gegenüber türkischen Migrant_innen die meiste Angst und gleichzeitig weniger Wertschätzung auf als gegenüber anderen Migrant_innen-Gruppen. Dies könnte ein Erklärungsansatz sein, dass durch eine automatische Assoziation von Migrant_innen allgemein mit Türk_innen stattfindet und dieser Gruppe gegenüber eine niedrige Wertschätzung nachgewiesen wurde. Trotz des geringen Anteils von türkischen Migrant_innen an der ostdeutschen Bevölkerung kann deren Abwertung von Faktoren wie negativen Medienberichten mit dem gleichzeitigen Mangel an Kontaktmöglichkeiten verstärkt werden. Vorurteile können dann de facto in der Praxis nicht korrigiert werden (Vgl. ebd., S. 162, 165).

Die Faktoren, die rechtsextreme Einstellungen und somit Abwertung von schwachen sozialen Gruppen verstärken können sind in diesem Bereich hervorzuheben. Die Erfahrung von Anerkennung ist im Kontext mit den Faktoren äußerst relevant. Deshalb bilden Menschen aus den ostdeutschen Bundesländern durch die zuvor beschriebenen Bedingungen teilweise aufgrund von erhöhten Arbeitssuchendenquoten und längeren Zeiträumen der Arbeitslosigkeit möglicherweise Wahrnehmungen der Desintegration aus. Es entwickelt sich aufgrund von zum Teil objektiv prekärer Situationen eine subjektiv empfundene Prekarität. Dies kann zu einem Gefühl der Angst führen (Vgl. Mansel/ Kaletta, 2009, S. 78f.). Befragungen im Rahmen von Folge 7 der Studie „Deutsche Zustände“ ergaben, dass mit 41 Prozent mehr befragte Personen aus dem ostdeutschen Landesteil Angst davor hatten arbeitslos zu werden, während es bei den westdeutschen Befragten 33 Prozent waren. Außerdem gaben 48,5 Prozent der befragten ostdeutschen Personen an, dass sie ihre eigene finanzielle Situation als „eher schlecht“ einschätzten, während die Zahl in Bezug auf die befragten Westdeutschen bei 33,9 Prozent lag. Dieses Beispiel deutet Mansel und Kaletta zufolge darauf hin, dass in den ostdeutschen Bundesländern eine höhere *individuelle relative Deprivation*, also das Gefühl der eigenen Benachteiligung im Vergleich zu anderen Personen oder Gruppen ermittelt werden kann. Zudem fühlen sich mit 36,3 Prozent mehr Personen aus den ostdeutschen Bundesländern weniger anerkannt als im Vergleich 27,2 Prozent der westdeutschen

Befragten. Auf der Ebene *kommunikativ-interaktiver Sozialintegration*, also der Einschätzung von eigenen politischen Teilhabemöglichkeiten und ob die eigenen Anliegen ernst genommen werden zeigte sich eine starke Desintegrationstendenz. Hierbei stimmten 65,3 Prozent der ostdeutschen und 58,9 Prozent der westdeutschen Befragten der Aussage zu, dass sie glauben auf anstehende politische Entscheidungen keinen Einfluss nehmen zu können, eine starke Desintegrationstendenz. Des Weiteren gab hinsichtlich der moralischen Anerkennung mit 48,2 Prozent beinahe die Hälfte der Befragten aus den ostdeutschen Bundesländern an, dass sie nicht die Möglichkeiten haben auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen. Dieser Aussage stimmten 39,1 Prozent der befragten Personen aus den westdeutschen Bundesländern zu. Im Bereich der Desintegration fielen laut Mansel und Kaletta auf der *kulturell-expressiven* Ebene, also hinsichtlich des persönlichen sozialen Umfelds die Differenzen zwischen den Befragten aus den ost- beziehungsweise westdeutschen Landesteilen am geringsten aus, jedoch stimmten immerhin 45,1 Prozent der befragten Personen aus Ostdeutschland und 35,5 Prozent der Befragten aus Westdeutschland der Aussage zu, dass soziale Beziehungen immer instabiler werden würden (Vgl. Mansel/ Kaletta, 2009, S. 79-83).

Insgesamt bestätigte die Analyse die Annahme, dass der Mangel an sozialer Anerkennung bei Betroffenen eine verstärkte Abwertung von schwachen sozialen Gruppen hervorruft (Vgl. Mansel/ Kaletta, 2009, S. 87). Die Abwertung aller sozialen Gruppen die das Syndrom Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit umfasst, hängt mit empfundener Machtlosigkeit hinsichtlich politischer Entscheidungen zusammen. In Bezug auf individuelle relative Deprivation erhöhte sich Mansel und Kaletta zufolge die Abwertung hinsichtlich Islamfeindlichkeit und Fremdenfeindlichkeit. Zusammengefasst ergibt sich somit, dass Desintegration hinsichtlich der Erklärung von Vorurteilen einen bedeutenden Anteil leisten kann. Dies lässt außerdem den Schluss zu, dass Integrationsmaßnahmen zwischen den ost- und westdeutschen Landesteilen sowie Lösungsvorschläge hinsichtlich der Anerkennungsprobleme eine Möglichkeit darstellen, sozialem Konfliktpotenzial sowie der Abwertung sozialer Gruppen zu begegnen (Vgl. ebd., S. 87-90).

Zusammengefasst waren die Faktoren, die rechtsextreme Einstellungsmuster begünstigen, wie bereits im bisherigen zweiten Teil auch vorliegend sehr wichtig. Subjektive Ängste, Bedrohungsgefühle und die negative Einschätzung der eigenen Situation kann Abwertungen gegenüber sozialen Gruppen hervorrufen oder verstärken. Außerdem sind neben dieser Mikroebene auch Faktoren auf der Makroebene sehr wichtig. So wirken sich Krisen und einschneidende Ereignisse ebenfalls auf Diskriminierungen aus. Das „entsicherte Jahrzehnt“

im Zeitraum 2002 bis 2012 war so vom 11. September 2001 und damit verbunden von Bedrohungsgefühlen und steigender Islamfeindlichkeit geprägt. Hinzu kamen ab 2008 Wirtschafts- und Finanzkrisen, deren Folgen sich auf die Gesellschaft auswirkten. Besonders Personen, die sich finanziell von der Krise betroffen fühlen, neigen verstärkt zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Auch politische Unzufriedenheit und das Gefühl, keine politischen Teilhabemöglichkeiten zu haben und in seinen Anliegen nicht gehört zu werden, spielt eine wichtige Rolle. In Bezug auf die ostdeutschen Bundesländer spielt auch an dieser Stelle die Vereinigung und das Verhältnis zum westdeutschen Landesteil eine wichtige Rolle. Aufgrund der anhaltenden wirtschaftlichen Unterschiede werden Gefühle von Desintegration und Benachteiligung ausgelöst. In der Folge steigt die Abwertung von sozial schwächeren Gruppen an. Das Gefühl der relativen Deprivation, also der individuellen Benachteiligung verstärkt so zum Beispiel Fremdenfeindlichkeit. In diesem Zusammenhang wurden ostdeutsche Befragte im Rahmen von „Deutsche Zustände“ Folge 7 fremdenfeindlicher als westdeutsche Befragte erfasst. Der Mangel an Anerkennung führt demnach zu einer verstärkten Abwertung von schwachen sozialen Gruppen. Auch hier zeigt sich, dass das gesamtdeutsche Verhältnis und auch die Gleichstellung zwischen den Landesteilen ursächlich für Ängste und Benachteiligungen ist und sich somit in der Folge auf rechtsextreme Einstellungsmuster und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit auswirkt. Es zeigte sich außerdem, dass Abwertung und Diskriminierung kein Phänomen von sogenannten „Modernisierungsverlierer_innen“ oder sozioökonomisch schwächer gestellten Personen ist. Im Gegenteil, sind auch Langzeitarbeitslose ebenfalls eine soziale Gruppe, die stark von gesamtgesellschaftlicher Abwertung getroffen ist. In den letzten Jahren war zudem ein Anstieg von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in höheren Einkommensschichten erkennbar. Die Tendenz der letzten Jahre zeigt, dass sozialdarwinistische Bereiche ansteigen. So stiegen die Werte der Abwertung von Obdachlosen, Langzeitarbeitslosen und Menschen mit Behinderung an. Zudem nahmen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu. Islamfeindlichkeit nahm 2011 zwar nicht zu, jedoch lagen in diesem Bereich die Werte generell eher hoch. Zudem muss hier bedacht werden, dass dieser Bereich insbesondere im Zeitraum nach den Erhebungen bis 2012 und durch die Entwicklungen der letzten zwei Jahre von zusätzlicher Abwertung betroffen ist (Siehe dazu Decker et al., 2016).

Im Rahmen von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zeigt sich, dass meistens unterschiedliche schwache soziale Gruppen gleichzeitig abgewertet werden. Wie bereits bei der „Mitte-Studie“ wird auch hier betont, dass es sich bei der Abwertung von bestimmten

sozialen Gruppen um ein in der gesamten Gesellschaft verbreitetes Muster handelt. Somit wird diese Annahme auch vorliegend bestätigt. Die gesellschaftliche Abwertung gegenüber spezifischer Gruppen ändert sich im Zeitverlauf, aus diesem Grund müssen auch hier unterschiedliche Ebenen entsprechend auf diese Veränderungen eingehen und sie reflektieren.

11.3 WZB-Untersuchung zu PEGIDA: Protestforschung am Limit

In dem folgenden letzten inhaltlichen Abschnitt wird zunächst PEGIDA („Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“) kurz vorgestellt, um so eine Grundlage für die anschließende Vorstellung der Untersuchung zu bilden. Dabei wird die Entwicklung der Bewegung in den letzten zwei Jahren kurz beschrieben und daran anschließend auf ausgewählte Strategien, Symbolik und inhaltliche Ausrichtungen eingegangen. Zuletzt wird kurz auf die Verbindung zwischen dem Hufeisenmodell und der Protestbewegung eingegangen.

PEGIDA wurde im Oktober 2014 von 12 Personen initiiert und von einem Organisationsteam bis Ende Januar 2015 von diesem geführt. Am 11. Oktober des gleichen Jahres wurde eine Facebook-Gruppe gegründet, die für das gemeinsame Auftreten und die Mobilisierung eine wichtige Rolle spielte. Am 19. Dezember 2014 wurde ein Verein eingetragen, dessen Vorsitz Lutz Bachmann erhielt (Vgl. Vorländer, 2016, S. 5, 10ff.). Der Protest von PEGIDA erreichte bereits im November 2014 5.000 Teilnehmer_innen. Bis zur Jahreswende waren es dann schätzungsweise 18.000 Pegidist_innen, die sich alleine in Dresden versammelten. Die Zahl stieg am 12. Januar 2015 auf 25.000 Protestierende. Die Ursache hierfür war mitunter der wenige Tage zuvor stattgefundene Anschlag auf Charlie Hebdo in Paris (Vgl. Becher et al., 2015, S. 7ff.). Ende Januar 2015 kam es zu einer internen Spaltung, die aus Skandalen um Bachmann resultierte. In Folge dessen verließ die Hälfte der Mitglieder das Organisationsteam. Dies könnte mitunter ein Grund für die fortan geringeren Teilnehmer_innenzahlen sein (Vgl. ebd., S. 13ff.). Bachmann legte Ende Januar 2015 sein Amt vorzeitig aufgrund eines Fotos von ihm in Hitler-Pose sowie fremdenfeindlicher Aussagen nieder. Wenige Wochen nach dieser internen Aufspaltung wurde Bachmann jedoch erneut als PEGIDA-Chef aufgestellt (Vgl. Schröder, 2015, S. 1). Aufgrund von unangemessenem Verhalten einer Gruppe um Bachmann während des Festakts zum Tag der deutschen Einheit am 03. Oktober 2016 erhielt dieser ein Anmeldeverbot von Demonstrationen in Dresden bis zum Jahr 2021. Bachmann setzte sich in der Folge auf

juristischem Weg zur Wehr (Lasch, 2016, S. 1). Es bleibt deshalb abzuwarten, wie die weiteren Entwicklungen aussehen werden.

Die Organisator_innen der Protestbewegung verfolgen eine bewusste Strategie, die von Ängsten und Benachteiligungsgefühlen profitiert. Der PEGIDA-Vorsitzende Lutz Bachmann beschreibt die Bewegung so als die „Vollenderin der deutschen Einheit“ (Becher et al., 2015, S. 7). In diesem Sinne proklamierte er die Zielsetzung, gemeinsam eine zweite Mauer, nämlich die in den Köpfen zwischen den Ost- und Westdeutschen einzureißen. Interessant ist die Symbolik des PEGIDA-Logos, welches das Piktogramm eines Menschen neben einem Mülleimer darstellt. Die gedankliche Assoziation führt also ausgerechnet zu einem bekannten antifaschistischen Emblem. Neben dem Hakenkreuz wird im Fall von PEGIDA jedoch auch das Wahrzeichen der Antifaschistischen Aktion, die IS-Fahne und das Symbol der kurdischen Arbeiter_innenpartei PKK entsorgt. Hier zeigt sich, dass der Linie des Hufeisenmodells, im Sinne der Gleichsetzung von „Rechts- beziehungsweise Linksextremismus“ gefolgt wird und PEGIDA sich dabei gleichzeitig als antiextrem vermarktet. Auffallend ist zudem, dass durch die verwendete Symbolik der IS und die PKK, welche im Irak und in Syrien einen Krieg gegen eben diesen führt, gleichgesetzt werden (Vgl. Becher et al., 2015, S. 7ff.). Bachmann selbst verortet die politische Orientierung PEGIDAS „nur ein wenig weiter rechts von der CDU“, die in den 1960er Jahren in Westdeutschland die Rettung der abendländischen Kultur forderte (Ebd., S. 19f.). Das PEGIDA-Positionspapier, das im Dezember 2014 vorgelegt wurde, entspricht rechten Programmatiken und weist auf den inhaltlichen Konnex zur AfD hin. So werden unter anderem die Erhöhung der polizeilichen Mittel und eine Nulltoleranzpolitik gegenüber Asylsuchenden und Migrant_innen, die zuvor straffällig geworden waren gefordert. Darüber hinaus wird Kritik an der von PEGIDA als „wahnwitzigen Gender Mainstreaming“ bezeichneten Geschlechtergleichstellung, geübt (Becher et al., 2015, S. 21).

Das Hufeisenmodell spielt eine wichtige Rolle hinsichtlich des Erfolgs der Protestbewegung. Miro Jennerhans, Mitglied der Rechtsextremismuskommission der Grünen, sieht die Ursache dafür, dass gerade in Sachsen PEGIDA eine so hohe Anhänger_innenschaft hat darin, dass dort Vertreter des Hufeisenmodells wie Uwe Backes, Werner Patzelt oder Eckard Jesse im öffentlichen Diskurs eine gewisse Deutungshoheit besitzen. So ist Uwe Backes Mitglied der Direktion des an die Technische Universität Dresden angegliederten Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung. Zudem werden Überlegungen von Eckard Jesse für die Analyse und Erklärung von rechten Bewegungen, die sich nicht in einem dichotomen Verhältnis zur

Demokratie befinden von Bewegungen wie PEGIDA genutzt, um das Selbstbild gegen jegliche extremistischen Formen abzugrenzen. Eine weitere Gefahr der Doktrin des Hufeisenmodells ist, dass sie zur Delegitimierung des Protests gegen Rechts führt (Vgl. Jennerjahn, 2014 zitiert nach Becher et al., 2015, S. 26f.).

Nachfolgend wird nun die Untersuchung des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung zu PEGIDA vorgestellt. Dabei wird im Kontext der Befragung von Pegidist_innen auf politische Einstellungen und damit verbunden die politische Selbstpositionierung, auf Positionen zum Rechtsextremismus im Sinne der Zustimmung zu Aussagen innerhalb rechtsextremer Dimensionen sowie auf Islamfeindlichkeit und Abwertung von Asylsuchenden eingegangen. Dabei handelt es sich um Bereiche, die im Rahmen der Onlinebefragung untersucht wurden.

Ausgangspunkt der Untersuchung war die Tatsache, dass sich in Dresden seit Oktober 2014 immer mehr Menschen unter dem Namen „PEGIDA“ versammelten. Im Zuge der Untersuchung des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung beobachtete ein Forscher_innenteam um Dieter Rucht am 12. Januar 2015 die Pegidist_innen bei einer PEGIDA-Montagsdemonstration in Dresden. Unter den Teilnehmer_innen der Demonstration wurden 670 Handzettel ausgeteilt, wobei die Mehrzahl der schätzungsweise 1800 angesprochenen Personen die Kooperation verweigerte. Die Handzettel wiesen auf einen Link zu einer Onlinebefragung hin, an der sich 123 Personen beteiligten. Hierbei handelte es sich mehrheitlich um Männer. Die Rücklaufquote dieser Untersuchung fiel mit 18,4 Prozent relativ gering aus. Daher konnte der „typische“ Pegidist beziehungsweise die typische Pegidistin nicht charakteristisch beschrieben werden. Zudem wird vermutet, dass sich die radikaleren Demonstrierenden der Befragung verweigerten. Bei den Teilnehmer_innen der Umfrage handelte es sich überwiegend um Männer über 40, die über ein hohes Bildungsniveau verfügten und zudem gut im Berufsleben integriert waren (Vgl. Rucht et al., 2015, S.3). Bei der Verteilung der Handzettel während der Demonstration wurde das Geschlecht sowie die Anzahl der bisherigen Teilnahmen an Pegida-Demonstrationen abgefragt. So konnten die Angaben der 670 Personen, welche die Handzettel angenommen hatten mit jenen der 123 Personen, welche bei der Online-Befragung teilgenommen hatten, verglichen werden. Zwischen diesen beiden Gruppierungen ergaben sich bezüglich der zwei abgefragten Merkmale keine größeren Unterschiede. (Vgl. ebd., S. 6). Zusätzlich zur Onlinebefragung wurden die während der Auftaktkundgebung sowie im Rahmen des Protestmarsches

verwendeten Plakate, Slogans und Symboliken sowie die Reden und Sprechchöre während der Demonstration. (Vgl. ebd.). Vorliegend wird auf die Onlinebefragung eingegangen.

Schwierigkeiten gab es hinsichtlich der knappen Vorbereitungszeit, der Durchführung der Untersuchung und schließlich der Auswertung des Datenmaterials. Die Teilnahme an der Online-Umfrage war bis zum 14. Januar 2015 möglich. Eine weitere Herausforderung betraf die Situation der Feldforschung vor Ort. Die Beobachter_innen-Teams wurden von den Pegidist_innen mit Ablehnung und aggressiven Haltungen und teilweise auch rassistischen und sexistischen Äußerungen konfrontiert, die in einigen Fällen Angst erzeugten. Des Weiteren fiel es einigen der Forscher_innen aufgrund ihrer persönlichen politischen Haltung nicht leicht, den Vorgaben während der Feldforschung zu folgen, welche Neutralität und ein freundliches Auftreten beinhalteten. Außerdem hatten die meisten involvierten Forscher_innen Erfahrungen in der Protest- und Bewegungsforschung, jedoch nicht in der Rassismusforschung. Aus diesem Grund wurden für die Befragung Elemente aus der „Mitte“-Studie der Universität Leipzig aus dem Jahr 2014 übernommen. Während frühere Befragungen im Rahmen von Demonstrationen unkompliziert verliefen, bestand im Fall der PEGIDA-Demonstration die Gefahr von Interventionen seitens der Organisator_innen beziehungsweise Ordner_innen. (Vgl. Rucht et al., 2015, S. 3f.).

Wie bereits erwähnt, war die Rücklaufquote der Befragung recht gering. Von den ungefähr 17.000 Teilnehmer_innen der Demonstration wurden circa 1.800 Personen angesprochen, was 10,6 Prozent der Demonstrations-Teilnehmer_innen entsprach, von diesen nahmen 670 Personen den Handzettel an und 123 Personen nahmen an der Online-Befragung teil, was einer Quote von 0,7 Prozent entspricht. Im gesamten Demonstrationzug wurden weitaus weniger Frauen unter den Teilnehmenden beobachtet als Männer, zudem wurden 78 Prozent der Handzettel an Männer verteilt und 22 Prozent an Frauen. Die WZB-Untersuchung bezieht sich auf jenen Teil der Demonstrierenden, der gegenüber der Befragung aufgeschlossen war. Diese waren in der Regel eher jünger, männlich und internetaffin (Vgl. Rucht et al., 2015, S. 7f., 51).

Die Fragestellungen der Untersuchung befassten sich mit der sozialen Zusammensetzung, der Motivation hinsichtlich der Beteiligung an PEGIDA und den damit zusammenhängenden Prozessen bis zur Teilnahme, sowie mit der bisherigen spezifischen Erfahrung mit Protest der Teilnehmer_innen der PEGIDA-Demonstration. Außerdem wurde die Haltung gegenüber dem Islam, die Einschätzung der Demokratie, die jeweiligen Zukunftsängste sowie die

Positionierung gegenüber PEGIDA- nahen Thesen befragt. Die Befragung stützte sich auf frühere repräsentative Befragungen wie zum Beispiel ALLBUS und das World Value Survey (Vgl. ebd.).

11.3.1 Die Ergebnisse der Studie

Die Untersuchung erfasste mit 44,2 Prozent größtenteils einen Personenkreis aus Dresden sowie mit 41,7 Prozent Personen aus der näheren Umgebung Dresdens. Diejenigen, welche an der Befragung teilnahmen wiesen im Durchschnitt ein hohes Bildungsniveau auf, 35 Prozent von ihnen verfügten über ein abgeschlossenes Studium. Dies entspricht einem Wert, der dreimal so hoch ist wie in der Gesamtbevölkerung (Vgl. ebd., S.9ff.).

Im Bereich der politischen Selbstpositionierung verortete sich ein Großteil der befragten Personen mit 48,7 Prozent innerhalb der sogenannten „politischen Mitte“. 33,3 Prozent positionierten sich politisch im rechten Spektrum. Der Wert des European Social Survey aus dem Jahr 2012 lag für die Gesamtbevölkerung mit 9,6 Prozent auf einem vergleichsweise geringen Wert. Unter den Befragten der WZB-Untersuchung platzierten sich 1,7 Prozent als extrem rechts. Vermutet wird, dass die Selbstpositionierung innerhalb der politischen möglicherweise aus taktischen Gründen erfolgte, um das öffentliche Bild hinsichtlich der Anhänger_innenschaft und der politischen Ausrichtung von PEGIDA zu verbessern (Vgl. Rucht et al., 2015, S. 19).

Abbildung 12: Politische Selbsteinschätzung der befragten Pegidist_innen auf der Links-Rechts-Skala in Prozentangaben

Politische Selbstpositionierung	N	%
Extrem links	2	1,7
Links	9	7,7
Mitte	57	48,7
Rechts	39	33,3
Extrem rechts	2	1,7
Keine Position auf dieser Skala	8	6,8
Gesamt	117	

(Rucht et al., 2015, S. 19)

Bezüglich des Wahlverhaltens gaben 33 Prozent der befragten Personen an, bei der letzten Bundestagswahl die AfD und 21 Prozent die CDU/CSU gewählt zu haben. Bei der

sächsischen Landtagswahl 2014 wählten laut der Selbstausskunft der befragten Personen 49 Prozent die AfD: Das tatsächliche Ergebnis der Landtagswahl zeichnete jedoch ein anderes Bild. Die CDU wurde mit einem Stimmenanteil von 39,4 Prozent gewählt während die AfD 9,7 Prozent der Stimmen erhielt. Bezüglich der Sonntagsfrage gaben 89 Prozent der befragten Personen an, sie würden die AfD wählen, während 5 Prozent die NDP wählen würden. Die Linke würden 3 Prozent wählen, die SPD 2 Prozent und ein Prozent würden die Piratenpartei wählen. Keine_r der Befragten gab dabei an, die CDU zu wählen (Vgl. ebd., S. 19ff.).

Die Befragung ergab des Weiteren, dass vor allem die Angst vor „dem Fremden“ unter den Teilnehmer_innen stark verbreitet war. So stimmten 80 Prozent der Aussage „Ich fürchte mich sehr vor dem Verlust nationaler Identität und Kultur“ zu. Da der Anteil der Muslim_innen in Sachsen 2010 laut Angaben der sächsischen Landesregierung bei weniger als 0,1 Prozent lag, ist die Angst vor einem Verlust an nationaler und kultureller Identität sehr auffallend. Ein weiteres Element der Befragung betraf die Haltung gegenüber der Idee der Demokratie. Diese erhielt mit 90,4 Prozent an Zustimmungswerten im Bereich „sehr“ oder „ziemlich dafür“ eine hohe Wertschätzung. Dieser Wert lag nur leicht unter jenem der „Mitte“-Studie aus dem Jahr 2014, der bei 91,3 Prozent an Zustimmung lag. Gleichzeitig widersprachen mit 69,8 Prozent die meisten der befragten Personen der Ansicht, dass das politische System der Bundesrepublik gut funktionieren würde und 68,9 Prozent der Befragten waren der Meinung, dass sie keine oder nur geringe Einflussmöglichkeiten auf die Handlungen der Regierungen haben. (Vgl. Rucht et al., 2015, S. 23ff.).

Im Bereich der Zustimmungswerte zu rechten Aussagen wurde nach dem Vorbild der Leipziger Form der „Mitte-Studien“, auf der die Untersuchungen des „Rechtsextremismus der Mitte“ aufbauen, fünf der sechs Dimension bezüglich des rechtsextremen Weltbildes für die Befragung angewandt. Zu diesen zählen *Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur*, *Chauvinismus*, *Verharmlosung des Nationalsozialismus*, *Ausländerfeindlichkeit (Fremdenfeindlichkeit)*, *Antisemitismus*, *Islamfeindschaft* sowie *Abwertung von Asylbewerbern*. Die Zustimmung zu diesen Dimensionen wurde bei Antisemitismus mit einer Aussage und bei den restlichen Dimensionen jeweils mit zwei Aussagen gemessen (Rucht et al., 2015, S. 27). Nachfolgend wird von zwei erfragten Aussagen je Dimension, jeweils diejenige mit dem höheren Zustimmungswert nach Rucht et al., 2015) genannt. Bei einigen Aussagen befinden sich die Werte auch beinahe auf einem gleichen Wert. Die Zustimmungswerte setzten sich aus zwei Antwortkategorien zusammen: die erste Antwortkategorie bezieht sich auf „*stimme ganz zu*“ und „*stimme überwiegend zu*“, die

zweite Antwortkategorie umfasst „*stimme teils zu/ teils nicht zu*“. Der Zustimmungswert zu den entsprechenden rechtsextremen Aussagen lag insgesamt über jenem der Gesamtbevölkerung. In der Dimension *Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur* stimmten 7,8 Prozent der Befragten der Aussage „Im Nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform“ in der ersten Antwortkategorie zu, während 27 Prozent in der zweiten Antwortkategorie antworteten. In der Dimension *Chauvinismus* befürworteten 81 Prozent der Befragten die Aussage „Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben“ mit der ersten Antwortkategorie und 15,5 Prozent in der zweiten Antwortkategorie. In der Dimension *Verharmlosung des Nationalsozialismus* stimmten der Aussage „Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten“ 5,2 Prozent in der ersten Antwortkategorie und 21,7 Prozent in der zweiten Antwortkategorie zu. Hinsichtlich der Zustimmungswerte im Bereich der *Ausländerfeindlichkeit* stimmten 53,8 Prozent der Aussage, dass Migrant_innen nur noch Deutschland kommen „um unseren Sozialstaat auszunutzen“ mit der ersten Antwortkategorie und 37,1 Prozent mit der zweiten Antwortkategorie zu. Hinsichtlich *Antisemitismus* stimmten der Aussage „Auch heute ist der Einfluss der Juden zu groß“ mit 14,8 Prozent in der ersten Antwortkategorie und 17,4 Prozent in der zweiten Antwortkategorie zu. Im Bereich der *Islamfeindschaft* stimmten der Aussage „Durch die vielen Muslime fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land“ mit 28,5 Prozent in der ersten Antwortkategorie und 35 Prozent in der zweiten Antwortkategorie zu. Dadurch lag der allgemeine Zustimmungswert im Vergleich zur „Mitte“-Studie aus dem Jahr 2014 (Decker et al., 2014) unter jenem des Bevölkerungsdurchschnitts. Andererseits lag im Bereich *Abwertung von Asylbewerbern* der Wert der Ablehnung hinsichtlich der Großzügigkeit bei der Prüfung von Asylanträgen mit 80,5 Prozent in der ersten Antwortkategorie deutlich über dem bundesweiten Durchschnitt. Der Wert in der zweiten Antwortkategorie betrug 12 Prozent. Im Bereich der Aussagen zur Einbindung von islamischer Kultur betrug der Ablehnungswert bezüglich der Aussage, dass eine muslimische Lehrerin das Recht haben sollte, „im Schulunterricht ein Kopftuch zu tragen“ unter den befragten Pegidist_innen 98 Prozent. Der Aussage, dass der Bau von öffentlichen sichtbaren Moscheen „in Deutschland eingeschränkt werden“ sollte stimmten 93 Prozent zu (Vgl. Rucht et al., 2015, S.28ff.).

Die Untersuchung ergab, dass die Pegidist_innen, die an der Befragung teilnahmen „zu Teilen rechtspopulistische, rechtsextremistische Einstellungen“ (Rucht et al., 2015, S. 51) aufwiesen, jedoch stimmten viele der Befragten in teils/teils-Antworten zu (Vgl. ebd.). Das

Forscher_innen-Team widerspricht dem in der Öffentlichkeit häufig vertretenen Bild von PEGIDA als „harmlose, wenngleich von Sorgen geplagten“ (Ebd.) normalen Bürger_innen, denn obwohl dieses Bild gerade seitens der Organisator_innen nach außen hin kommuniziert wird, sehen sie den Kern der Inhalte als „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ sowie als „einen kaum verhüllten Rassismus“ (Ebd.).

Zusammengefasst sieht sich fast die Hälfte der befragten Dresdner Pegidist_innen in der politischen Mitte positioniert. Es herrscht eine hohe Bereitschaft die AfD zu wählen, gleichzeitig erhält die CDU einen hohen Stimmenanteil. Obwohl eine ablehnende Haltung gegenüber etablierten Parteien betont wird, zeigt sich auch an dieser Stelle, dass Befragte die rechtsextremen Aussagen in der Regel zustimmen, häufig CDU- Wähler_innen sind. Ebenfalls war auch die positive Haltung gegenüber der Demokratie eindeutig. Auf der anderen Seite waren viele Befragte mit der Politik und ihren eigenen politischen Einflussmöglichkeiten unzufrieden. Hier zeigt sich wie zuvor bei den Untersuchungen zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, dass politische Teilhabemöglichkeiten ein wichtiger Faktor hinsichtlich rechtsextremer Einstellungen sind. Interessant ist, dass die Zustimmungswerte zwischen den beiden Antwortkategorien nicht einheitlich waren. Bei den unterschiedlichen Aussagen waren die beiden Antwortkategorien so jeweils unterschiedlich dominant. Jedoch fällt auf, dass auch bei dieser Untersuchung viele Befragte in der teils/ teils-Kategorie (vorliegend also in der zweiten Kategorie) antworteten. Auch in dieser Untersuchung ergeben sich hohe Zustimmungswerte hinsichtlich Ausländerfeindlichkeit, die Werte für Islamfeindschaft waren zwar etwas niedriger als bei der „Mitte-Studie“, jedoch wurden die Aussagen hinsichtlich der Abwertung von Asylbewerber_innen in hohem Maß mit Zustimmung beantwortet. Neben politischer Unzufriedenheit und dem Gefühl, keinen Einfluss auf die Politik zu haben, muss PEGIDA somit auch im Kontext von rassistischen und diskriminierenden Inhalten thematisiert werden. Die beiden erstgenannten Faktoren können die im Kern rechtsextremen Einstellungsmuster verstärken. Strategisch nutzt die Protestbewegung diese Unzufriedenheit und die bestehenden Unterschiede zwischen beiden Landesteilen und leitet sie auf ihre rechten Inhalte um. Dabei gibt sie sich nach außen hin jedoch größtenteils gemäßigt und verwendet ein Symbol, das an antifaschistische Symbolik erinnert. Dabei orientiert sie sich an der Logik des Hufeisenmodells, aus dem sie ihre Legitimation zieht. Ein weiterer wichtiger strategischer Punkt betrifft den Ausspruch „Wir sind das Volk“. Dieser wird von PEGIDA vollkommen sinnentfremdet. Grundlegende Werte der DDR-Bürger_innenbewegung von 1989 werden so massiv missbraucht. Damals wurde für

„Offenheit, Menschenrechte und Mitmenschlichkeit“ (O.V., 2015) gekämpft, man demonstrierte friedlich für eine Öffnung nach außen. PEGIDA hingegen kämpft für das Gegenteil, für Abschottung, Diskriminierung schwacher sozialer Gruppen und Menschenfeindlichkeit.

Dieser Teil konnte unterstreichen, wie sich bestimmte Faktoren auf das Einstellungsmuster auswirken können. In diesem Zusammenhang wurden viele Angstmuster auf individueller Ebene, aber auch auf der Makroebene durch die schnelle deutsche Vereinigung hervorgerufen oder verstärkt. Bis heute spielt die ökonomische Stellung der ostdeutschen Bundesländer im Verhältnis zum westdeutschen Landesteil eine wichtige Rolle. Dabei ist generell auch der Einfluss der westdeutschen rechtsextremen Strukturen nach der Vereinigung auf die ostdeutsche Situation zu bedenken. Die theoretischen Grundlagen der beiden ersten Teile konnten in diesem dritten Teil aufgegriffen und veranschaulicht werden. Somit zeigt sich unter anderem, wie Sozialisations- und Deprivationserfahrungen sich auf die rechtsextreme Einstellung auswirken. Diese Einstellungsebene äußert sich in unterschiedlichen Dimensionen. Einzelne Dimensionen sind verstärkt im Ost- beziehungsweise auch im westdeutschen Landesteil unter den Befragten verstärkt anzutreffen, dabei gibt es insgesamt keine signifikanten Unterschiede. Im nächsten Schritt äußert sich diese Einstellungsebene dann auf der Ebene des Verhaltens, vorliegend wurde dabei auf PEGIDA als Protestmittel eingegangen. Diese zieht ihre Legitimation aus dem Hufeisenmodell, während ihr Protest gleichzeitig symbolisch für den aktuellen Prozess der Abwertung spezifischer schwacher sozialer Gruppen, Fremdenfeindlichkeit und dem Schüren von Angst und Hassgefühlen steht.

Teil IV

Conclusio und Ausblick

Die vorliegende Masterarbeit befasste sich mit der Frage danach, inwiefern rechtsextreme Einstellungen in der Gesamtgesellschaft vorhanden sind. Des Weiteren wurde untersucht, welche Spezifika dabei in den ostdeutschen Bundesländern seit dem Systemwechsel erkennbar sind. Um die Forschungsthematik zu erarbeiten, bestand die Arbeit aus drei inhaltlichen Teilen sowie der vorliegenden Conclusio und dem abschließenden Ausblick als viertem Teil.

Der erste Teil umfasste das Forschungsdesign dieser Arbeit. Den forschungsleitenden Fragestellungen lag die Annahme zugrunde, dass rechtsextreme Einstellungen hinsichtlich ihrer inhaltlichen Dimensionen gesamtgesellschaftlich verbreitet sind, wodurch das Extremismuskonzept des deutschen Verfassungsschutzes diese als breitenwirksames Phänomen nicht ausreichend erfasst. Eine weitere Annahme bestand darin, dass rechtsextreme Einstellungen innerhalb der bundesweiten Bevölkerung verbreitet sind und dass die ostdeutschen Bundesländer kein Spezifikum sind, da sich hinsichtlich der Dimensionen rechtsextremer Einstellungen und deren Intensität Unterschiede zwischen beiden Landesteilen zeigen. Diese Annahmen konnten wie nachfolgend beschrieben im Rahmen der ausgewählten Ansätze und Untersuchungen bestätigt werden.

Die Hypothese, die in der vorliegenden Masterarbeit bewiesen wurde lag somit darin, aufzuzeigen, dass Rechtsextremismus beziehungsweise dessen Einstellungsmuster keine Problematik von Extremist_innen am Rande der Gesellschaft ist. Rechtsextreme Einstellungen sind in der Mehrheitsbevölkerung vorhanden. Des Weiteren konnte aufgezeigt werden, dass diese Einstellungsmuster keine Problematik der ostdeutschen Bundesländer sind, sondern dass es sich hierbei um eine bundesweite Herausforderung handelt. Diese Einstellungsmuster unterscheiden sich jeweils bezüglich der Intensität von unterschiedlichen Dimensionen rechtsextremer Einstellung.

Die theoretische Grundlage der Arbeit befasste sich zunächst mit einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Hufeisenmodell.

Der zweite Teil stellte zunächst Faktoren, die rechtsextreme Einstellungen fördern können vor. Sowohl die Kritik am Hufeisenmodell, also auch die genannten Faktoren werden am Ende dieses Kapitels ausführlich reflektiert, da sie abschließend wichtige Erkenntnisse dieser Arbeit vorstellen. Außerdem soll dadurch am Ende aufgezeigt werden, dass die theoretischen Grundlagen des ersten und des zweiten Teils durch die Ausarbeitungen im dritten Teil bestätigt werden konnten. Dadurch kann erstens aufgezeigt werden, dass rechtsextreme Einstellungen ein fester Bestandteil unserer Gesellschaft sind. Zweitens können derzeitige fremdenfeindliche Entwicklungen dadurch erklärt werden. Erst durch diese Erklärungen können letztlich auch Lösungsmöglichkeiten entwickelt werden.

Im weiteren Verlauf wurden unterschiedliche inhaltliche Bestandteile (also Dimensionen) rechtsextremer Einstellung vorgestellt. Dadurch wurde die Komplexität dieser Denkweise aufgezeigt. Je nach Forscher_in sind die Dimensionen meistens unterschiedlich zusammengesetzt. Durch die jeweiligen Erfahrungen und Faktoren, unterscheidet sich die Intensität von einzelnen Dimensionen jeweils bei einzelnen Bevölkerungsgruppen oder Landesteilen. Betrachtet man die Intensität von spezifischen Dimensionen beziehungsweise Bestandteilen rechtsextremer Einstellung, so spielt zum Beispiel die deutsche Vereinigung hinsichtlich der ostdeutschen Bundesländer eine wichtige Rolle. Die Erfahrungen im Rahmen dieser Entwicklungen erklären mitunter, warum die Dimensionen *Ausländerfeindlichkeit*, *Autoritarismus*, *der Befürwortung einer Diktatur* und *Sozialdarwinismus* in diesem Landesteil stärker ausgeprägt sind (Vgl. Decker et al., 2016). So hängt die höhere Ausprägung von Fremdenfeindlichkeit mitunter an dem verhältnismäßig geringen Kontakt zwischen ostdeutschen Bürger_innen und Migrant_innen zusammen: zum einen ist der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in den ostdeutschen Bundesländern vergleichsweise gering, außerdem gab es weniger Gastarbeiter(_innen) als in den westdeutschen Bundesländern, wo von vorneherein der wirtschaftliche Nutzen von dieser Form der Migration verstärkt öffentlich aufgezeigt wurde (Vgl. Heß, 1996).

Im weiteren Verlauf wurden ausgewählte Erscheinungsformen von rechtsextremer Denkweise vorgestellt. Dieser Bereich hängt mit rechtsextremen Verhaltensweisen (zum Beispiel Wahlverhalten, Protestverhalten oder Gewalt) zusammen. Zu bedenken ist dabei, dass rechtsextreme Einstellungen diesen Verhaltensweisen vorgelagert sind: das Verhalten resultiert beziehungsweise basiert also auf diesen Einstellungen. Da in letzter Zeit vor allem Rechtspopulismus und neu-rechte Strategien vorherrschen, muss also bedacht werden, dass rechtspopulistische Wahlerfolge und neu-rechte Diskurse und Strategien letztlich auf

rechtsextremen Einstellungsmustern basieren. Dies zeigt auf, in welchem Ausmaß rechtsextreme Einstellungen somit also in der Gesellschaft existieren. Erscheinungsformen wie zum Beispiel Parteien wie die AfD oder Protestbewegungen wie PEGIDA haben einen großen Einfluss auf die Gesellschaft. Gleichzeitig verkörpern sie häufig rechtsextreme Inhalte, die sprachlich abgeschwächt werden. Hierbei handelt es sich um eben jene Grauzone dieser Ideologie, die das Hufeisenmodell nicht erfassen kann. Doch gerade diese Grauzone ist es, innerhalb der sich das Verhältnis zwischen Ideologie und Gesellschaft deutlich zeigt. Die Programmatik und Strategie dieser Formen orientiert sich einerseits an den gesellschaftlichen Werten, Orientierungen und Einstellungen im Sinne der politischen Kultur. Gleichzeitig stimmen gesellschaftliche Mitglieder diesen Aussagen auch zu, wodurch also ein Kreislauf besteht. Dabei wird also rechtsextremen Aussagen zugestimmt, teilweise geschieht dies unbewusst. Durch diesen Prozess werden rechtsextreme Inhalte somit zum Bestandteil von der politischen Kultur der Gesellschaft im Sinne von kollektiven Einstellungen, Orientierungen und Wertvorstellungen. Aus diesem Grund müssen die aktuellen Entwicklungen unbedingt im Kontext mit diesen Einstellungsmustern und deren gesamtgesellschaftlichen Einfluss und ihren Auswirkungen auf unsere Gesellschaft problematisiert werden.

Der dritte Teil stellte den Zeitverlauf und die Entwicklung von rechtsextremen Einstellungen in den ostdeutschen Bundesländern vor. So wurden die Entwicklungsphasen rechtsextremer Einstellungen im zeitlichen Verlauf seit der deutschen Vereinigung dargestellt. Dabei wurden die Funktionen von rechtsextremen Einstellungen (zum Beispiel als Protestmittel) und der Umgang mit diesen während der DDR vorgestellt. Des Weiteren wurden spezifische Merkmale von ostdeutschem Rechtsextremismus aufgezeigt, sowie die generelle wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dieser Thematik. Ein wichtiger Aspekt liegt in den Bedingungen durch die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Veränderungen durch den Systemwechsel und die Vereinigung. Dabei spielen Faktoren, die rechtsextreme Einstellungen fördern eine wichtige Rolle, insbesondere Desintegration. Betrachtet man zusammengefasst die einzelnen vorgestellten Etappen in Bezug auf die ostdeutschen Bundesländer, so ergibt sich das nachfolgend beschriebene Bild.

Innerhalb der DDR existierten kaum soziologische Umfragen hinsichtlich rechtsextremer Einstellungen. Der Kontakt zu „Fremden“ war größtenteils entweder nicht erwünscht oder fand in einem offiziализierten Rahmen statt. Dieser Umstand und die wirtschaftlichen Problemlagen der 1980er Jahren riefen Antipathien gegenüber Migrant_innen hervor. Die

grundsätzliche Unterbindung von Internationalisierung und die gleichzeitige Arbeitsmigration führten zumeist zum Ausschluss von systemfremden Personen und riefen deren gleichzeitige institutionelle Ausgrenzung hervor. Der mangelnde Kontakt zu Migrant_innen bestärkte Ängste und Abwertungen diesen gegenüber welche sich in der Folge teilweise in Gewaltakzeptanz oder -bereitschaft äußerten (Vgl. Heß, 1996).

Durch die deutsche Vereinigung wurden zwei sehr heterogene Gesellschafts-, Wirtschafts- sowie Gebilde politischer Ordnung vereint, wodurch ebenso zwei unterschiedliche Wertesysteme zusammengeführt wurden. Neben positiven Veränderungen, die der ehemaligen DDR-Bevölkerung begegneten, entstanden jedoch auch negative Folgen für große Teile der Bevölkerung. Diese mündeten größtenteils in eine Verschlechterung individueller Lebens- und Arbeitsrealitäten, wodurch Bedürfnisse nach Faktoren wie zum Beispiel Ordnung und Stabilität hervorgerufen wurden. Durch Desillusionierung gegenüber Staatssozialismus auf der einen Seite und der neuen Politik- und Wirtschaftsordnung auf der anderen Seite, die viele für ihre eigene Situation verantwortlich machten, wurden Faktoren wie Entsolidarisierung, das Gefühl der Benachteiligung und Identitätskrisen verstärkt (Vgl. dazu u.a. Schubarth, 1992/ Segert, 1993/ Heitmeyer, 2009). Durch aufkommende Probleme für größere Bevölkerungsteile und eine gleichzeitige privilegierte Minderheit konnte Extremismus von den Bedingungen profitieren (Vgl. Segert, 2013, S. 2017). Diese Erfahrungen aufgrund der damaligen Umbruchsituation wurden auf der zivilgesellschaftlichen Ebene häufig in Form von Wut gegen Migrant_innen und Asylsuchende geäußert. Diese zivilgesellschaftlichen Entwicklungen wirkten sich auf die Ebene der politischen Parteien aus, indem rechtsextreme Parteien von dieser Stimmung profitierten (Vgl. Neureiter, 1996) und Regierungsparteien sich strategisch an rechter Agitation orientieren.

Im Rahmen dieser Vereinigung und des Systemwechsels wurden vermehrt wissenschaftliche Untersuchungen zu rechtsextremen Einstellungen durchgeführt. Das wissenschaftliche Interesse konzentrierte sich zunächst auf die Jugend. Im Rahmen der BISS-Studie des Berliner Instituts für sozialwissenschaftlichen Studien wurde 1990 das Einstellungspotenzial der DDR-Bevölkerung untersucht. Die vorgestellten Untersuchungen zeigten auf, dass rechtsextreme Einstellungen bundesweit verbreitet sind und dass fremdenfeindliche Aussagen vor allem durch den Systemwechsel innerhalb kürzester Zeit angestiegen waren. Untersuchungen des Zentralinstituts für Jugendforschung Leipzig, die sich mit der Wirkung von antifaschistischer Erziehung zu DDR-Zeiten befassten, konzentrierten sich dabei auf das Geschichtsbild der Jugendlichen. Die Resultate wiesen auf ein ethnopluralistisches

Einstellungsmuster unter den ostdeutschen Jugendlichen sowie ein recht einseitiges Geschichtsverständnis und die eskalierende Wirkung des politischen Umbruchs hin (Schubarth et al., 1991/1992). Weitere Meinungsumfragen 1990 ergaben, dass die fremdenfeindlichen Verhaltensweisen von Jugendlichen nur geringfügig über jenen von Erwachsenen lagen. Rechtsextreme Einstellungen waren somit schon zum damaligen Zeitpunkt trotz der wissenschaftlichen Ausrichtung keinesfalls eine reine Jugendproblematik. Das Institut kam in einer weiteren Studie, zu der Erkenntnis, dass Rechtsextremismus besonders hinsichtlich seiner Einstellungsebene keine Problematik von gesellschaftlichen Minderheiten ist und dass insbesondere nationalistische und fremdenfeindliche Elemente stark in der Gesellschaft verbreitet sind. Somit wurde ein Anwachsen rechtsextremen Einstellungspotenzials unter Jugendlichen im Kontext des Systemwechsels und dessen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Begleiterscheinungen festgestellt (Ebd.).

Einen weiteren wichtigen Beitrag leistete die Bielefelder Rechtsextremismusstudie von Wilhelm Heitmeyer, der rechtsextreme Einstellungen unter männlichen Jugendlichen untersuchte. Seinem Ansatz zufolge, sind rechtsextreme Einstellungen nicht nur unter sogenannten „Modernisierungsverlierer_innen“ verbreitet, sondern existieren innerhalb eines erweiterten Personenkreises. Er spricht von jener Form des Rechtsextremismus, die außerhalb eines organisierten Umfelds existent ist. Dabei handelt es sich um soziologischen Rechtsextremismus, wodurch die sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhänge von Betroffenen integriert werden. Dadurch wird unter anderem der Konnex zwischen struktureller Veränderung, Identitätsstiftung und daraus resultierende mögliche Identitätskrisen und die Orientierung an „Ersatz“ Kategorien wie zum Beispiel Nationalität relevant (Vgl. Heitmeyer et al., 1992). Zudem zeigt die Studie, dass rechtsextreme Einstellungen weder auf eine bestimmte Region oder auf bestimmte Einkommensschichten reduziert werden können. Auch hier zeigt sich die Wirkung der Faktoren, die in der Folge das Einstellungsmuster beeinflussen können.

Damit verbunden ist auch das Verhältnis zwischen Ost und West ein sehr bedeutender Faktor, da die ehemaligen DDR-Bürger_innen nach der Vereinigung häufig mit unerfüllten Versprechungen und dem Gefühl, Bürger_innen zweiter Klasse zu sein konfrontiert wurden. Gleichzeitig kam eine gewisse gegenseitige Aversion zwischen den Bürger_innen beider Landesteile auf, wodurch die jeweils eigene Situation komparativ bewertet und wahrgenommen wurde und gegenseitige Vorurteile produziert wurden. Die durch den Systemwechsel erzeugte Angst, das Gefühl der Benachteiligung und die Ungewissheit sowie

das Fehlen der bisherigen Ordnung und staatliche Bevormundung erzeugt ein Bedürfnis nach festen Strukturen, Regel und Sicherheit, wodurch Autoritarismus und die Befürwortung einer Diktatur bestärkt werden. Faktoren wie Angst, Deprivation und Resilienz bestärken die Abwertung von eher schwachen sozialen Gruppen, wodurch Fremdenfeindlichkeit und Sozialdarwinismus sichtbar werden. (Vgl. Heitmeyer, 2009/ Mansel/ Kaletta, 2009). Ebenfalls zeigt sich, dass westdeutsche rechtsextreme Parteien durch die Vereinigung in den ostdeutschen Bundesländern eine zusätzliche Wähler_innenschaft erhielten und von deren Lage profitierten. Dadurch erhielten westdeutsche rechtsextreme Parteien viele Stimmen von ostdeutschen Wähler_innen (Vgl. Stöss, 2000/ Neureiter, 1996).

Durch die deutsche Vereinigung kam es also insgesamt zu einem Anstieg hinsichtlich der Untersuchungen der ostdeutschen Bevölkerung. Durch die Eskalation rechtsextremer Gewalt nach der Wende wie in Rostock-Lichtenhagen wurde der Fokus anfangs vor allem auf die Jugend gelegt, wenn nicht sogar begrenzt (Vgl. Neureiter, 1996). Hinzu kam die Tatsache, dass Untersuchungen zu diesem Zeitpunkt teilweise mit Schwächen hinsichtlich der verfügbaren Datenlage konfrontiert waren, da viele Angaben auf freiwilliger Basis seitens der Mitglieder oder der Verfassungsschutzbehörden basierten. Jürgen Falter erfasste mithilfe einer Rechtsextremismus-Skala das Wähler_innenpotenzial rechtsextremer Parteien und stufte dabei befragte Personen als rechtsextrem ein, welche mehr als sieben von zehn Aussagen im Kontext der Skala zustimmten. Diese wählten deutlich öfter entweder CDU/ CSU oder die SPD, als rechtsextreme Parteien (Vgl. Falter, 1994). Während die Zustimmungswerte 1994 in den westdeutschen Bundesländern höher waren, erhöhten sich die Werte 1998 in den ostdeutschen Bundesländern über jene der westdeutschen Bundesländer (Vgl. Falter, 2000, S. 408). Eine weitere repräsentative Befragung wurde 1998 von Stöss und Niedermayer bundesweit durchgeführt. Diese erfasste hinsichtlich rechtsextremer Einstellungen höhere Zustimmungen als zuvor Falters Untersuchungen (Stöss, 1998). In diesem Kontext vertritt Stöss die These, dass sich Rechtsextremismus seit Mitte der 1990er Jahre vom westdeutschen Landesteil in den ostdeutschen verlagert hat (Vgl. Stöss, 2000, S. 7f.). In diesem Zusammenhang stellte Stöss für den Zeitraum von 1998 bis 2010 fest, dass die rechtsextreme Belastung in den ostdeutschen Bundesländern im Vergleich zu den westdeutschen Bundesländern stark angestiegen war. Dabei war der Verbreitungsgrad rechtsextremer Einstellungen anfangs in den westdeutschen Bundesländern höher, diese Einstellungsmuster werden jedoch seit 1998 vermehrt in den ostdeutschen Bundesländern gemessen. Obwohl der bundesweite Rechtsextremismus war in diesem Zeitraum insgesamt rückläufig war, schätzt

Stöss das rechtsextreme Gefährdungspotenzial für die Demokratie ganz klar als stark erhöht und somit gestiegen ein (Vgl. Stöss, 2000, S. 229f.).

Weitere Untersuchungen wurden unter anderem vom Sozialwissenschaftlichen Zentrum Berlin-Brandenburg im Rahmen des Sozialreports 1998 durchgeführt, das spezifische Ängste erfragte. Demnach fürchteten sich 80 Prozent der Befragten vor Arbeitslosigkeit. Hohe Zustimmungswerte wurden zudem hinsichtlich der Angst vor Gewalt und Kriminalität sowie vor Sozialabbau festgestellt. Diese Entwicklung verhalfen Stöss zufolge rechtsextremen zu Wahlerfolgen, da jene Parteien welche in die Entwicklungen im Zuge der Vereinigung involviert waren, wie die CDU oder die FDP, von den Wahlberechtigten gestraft wurden (Vgl. Stöss, 2000, S. 65ff.).

Somit wurde ab 1994 also ein Stimmungswandel wahrgenommen, der auf Faktoren wie Unzufriedenheit mit dem System und Zukunftspessimismus basierte und kausal mit dem hohen Anstieg rechtsextremer Gewalt in den 1990er Jahren zusammenhing (Vgl. ebd., S. 175f.).

Hinsichtlich seiner Spezifika zeigt sich der ostdeutsche Rechtsextremismus grundsätzlich eher schwach organisiert und subkulturell ausgerichtet, neben diesem existieren jedoch auch organisierte Formen wie zum Beispiel Parteien, wodurch also unterschiedliche Erscheinungsformen von Rechtsextremismus nebeneinander existieren (Vgl. Stöss, 2000). Bereits zu DDR-Zeiten charakterisierte sich ostdeutscher Rechtsextremismus zumeist anhand subkulturellen Protests. Obwohl im theoretischen Ideal der antifaschistische Staat vertreten wurde, existierten neonazistische Szenen, Subkulturen und Skinhead-Gruppierungen. Es herrschte in der Regel im Kontext des antifaschistischen Selbstverständnisses eine gewisse Blindheit gegenüber Rechtsextremismus, sodass man sich kaum mit diesem auseinandersetzte. Durch einen ansteigenden Loyalitätsverfall mit dem System entstand eine zunehmend Militanz- beziehungsweise Gewaltbereitschaft, wobei gewissermaßen ein Tabubruch mit antifaschistischer Doktrin praktiziert wurde. Aus diesem Grund kam es bereits im Laufe der 1980er zu einem Anstieg der Gewaltbereitschaft sowie der Propagierung rechter Inhalte (Vgl. Schubarth/ Schmidt, 1992/ Stöss, 2000).

Rechtsextremismus ist ein bundesweites Phänomen, so dass sich hinsichtlich des westdeutschen Rechtsextremismus ebenso spezifische Charakteristika wie zum Beispiel ein erhöhter Organisationsgrad zeigen und es sich bei Rechtsextremismus um ein gesamtdeutsches Phänomen handelt. Die Untersuchung von Oesterreich unter Jugendlichen

1990 ergab, dass es zwischen den Ost- und Westberliner Jugendlichen innerhalb einzelner Bereiche Unterschiede gab. Die Differenzen beider Gruppen zwischen den einzelnen Fragen waren jedoch gering. Die Jugendlichen aus Ostberlin waren zwar fremdenfeindlicher eingestellt als die Westberliner Jugendlichen, aber insgesamt waren sie nicht rassistischer oder autoritärer eingestellt. Die erhöhten Ergebnisse hinsichtlich Fremdenfeindlichkeit erklärte Oesterreich durch den gesellschaftlichen wie politischen Umbruch in Folge des Systemwechsels (Vgl. Oesterreich, 1993).

Stöss und Niedermayer kamen bei einer Messung von rechtsextremen Einstellungspotential in der Gesamtbevölkerung 1998 zu dem Ergebnis, dass bundesweit dieses Einstellungspotenzial vorhanden ist und latenter Rechtsextremismus im Sinne der Einstellungsmuster somit in der Gesamtbevölkerung existiert (Vgl. Stöss/ Niedermayer, 1998).

Die hohe Gewaltbereitschaft nach der deutschen Vereinigung wird häufig auf die ostdeutschen Bundesländer reduziert. Jedoch wurde ein großer Anteil der gesamtdeutschen Gewalttaten zu Beginn der 1990er Jahre auch in den westdeutschen Bundesländern ausgeübt. So wurden in den westdeutschen Bundesländern insgesamt mehr Gewalttaten gezählt als in den ostdeutschen Bundesländern. Diese Gewaltbelastung teilte sich auf eine höhere Bevölkerungsanzahl auf. In den ostdeutschen Bundesländern wurde gleichzeitig eine niedrigere Zahl an Gewalttaten erfasst. Im Verhältnis zur geringeren Bevölkerungsanzahl in den ostdeutschen Bundesländern lag deshalb eine höhere Gewaltbelastung pro Kopf vor (Vgl. Sippel, 1994, S. 72).

Diese These von Rechtsextremismus als gesamtdeutscher Herausforderung unterstreicht Stöss (2000) im Rahmen der Beschreibung rechtsextremer Spezifika der westdeutschen Bundesländer: so zum Beispiel hinsichtlich der vorhandenen Organisationsvielfalt sowie im Rahmen unterschiedlicher Geschichts- und/ oder Theoriedebatten, die über Zeitungen, Bücher oder das Internet kommuniziert werden. Diese beiden Formen des Rechtsextremismus trafen nach der Vereinigung aufeinander, wodurch Aspekte des westdeutschen Rechtsextremismus in die ostdeutschen Bundesländer importiert wurden und diese gewissermaßen als Rekrutierungsfeld eröffnet wurden und die Fusion eine verstärkte Institutionalisierung des ostdeutschen Rechtsextremismus hervorrief (Vgl. Stöss, 2000). Die erhöhte Ausprägung spezifischer Dimensionen ist außerdem nicht nur in den ostdeutschen Bundesländern anzutreffen. So ist im Westen die erhöhte Verbreitung von *Chauvinismus*, *Antisemitismus* und der *Verharmlosung des Nationalsozialismus* vorhanden (Vgl. Decker et al., 2016). Auch in

den westdeutschen Bundesländern könnten somit die Erklärungsfaktoren und möglichen Ursachen für rechtsextreme Einstellungen mit der spezifischen westdeutschen Situation und Identität in Verbindung gebracht werden.

Für den Zeitraum seit der Jahrtausendwende bis heute wurden einige ausgewählte Studien ausgiebiger und detaillierter vorgestellt. Diese untersuchten einerseits im Rahmen der „Mitte-Studien“ der Universität Leipzig rechtsextreme Einstellungen innerhalb der sogenannten gesellschaftlichen Mitte. Des Weiteren wurde innerhalb der Langzeituntersuchung „Deutsche Zustände“ das Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit untersucht, das Ideologien der Ungleichwertigkeit und damit verbunden der Abwertung von schwachen sozialen Gruppen zugrunde liegt. Beide Untersuchungen nehmen stellenweise jeweils Bezug zueinander. Außerdem wurde eine Untersuchung zu PEGIDA ausgewählt, da diese Bewegung ein geeignetes Exempel für die Fähigkeit extrem rechter Inhalte und Agitation in die Zivilgesellschaft einzuwirken und diese zu mobilisieren darstellt, während ihre Selbstpositionierung nach außen hin jedoch als anathetisch zum Extremen dargestellt wird und dabei das Bild der besorgten, aufgeklärten Bürger_innen, die politisch zutiefst unzufrieden sind, bevorzugt wird.

Im Zeitverlauf der „Mitte-Studie“ der Universität Leipzig zwischen 2002 bis 2016 wurden rechtsextreme Einstellungen in allen Teilen der Gesellschaft festgestellt. Im Zeitraum zwischen 2004 und 2006 war das manifeste rechtsextreme Weltbild verstärkt in den westdeutschen Bundesländern anzutreffen, während in den darauffolgenden die ostdeutschen Befragten höhere Werte aufwiesen. Seit 2008 liegen die Zustimmungswerte in den letzten Jahren in den ostdeutschen Bundesländern insgesamt über jenen der westdeutschen Befragten (Vgl. Decker et al., 2016, S. 48) 2014 ließen sich jedoch keine prägnanten Unterschiede hinsichtlich der Häufigkeit von Menschen mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild zwischen den ostdeutschen und den westdeutschen Befragten feststellen (Vgl. Decker et al., 2014, S. 44-48). Auffällig war hierbei, dass viele der Befragten unentschieden und häufig in den Kategorien „teils/ teils“ auf Aussagen antworteten (Vgl. ebd., S. 60).

Der Bereich der politischen Kultur einer Gesellschaft spielt im thematischen Kontext ebenfalls eine wichtige Rolle. Umfasst werden dabei Wertvorstellungen, Orientierungen, Gewohnheiten und kollektive Einstellungen innerhalb der Gesellschaft. Insgesamt wurde eine zunehmende Radikalisierung sowie Polarisierung festgestellt, die zum einen die politische Kultur veränderte und antidemokratische Milieus die Möglichkeit bietet politisch zu wirken.

Dadurch wird Menschen, die im Rahmen der „Mitte-Studie“ rechtsextreme Einstellungen aufwiesen eine neue politische Anlaufstelle geboten. Zudem ist insgesamt eine zunehmende Mobilisierung feststellbar sowie die wachsende Popularität rechtspopulistischer bis rechtsextremer Parteien (Vgl. Decker et al., 2016, S. 7ff, 19). Das geschlossene rechtsextreme Weltbild veränderte sich zwischen 2014 und 2016 bundesweit kaum und erreichte somit nur einen niedrigen Wert. Jedoch konzentrierte sich die Abwertung zunehmend auf Islamfeindlichkeit, deren Werte zwischen 2014 und 2016 stark angestiegen, sodass hierbei ein genereller aktuell stattfindender „Trend“ diagnostiziert wird (Vgl. ebd., S. 48f.).

Das Forscher_innen-Team und das Studiendesign versteht rechtsextremes Einstellungspotenzial als eine Problematik innerhalb der gesellschaftlichen Mitte, wodurch rechtsextreme Einstellungspotenziale somit auch als „Problem in der Mitte der Gesellschaft“ bezeichnet wurden (Vgl. Decker, Brähler, 2006, S. 164ff.). So positionieren sich auch Menschen mit rechtsextremen Einstellungen in einem sehr hohen Maße positiv gegenüber Demokratie (Vgl. ebd., S. 71), außerdem waren zumindest bis 2014 die meisten der Befragten mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild Wähler_innen der SPD oder der CDU/CSU (Vgl. Decker et al., 2014, S. 52). 2016 wurde neben diesen Parteien außerdem bevorzugt die AfD gewählt, über die Hälfte der bundesweit Befragten, die 2016 innerhalb der Dimension *Ausländerfeindlichkeit* hohe Zustimmungswerte hatten, waren AfD-Wähler_innen (Vgl. Decker et al, 2016, S. 40f.) Rechtsextremismus ist demnach in allen Erhebungsgruppen, in allen gesellschaftlichen Gruppen vorhanden und existiert außerdem in allen Erwerbsgruppen (Vgl. Decker et al., 2006, S. 157).

Besonders die „Mitte-Studie“ zeigte auf, dass der Anteil geschlossener rechtsextremer Weltbilder in den letzten Jahren zwar abgenommen hat, dass aber rechtsextreme und antidemokratische Tendenzen zunehmend in der politischen Kultur und politische Handlungsräume integriert sind und somit in der Mehrheitsgesellschaft vorhanden sind. Dadurch sind rechtsextreme Einstellungen Bestandteil von Wertvorstellungen, politischen Einstellungen und Orientierungen in der Gesellschaft. Dies erklärt auch die wachsende Popularität von Parteien wie der AfD. Rechtsextreme Einstellungsmuster integrieren sich in den Alltagsverstand, ohne als solche problematisiert zu werden. Rechtsextreme Denkmuster und Aussagen werden letztlich sogar de-problematisiert und können in der Parteienlandschaft als politischer Mainstream wirken. Sie werden als Ausdruck von Unzufriedenheit und als Mittel des Protests genutzt.

Die Langzeituntersuchung „Deutsche Zustände“ stellte ebenfalls hinsichtlich einiger Elemente der Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit eine Abnahme fest, während gleichzeitig die Werte bei Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sowie sozialdarwinistischen Bereichen anstiegen. Diese finden zunehmend in öffentlichen Debatten und Protesten ihren Platz und werden modernisierter und subtiler kommuniziert, weshalb die Verbindung zu der zugrundeliegenden Ideologie schwerer erkennbar wird. Dies bedeutet also eine generelle Konzentration auf spezifische schwache soziale Gruppen und konstruierte Feindbilder, gegen die sich die Abwertung dann verstärkt richtet. Dadurch, dass in den letzten Jahren verstärkt die Möglichkeit gesucht wurde, Problemlagen und Ängste auf ein Feindbild zu übertragen, nahm diese Entwicklung noch zu. Der Umstand, dass die Werte rechtsextremer Einstellungen in den ostdeutschen Bundesländern seit 2008 über jenen der westdeutschen Bundesländer liegen, in einem hohen Maße mit der aufkommenden Wirtschafts- und Finanzkrise zusammenhängt, deren Ausmaße in den darauffolgenden Jahren spürbar wurden. Aus diesem Grund spricht das Forscher_innen-Team auch von einem „entsicherten Jahrzehnt“ (O.V., 2011, S. 2) und nennt in diesem Zusammenhang den 11. September als Signalereignis. Weitere Ereignisse, die Ängste erzeugten und rechtsextreme Einstellungen förderten sind zum Beispiel die Einführung von Hartz IV im Jahr 2005 und die genannten Wirtschafts- und Fiskalkrisen ab 2008 (Vgl. ebd.).

Die Folge 7 der Untersuchung konzentrierte sich auf den Prozess der Vereinigung und stellte fest, dass bei ostdeutschen Personen die Wahrnehmung von eigener *Desintegration* relevant ist, wodurch Angst vor Verlust produziert wird. Dabei lag beispielweise die Angst vor anstehender Arbeitslosigkeit bei den ostdeutschen Befragten deutlich über den Werten der westdeutschen Befragten. Durch die anhaltenden wirtschaftlichen Unterschiede zu den westdeutschen Bundesländern entstehen Desintegrations- und Benachteiligungsgefühle. Dies hat die Abwertung von spezifischen schwachen sozialen Gruppen zur Folge. Ein Großteil der befragten ostdeutschen Personen gelangte zu der Einschätzung, dass sie aufkommende politische Entscheidungen keinen Einfluss nehmen könnten. Zudem war beinahe die Hälfte der ostdeutschen Befragten davon überzeugt, dass sie kaum Möglichkeiten hätten, auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen. Somit lagen diese über jenen der westdeutschen Befragten und zeigten, dass bezüglich der befragten ostdeutschen Personen starke Desintegrationstendenzen existent sind. Außerdem gab beinahe die Hälfte der befragten Personen aus den ostdeutschen Bundesländern an, dass die eigene finanzielle Situation „eher schlecht“ sei, womit auch dieser Wert deutlich über dem westdeutschen lag und sich hier

insgesamt eine hohe Benachteiligungsempfindung widerspiegelt. Durch den Mangel an wahrgenommener sozialer Anerkennung wird eine Abwertung von schwachen sozialen Gruppen gefördert. Eine gefühlte Machtlosigkeit hinsichtlich politischer Entscheidungen verstärkt so das Syndrom Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Durch die festgestellte vorhandene relative Deprivation bei den ostdeutschen Befragten wurden *Islamfeindlichkeit* sowie *Fremdenfeindlichkeit* befördert, letztlich besteht also ein sichtbarer Zusammenhang zwischen Desintegration und Vorurteilen (Vgl. Mansel/ Kaletta, 2009, S. 79-83/ 87-90).

Die Untersuchung des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung zu PEGIDA

basierte auf einer Befragung von Teilnehmer_innen der PEGIDA-Demonstration am 12. Januar 2015 in Dresden (Vgl. Rucht et al., 2015, S.3) und ergab trotz niedriger Rücklaufquote, dass sich fast die Hälfte der befragten Personen selbst innerhalb der „politischen Mitte“ verortete. Vermutet wird grundsätzlich, dass zum Teil verstärkt in „teils/ teils“ Kategorien geantwortet wurde, um die politische Ausrichtung und das generell Bild PEGIDAS in der Öffentlichkeit und außerdem der ideologisch eher gemäßigte Teil der Befragten an der Befragung teilnahm. Viele der Befragten äußerten eine hohe Bereitschaft, die AfD zu wählen. Neben dieser Partei wurde Wahlergebnissen zufolge jedoch häufig die CDU gewählt, die um einiges seltener als Wahlpräferenz genannt wurde. Die Selbstauskunft über das Wahlverhalten und tatsächliche Wahlergebnisse stimmen somit nicht unbedingt überein (Vgl. ebd., 19ff.). Ähnlich wie auch im Rahmen der „Mitte-Studie“ der Universität Leipzig lagen hinsichtlich der Idee der Demokratie sehr hohe Zustimmungswerte vor und wiesen somit auf ein hohes Maß an Wertschätzung hin. Gleichzeitig gaben jedoch sehr viele der Befragten an, dass sie keine oder kaum Einflussmöglichkeiten auf das Handeln der Regierung hatten (Vgl. ebd., S. 23ff.). Auch hier zeigen sich also die begünstigenden Faktoren, die sich auf die Einstellungsebene auswirken. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Einstellungen sich keinesfalls gegen die demokratische Grundordnung richten, jedoch gleichzeitig rechtsextreme Einstellungsmuster vorhanden sind. Somit zeigt sich auch hier, dass das Hufeisenmodell diesem Zusammenhang nicht gerecht wird und die Einstellungsmuster nicht erfassen kann. Unzufriedenheit und das Gefühl von Benachteiligung werden von der Protestbewegung genutzt, um sie für rassistische Aussagen zu mobilisieren. Strategisch orientiert sich PEGIDA dabei teilweise an antifaschistischer Symbolik und missbraucht zudem den politischen Ausspruch aus der DDR-Bürger_innenbewegung von 1989. Die Inhalte und Zielsetzungen sind dabei jedoch völlig konträr. Anstatt wie 1989 für Öffnung und Toleranz sowie auch Mitmenschlichkeit zu kämpfen, steht PEGIDA für das

Gegenteil im Sinne von Diskriminierung, Abschottung und Verstärkung von Hass (Vgl. O.V., 2015). Insgesamt kamen die involvierten Forscher_innen zu dem Schluss, dass PEGIDA hinsichtlich der Inhalte grundsätzlich gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sowie so gut wie kaum versteckten Rassismus aufweist und dass es sich bei dem in der Öffentlichkeit präsentierten Bild von Pegidist_innen nicht um besorgte, harmlose Bürger_innen handelt (Vgl. ebd., S. 51).

Abschließend betrachtet bestätigen und erklären die theoretischen Grundlagen des zweiten Teils die Erkenntnisse der Studien im dritten Teil der Arbeit. Die Faktoren, die rechtsextreme Einstellungen fördern können, haben somit eine entscheidende Wirkungsmacht. So zeigen Heitmeyer und seine Kolleg_innen in der Langzeitstudie „Deutsche Zustände“ den Einfluss von Desintegrationserfahrungen auf, also im Sinne von einschneidenden Ereignissen, die sich auf der Makroebene abspielen (Heitmeyer, 2002). Interessant ist, dass durch den verbreiteten Sozialdarwinismus gerade Langzeitarbeitslose von Abwertung betroffen sind. Somit kann die Einstellung keinesfalls auf den Einkommenswert reduziert werden, sondern existiert hingegen vermehrt auch in höheren Einkommensgruppen (Vgl. Groß et al., 2012). Die Desintegrationserfahrungen im Sinne der Ängste lösen oder fördern rechtsextreme Einstellungen. Wie gezeigt werden konnte, ist dies auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene erkennbar (O.V., 2011). Faktoren, die rechtsextreme Einstellungen verstärken, können außerdem in der Sozialisationserfahrung entweder auf der Mikroebene durch unterschiedliche Einflüsse auf die Persönlichkeit einwirken. Je nachdem wie gefestigt die Persönlichkeitsstruktur ist, wird sie von diesen Faktoren beeinflusst. Außerdem können auf der Mikroebene Sozialisationserfahrungen durch die Veränderung von politischer Kultur, also durch Einstellungen oder Wertvorstellungen in der Gesellschaft auf das Individuum einwirken. Dadurch können rechtsextreme Einstellungen im Laufe der Sozialisationserfahrung eines Menschen somit durch unterschiedliche Einflüsse auf mehreren Ebenen verstärkt werden (Stöss, 2010). Faktoren, die rechtsextreme Einstellungen begünstigen, können also im Sozialisationsprozess durch individuelle Erfahrungen und Einflüsse auf die Persönlichkeit, durch die Veränderung der politischen Kultur in der Gesellschaft oder durch Desintegrationserfahrungen auftreten. Existenzängste, Gefühle der Vernachlässigung und der Krisenerfahrung verstärken also rechtsextreme Einstellungen in der Gesellschaft, egal ob diese objektiven oder subjektiven Charakter haben. Im Kontext der ostdeutschen Situation spielt der Erfahrungswert im Zuge der Transformationserfahrungen und der präsenten Selbstverortung der eigenen Lage im gesamtdeutschen Spektrum somit also

eine wichtige Rolle. Das Gefühl, politisch überhört zu werden und nicht selbst auf die eigene (als prekär wahrgenommene) Situation einwirken zu können wirkt sich dabei auf die Einstellungsebene aus. Dadurch werden andere Kanäle genutzt, um diesem Zustand Ausdruck zu verleihen. Diese Erklärungsfaktoren müssen im thematischen Kontext mitbedacht werden, denn rechtsextreme Einstellungen entstehen nicht im luftleeren Raum, sondern basieren auf vielschichtigen Zusammenhängen. Sie entwickeln sich im Rahmen von gesamtgesellschaftlichen Ereignissen und Erfahrungswerten und können aus diesem Grund nicht auf Randphänomene reduziert werden.

Durch das Hufeisenmodell im Sinne von zwei extremen Rändern und einer ausgleichenden Mitte, wird das spezielle Gefährdungspotenzial von Rechtsextremismus nicht erkannt. Der Abstand zwischen den „extremen“ Rändern (Linksextremismus und Rechtsextremismus) zueinander ist in diesem Modell viel zu gering gezeichnet, obwohl es sich hinsichtlich Inhalte und Gefährdungsgrad um völlig unterschiedliche Bereiche handelt. Gleichzeitig ist der Abstand zur gesellschaftlichen Mitte viel zu hoch. Angemessen wäre ein fließender Übergang mit einem viel geringeren Abstand dafür jedoch horizontaler verlaufender Entfernung zueinander. Rechtsextremismus verläuft hinsichtlich seiner Einstellungsebene im Rahmen mehrerer Dimensionen und ist dabei der Verhaltensebene vorgelagert. Diese Verhaltensebene wird jedoch häufig als Indikator von Rechtsextremismus betrachtet. Dabei entsteht Rechtsextremismus durch die Einstellungskomponente bereits auf einer Mikroebene, existiert in vielfältigen Varianten, Graubereichen und fließenden Übergängen der vorhandenen rechtsextremen Spektren. Es entsteht somit der fließende Konnex zwischen der extremen Rechten und der sogenannten Mehrheitsbevölkerung, ohne dass der Verfassungsschutz diesen erfassen oder strafrechtlich verfolgen könnte. Ein sehr wichtiger Punkt ist außerdem jener, dass gerade die gesellschaftliche Mitte nicht ideologiefrei ist, sondern im Gegenteil rechtsextreme Einstellungen in ihr existieren und sich durch Erfahrungen und Ereignisse steigern, was die gesamtgesellschaftliche politische Kultur beeinflussen kann. Rechtsextreme Inhalte und Strategien orientieren sich an diesen Prozessen und wirken somit wiederum auf die Gesellschaft ein. Insgesamt eignet sich das Modell somit weder für die Abbildung der gesellschaftlichen Realität, der realpolitischen Verhältnisse, für die Erfassung des tatsächlichen Bedrohungspotenzials von Rechtsextremismus, oder für die Erfassung neuer Strategien. Die Themen und Strategien des rechtsextremen Spektrums werden durch die sogenannte politische Mitte bestimmt und die extreme Rechte erhält partiell ihre Legitimation aus dieser politischen Mitte. Rechtsextremismus existiert auf der Ebene der

Einstellungen nicht im Sinne eines antithetischen oder dichotomen Verhältnisses zur Demokratie, sondern entsteht, existiert und entwickelt sich also stetig in ihrer Mitte auf einer mehrdimensionalen Ebene. Rechtsextreme Einstellungen sind dadurch in der gesamten Gesellschaft vorhanden und sind zudem eine bundesweite Herausforderung.

Ausblick

Die Bedeutung des Beitrages dieser Masterarbeit lag darin, aufzuzeigen, dass rechtsextreme Einstellungen also gesamtgesellschaftlich auf struktureller sowie ideologisch-inhaltlicher Ebene existieren. Deshalb müssen diese auch innerhalb aller gesellschaftlichen Teile problematisiert werden und dürfen hinsichtlich Bildung, Einkommen oder sozialem Status nicht auf bildungsfernere oder einkommensschwache Gruppen reduziert werden. Rechtsextremismus betrifft ebenso und im Beispiel PEGIDAS häufig besser gestellte Personen und soziale Gruppen. Zudem existieren sie auch bundesweit, im ostdeutschen Landesteil wie auch im westdeutschen Landesteil. Beide Regionen weisen jedoch unterschiedliche Spezifika auf was die Intensität der Dimensionen rechtsextremer Einstellung und die Erscheinungsformen von Rechtsextremismus betrifft.

Rechtsextreme Einstellungen stellen kein kurzfristiges Problem dar, sondern werden der Demokratie als immanente Bedrohung langfristig begleiten. Die Problematik äußert sich dabei nicht in Form einer individuellen Betroffenheit von Einzelpersonen, sondern existiert als eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Aus diesem Grund müssen auch die Lösungsansätze auf einer gesamtgesellschaftlichen Ebene gesucht werden und die Grundlagen für die Entstehung und die Stärkung von Rechtsextremismus müssen benannt werden. Der Umstand an sich, dass Rechtsextremismus in der demokratischen Gesamtgesellschaft einen so hohen Einfluss und Stellenwert erhält, muss thematisiert und auch skandalisiert werden (Vgl. Decker, Brähler, 2006, S. 172f.). Dass diese Einstellungsmuster im Gegensatz zum Verständnis des Hufeisenmodells gerade in demokratischen Gesellschaften relevant sind und in Krisenzeiten mobilisiert werden können, zeigt sich aktuell unter anderem durch den Wahlerfolg Donald Trumps in den U.S.A.

Bestimmte Themen wie „Flucht“, „Asyl“ oder „Islam“ werden im aktuellen Kontext so politisiert, dass sie letztlich instrumentalisiert werden und negativ behaftet sind. Rechtsextreme Ideologie greift besonders dann, wenn politische und demokratische

Bestandteile schwach erscheinen. In diesem Kontext wirken rechtsextreme Inhalte systemstabilisierend, da sie Unzufriedenheit aufgreifen und so nutzen, dass Problemlagen wie ökonomische oder ökologische Ausbeutung durch die Benennung abstrakter Ängste und suggestiver Alternativen und Feinbilder verschleiert werden (Vgl. Fedders, 2016). Sorgen und Unzufriedenheit konzentrieren sich dann auf sozial schwache Gruppen. Diese Vorgänge führen zu sozialer, wirtschaftlicher, politischer und institutioneller Abwertung und Exklusion spezifischer sozialer Gruppen, wie wir sie aktuell erleben.

Die Wissenschaft wird sich vermehrt mit Rechtsextremismus auf der Einstellungsebene befassen müssen. Der Ansatz muss dabei außerhalb des Hufeisenmodells stattfinden, um den Einfluss rechtsextremer Einstellungen in der gesamten Gesellschaft erfassen zu können. Wie sich jedoch auch in aktuellen Studien zeigt, werden Zustimmungswerte häufig anhand von teils/ teils-Antworten geäußert, was jedoch auch eine gewisse Zustimmungstendenz beinhaltet. Es zeigt sich, dass befragte Personen trotz bewusst direkter Fragestellungen häufig nicht eindeutig antworten. Die meisten befragten Personen sind nicht bereit, ihre Einstellungsmuster als im Kern rechtsextrem zu benennen. Untersuchungen zu PEGIDA bestätigten in diesem Zusammenhang auch, dass die Kooperationsbereitschaft sehr gering ist und deshalb häufig nur niedrige Rücklaufquoten erzielt werden können. Dies weist darauf hin, dass Teilnehmer_innen mit extremen Einstellungsmustern sich Befragungen verweigern. Diese Herausforderungen müssen im Forschungsprozess reflektiert werden. Dennoch zeigt sich, dass rechtsextreme Einstellungen gesamtgesellschaftlich in den Werten, Einstellungen und Orientierungen vorhanden sind und dass sie sich in den letzten Jahren gegen bestimmte schwache Gruppen richten. Dass diese Einstellungen eine relevante Rolle in unserer Gesellschaft spielen und dass man diesem Problem auch begegnen muss, sollte nicht hinterfragt werden. Ohne diese gesellschaftlich existierenden Einstellungen wären sonst die Folgen der Verhaltensweisen wie die Wahlerfolge von rechten Parteien; die hohen Teilnehmer_innenzahlen von rechten Protestbewegungen oder fremdenfeindlicher Diskurse nicht möglich.

Auf der politischen Ebene nähern sich die etablierten Parteien häufig der Programmatik rechter Parteien an, um keine Wähler_innen zu verlieren. Deshalb benötigt es auch politischen Widerstand von politischen Parteien, um die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in unserer Gesellschaft nicht der Zivilgesellschaft zu überlassen. Die Wahl von Parteien wie der AfD oder der Protest von PEGIDA ist auch ein Ausdruck von Unzufriedenheit und weist auf politische Schwachpunkte hin. Jedoch leisten politische Stiftungen wie die Rosa-Luxemburg-

Stiftung; die Heinrich-Böll-Stiftung und die Friedrich-Ebert-Stiftung bereits wichtige Arbeit, indem sie Studien wie die „Mitte-Studien“ der Universität Leipzig oder diverse Untersuchungen wie zum Beispiel von Richard Stöss unterstützen. Weitere Einrichtungen wie die Amadeu-Antonio-Stiftung⁸ leisten ebenfalls einen wichtigen Beitrag hinsichtlich der Aufklärung über Rechtsextremismus. Die Verbindung zwischen der wissenschaftlichen und institutionellen Ebene, wie wir sie beim Hufeisenmodell sehen, kann also ebenso in positiver Hinsicht bestehen. Dadurch können rechtsextreme Bestandteile auf breiter gesellschaftlicher Ebene analysiert werden, wodurch dann auch praktische und konstruktive Lösungen entwickelt werden können. Obwohl in Krisenzeiten häufig gerade von rechten Akteur_innen einfache Lösungen vermittelt werden, benötigen komplexe Probleme auch komplexe Lösungsvorschläge.

Gesellschaftlich müssen Zivilcourage und Toleranz vermehrt gestärkt werden. Zwar wurde dies vorliegend nicht thematisiert, da dies ein sehr weitläufiger Bereich ist, der eine eigenständige ausführliche Auseinandersetzung verdient. Jedoch existieren bundesweit Gegenproteste gegen rechte Gruppierungen sowie Initiativen und Organisationen, die sich hinsichtlich Vielfalt, Inklusion, Flüchtlingshilfe und Zivilcourage vielfältig engagieren. Diese müssen künftig politisch und zivilgesellschaftlich besonders gestärkt werden müssen.

Besonders die gesellschaftliche und politische Mitte ist für rechtsextreme Inhalte und Strategien sehr relevant. Die extreme Rechte schöpft ihre Legitimation strategisch und thematisch aus dieser Mitte im Sinne der Mehrheitsgesellschaft. Dadurch erscheinen ihre Aussagen anschlussfähig und ihre Diskurse beeinflussen zunehmend die Programmatik der Großparteien. Dadurch wird der Übergang des extrem rechten Spektrums in die gesellschaftliche Mitte, den das Hufeisen-Modell nicht zu erfassen vermag, vollzogen. Es findet ein Kreislauf zwischen der extremen Rechten und der Mehrheitsgesellschaft im Sinne der gesellschaftlichen Mitte statt. Dies liegt daran, dass die gesellschaftliche Mitte bereits rechtsextreme Inhalte mitbestimmt. Da rechtsextreme Kanäle nach gesellschaftlicher und politischer Macht streben, orientieren sie sich der Folge an gesamtgesellschaftlichen Werten und Einstellungen im Rahmen der politischen Kultur. Gerade durch neu-rechte Strategien beeinflussen rechtsextreme Inhalte dann wiederum diese gesellschaftlichen Wertvorstellungen und Einstellungsmuster. Die Inhalte werden dabei häufig subtiler und modernisierter kommuniziert. Unterschiedliche Bedingungen wie zum Beispiel Krisen und Ängste

⁸ <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de>

verstärken diesen Prozess, wodurch sich die Abwertung vermehrt gegen schwache soziale Gruppen in der Gesellschaft richtet.

Insbesondere in den letzten Monaten war dieser Prozess spürbar, der sich letztlich auch auf die Ebene der politischen Kultur und das politische Klima ausgeweitet hat. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Tendenzen in nächster Zeit entwickeln und ob Angst und Hass weiterhin die öffentliche Diskussion prägen. Dieser Prozess muss auf der inhaltlichen Ebene in allen gesellschaftlichen Bereichen benannt und problematisiert werden, zudem muss ihm mittels Toleranz und Vielfalt begegnet werden. Ängste, Sorgen und auch Hass dürfen nicht verstärkt und mobilisiert werden, sondern müssen konstruktiv behandelt werden. Für wirtschaftliche und politische Problemlagen müssen alternative Lösungen anstelle von Abwertungsmechanismen eröffnet werden und die Gründe für politische Unzufriedenheit und wirtschaftliche Abstiegsängste müssen gezielt und problemorientiert behandelt werden. Der Einfluss von rechtsextremen Einstellungen auf die Gesellschaft darf nicht ignoriert werden. Da dieser Einfluss auf den unterschiedlichsten Ebenen existiert und deren jeweilige Diskurse und Inhalte prägt muss er ebenfalls auf diesen unterschiedlichen Ebenen erkannt und letztlich dekonstruiert werden.

12. Quellenverzeichnis:

12.1 Literaturquellen

Adorno, Theodor W. / Frenkel-Brunswik/ Else, Levinson/ Daniel J. / Sanford, Nevitt (1950): The authoritarian personality. New York: Harper and Row.

Adorno, Theodor W. (1996): Studien zum autoritären Charakter. 2. Auflage. Frankfurt/ Main: Suhrkamp.

Allport, Gordon W. (1954): The Nature of Prejudice. Cambridge: Addison-Wesley.

Asbrock, Frank/ Lemmer, Gunnar/ Wagner, Ulrich/ Becker, Julia/ Koller, Jeffrey (2009): Das Gefühl macht den Unterschied. Emotionen gegenüber „Ausländern“ in Ost- und Westdeutschland. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 7. Frankfurt/ Main: Suhrkamp. S. 152-168.

Babka von Gostomski, Christian/ Küpper, Beate/ Heitmeyer, Wilhelm (2007): Fremdenfeindlichkeit in den Bundesländern. Die schwierige Lage in Ostdeutschland. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 4. Frankfurt/ Main: Suhrkamp. S. 102-128.

Backes, Uwe (1989): Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Opladen.

Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (1993): Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn.

Balibar, Etienne (1998): Gibt es einen „Neo-Rassismus“? In: Balibar, Etienne/ Wallerstein, Immanuel Rasse, Klasse, Nation: ambivalente Identitäten. 2. Aufl. Hamburg: Argument-Verlag. S. 23-39.

Bandilla, Wolfgang/ Gabler, Siegfried/ Wiedenbeck, Michael (1992): Methodenbericht zum DFG-Projekt ALLBUS Baseline-Studie. ZUMA Arbeitsbericht 92/04.

Becher, Phillip/ Begass, Christian/ Kraft, Joseph (2015): Der Aufstand des Abendlandes: AfD, Pegida & Co.: vom Salon auf die Straße. Köln: Papyrossa.

- Behrmann, Günter C. (1992): Ausländerfeindlichkeit. In: Informationen zur politischen Bildung, 237, 4. Quartal 1992, „Ausländer“, S. 25-26.
- Benthin, Rainer (2004): Auf dem Weg in die Mitte. Öffentlichkeitsstrategien der Neuen Rechten. Frankfurt/ New York: Campus Verlag.
- Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien (BISS) (1990): Ausländer in Ostdeutschland 1990. GESIS Datenarchiv, Köln.
- Bielefeld, Ulrich (1993): Die institutionalisierte Phobie. Einige soziologisch-sozialpsychologische Anmerkungen. In: Otto, Hans-Uwe/ Merten, Roland (Hrsg.): Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Jugend im gesellschaftlichen Umbruch. Opladen: Leske + Budrich. S. 34-43.
- Borstel, Dierk/ Teune, Simon/ Klein, Ludger (2008): Rechtsradikale Zivilgesellschaft? Neonazis besetzen das Ehrenamt. Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 4/2008, S.3.
- Bötticher, Astrid/ Mareš, Miroslav (2012): Extremismus: Theorien - Konzepte – Formen. München: Oldenbourg.
- Brinkmann, Heinz Ulrich (2015): Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. In: Marschke, Britta/ Brinkmann, Heinz Ulrich (Hrsg.): „Ich habe nichts gegen Ausländer, aber...“. Alltagsrassismus in Deutschland. Berlin (u.a.): LIT. S. 9-45.
- Çakir, Naime (2016): PEGIDA: Islamfeindlichkeit aus der Mitte der Gesellschaft. In: Häusler, Alexander (Hrsg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung. Wiesbaden: Springer VS. S. 149-163.
- Decker, Frank (2004): Der neue Rechtspopulismus. 2. Auflage, Opladen. Leske + Budrich.
- Decker, Frank (2015): AfD, Pegida und die Verschiebung der parteipolitischen Mitte. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 40/ 2015).
- Decker, Oliver & Brähler, Elmar (2005): Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Aus Politik und Zeitgeschehen 42, S. 8–17.
- Decker, Oliver/ Brähler, Elmar/ Geißler, Norman (2006): Vom Rand zur Mitte: rechtsextreme Einstellung und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

- Decker, Oliver/ Kiess, Johannes/ Brähler, Elmar (2008): Bewegung in der Mitte: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008. Mit einem Vergleich von 2002 bis 2008 und der Bundesländer. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Decker, Oliver/ Kiess, Johannes/ Brähler, Elmar (2010): Die Mitte in der Krise: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Decker, Oliver/ Kiess, Johannes/ Brähler, Elmar (2012): Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012 Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf.
- Decker, Oliver/ Kiess, Johannes/ Brähler, Elmar (2013 a): Traditionslinien der Moderne. In: Dies. (Hrsg.). Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose. Gießen: Psychosozial. S. 97 – 126.
- Decker, Oliver/ Kiess, Johannes/ Brähler, Elmar (2014): Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014. Leipzig: Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung.
- Decker, Oliver/ Kiess, Johannes/ Brähler, Elmar (2016): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Gießen: Psychosozial.
- Deutsches Jugendinstitut (DJI) München: DJI-Jugendsurvey 1992 und 1997. GESIS Datenarchiv, Köln.
- Deutsche Shell (Hrsg.) (2000): Jugend 2000. 13. Shell-Jugendstudie. Opladen.
- Deutsche Shell (Hrsg.) (2002): Jugend 2002. 14. Shell-Jugendstudie. Opladen.
- Dölemeyer, Anne/ Mehrer, Anne (2011): Einleitung. In: Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hrsg.): Ordnung. Macht. Extremismus: Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwissenschaften. S. 7-35.
- Dudek, Peter/ Jaschke, Hans-Gerd (1984): Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik: zur Tradition einer besonderen politischen Kultur. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Falter, Jürgen W. (1983): Arbeitslosigkeit und Nationalsozialismus. Eine empirische Analyse des Beitrags der Massenarbeitslosigkeit zu den Wahlerfolgen der NSDAP 1932 und 1933. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 35, S. 524-554.

Falter, Jürgen W./ Klein, Marcus (1994): Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland. München.

Falter, Jürgen W. (2000): Politischer Extremismus. In: Ders/ Gabriel, Oscar W./ Rattinger, Hans (Hrsg.): Wirklich ein Volk? Die Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich. Opladen. S. 403-433.

Falter, Matthias (2011): Critical Thinking Beyond Hufeisen. "Extremismus" und seine politische Funktionalität. In: Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hrsg.): Ordnung. Macht. Extremismus: Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwissenschaften. S. 85-102.

Farin, Klaus (2001): Generation-kick.de. Jugendsubkulturen heute. München.

Fedders, Jonas (2016): Die Wahlerfolge der „Alternative für Deutschland“ im Kontext rassistischer Hegemoniebestrebungen. In: Häusler, Alexander (Hrsg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung. Wiesbaden: Springer VS. S. 163-181.

Ferring, Dieter/ Filipp, Siegrun-Heide (1996): Messung des Selbstwertgefühls: Befunde zu Reliabilität, Validität und Stabilität der Rosenberg-Skala. Diagnostica. 42(3), S. 284-292.

Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hrsg.) (2011): Ordnung. Macht. Extremismus: Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwissenschaften.

Friedrich, Sebastian (2015): Der Aufstieg der AfD. Neokonservative Mobilmachung in Deutschland. Berlin.

Frindte, Wolfgang (Hrsg) (1995): Jugendliche, Extremismus und Gewalt zwischen Mythos und Wirklichkeit. Sozialpsychologische Untersuchungen (Soziale Konstruktion des politischen Extremismus in Thüringen). Münster.

Fuchs, Marek (2003): Rechtsextremismus von Jugendlichen. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 55, S. 654-678.

Geng, Bernd (1999): Fremdenfeindliche und rechtsextreme Orientierungen, Gewaltakzeptanz und Gewalterfahrungen- Befunde einer Schülerstudie (Greifswalder Schülerstudie).

Goffman, E.: (1967): Stigma. Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität. Frankfurt.

Greiffenhagen, Martin (1981): 5 Millionen Deutsche: "Wir sollten wieder einen Führer haben ..." Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen. Reinbek. Rowohlt.

Greß, Franz (1990): Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa: Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien. Opladen: Westdt. Verlag.

Groß, Eva et.al. (2012): Von der Ungleichwertigkeit zur Ungleichheit: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 16-17/ 2012).

Häusler, Alexander (2016) (Hrsg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung. Wiesbaden: Springer VS.

Heinemann, Karl-Heinz (Hrsg.) (1992): Der antifaschistische Staat entlässt seine Kinder. Jugend und Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Köln: PapyRossa-Verlag.

Heitmeyer, Wilhelm (1987): Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation. Weinheim und München.

Heitmeyer, Wilhelm (1992a): Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher. Weinheim/ München: Juventa-Verlag.

Heitmeyer, Wilhelm (1992b) (Hrsg.): Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation. 4., erg. Aufl. Weinheim [u.a.]: Juventa-Verlag.

Heitmeyer, Wilhelm (1994a) (Hrsg.): Was treibt die Gesellschaft auseinander? Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft. Frankfurt/ Main.

Heitmeyer, Wilhelm (1994b): Entsicherungen. Desintegrationsprozesse und Gewalt. In: Beck/Beck-Gersheim (Hrsg.): Riskante Freiheiten. Frankfurt a. M., Suhrkamp 1994. S.376-401.

Heitmeyer, Wilhelm (2002): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, In. Ders. (Hrsg.) Deutsche Zustände. Folge 1. Frankfurt/ Main.

Heitmeyer, Wilhelm (2009): Leben wir immer noch in zwei Gesellschaften? 20 Jahre Vereinigungsprozess und die Situation Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 7. Frankfurt/ Main: Suhrkamp. S. 13-53.

Heitmeyer, Wilhelm (2012) (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 10. Frankfurt/ Main: Suhrkamp.

Henrich, Gerhard/ Herschbach, Peter (2000): Questions on Life Satisfaction (FLZ)- A Short Questionnaire for Assessing Subjective Quality of Life. European Journal of Psychological Assessment 16, S. 150-159.

Hess, Ulrike (1996): Fremdenfeindliche Gewalt in Deutschland: eine soziologische Analyse. München; Wien : Profil-Verlag.

Hill, Paul B. (1993): Die Entwicklung der Einstellungen zu unterschiedlichen Ausländergruppen zwischen 1980 und 1992. Beitrag in: Willems, Helmut/ Eckert, Roland/ Würtz, Stefanie/ Steinmetz, Linda (Hrsg.): Fremdenfeindliche Gewalt. Einstellungen, Täter, Konflikteskalation. Opladen. S. 25-67.

Holzer, Willibald I. (1994): Rechtsextremismus. Konturen, Definitionsmerkmale und Erklärungsansätze. In: Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. Wien: Buchgemeinschaft Donauland [u.a.]. S. 11-96.

Jäger, Margret/ Jäger, Siegfried (1992): Aus der Mitte der Gesellschaft. In: Heins, Volker (Hrsg.): Zu den Ursachen von Rechtsextremismus und Rassismus in Europa. Duisburg/ Dortmund. DISS-Texte Nr. 20, hg. v. dies., Duisburg.

Kailitz, Steffen (2004): Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland: eine Einführung. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss.

Klärner, Andreas/ Kohlstruck, Michael (2006) (Hrsg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Bonn.

Kleffner, Heike (2009): Kleine Geschichte des Umgangs mit Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland nach 1989. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 7. Frankfurt/ Main: Suhrkamp. S. 262-283.

Klein, Anna/ Küpper, Beate/ Zick, Andreas (2009): Rechtspopulismus im vereinten Deutschland als Ergebnis von Benachteiligungsgefühlen und Demokratiekritik. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 7. Frankfurt/ Main: Suhrkamp. S. 93-113.

Knortz, Heike (1994): Fremdenfeindlichkeit in Deutschland: ein interdisziplinärer Diskussionsbeitrag. Frankfurt/ Main; Wien [u.a.]: Lang.

Ködderitzsch, Peter/ Müller, Leo A. (1990): Rechtsextremismus in der DDR. Göttingen: Lamuv-Verlag.

Kreller, Annika (2016): „Ein großer Teil der Deutschen hegt ausländerfeindliche Gedanken“. In: Die Zeit, 2016, Nr. 28, S.12.

Krüger, Heinz-Hermann et al. (2002): Jugend und Demokratie- Politische Bildung auf dem Prüfstand. Eine quantitative und qualitative Studie aus Sachsen-Anhalt (Schülerstudie in Sachsen-Anhalt). Opladen.

Kühnl, Reinhard (1996): Die Entwicklung der extremen Rechten seit 1945. In: Mecklenburg, Jens (Hrsg.) Handbuch deutscher Rechtsextremismus. Berlin. S. 124-143.

Kunow, Fabian (2010): Faschismus als Extremismus der Mitte. In: Antifaschistisches Infoblatt, 2010, Nr. 88, S. 36-39.

Lipset, Seymour Martin (1959): Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy. In: The American Political Science Review, Vol. 53, No. 1, p. 69-105.

Lipset, Martin Seymour (1963): Political man: The social bases of politics. Anchor Books.

Lipset, Seymour Martin (1967): Der Faschismus, die Linke, die Rechte und die Mitte.

In: Nolte, Ernst (Hrsg.): Theorien über den Faschismus. Köln/ Berlin.

- Löwe, B./ Kroenke, K./ Grafe, K. (2005): Detecting and monitoring depression with a two-item questionnaire (PHQ-2). *Journal of Psychosomatic Research*, 58.
- Maaz, Hans-Joachim (1993): Gewalt, Rassismus und Rechtsextremismus in den östlichen Bundesländern. In: Otto, Hans-Uwe/ Merten, Roland (Hrsg.): *Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Jugend im gesellschaftlichen Umbruch*. Bonn. S. 176-181.
- Mansel, Jürgen/ Kaletta, Barbara (2009): Desintegrationsprozesse, Anerkennungsprobleme und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Ein Ost- West-Vergleich. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): *Deutsche Zustände. Folge 7*. Frankfurt/ Main: Suhrkamp. S. 73-93.
- Marschke, Britta (Hrsg.) (2015): „Ich habe nichts gegen Ausländer, aber ...“: Alltagsrassismus in Deutschland. Berlin [u.a.]: LIT.
- Melzer, Wolfgang/ Schröder, Helmut/ Schubarth, Wilfried (1992): *Jugend und Politik in Deutschland. Gesellschaftliche Einstellungen, Zukunftsorientierungen und Rechtsextremismus-Potenzial Jugendlicher in Ost- und Westdeutschland (Autoritarismus-Studie)*. Opladen.
- Miles, Robert (1999): *Rassismus: Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffs*. 3. Auflage. Hamburg: Argument-Verlag.
- Neu, Viola/ Pokorny, Sabine (2015): Ist die „Mitte“ (rechts)extremistisch? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 40/ 2015)*.
- Neureiter, Marcus (1996): *Rechtsextremismus im vereinten Deutschland: eine Untersuchung sozialwissenschaftlicher Deutungsmuster und Erklärungsansätze*. Marburg: Tectum-Verlag.
- Neumann, Jörg (2001): *Aggressives Verhalten rechtsextremer Jugendlicher. Eine sozialpsychologische Untersuchung (Sozialpsychologische Untersuchung Thüringen)*. Münster.
- Niedermayer, Oskar/ Stöss, Richard (1998): *Rechtsextremismus, politische Unzufriedenheit und das Wählerpotenzial der rechtsextremen Parteien in der BRD im Frühsommer 1998*. Arbeitspapiere des Otto-Stammer-Zentrums, Nr. 1 Freie Universität Berlin.
- Nölke, E. (1998): *Marginalisierung und Rechtsextremismus. Exemplarische Rekonstruktion der Biographie- und Bildungsverläufe von Jugendlichen aus dem Umfeld der rechten Szene*.

- In: König, H.D. (Hrsg.): Sozialpsychologie des Rechtsextremismus. Frankfurt/ Main: Suhrkamp. S. 257-278.
- Oesterreich, Detlef (1993): Die Jugend in der Krise. Ostdeutsche Jugendliche zwischen Apathie und politischer Radikalisierung. Eine Vergleichsuntersuchung Ost- und West-Berliner Jugendlicher. In: APuZ (1993), S. 21ff.
- Oppenhäuser, Holger (2011): Das Extremismus-Konzept und die Produktion von politischer Normalität. In: Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hrsg.): Ordnung. Macht. Extremismus: Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwissenschaften. S. 35-59.
- O.V. (2002): Pressekonferenz USUMA Repräsentativbefragung. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung im April 2002.
- Patzelt, Werner/ Klose, Joachim: PEGIDA. Warnsignale aus Dresden. Dresden: Thelem.
- Pettigrew, Thomas F./ Tropp, Linda R. (2006): A meta-analytic test of intergroup contact theory. In: Journal of Personality and Social Psychology, 90/2006, S. 751-783.
- Pfahl-Traughber, Armin (2002): Die Entwicklung des Rechtsextremismus in Ost und Westdeutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ B39/ 2000).
- Poutrus, Patrice G. (2002): Historische Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in den neuen Bundesländern. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ B39/ 2000).
- Purtscheller, Wolfgang (1994): Die Ordnung die sie meinen: "Neue Rechte" in Österreich. Wien: Picus-Verl.
- Räthzel, Nora (Hrsg.) (2000): Theorien über Rassismus. Hamburg: Argument-Verlag.
- Rippl, S./ Baier, D. (2005): Das Deprivationskonzept in der Rechtsextremismusforschung. Eine vergleichende Analyse. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 57, S. 644-666.
- Rucht, Dieter et.al. (2015): Protestforschung am Limit. Eine soziologische Annäherung an Pegida. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Schiedel, Heribert (2007): Der rechte Rand: extremistische Gesinnungen in unserer Gesellschaft. Wien: Ed. Steinbauer.

Schönekas, Klaus (1990): Die „Neue Rechte im Kontext der politischen Kultur der Bundesrepublik. In: Greß, Franz/ Jaschke, Hans-Gerd/ Schönekas, Klaus (Hsrg.): Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 306-312.

Schroeder, Klaus (2004): Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Deutschland: Ein Ost-West-Vergleich. Paderborn; Wien [u.a.] : Schöningh.

Schubarth, Wilfried/ Pschierer, Ronald/ Schmidt, Thomas (1991): Verordneter Antifaschismus und die Folgen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 9/91, S. 3-16.

Schubarth, Wilfried (1992): Rechtsextremismus- subjektive Verarbeitung des Umbruchs? In: Heinemann, Karl-Heinz/ Schubarth, Wilfried (Hrsg.): Der antifaschistische Staat entlässt seine Kinder. Jugend und Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Köln. S. 78-100.

Schubarth, Wilfried/ Schmidt, Thomas (1992): „Sieger der Geschichte“. Verordneter Antifaschismus und die Folgen. In: Heinemann, Karl-Heinz/ Schubarth, Wilfried (Hrsg.): Der antifaschistische Staat entlässt seine Kinder. Jugend und Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Köln. S. 12-29.

Schumacher, Jörg/ Eisemann, Martin/ Brähler, Elmar (1999): Rückblick auf die Eltern: der Fragebogen zum erinnerten elterlichen Erziehungsverhalten. Diagnostica., S. 194-204.

Schumacher, Jörg, Leppert, Karena, Gunzelmann, Thomas, Strauß, Bernhard, Brähler, Elmar (2005): Die Resilienzskala – Ein Fragebogen zur Erfassung der psychischen Widerstandsfähigkeit als Personmerkmal. Z f Klinische Psychologie, Psychiatrie und Psychotherapie, 53(1), S. 16–39.

Segert, Dieter (2013): Transformationen in Osteuropa im 20. Jahrhundert. Stuttgart/ Wien: UTB GmbH/ facultas.

Senatsverwaltung für Inneres Berlin [Hrsg.]: Verfassungsschutzbericht 2008, Berlin 2009, S. 258 ff.; zitiert nach Antifaschistische Linke Berlin [Hrsg.]: Total Extrem. Die (neue) Funktion der Totalitarismus- und Extremismusideologien, Berlin 2010, S. 8.

Sippel, Heinrich (1994): Rechtsextremismus im vereinten Deutschland unter besonderer Berücksichtigung fremdenfeindlicher Verhaltensmuster. In: Knortz, Heike:

Fremdenfeindlichkeit in Deutschland: ein interdisziplinärer Diskussionsbeitrag. Frankfurt am Main; Wien [u.a.] : Lang. S. 63-81.

Spitzer, R. L. / Kroenke, K./ Williams, J. B. W./ Löwe, B. (2006): A Brief Measure for Assessing Generalized Anxiety Disorder: the GAD-7. In press: Archives of Internal Medicine.

Staritz, Dietrich (1968): Die National-Demokratische Partei Deutschlands 1948-1953. Berlin.

Stöss, Richard (1989): Die extreme Rechte in der Bundesrepublik: Entwicklung, Ursachen, Gegenmaßnahmen. Opladen: Westdt. Verlag.

Stöss, Richard (1998): Unzufriedenheit mit der Demokratie in der Bundesrepublik. Wahlabsicht der Unzufriedenen und ihre Neigung zur Wahl rechtsextremer Parteien bzw. der PDS im Sommer 1998. Unveröffentlichtes Manuskript. Berlin.

Stöss, Richard (1999): Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Bonn.

Stöss, Richard (2000a): Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. 3. aktualisierte Auflage. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Stöss, Richard (2000b): Die extreme Rechte und ihr gesellschaftlicher Rückhalt, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 51. Jg., H. 11, S. 601-607.

Stöss, Richard (2010): Rechtsextremismus im Wandel. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Szalai, Wendelin (1993): Wie „funktionierte“ Identitätsbildung in der DDR? In: Uffelman, Uwe (Hrsg.): Identitätsbildung und Geschichtsbewusstsein nach der Vereinigung Deutschlands. Weinheim: Deutscher Studien Verlag. S. 58-109.

Vorländer, Hans/ Herold, Maik/ Schäller, Steven (2015): Wer geht zu PEGIDA und warum? Eine empirische Untersuchung von PEGIDA-Demonstranten in Dresden. Dresden: Zentrum für Verfassungs- und Demokratieforschung.

Vorländer, Hans/ Herold, Maik/ Schäller, Steven (2016): PEGIDA: Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung. Wiesbaden: Springer VS.

Wagner, Bernd (2002a): Zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus in den neuen Bundesländern. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ B39/ 2000).

Wagner, Bernd (2002b): Kulturelle Subversion von rechts in Ost- und Westdeutschland – zu rechtsextremen Entwicklungen und Strategien. In: Grumke, Thomas; Wagner, Bernd (Hrsg.): Handbuch Rechtsradikalismus. Opladen. S. 13-29.

Wagner, Bernd/ Borstel, Dierk (2009): Der Rechtsextremismus und sein gesteigertes Bedrohungspotenzial. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 7. Frankfurt/ Main: Suhrkamp. S. 284-299.

Wagner, Ulrich/ Van Dick, Rolf / Christ, Oliver/ Pettigrew, Thomas F. (2003): Ethnic prejudice in East and West Germany: The explanatory power of intergroup contact. In: Group Processes and Intergroup Relations 6/ 2003. S. 22-36.

Wolf, Carina/ Wagner, Ulrich/ Christ, Oliver (2005): Die Belastungsgrenze ist nicht überschritten. Empirische Ergebnisse gegen die Behauptung vom „vollen Boot“. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 3. Frankfurt/ Main: Suhrkamp. S. 73-91.

Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig (1990): Ergebnisse der Meinungsumfrage M9, Dezember 1990, S. 27.

Zick, Andreas/ Hövermann, Andreas/ Krause, Daniela (2012): Die Abwertung von Ungleichwertigen. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 10. Berlin.

Zick, Andreas/ Küpper, Beate (2015): Alltagsdiskriminierung als Form der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. In: Marschke, Britta/ Brinkmann, Heinz Ulrich (Hrsg.): „Ich habe nichts gegen Ausländer, aber...“. Alltagsrassismus in Deutschland. Berlin (u.a.): LIT. S. 93-117.

12.2 Internetquellen

Bartsch, Michael (2015): Demonstrationen in Leipzig- 30.000 Menschen gegen „LEGIDA“, 13. Januar 2015. Abrufbar unter: www.welt.de/debatte/kommentare (Vom Autor am 24. Januar 2015 aufgerufen).

Bundeszentrale für politische Bildung (O.J.): Arbeitsmaterial M 03.07 Erklärungsansatz der relativen Deprivation und Desintegration (gesellschaftliche Ebene). Abrufbar unter: <http://webcache.googleusercontent.com/search?q=cache:DegWPbHmd0J:www.bpb.de/syste>

m/files/dokument_pdf/M%252003.07%2520Einfl%25C3%25BCsse%2520gesellschaftlicher
%2520Entwicklungen_0.pdf+&cd=5&hl=de&ct=clnk&gl=at (Aufgerufen am 29. Oktober
2016).

Butterwegge, Christoph (2000): Rechtsextremismus und Jugendgewalt – Erklärungsmodelle
in der Diskussion. Zur Kritik an schwammigen Begrifflichkeiten und einflussreichen
Erklärungsansätzen.

Abrufbar unter: <http://www.christophbutterwegge.de/texte/Rechte%20Jugendgewalt.pdf>
(Aufgerufen am 27. Oktober 2016).

Decker, Markus/ Schierholz, Alexander (2015): LEGIDA. „Die Maske ist gefallen“, 22.
Januar 2015. Abrufbar unter: www.fr-online.de (Vom Autor am 24. Januar 2015 aufgerufen).

Jennerjahn, Miro (2014): PEGIDA und die Extremismustheorie, 17. Dezember 2014.
Abrufbar unter: <http://publikative.org/2014/12/17/pegida-und-die-extremismustheorie/>
(Aufgerufen am 04. Oktober 2016).

Jesse, Eckhard (2002): Extremismus. In: Bundeszentrale für politische Bildung. Abrufbar
unter: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41896/extremismus?p=all>
(Aufgerufen am 22. September 2016).

Jesse, Eckhard (2015): Der Begriff „Extremismus“- Worin besteht der Erkenntnisgewinn? In:
Bundeszentrale für politische Bildung. Abrufbar unter:

[http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/200098/der-begriff-extremismus-
worin-besteht-der-erkenntnisgewinn](http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/200098/der-begriff-extremismus-worin-besteht-der-erkenntnisgewinn) (Zuletzt aufgerufen am 22. September 2016).

Kattmann, Ulrich (2015): Rassen? Gibt's doch gar nicht! 08.12.2015. Abrufbar unter:

[http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/213673/rassen-gibt-s-doch-gar-
nicht](http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/213673/rassen-gibt-s-doch-gar-nicht) (Aufgerufen am 20. September 2016).

Küpper, Beate (O.J.). Das Projekt Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland.

Lasch, Hendrik (2016): Neue Härte gegen Bachmann. PEGIDA-Chef geht gegen städtisches
Verbot der Versammlungsleitung vor. Neues Deutschland vom 14. November 2016. Abrufbar
unter: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1032001.neue-haerte-gegen-bachmann.html>
(Aufgerufen am 15. November 2016).

O.V. (2004): Datenreport 2004. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, 10. Ausgabe. Bundesamt für Statistik.

O.V. (2011): Deutsche Zustände. Das entsicherte Jahrzehnt. Presseinformation zur Präsentation der Langzeituntersuchung *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*. Universität Bielefeld: Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung.

O.V. (2014): Die stabilisierte Mitte- rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014. Pressemitteilung 150/ 2014 vom 04.06.2014. Universität Leipzig: Nachrichten.

O.V. (2015): Untersuchung zur Dresdner Pegida-Demonstration. Pressemitteilung vom 19.01.2015. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Abrufbar unter: <https://www.wzb.eu/de/pressemitteilung/untersuchung-zur-dresdner-pegida-demonstration> (Zuletzt aufgerufen am 05. Juli 2016).

O.V. (2015): Demonstration in Dresden. DDR-Bürgerrechtler empört über Pegida und AfD. FAZ vom 06. Januar 2015.

Abrufbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/demonstration-in-dresden-ddr-buergerrechtler-empoert-ueber-pegida-und-afd-13355906.html> (Aufgerufen am 15. November 2016).

Schröder, Fabian (2015): Bachmann tritt zurück vom Rücktritt. SZ- Online vom 23. Februar 2015. Abrufbar unter: <http://m.sz-online.de/nachrichten/bachmann-tritt-zurueck-vom-ruecktritt-3044045.html> (Aufgerufen am 15. November 2016).

Segert, Dieter (1993): Diktatur und Demokratie in Osteuropa im 20. Jahrhundert. Antrittsvorlesung 29. November 1993. Humboldt-Universität zu Berlin, Philosophische Fakultät III, Institut für Politikwissenschaft. Abrufbar unter: <http://edoc.hu-berlin.de/humboldt-vl/segert-dieter/PDF/Segert.pdf> (Aufgerufen am 30. Oktober 2016).

Statista (2016): Stimmenanteile der AfD bei den jeweils letzten Landtagswahlen in den Bundesländern bis September 2016. Abrufbar unter:

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/320946/umfrage/ergebnisse-der-afd-bei-den-landtagswahlen/> (zuletzt aufgerufen am 21. September 2016).

Steininger, Alexander (2016): „Der hässliche Deutsche wohnt nicht nur im Osten“, Tagesschau vom 15. Juni 2016. Abrufbar unter: <https://www.tagesschau.de/inland/mitte-studie-rechtsextremismus-101.html> (zuletzt aufgerufen am 04. Juli 2016).

Stöss, Richard (2015): Kritische Anmerkungen zur Verwendung des Extremismuskonzepts in den Sozialwissenschaften. In: Bundeszentrale für politische Bildung. Abrufbar unter: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/200099/kritische-anmerkungen-zur-verwendung-des-extremismuskonzepts-in-den-sozialwissenschaften> (Zuletzt aufgerufen am 05. Juli 2016).

Erwähnte Stiftungen

Amadeu-Antonio-Stiftung: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/>

Heinrich-Böll-Stiftung: <https://www.boell.de/de/2016/06/15/die-enthemmte-mitte-studie-leipzig>

Rosa-Luxemburg-Stiftung: <http://www.rosalux.de/publication/42412>

12.3 Abkürzungsverzeichnis

AfD: Alternative für Deutschland

CDU: Christlich Demokratische Union Deutschlands

DDR: Deutsche Demokratische Republik

SED: Sozialistische Einheitspartei Deutschlands

SPD: Sozialdemokratische Partei Deutschlands

PEGIDA: Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes

12.4 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Hufeisenmodell	21
Abbildung 2: Struktur von Lipsets (1967) Konzept des Extremismus der Mitte.....	27
Abbildung 3: Erklärungsfaktoren für rechtsextreme Einstellungen.....	34
Abbildung 4: Bestandteile von Rechtsextremismus.....	45
Abbildung 5: Stimmenanteile der AfD bei den jeweils letzten Landtagswahlen bis September 2016.....	67
Abbildung 6: Eigene Darstellung Oesterreich-Befragung April-Juni 1991	86
Abbildung 7: Abwertung von Asylbewerber_innen, Muslim_innen, Sinti und Roma in Prozentangaben (Zustimmung zu Aussagen in Form von „voll und ganz“ sowie „eher“ für den Zeitraum zwischen 2009 bis 2011)	97
Abbildung 8: Dimensionen Rechtsextremer Einstellungen in Ost- und Westdeutschland in Prozentangaben	100
Abbildung 9: Geschlossenes rechtsextremes Weltbild der bundesweit Befragten zwischen 2002 und 2016.....	102
Abbildung 10: Elemente des Syndroms Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit	110
Abbildung 11: Zusammenfassung Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Zeitverlauf	113
Abbildung 12: Politische Selbsteinschätzung der befragten Pegidist_innen auf der Links-Rechts-Skala in Prozentangaben	125

Abstract Deutsch

Die vorliegende Masterarbeit befasst sich mit rechtsextremen Einstellungen und deren inhaltlichen Dimensionen in der sogenannten „Mitte“ der Gesellschaft in Ostdeutschland. Dies basiert auf wissenschaftlichen Erkenntnissen der letzten Jahre. In diesem Kontext wird untersucht, inwiefern rechtsextreme Ideologien innerhalb des gesellschaftlichen Meinungsbildes anzutreffen sind und somit als gesamtgesellschaftliche Herausforderung zu betrachten sind. Dabei wird Rechtsextremismus auf einer inhaltlichen Einstellungsebene betrachtet. Die Spezifika hinsichtlich rechtsextremer Einstellungen in den ostdeutschen Bundesländern werden im Zuge der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Veränderungen der deutschen Vereinigung beschrieben. Die Annahme liegt darin, dass rechtsextreme Einstellungen und deren inhaltliche Dimensionen gesamtgesellschaftlich verbreitet sind und dass das Hufeisenmodell diese deshalb nicht ausreichend erfassen kann. Eine weitere Annahme liegt darin, dass die ostdeutschen Bundesländer nicht als Ausnahme betrachtet werden, sondern es wird vermutet, dass rechtsextreme Einstellungen bundesweit verankert sind und dass sich hinsichtlich der einzelnen Dimensionen Unterschiede zeigen. Um die Fragestellungen zu beantworten, wird als Basis das Hufeisenmodell kritisch betrachtet und rechtsextreme Ideologie auf der Einstellungsebene sowie die Bedingungen der ostdeutschen Bundesländer im Zuge des Wandels der letzten Jahre vorgestellt. Darauf basierend werden ausgewählte Studien untersucht. Diese Studien setzen sich mit rechtsextremen Einstellungen innerhalb der sogenannten gesellschaftlichen „Mitte“, mit dem Syndrom Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Deutschland sowie mit PEGIDA als resultierende Protestbewegung auseinander. Diese Auseinandersetzung konnte letztlich aufzeigen, dass rechtsextreme Einstellungen gesamtgesellschaftlich und bundesweit existieren und dass die ostdeutschen Bundesländer sich bezüglich der inhaltlichen Dimensionen und dem jeweiligen Zustimmungspotenzial von den westdeutschen Bundesländern unterscheiden. Es zeigt sich, dass die Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen sich auf bestimmte Feindbilder und schwächere sozialen Gruppen konzentriert und in diesen Dimensionen ansteigt. Rechtsextremismus zieht seine Inhalte einerseits aus der gesellschaftlichen Mitte und orientiert sich somit an ihr. Aufgrund dieser Komplexität und dem Einfluss von rechtsextremen Aussagen auf das gesellschaftliche Meinungsbild ist es notwendig, die Ideologie auf der inhaltlichen Ebene der einzelnen Dimensionen zu untersuchen, zu problematisieren und ihr dementsprechend auch zu begegnen.

Abstract English

This Master's Thesis concerns extreme right-wing attitudes and their ideological contents in the so-called "middle" of society of Eastern Germany. It builds on surveys conducted during the past years. In this context it will be investigated to what extent such attitudes can be found in majority socially attitudes and should thus be treated as a challenge for society. Right-wing extremism will be analyzed regarding its contents and the specifics of the Eastern German regions will be described with regard to the social, economic and political transformations in the context of the German reunification. The hypothesis is that the contents of extreme-right attitudes are found throughout society and thus cannot be captured and addressed adequately by the extremist-model applied by the German Protection of the Constitution. Moreover, the East German regions are not seen as an exception. Rather, it is assumed that extreme-right attitudes are found nationwide in Germany and that the differences concern the contents of such attitudes. To answer the research questions, the model of the German Protection of the Constitution will be described critically and the conditions of the East German society in the context of change in the last years will be presented. The study furthermore draws on a number of surveys concerning extreme-right attitudes and their contents in the "middle" of society, the syndrome "Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit" (group-focused enmity) in Germany and PEGIDA as a resulting civil protest. The results show that extreme-right contents and attitudes exist throughout society and nationwide and that there are differences between East German and West German regions regarding the specific contents of the attitudes and the respective potential of agreement to them. It is also shown that the approval of extreme-right statements achieve approval when they concern specific "scapegoats" and weak social groups and grows in this contents. The extreme right takes its content from the middle of society and orients itself to the society. Because of this complexity and the wide-ranging approval of right-wing attitudes and their adaptation to dominant opinion, it is of crucial importance to analyze and problematize the ideologically content and its dimensions and also react to this challenge.